

Heinrich Brandler

# Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution

1950



Herausgegeben und eingeleitet  
von der Gruppe Arbeiterpolitik  
1982

H. Brandler  
Die SU und die soz. Rev.

Heinrich Brandler

# **Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution**

1950

Herausgegeben und eingeleitet  
von der Gruppe Arbeiterpolitik  
1982

# Inhalt

Zur Herausgabe dieser Broschüre .....	VII
Vorwort von Heinrich Brandler .....	5
Einleitung .....	7
Vom Sturz des Zarismus bis zur Sowjetmacht .....	9
Die neue Ökonomische Politik .....	14
Partei und Arbeiterklasse .....	18
Industrialisierung .....	27
Die Rolle der Gewerkschaften .....	32
Produktionskonferenzen der Arbeiter .....	35
Stoßbrigaden und Stachanowmethoden .....	37
Kollektivwirtschaften .....	39
Zwangsarbeit und Zwangsarbeitslager .....	41
Bürokratie und Bürokatismus .....	46
Notwendigkeit und Wesen der proletarischen Diktatur .....	48
Die russischen Besonderheiten .....	50
Wechselwirkung zwischen Außen- und Innenpolitik .....	54
Stalin — Trotzki — Lenin .....	64
Das Parteiregime unter Lenin .....	71
Der Krieg und die Kriegspolitik .....	73
Nach dem zweiten Weltkrieg .....	80
Stalin über die internationale Lage 1946 .....	85
Die Pariser »Friedenskonferenz« .....	87
Die Kominform .....	98
Der Konflikt zwischen Kominform und Jugoslawien .....	101
Der Umsturz in der Tschechoslowakei .....	105
Namens- und Sachwort-Register .....	113

# Zur Herausgabe dieser Broschüre

Die vorliegende Arbeit Heinrich Brandlers ist in den Jahren 1948 bis 1950 entstanden. Mit der Zuspitzung des »Ost-West«-Gegensatzes, mit den Krisen um Afghanistan, Polen usw., mit dem Entstehen der »neuen Friedensbewegung« in Westeuropa — besonders bei uns in der BRD — hat die Frage unserer Stellung zur Sowjetunion wieder an Bedeutung und Interesse gewonnen.

Wir geben diesen Text nach vielen Verzögerungen heraus, weil er zum Verstehen der Sowjetunion beiträgt: die heutige SU ist nicht durch das Anlegen von irgendwelchen ideologischen Schablonen zu begreifen, sondern nur durch die Kenntnis der **besonderen geschichtlichen Entwicklung**, in der sich die SU aufgrund ihrer **Voraussetzungen in den 20er Jahren** zu ihrer heutigen Gestalt herausbildete.<sup>1</sup>

Die ablehnende, oft feindselige Haltung der älteren deutschen Arbeiter gegenüber der SU beruht auf ihren Erfahrungen in Krieg oder Gefangenschaft und bei der Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten nach 1945. Sie machten diese Erfahrungen nicht als Angehörige einer revolutionären Klasse, sondern als »Deutsche«. Die deutschen Arbeiter hatten — nach der kampflosen Niederlage 1933 und der Ermattung infolge des Krieges — am Ende nicht den Willen und die Kraft aufgebracht, die faschistische Herrschaft selbst zu stürzen oder auch nur ernsthaft zu bedrohen. Die Naziherrschaft wurde von außen gestürzt, vor allem durch den Sieg der Roten Armee. Die Folge: Deutschland wurde im Westen von kapitalistischen Mächten, im Osten von einer nichtkapitalistischen Macht besetzt und entsprechend geteilt. Aufgrund der US-amerikanischen Unterstützung konnte in der BRD der Kapitalismus wieder aufgebaut werden. Er bot den westdeutschen Arbeitern die

<sup>1</sup> Wir weisen den interessierten Leser auch auf zwei andere Schriften hin, die — verständlich geschrieben — jede unter einem anderen Gesichtspunkt die Herausbildung der SU behandeln:

1. E. H. Carr, »Die russische Revolution. Lenin und Stalin 1917—1929«, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart. — Carr faßt hierin sein sechsbändiges Lebenswerk gleichen Titels, das bisher nur in englisch erschienen ist, zusammen. Er behandelt vor allem die Entstehung der Planwirtschaft.

2. I. Deutscher, »Stalin. Eine politische Biographie«, 2 Bände, Verlag Olle & Wolter, Berlin. — Deutscher schildert den Werdegang Stalins. Dabei ringt er — der als polnischer Kommunist unter Stalinschen Säuberungen zu leiden hatte — ständig mit sich: von der Anklage Stalins findet er immer wieder zur Erklärung des Umwälzungsprozesses der russischen Gesellschaft, der Stalin zu seinem Werkzeug machte.

Möglichkeit, relativ leicht einen höheren Lebensstandard als in der DDR zu erreichen.

Die russische Besatzung in der damaligen Ostzone konnte nicht einfach auf den kapitalistischen Grundlagen aufbauen — sonst wäre dies Gebiet sofort wieder verloren gegangen. Die großen Opfer und Schwierigkeiten beim Aufbau der Planwirtschaft in der DDR führten zur Ablehnung des Sozialismus in den Reihen der deutschen Arbeiterschaft. Dieser Aufbau wurde selbst schon für »sozialistisch« ausgegeben und gehalten, obgleich er nicht auf den sozialistischen Bedürfnissen der deutschen Arbeiter in der DDR beruhte, sondern auf den Bedürfnissen der sowjetischen Nachkriegspolitik, hier nicht wieder ein Aufmarschgebiet für einen neuen Angriff auf die SU entstehen zu lassen.

Der Ausgang des 2. Weltkriegs hat die Arbeiterklassen der osteuropäischen Länder in einen schmerzhaften Widerspruch gestürzt: einerseits wurden ihre inneren Gegner durch den Sieg der Roten Armee entmachtet, andererseits fehlte ihnen selbst noch die politische Kraft und Reife, diese Lage zu nutzen und sich auch gegenüber der SU zu behaupten.<sup>2</sup> Die Möglichkeit zur sozialen Befreiung erscheint den Bevölkerungen dieser Länder in der Form ausländischer Bevormundung.<sup>3</sup>

In der langen Periode des kapitalistischen »Wirtschaftswunders« und der Hochkonjunktur, die ab Mitte der 50er bis Mitte der 70er Jahre keine nennenswerte Arbeitslosigkeit kannte, konnte unter den Arbeitern in der BRD kein neues Bedürfnis nach Sozialismus und Auseinandersetzung mit der Geschichte vom Standpunkt der Arbeiter *als Klasse* entstehen. Andauernde Arbeitslosigkeit und Verschlechterung der Lebensverhältnisse der Arbeiter- und Angestelltenfamilien zwingen heute dazu, die Gedankenlosigkeit gegenüber gesellschaftlichen Problemen zu überwinden. Diese Entwicklung drückt sich in der »Unruhe der Jugend« nur am deutlichsten aus. Die jüngeren Menschen, die sich heute aus der politischen Apathie zu lösen beginnen — die Schüler, Studenten, Lehrlinge, jungen Arbeiter und Angestellten, die den Demonstrationen gegen Atomkraftwerke und Atomraketen in den vergangenen Monaten ihre zahlenmäßige Bedeutung verliehen — erben von ihren Eltern die ablehnende Haltung gegenüber der Sowjetunion und dem »*real existierenden Sozialismus*«. Die heute 15- bis 35jährigen haben aber selbst kaum direkte Erfahrungen mit der SU oder den Ländern gemacht, die nach 1945 zum sowjetischen Lager kamen. Sie haben in der Schule gelernt, daß diese Länder »*totalitär*«, d.h. mit den faschistischen Staaten auf eine Stufe zu stellen sind. Auch wenn vielen von ihnen die westliche »Freiheit« fragwürdig geworden ist, so sehen sie in der SU nur die andere »*Supermacht*« neben den USA: beide bauen Atomkraftwerke, bringen Raketen in Stellung, schicken Satelliten in den Weltraum, machen bei fast allen weltpolitischen Krisenherden ihre Interessen geltend, beide setzen militärische Gewalt ein,

<sup>2</sup> Eine Ausnahme sind die jugoslawischen Kommunisten, die den Kampf gegen die Nazibesatzung mit dem revolutionären Kampf gegen die eigene herrschende Klasse verbinden konnten. Das war die Grundlage, von der aus sie sich auch gegen die Ansprüche der sowjetischen Partei behaupteten.

<sup>3</sup> Hier liegt eine gewisse Parallele zu den napoleonischen Eroberungen nach der bürgerlichen Revolution vor. Wo die französischen Truppen hinkamen, führten sie auch bürgerliche Reformen ein. — Allerdings: durch ihre folgenden Räubereien zugunsten der französischen Bourgeoisie machten sie sich schnell als ausländische Besatzung verhaßt. Obwohl die Fürsten gegen Napoleon noch einmal siegten — die Grundlagen der bürgerlichen Entwicklung konnten auch sie nicht mehr beseitigen.

wo sie es für nötig halten, und führen »Kalten Krieg« gegeneinander, um dann wieder Verhandlungen aufzunehmen und Interessensphären abzugrenzen. Folgt aus dieser Betrachtungsweise nicht die Forderung nach »Blockfreiheit« und »Neutralität« für die BRD, für Mitteleuropa oder für ganz Europa? Diese Forderung ist nun sowenig neu wie sie vergebens war. Daß sie trotzdem immer wieder gestellt wird, ergibt sich im Grunde aus der Tatsache, daß die soziale Revolution noch nicht wieder an die Pforte des westeuropäischen Kapitalismus pochte. Daß die soziale Revolution wieder ihr Haupt erheben wird, ist die Folge der kapitalistischen Entwicklung zur Überproduktionskrise und des drückenden amerikanischen Übergewichts über die westeuropäischen Länder.

In dem Maße, in dem die heutigen Bewegungen in der BRD

- gegen die Profitspekulation mit Atomkraftwerken oder mit Wohnraum,
- gegen den sozialen Abbau auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung zugunsten der Unternehmerklasse und gegen die Lähmung der Gewerkschaften,
- gegen die Bevormundung der BRD durch die USA und gegen die US-Strategie, Europa zum atomaren »Kriegstheater« werden zu lassen,

in dem Maße, in dem diese Bewegungen ihren Zusammenhang eben in der kapitalistischen Profitwirtschaft in der BRD und der daraus folgenden Abhängigkeit von der kapitalistischen Schutzmacht USA erkennen werden, in dem Maß muß von den konsequentesten Kämpfern dieser Bewegungen auch die Frage gelöst werden: **wie treten wir dem Gegner unseres Hauptgegners, wie treten wir der SU gegenüber, die in einem scharfen weltpolitischen Kampf mit den USA steht?**

Wenn Heinrich Brandler 1950 in seiner Einleitung die Frage stellte: *»Ist die Sowjetunion heute noch sozialistisch, falls sie es jemals war? Wenn nicht, was ist sie?«* so fällt auf, daß diese Frage auch in den Reihen der westdeutschen Sozialisten und Kommunisten nicht geklärt ist. Von den heutigen *Linken* wird sie in ähnlicher Form aufgeworfen. Das ist kein Wunder nach langen Jahren der Lähmung des Klassenkampfes und der politischen Friedhofsruhe in der BRD, in der die Tradition der Arbeiterbewegung und der marxistischen Gesellschaftskritik weitgehend verloren gegangen ist.

Wie sehr politischer Stillstand sogar Rückschritt bedeutet, zeigt sich, wenn man sich vorstellt, heute würde ein führender Kirchenmann sagen: *»Und dann kann man vom Kommunismus eben das nicht sagen, was man vom Nationalsozialismus vor 10 Jahren sagen mußte: daß es sich bei dem, was er meint und beabsichtigt, um helle Unvernunft, um eine Ausgeburt des Wahnsinns und Verbrechens handle. Es entbehre nun wirklich alles Sinnes, wenn man den Marxismus mit dem 'Gedankengut' des 'Dritten Reiches', wenn man einen Mann von dem Format von Joseph Stalin mit solchen Scharlatanen wie Hitler, Göring, Heß, Goebbels, Himmler, Ribbentrop, Rosenberg, Streicher usw. es gewesen sind, auch nur einen Augenblick im gleichen Atem nennen wollte. Was in Sowjetrußland — sei es denn: mit sehr schmutzigen und blutigen Händen, in einer uns mit Recht empörenden Weise — angefaßt worden ist, das ist immerhin eine konstruktive Idee, immerhin die Lösung einer Frage, die auch für uns eine ernsthafte und brennende Frage ist und die wir mit unseren sauberen Händen nun doch noch lange nicht energisch genug angefaßt haben; der sozialen Frage.«<sup>4</sup>*

Vor gut 30 Jahren sprach dies der führende evangelische Theologe Karl Barth aus

<sup>4</sup> Karl Barth, »Die Kirche zwischen Ost und West«, München 1949, S. 14.

und stand damit auch auf bürgerlicher Seite keineswegs allein. Zu stark war noch der unmittelbare Eindruck der Naziherrschaft, zu deutlich noch die Erkenntnis, daß die Nazis 1933 die letzte Rettung des sterbenden deutschen Kapitalismus waren und daß dies Sterben nur mit einer beispiellosen Barbarei nach innen und außen verzögert werden konnte, die in der planmäßigen Vernichtung von Millionen Menschen, die für den Kapitalismus überflüssig waren, ihren Gipfel erreichte. 1945 war der deutsche Kapitalismus am Boden zerstört. — Heute wäre Karl Barth die einhellige Entrüstung der westdeutschen »Öffentlichkeit« sicher! Heute kann der deutsche Spießbürger schon wieder über dies »dunkle Kapitel« hinweggehen und sich stattdessen die Bände über den »Archipel Gulag« in den Bücherschrank stellen.

Die Bewegung, die in den letzten Jahren wieder in die politische Landschaft der BRD eingezogen ist, schafft erst die Voraussetzungen — das praktische Interesse —, daß unterbliebene politische Klärungen in Angriff genommen werden können. Aber anders als 1950 gibt es heute kaum noch Kollegen, die in ihrer Jugend — wie Millionen deutscher Arbeiter in den 20er Jahren — von der Oktoberrevolution begeistert waren und später um so mehr enttäuscht wurden, als daraus nicht eine solche sozialistische Gesellschaft hervorging, wie sie sie anstrebten und erhofften. Die Diskussion unter den heutigen Sozialisten ist entsprechend schematisch. Die SU ist in ihrem inneren Aufbau ein fremdes Land, dem bestritten wird, sozialistisch zu sein. Oft wird sie — in Ermangelung besserer Begriffe — als »staatskapitalistisch« bezeichnet. Diese Kennzeichnung stützt sich auf das Fortbestehen solcher Erscheinungen wie Waren, Geld, Lohn, Betriebsgewinnen usw. Dazu sei der (bürgerliche) englische Historiker Carr zitiert: *»Eine solche Betrachtungsweise scheint jedoch unhaltbar. Ein Kapitalismus ohne Unternehmer, ohne Arbeitslosigkeit und ohne freien Markt, wo sich keine Klasse den von den Arbeitern geschaffenen Mehrwert aneignet und die Gewinne eine ganz untergeordnete Rolle spielen und wo die Preise und die Löhne nicht dem Gesetz von Angebot und Nachfrage unterworfen sind, ist kein Kapitalismus in irgendeiner sinnvollen Bedeutung des Wortes mehr. Die sowjetische Planwirtschaft wurde überall als Bedrohung für den Kapitalismus erkannt. Sie war 'die materielle, wirtschaftliche Hälfte' des Sozialismus und eines der Hauptergebnisse der Revolution.*

*Wenn es jedoch töricht wäre, dieser Errungenschaft die Bezeichnung 'sozialistisch' abzuerkennen, so wäre es nicht minder irrig, so zu tun, als stelle sie eine Verwirklichung der 'freien Vereinigung von Produzenten' im Sinne von Marx oder der Diktatur des Proletariats oder Lenins transitorischer 'demokratischer Diktatur der Arbeiter und Bauern' dar.«<sup>5</sup>*

Carr deutet hier eine grundsätzliche Schwierigkeit für westeuropäische Arbeiter und Sozialisten bei der Betrachtung der SU und der Ergebnisse der Oktoberrevolution von 1917 an: mit welchem Maßstab sind sie zu messen? Es ist bei uns unter Sozialisten geradezu selbstverständlich, ihnen mit Vorstellungen entgegenzutreten, die aus der Entwicklung der westeuropäischen Arbeiterbewegung abgeleitet wurden. Diese Herangehensweise ist nicht neu. August Thalheimer führt in seiner Einleitung zu einer größeren Arbeit über die »Sowjetunion heute und die sozialistische Revolution in fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern« den Marxisten Hilferding an, der 1940 die sozialdemokratische Auffassung wie folgt ausdrückte:

*»Sicherlich, vom sozialdemokratischen Standpunkt aus ist es schwer, das bolschewisti-*

<sup>5</sup> Carr, S. 178. Transitorisch = vorübergehend, überleitend.



sche Wirtschaftssystem sozialistisch zu nennen. Denn in unserer Vorstellung ist der Sozialismus unzertrennlich verbunden mit der Demokratie. In der Wirtschaft des Landes müßten nach unserer Theorie die gesellschaftlichen Produktionsmittel der Verfügung einer Klasse entzogen und der demokratischen Selbstverwaltung der ganzen Gesellschaft übergeben werden. Und wir haben uns nie vorgestellt, daß die politische Form der 'Bedarfwirtschaft'... ein unbeschränkter Absolutismus ein könne...« Thalheimer stellt dazu fest: »Hilferding mißt die Sowjetunion an den Vorstellungen, die sich die sozialdemokratischen Parteien des Westens, d.h. der kapitalistisch hochentwickelten Länder, von dem gemacht haben, was Sozialismus ist, statt sie aus ihren eigenen materiellen Voraussetzungen heraus zu beurteilen. ... Der vermeintlich allgemeine Maßstab schlägt so um in einen besonderen, dem des Westens gegenüber dem Osten.«<sup>6</sup>

Um die Sowjetunion »aus ihren eigenen materiellen Voraussetzungen heraus« beurteilen zu können, müssen wir uns die Kenntnis dieser Voraussetzungen aneignen. Dies um so mehr, als sich auch die heutige Sowjetunion von der im Jahre 1917 erheblich unterscheidet. Das wird deutlich in der Zusammenfassung von Carr: »Als im Jahre 1967 der fünfzigste Jahrestag der Revolution gefeiert wurde, konnte über das Ausmaß des Fortschritts Rechnung abgelegt werden: Während des halben Jahrhunderts war die Bevölkerung der UdSSR von 145 auf über 250 Millionen gewachsen, der Anteil der Stadtbewohner von weniger als 20 auf mehr als 50 Prozent gestiegen. Dies war eine riesige Zunahme der Stadtbevölkerung, wobei der größte Teil der Neubürger Kinder von Bauern — und somit Enkel und Urenkel von Leibeigenen waren. Der sowjetische Arbeiter, ja selbst der sowjetische Bauer von 1967 war ein ganz anderer Mensch als sein Vater oder Großvater im Jahre 1917.«<sup>7</sup> — Der sowjetische Arbeiter von heute hat eine technische Ausbildung und Erfahrung erreicht, die ihn mit Arbeitern fortgeschrittener kapitalistischer Länder auf eine Stufe stellt. In den 20er Jahren — vor der Stalinischen Industrialisierung — gab es diese Arbeiterklasse nicht.

Mitten in den Vorbereitungen zu der gewaltigen Umkämpfung der sowjetischen Gesellschaft — in der Zeit der Planungsdebatten und Fraktionsauseinandersetzungen in der KPdSU — war Heinrich Brandler von 1924 bis 1928 in der Sowjetunion.<sup>8</sup>

<sup>6</sup> August Thalheimer, »Die Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion«, Verlag Arbeiterpolitik, 1952, S. 20—22. Hervorhebungen von A. Th. — In dieser Arbeit klärt Th. die methodischen Voraussetzungen zur Beurteilung der russischen Entwicklung. Er geht von dem Sozialismusbegriff aus, den Marx wissenschaftlich aus der Untersuchung der Kapitalbewegung gewonnen hat, und macht ihn anwendbar für die russische Entwicklung. Angesichts der heute noch unklaren Maßstäbe, was Sozialismus ist, ist dieser Text für eine gründliche Auseinandersetzung unentbehrlich.

Th. wurde durch seinen frühen Tod daran gehindert, die ganze Arbeit, zu der dieser Text die Einleitung darstellt, fertigzustellen. Eigentlich wollte er auch diesen ersten Teil nicht aus der Hand geben, bevor die Arbeit im ganzen abgeschlossen war. So schrieb er am 9. November 1946 an einen dänischen Freund (Boserup): »Beiliegend das M(anuskript) des 1. Abschnitts einer Arbeit über die 'SU von heute und die sozialistische Revolution in entwickelten kapitalistischen Ländern'. Sie wissen, daß die Arbeit von Freunden in D(eutschland) dringend erwartet wird...« — am 29. 11. 46: »Lieber Freund B...! Es geht an sich gegen meine Gewohnheit, eine Arbeit, die noch nicht abgeschlossen ist, aus der Hand zu geben. Ich tue es nur auf Drängen von außen...« — Ein inhaltlich anschließender Abschnitt einer anderen Arbeit Thalheimers (»Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst«) wurde in 'Arbeiterpolitik' 1/71 veröffentlicht.

<sup>7</sup> Carr, S. 180.

<sup>8</sup> Brandler war vorher bereits mehrere Male in der SU, unter anderem von Oktober 1921 bis Juli 1922, als er in Deutschland zu Festungshaft verurteilt worden war, der er sich durch die Flucht in die SU entzogen hatte.

In diesen Jahren lernte er den »Maßstab des Ostens« gründlich kennen. Er, der aus der westlichen Arbeiterbewegung kam, versuchte seither immer wieder, westeuropäischen Arbeitern die Besonderheiten der russischen Voraussetzungen verständlich zu machen. Davon ist der vorliegende Text geprägt.

In Heinrich Brandlers Lebenslauf prallen an einer entscheidenden Stelle — 1923 — die Interessen der westlichen und der östlichen Bewegung aufeinander. Brandler gehörte bereits vor dem 1. Weltkrieg zu den revolutionären Linken in der SPD. Er war während des 1. Weltkriegs mitbeteiligt an der Gründung des Spartakus-Bundes, aus dem (neben anderen Strömungen) Ende 1918 die deutsche Kommunistische Partei hervorging. Brandler gehörte bis 1924 der Zentrale der KPD an, in den letzten Jahren als Parteivorsitzender. Zusammen mit August Thalheimer war er maßgeblich an der Ausarbeitung der Gewerkschafts- und Einheitsfronttaktik der KPD beteiligt. Das Verhältnis zur reformistischen Arbeiterpartei SPD und zu den Gewerkschaften war für die deutsche kommunistische Bewegung — damals wie heute — so zentral und entscheidend, wie es umgekehrt in Rußland eine zweitrangige Rolle spielte.

Nach dem Ende des 1. Weltkriegs stellte das Ausbleiben einer siegreichen Revolution in Westeuropa die russische Partei vor die Frage: sollte sie warten, bis die Weltrevolution siegte, und sich eventuell dafür opfern — oder sollte sie aus eigener Kraft einen Weg suchen, obwohl dafür alle materiellen Voraussetzungen *mit Ausnahme der politischen Macht* fehlten? — 1923 gab die revolutionäre Krise in Deutschland (»Ruhrkampf« gegen die französische und belgische Besetzung, galoppierende Inflation, Massenarbeitslosigkeit usw.) zum letzten Mal die Hoffnung auf einen kommunistischen Sieg in Mitteleuropa. Die KPD hatte mit ihrer Einheitsfronttaktik großen Masseneinfluß gewonnen, besonders in den Gewerkschaften (wie er übrigens später niemals wieder erreicht werden konnte). Die Zeit des Aufstandes schien näher zu rücken.

Die Überlegungen in der deutschen KP, ob die Zeit für einen Aufstand reif sei, wurden durch das russische Interesse nach schneller Hilfe stark beeinflußt. Im September/Oktober 1923 bereitete sich die gesamte deutsche Partei auf einen Aufstand vor und bemerkte erst sehr spät, daß es der herrschenden Klasse während dieser Zeit noch einmal gelungen war, in der Arbeiterschaft Hoffnungen auf eine Besserung zu erzeugen (die SPD wurde vorübergehend wieder in die Regierung aufgenommen; der Konflikt der »Ruhrkampf« abgebrochen; der Geldwert, besonders bei Lohnzahlungen stabilisiert usw.). Der geplante Aufstand mußte zunächst verschoben, schließlich ganz aufgegeben werden.<sup>9</sup>

In der breiten Mitgliedschaft der KPD hinterließ das eine tiefe Enttäuschung. Dieser notwendige Rückzug wurde zunächst von der Kommunistischen Internationalen (KI), d. h. praktisch von der russischen Partei, gutgeheißen. Als schließlich die innerrussischen Fraktionskämpfe auf die anderen kommunistischen Parteien übergriffen, wurden überall die Parteileitungen abgesetzt, die der Kominternleitung um

<sup>9</sup> Die 1923 zugrunde liegende Auffassung, mit einem militärisch geplanten Aufstand zur Revolution gelangen zu können, ist eine falsche Übertragung russischer Erfahrungen auf die entwickelten kapitalistischen Verhältnisse Deutschlands. Die Kommunisten müssen unter diesen Verhältnissen erst die bereits von Lenin formulierte Aufgabe lösen, »*Formen der Heranziehung oder des Übergangs der Massen zur proletarischen Revolution*« zu entwickeln. Auf dieser (negativen) Erfahrung von 1923 beruhen die später entwickelten »Übergangslösungen« (Arbeiterkontrolle der Produktion) derjenigen Kommunisten, die sich in der KPD-Opposition sammelten.

Sinowjew unzuverlässig erschienen. In Deutschland traf sich diese Entwicklung der Unterordnung der kommunistischen Parteien unter die Interessen des Sowjetstaats mit der Enttäuschung der Mitgliedermassen über die ausgebliebene Revolution, wofür die Parteileitung verantwortlich gemacht wurde. Es entstand die Legende von der durch Brandler/Thalheimer »verratenen Revolution«. <sup>10</sup> Mit der Parteiführung wurde aber auch die bisherige Einheitsfront- und Gewerkschaftstaktik aufgegeben. Damit verlor die KPD nach 1923 in kurzer Zeit ihren gewerkschaftlichen Einfluß, ihre festen Wurzeln in der deutschen Arbeiterbewegung.

Brandler und Thalheimer wurden im Januar 1924 aus der KPD-Leitung entfernt und in die Sowjetunion beordert, damit sie aus den deutschen Parteiauseinandersetzungen herausgehalten werden konnten. Brandler schrieb 1959 über ihre Entscheidung, dieser Order nachzukommen: »Unsere Freunde forderten von uns, wir sollten der Verbannung nach Moskau nicht Folge leisten, und den Kampf bis zur Spaltung in Kauf nehmen. Das lehnte ich mit folgender Begründung ab: 1. Das würde die Partei zur Fortsetzung einer aktiven Einheitsfrontpolitik zur Liquidierung der SPD durch Gewinnung ihrer aktivsten Arbeitermitglieder für den Kommunismus nicht fördern. ... 2. Die Komintern finanzierte die KPD so, daß sie 27 Zeitungen und 200 Funktionäre bezahlen konnte. Auch wenn wir, wie unsere Anhänger erklärten, die größere Hälfte der Mitglieder bekämen, wir konnten aus eigener Kraft keine 4 Zeitungen und kein Dutzend Funktionäre bezahlen. Ich sähe keine Möglichkeit, als das Abwirtschaften der neuen Zentrale kritisch abzuwarten und dafür zu sorgen, daß der Kern des unteren Funktionsstammes aktiv erhalten bleibt ...«. <sup>11</sup>

So zutreffend die Einschätzung der Kräfte gewesen sein mag, so sehr erwies sich die Hoffnung auf ein »Abwirtschaften« der von der Komintern abhängigen Parteiführung als Illusion. Als Brandler und Thalheimer dies erkannten und 1928 nach Deutschland zurückkehrten, um mit ihren politischen Freunden den offenen politischen Kampf gegen die Sozialfaschismus- und RGO-Politik der KPD aufzunehmen — da war die Krisenentwicklung in der deutschen Gesellschaft schon so vorangeschritten, daß es der KPD-Opposition nicht mehr möglich war, die Mitgliedschaft der KPD für die Einheitsfrontpolitik zu gewinnen. Die Weltwirtschaftskrise des Kapitalismus führte in Deutschland zu dem Ergebnis, daß die gespaltene Arbeiterklasse von der Konterrevolution nach 1933 zerschlagen wurde.

Gerade die Jahre der »Verbannung« in der SU legten die Erfahrungsgrundlage, auf der Brandler und Thalheimer ihre weitere Arbeit an der politischen Stellungnahme zur SU aufbauen konnten. Thalheimer war während dieser Zeit in die politisch-theoretischen Auseinandersetzungen in der russischen Partei und an den Universitäten eingespannt. Brandler nahm an den Planungsvorbereitungen in der chemischen Industrie und in der Landwirtschaft teil. Er gewann dadurch praktische Kenntnis von den Verhältnissen im russischen Dorf vor der Kollektivierung. — Mit den

<sup>10</sup> Wie sehr die politischen Voraussetzungen für einen kommunistischen Aufstand fehlten, zeigte der Hamburger Aufstand. Ein paar Hundert Kommunisten kämpften in Barmbek und anderen Stadtteilen gegen Polizeieinheiten, während gleichzeitig Zehntausend Hafen- und Werftarbeiter streikten, ohne ihnen zu Hilfe zu kommen.

Eine Stellungnahme zur Frage des »deutschen Oktober« aus der Sicht der KPD-Opposition liegt mit Thalheimers Schrift von 1931 vor: »1923: eine verpaßte Revolution?«, wiederaufgelegt von der Gruppe Arbeiterpolitik.

<sup>11</sup> Brief an den »Genossen Deutscher« v. 12. 1. 1959.



*Heinrich Brandler (erster von links) in Moskau etwa 1926/27.  
Am Tisch sitzen u.a. Max Levin und Leo Borochowitsch.*

Fünfjahresplänen, die in diesen Jahren vorbereitet wurden, wurden Kollektivierung und Industrialisierung geschaffen — die Mittel, mit denen die SU das imperialistische Deutschland im 2. Weltkrieg besiegen konnte. Mit welchen barbarischen Methoden die urwüchsige russische Barbarei bekämpft wurde, schildert Brandler in dieser Broschüre.

Der Sieg über den deutschen Imperialismus brachte die SU bis ins Herz Europas, nach Deutschland. Hier trat sie mit den anderen — kapitalistischen — Siegermächten gemeinsam als Besatzungsmacht auf. Das war die Folge davon, daß die SU nicht mehr in der Lage war, den Krieg revolutionär zu führen. Die Masse der Rotarmisten stammte vom Lande. Sie ließ sich nur für einen »vaterländischen« Krieg zur Verteidigung ihrer Heimat gewinnen. Um die Spaltung des kapitalistischen Lagers — Deutschland, Italien, Japan einerseits, England, USA andererseits — auszunutzen und um überleben zu können, schloß sich die SU der westlichen Kriegsforderung nach »bedingungsloser Kapitulation« und gemeinsamer Besetzung Deutschlands an. Damit war umgekehrt ein revolutionärer Appell an die deutsche Arbeiterklasse zum Sturz ihrer herrschenden Klasse unmöglich geworden. Daß die Bewegung in Deutschland unter diesen Umständen keine Perspektive mehr besaß, erklärt, daß bis zum bitteren Ende keine bedeutende revolutionäre Opposition gegen Hitler entstanden ist. Als Brandler und Thalheimer 1945 von Kuba aus wieder (briefliche) Verbindung mit

den alten Genossen herstellen konnten, die Krieg, Illegalität und Emigration überlebt hatten, stellte sich unmittelbar nach dem Krieg die Stellungnahme zur SU als die zentrale Frage heraus.<sup>12</sup>

Für die damalige KPD war dies keine Frage: sie folgte der jeweils herrschenden Richtung der russischen Politik. Sie vertrat die »*Kollektivschuld aller Deutschen*«: ob Arbeiter, Unternehmer oder Nazischeerge, alle seien schuld an den Verbrechen, die die Nazis begangen hatten, um die Herrschaft der deutschen Bourgeoisie aufrecht zu erhalten. KPD-Mitglieder beteiligten sich an den von den westlichen Militärbehörden befohlenen Organen und Regierungen »zur demokratischen Umerziehung der Deutschen«. Unbelastete »Demokraten« wurden dringend gebraucht, um hinter ihnen Schritt für Schritt den alten bürgerlichen Machtapparat wiederherzustellen. Als sie dafür überflüssig geworden waren, wurden die Kommunisten wieder aus den Posten gejagt. Die Versuche der KPD, den Arbeitern einzureden, was diese selbst in der Kriegsgefangenschaft oder in der damaligen sowjetischen Besatzungszone erlebt und gesehen hatten, sie feindliche Propaganda, taten ein übriges, um den Kommunisten bald den Vertrauensvorschuß zu nehmen, den sie unmittelbar nach dem Krieg als Gegner der Nazi Herrschaft in großen Teilen der Arbeiterschaft genossen.<sup>13</sup>

Brandler und Thalheimer legten noch von Kuba aus klar: »*Ein Programm zur Unterstützung der Besatzungsbehörden, das das deutsche Volk und insbesondere seine Werktätigen unter die Stufe der heutigen Kolonialvölker herabdrückt, kann keine Basis für irgendeine politische Partei bilden. Die SP für die Angelsachsen, die KP für die Russen. Natürlich besteht ein wesentlicher Unterschied zwischen den Russen und den Imperialisten. Mit den Russen besteht ein ernster Gegensatz (in) ... den Augenblicksinteressen. Der Raub der Maschinen, Werkzeuge und dergleichen und das Bedürfnis nach Sklavenarbeit entspringt dem Wunsch, rasch die eigenen zerstörten Gebiete aufzubauen. Dieses Bedürfnis verschwindet in dem Maße, in dem der neue 5-Jahresplan durchgeführt wird, der in 4 Jahren den Wiederaufbau vollendet haben will. Der Politik der Zusammenarbeit mit den Imperialisten schwindet der Boden unter den Füßen. Im kommenden Krieg gibt es für die SU keinen imperialistischen Verbündeten mehr. Der einzige Bundesgenosse ist das revolutionäre Proletariat und vielleicht einige um ihre Freiheit kämpfende Kolonialvölker . . .*« (Mai 1946).

Für die Genossen, die nach 1945 in Deutschland einen Neuanfang auf selbständiger kommunistischer Grundlage machten, hatten sich viele Fragen in Bezug auf die russische Entwicklung angehäuft. Brandler antwortete mit einem ausführlichen Brief, den er von London aus nach Deutschland schickte.<sup>14</sup> Brandler wartete hier auf

<sup>12</sup> Z. B. schrieb Waldemar Bolze am 25. 10. 1945 von den Erfahrungen mit deutschen Emigranten in Paris an Brandler: »*Nach dem, was wir hier Tag für Tag beobachten können, wird die Rußlandfrage immer mehr zum Prüfstein der internationalen Arbeiterbewegung. Eine unklare Haltung ihr gegenüber muß dieselben Konsequenzen zeitigen wie seinerzeit die Unklarheit der KPD gegenüber der Gewerkschaftsfrage, die sie tatsächlich den Kopf gekostet hat.*«

<sup>13</sup> So waren 1946 fast die Hälfte der Betriebsratsmitglieder im Ruhrbergbau Kommunisten. Noch bei den ersten Wahlen in NRW 1947 erhielt die KPD 14 Prozent, bei den Bundestagswahlen 1949 war ihr Anteil in NRW schon auf 7,6 Prozent (Bundesgebiet 5,7 Prozent) zurückgegangen. 1953 sank der Anteil der KPD im Bundesgebiet auf 2,2 Prozent.

<sup>14</sup> »*Brief aus der Ferne Nr. 5*« v. 27. 6. 1948. Dieser Brief wurde — fast unverändert — hektografiert und in der damaligen Gruppe Arbeiterpolitik verbreitet. — Brandler erstellte später noch einen weiter ausholenden 2. Entwurf, der offenbar damals nicht verbreitet wurde.

der Durchreise von Kuba auf die Genehmigung zur Rückkehr aus der Emigration. In London lernte er Isaac Deutscher kennen, mit dem ihn von da ab ein ständiger politischer Meinungsaustausch verband, der vor allem um die »russische Frage« kreiste. — 1950 begann Brandler mit der Überarbeitung seiner »*Russenbroschüre*« für den Druck. 5 oder 6 Kopien des Entwurfs verschickte er an sachkundige Genossen, u.a. an Mogens Boserup, Rudi Hanke, Waldemar Bolze. An Deutscher schrieb er: »*Als Drucksache sende ich Ihnen das Manuskript meiner Broschüre. Sie ist nur im Rohbau fertig, noch nicht druckreif. Ein zusammenfassender Schluß fehlt noch und die letzten Seiten über die Zwangsarbeitslager müssen irgendwo in den Text eingearbeitet, das Ganze stilistisch überholt werden ...*«<sup>15</sup>

Daß Brandler trotz wiederholter Ankündigungen in den folgenden Jahren die Broschüre nicht mehr in Druck gab, hängt in erster Linie mit der damals beschränkten Zahl politisch Interessierter zusammen. Die der Gruppe angehörenden oder ihr nahestehenden Genossen hatten die Möglichkeit, die frühere hektografierte Fassung zu lesen. In der beginnenden Konjunktur der BRD entstand darüber hinaus kein neues Interesse.

Für den heutigen Leser ist der Text streckenweise sicher nicht leicht verdaulich — nicht nur wegen formaler und stilistischer Mängel. Er ist auf den Zweck, auf die Zeit und ihre Probleme zugeschnitten. Gerade deshalb liefert er aber über das eigentliche Thema hinaus viele interessante Lichtblicke auf die politischen Probleme der Nachkriegszeit. Das von uns zugefügte Register soll einige angesprochene Namen und Ereignisse verständlicher machen.

Der vorliegende Text ist auch ein **Dokument** über die damalige Stellungnahme selbständig denkender deutscher Kommunisten. Deswegen haben wir ihn auch da nicht verändert, wo wir aus heutiger Sicht zu anderen Schlußfolgerungen kommen.

Wir wollen hier nur zwei derartige Punkte ansprechen: 1. Die Aussage S. 83/84: »... *Nationale Selbstbestimmung setzt Räumung und Rückgängigmachung aller Annektionen voraus.*« Die Flucht und unterschiedslose Vertreibung von 10 Millionen Deutschen aller Klassen — darunter auch aktiver Hitlergegner und revolutionärer Arbeiter — aus den deutschen Ostgebieten unmittelbar nach dem Krieg war eine schwere Verletzung kommunistischer Grundsätze. Das wird dadurch bestätigt, daß

<sup>15</sup> Brief v. 26. 9. 1950. — Deutscher antwortete mit einem ausführlichen Brief, in dem er zu einzelnen Textstellen kritische Anmerkungen machte. Sie wurden bei dieser Ausgabe des Textes soweit berücksichtigt, als aus Brandlers Notizen deutlich ist, daß er sie einarbeiten wollte.

<sup>16</sup> 10 Jahre später schrieb Brandler selbst darüber: »*Wir haben die Russen angeklagt, daß sie nicht wie 1917/18 gehandelt haben, als sie mit der Losung Frieden ohne Annexionen und Kriegsschädigungen — die sie 1945 nicht angewandt haben — 1917 großen Widerhall in der Welt und tatkräftige Unterstützung besonders in der Arbeiterklasse gefunden hatten, die dazu beitrug, die Interventions-truppen zu zersetzen und ihren Bürgerkrieg zu gewinnen. Was wir nicht getan haben, wir haben die veränderten Umstände nicht aufgezeigt, sondern Nebensachen der Propaganda der Gesamtschuld in den Vordergrund gestellt. Vielleicht hätte 1945 eine ähnliche Politik ähnliche Wirkungen ausgelöst? Aber dann dürften die Russen an der Besetzung Deutschlands und der eroberten Gebiete nicht teilnehmen, sie müßten der Arbeiterklasse dieser Länder den Kampf zum Sturz ihrer bankrotten Bourgeoisie überlassen. In Wirklichkeit ist eine Kriegsbeendigung ohne Annexion und Kriegsschädigung nur realisierbar, wenn man den geschonten Gegner sofort zum Verbündeten machen kann.*« (Brief v. 15. 12. 1958).

<sup>17</sup> Brief v. 2. 1. 1947.

20 bis 30 Jahre danach noch die Vertriebenen einen Bodensatz für das Fortbestehen reaktionärer Tendenzen in der BRD bildeten. Wenn diese Wunden heute einigermaßen vernarbt sind, so wäre es gerade im Sinne dieses von Brandler betonten Grundsatzes falsch, weiter eine »Rückgängigmachung aller Annektionen« zu fordern.<sup>16</sup>

2. Brandlers Aussagen über die Grenzen der individuellen Entscheidungsfreiheit bei der Abtreibung (S. 44/45) können heute leicht mißverstanden werden. Es ist sicher richtig, daß über der individuellen Entscheidungsfreiheit das gesellschaftliche Interesse steht. Aber so wie die Gesellschaft sich fortentwickelt, so verändert sich auch das gesellschaftliche Interesse in dieser Frage. In der DDR zeigt sich heute, daß die Schwangerschaftsunterbrechung nicht auf medizinische Notfälle begrenzt wird, weil sonst die Lebensgestaltung der Frau beeinträchtigt wird, etwa wenn sie noch in der Ausbildung steckt. Die größere individuelle Entscheidungsfreiheit führt heute in der DDR anders als damals in der SU zu einer Geburtensteigerung, wie die letzten Jahre gezeigt haben, weil mit Geldmitteln, Krippen- und Kindergartenplätzen, Kleidung, sicheren Berufsaussichten usw. günstige Bedingungen für das Aufziehen der Kinder geschaffen wurden.

Brandler hat selbst immer wieder seine Ergebnisse an den Tatsachen überprüft. Er wendet sich mit dieser Broschüre nicht an Gefühlssozialisten, die in Begeisterung über ideale Gesellschaftsvorstellungen aufgehen. Er mutet seinen Lesern wie sich selbst zu, auch unangenehme Entwicklungen ins Auge zu sehen, sie politisch zu verarbeiten und daraus für den weiteren Kampf Schlüsse zu ziehen.

In einem Brief schrieb er 1947: »... Ich leugne nicht, daß die Entwicklung der SU nicht den Vorstellungen entspricht, die wir alle vor diesen Erfahrungen hatten, von dem was Sozialismus ist. Aber daraus ziehe ich den Schluß, daß meine Vorstellungen falsch waren und an Hand der Tatsachen korrigiert werden müssen, nicht umgekehrt. Das hat nichts zu tun mit der Philisterfrage, ob die Entwicklung gut oder schlecht ist. Das sind die Erfahrungen der ersten proletarischen Revolution, die siegte und sich heute im 30. Lebensjahr befindet. Die Wirkung der Entwicklung der SU auf die westeuropäischen industriell entwickelten Länder ist ‚schlecht‘. Sie widerspricht den westeuropäischen Vorstellungen (über die) ... proletarische Revolution und den Weg zum Sozialismus. Wenn wir nicht die Denkweise des dialektischen Materialismus von Marx und Engels über Bord werfen wollen ..., dann müssen wir falsche Vorstellungen an Hand der Wirklichkeit nachprüfen und korrigieren ...«.<sup>17</sup>

Heinrich Brandler hat das Ziel nicht aus den Augen verloren, auch unter den veränderten Verhältnissen des Nachkriegsdeutschland einen Kern von Kommunisten zu schaffen, der als selbständiger Kader Lehren aus den Niederlagen der Vergangenheit zieht und die Fähigkeit erwirbt, die werktätigen Massen zur sozialen Revolution zu führen. In dem Maße, in dem Kommunisten sich auf die Massen ihres Landes stützen können, in dem Maße können sie sich auch gegenüber den Russen behaupten — das war Heinrich Brandler auch vor dem praktischen Beweis durch die Jugoslawen und die Chinesen schon genauso klar wie die Erkenntnis, daß der Sieg der sozialistischen Revolution in Mittel- und Westeuropa trotz aller zeitweiligen Gegensätze letztlich auch das Lebensinteresse der Sowjetunion ist.

Gruppe Arbeiterpolitik Februar 1982.

# Vorwort

Mit der Herausgabe dieser Broschüre komme ich einer Aufforderung der Teilnehmer der Zirkelversammlungen nach, in welchen ich in dem Jahr seit meiner Rückkehr aus der Emigration gesprochen habe. Die Auswahl aus dem riesigen Stoffgebiet wurde bestimmt durch den beschränkten Umfang der Broschüre und die strittigen Fragen, die ich in den Versammlungen vorfand. Die polemische Form der Broschüre spiegelt die Polemik in den Versammlungen wider.

Im Anhang bringe ich die Einleitung zu einer umfangreichen Arbeit über die Sowjetunion von August Thalheimer, meinem Kampfgenossen während 30 Jahren, der im September 1948 in der Emigration in Kuba gestorben ist. Er konnte die begonnene Arbeit nicht vollenden.

Wir arbeiteten in den letzten sechs Jahren unserer gemeinsamen Emigration in Havanna wie zuvor während der acht Jahre in Paris an der Durcharbeitung uns zugängigen Materials über die Sowjetunion. In Havanna genügte das zur Verfügung stehende Material nicht. Deswegen zog sich die Arbeit so in die Länge. Die Arbeit über »die Methode« von Thalheimer ist das einzig abgeschlossene Kapitel und von Freunden in England und Deutschland seit 1947 abgeschrieben und in einigen Dutzend Exemplaren verbreitet worden.

Der von mir in der Broschüre vertretene Standpunkt ist auch der Standpunkt von Thalheimer. Die Stellung zur Sowjetbürokratie, die wir gemeinsam in unserer Broschüre über die Sowjetunion 1937 unmittelbar zwischen den Prozessen gegen die alten Bolschewiki bezogen haben, halte ich für eine Unterschätzung der Verwurzelung der Stalinbürokratie in der Masse der Sowjetwerk tätigen. Die positive Rolle, welche die Stalinbürokratie während des Krieges spielte, ist zwar Ausdruck der rückständigen barbarischen Tradition Rußlands, aber eben deswegen passende Form zur Lösung der Kriegsaufgabe gewesen.

Ich glaube annehmen zu dürfen, daß Thalheimer mit dieser von mir vorgenommenen Korrektur einverstanden wäre. In Kuba stand uns kein Exemplar unserer Broschüre von 1937 zur Verfügung. Deshalb war eine gemeinsame Nachprüfung und Korrektur nicht möglich. Diese kleine Broschüre ist kein Ersatz für die geplante umfassendere, wenn möglich erschöpfende Arbeit, zu der die Einleitung »über die Methode« geschrieben wurde. Diese Einleitung wird nicht ohne Mühe dem ungeschulten Arbeiter verständlich sein. Deshalb bringe ich sie am Schluß, wenn der Leser die Anwendung dieser Methode anhand des Stoffes überprüfen kann.

Hamburg, Oktober 1950.

---

*Am. d. Herausgeber: Die hier angesprochen »Einleitung zu einer umfangreicheren Arbeit« August Thalheimers liegt seit 1952 als Broschüre vor: »GRUNDLAGEN UND GRUNDBEGRIFFE DER EINSCHÄTZUNG DER SOWJETUNION. Die SU von heute und die sozialistische Revolution in fortgeschrittenen Ländern (1946). Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik von 1952«. Wir drucken sie daher entgegen der damaligen Absicht Brandlers nicht als Anhang an diese Broschüre.*

*Mit dem Hinweis auf »unsere Broschüre über die Sowjetunion 1937« meint Brandler die Broschüre: »ZUR KRISE IN DER SOWJETUNION, herausgegeben vom Büro der IVKO, Juni/Juli 1937, Wolfenheim, Frankreich.«*



# Einleitung

Hunderttausend ehemalige deutsche Kriegsgefangene in der SU sind heimgekehrt und berichten über ihre traurigen Erlebnisse. Viele halten sich für Sachkenner und werden oft als solche angesehen. Ein Drittel der deutschen Bevölkerung hat die Eroberung ihres Gebietes durch die Sowjettruppen erlebt, die Exzesse einer außer Rand und Band geratenen Roten Armee ertragen. Dem folgte auf dem Fuße die Demontage der nicht vom Krieg zerstörten Betriebe und Eisenbahnanlagen und Ausplünderung. Beutebeschlagnahmen nahmen Unentbehrliches der Bevölkerung weg. Zwölf Millionen Heimatvertriebene hassen die SU, der sie ihr Unheil und Leiden zuschieben. Allmählich wird aus den Kriegshandlungen der Sowjettruppen Besatzungspolitik. Die in Potsdam beschlossene Viermächtekontrolle des besiegten Deutschland scheidet an den Interessenunterschieden der vier Sieger. Dieser Streit wird bis heute auf unserem Rücken ausgetragen. Die Hoffnung der Bevölkerung auf Kriegsende und die Befreierrolle der Sieger zerrieben rasch an der Wirklichkeit. Die Sowjetunion als sozialistische Weltmacht hat die kommunistischen Grundsätze für einen Frieden der Völker ohne Annexionen und Entschädigungen und Selbstbestimmungsrecht der Nationen preisgegeben und damit den Kommunismus geschändet. Millionen Werktätiger sind am Sozialismus irre geworden. Diese neuen Erfahrungen standen und stehen im krassen Widerspruch zu ihren Vorstellungen vom Sozialismus.

Ist die Sowjetunion heute noch sozialistisch, falls sie es jemals war? Wenn nicht, was ist sie? Diese Fragen beschäftigen heute alle, die sich Gedanken über weltpolitische Fragen machen. Diejenigen, die in der Gedankenwelt kapitalistischer Vorstellungen leben, haben den Zusammenbruch der Sowjetunion seit ihrer Geburt prophezeit. Die Sowjetunion hat jedoch diese Prophezeihungen und viele ihrer Propheten überlebt. Die Versuche, diese Prophezeihungen durch militärische Intervention und Unterstützung der Konterrevolution in der SU wahrzumachen, hat die Sowjetunion bisher erfolgreich abgewehrt. Ungeheure Opfer haben diese Abwehrkämpfe das Sowjetvolk gekostet, besonders der letzte Eroberungsfeldzug des deutschen Imperialismus, das bisher größte Unternehmen zur Zerstörung der Sowjetunion. Bei der Abwehr dieser Überfälle hat das Sowjetvolk schwer zugeschlagen und ist dabei mit seinen Feinden nicht glimpflich verfahren. Eine Bewegung, die eine alte Gesellschaftsordnung zugunsten einer neuen stürzen will, muß unbarmherzig mit den Vertretern des Alten aufräumen. Darüber wird das bahnbrechend Neue oft übersehen. Revolutionäre sehen meist in der Vernichtung des Alten und deren Vertreter eine Selbst-

verständlichkeit – sonst könnten sie sie nicht vernichten. Das wird von den Zuschauern und Opfern nur mit Entsetzen erfaßt.

Bei der Abwehr der Angriffe ist die Sowjetunion stärker und zur führenden Weltmacht aller nicht kapitalistischen Mächte geworden. Angst und Panik vor dieser Kraftentfaltung erfaßt heute die ehemaligen Zusammenbruchspropheten. Aus dieser Geistesverfassung der kapitalistischen Welt wird der neue Feldzug gegen die SU vorbereitet. Führende Macht ist dabei der amerikanische Imperialismus, der die Gleichschaltung aller kapitalistischen Staaten und Kräfte zu schaffen versucht, um zu verwirklichen, was bisher mißlungen ist.

Viele Arbeiter der kapitalistischen Länder, die jahrzehntelang die eigene Bourgeoisie bekämpft haben, um sich einen höheren Anteil an dem von ihnen produzierten Reichtum zu verschaffen – einen Anteil, der ihnen vorenthalten wurde – sind durch die Formen der Entwicklung der Sowjetunion schwankend in ihrem Urteil geworden. Sie sind Sozialisten, insoweit sie die Beseitigung der Herrschaft der Kapitalisten und ihrer auf Profit aufgebauten Wirtschaft für notwendig halten. Sie sind theoretisch für eine sozialistische Planwirtschaft, die die Bedürfnisse der Gesamtheit befriedigen soll. Sie sind überzeugt, daß dies bei ihnen möglich ist, daß die produktionstechnischen Bedingungen dafür vorhanden sind. Sie wissen auch, daß die Voraussetzung zur Verwirklichung dieser Ziele der Sturz ihrer Bourgeoisie und die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse ist. Im Prinzip anerkennen sie, was in der Sowjetunion in der ersten Phase nach der Revolution geschehen ist. Die ungeheuren Opfer des Sowjetvolkes, die oft grausamen und barbarischen Formen, in denen sich der Selbstbehauptungskampf der Sowjetmacht abspielte und abspielt, schrecken jedoch die meisten ab. Sie suchen nach einem leichteren, humaneren Weg zum Sozialismus. Auf dieser Suche werden sie Opfer kleinbürgerlicher Illusionen von einer friedlichen Verständigungsmöglichkeit mit den Kapitalisten. Auf solchen Illusionen beruht die Gedankenwelt des Reformismus der letzten dreißig Jahre. Diesen Verständigungswünschen wird die kämpferische, nur die Kampfkraft der Arbeiterklasse berücksichtigende Interessenvertretung geopfert, die den Reformismus vor dem ersten Weltkrieg noch beseelte. Die Bourgeoisie bedient sich dieser Illusionen der Arbeiter, um sich die Arbeiterklasse geistig zu unterwerfen. Reformisten, die den Sozialismus in eine ideale Traumwelt einer Harmonie zwischen Kapital und Arbeit versetzen, bejahen und stützen damit den Kapitalismus. Die Überbetonung der schwierigen und barbarischen Formen des Klassenkampfes in der Sowjetunion, ihre Loslösung von den russischen Voraussetzungen, wird so zu einem der wirksamsten Mittel der imperialistischen und reformistischen Propaganda zur Vorbereitung des neuen Kreuzzuges gegen die Sowjetunion.

# Vom Sturz des Zarismus bis zur Sowjetmacht

Die Arbeiterklasse muß sich Klarheit über die Sowjetunion verschaffen. Unbestritten ist, daß mit der Sowjetunion ein neuer Staatstypus auftritt. Alle Produktionsmittel sind verstaatlicht, das Privateigentum an den Produktionsmitteln ist bis auf bedeutungslose Reste aufgehoben (Privatgärten und Teile des Viehbestandes der Kollektivbauern). Die Wirtschaft ist einer Gesamtplanung unterworfen, die von der Befriedigung der Bedürfnisse ausgeht.

Der Sowjetstaat wurde nach der Vernichtung des zaristischen Staates durch die Agrarrevolution der Bauern und den Aufstand der Arbeiter geschaffen. Die Sowjets, d. h. die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, die als Kampforgane zur Eroberung der politischen Macht entstanden, wurden nach dem Siege Organe zur Ausübung der Staatsgewalt. Durch die Führung, die die Arbeiterklasse den Bauern gab, erreichten diese ihr unmittelbares Ziel: Frieden und Aufteilung des Großgrundbesitzerlandes und Grundbesitzes des zaristischen Staates. Die ökonomische Grundlage des zaristischen asiatisch-despotischen Feudalstaates wurde dadurch zertrümmert. Die Arbeiterklasse, unterstützt von den bewaffneten Bauern (das waren die die Front verlassenden Soldaten), verjagte die bürgerlichen Regierungen, die dem zaristischen Regime folgten. Das bedeutete die politische Revolution, ausgeführt von der ungeheuren Mehrheit der russischen Bevölkerung, über die kleine Minderheit der halben Million feudaler Großgrundbesitzer, die herrschende Klasse unter dem Zarismus war, und die zahlenmäßig noch geringere russische Großbourgeoisie, die einen Kompromiß mit einem reformierten Zarismus anstrebte, um ihre bürgerliche Herrschaft aufzurichten. Politisch und organisatorisch führte die bolschewistische Partei, als Vorhut der Arbeiterklasse, die Massen in diesen Kämpfen.

Der Wille der breiten Bauernmassen war 1917 in Rußland herangereift, sich das Großgrundbesitzerland anzueignen und aufzuteilen. Die Aufteilung des Grund und Bodens entsprach nicht dem Wunsch oder dem Programm der Bolschewiki. Sie wußten, daß die sozialistische Wirtschaft nicht die Zerstückelung, sondern die Zusammenfassung des Grund und Bodens erfordert. Nur eine moderne Großlandwirtschaft kann den Bedarf an Nahrungsmitteln und Rohstoffen für eine moderne sozialistische Großindustrie liefern. Das wußten die Bolschewiki und forderten sie in ihrem Programm. Aber 1917 fehlten in Rußland alle Voraussetzungen zur unmittelbaren Verwirklichung dieses Programmpunktes. Es bestand keine Industrie, die imstande gewesen wäre, eine moderne Großlandwirtschaft mit landwirtschaftlicher Maschinerie, Traktoren, anderen Ma-

schinen und Werkzeugen zu beliefern. Es bestand keine chemische Industrie, die einer Großlandwirtschaft hätte künstliche Düngemittel liefern können. Es fehlte an geschulten Agronomen. Es fehlte gleichfalls eine Bauernmasse, die zu moderner Bodenbewirtschaftung fähig gewesen wäre. Die ökonomische Rückständigkeit Rußlands führte Menschewiki und Sozialrevolutionäre zu der Folgerung, in Rußland sei nur eine bürgerlich-kapitalistische Revolution möglich. Die Arbeiterklasse und Bauernschaft müßten zwar den Zarismus stürzen, aber der Bourgeoisie die Staatsmacht und Wirtschaftsführung überlassen. Nur durch die Bourgeoisie, nur mit kapitalistischen Methoden könne in Rußland eine moderne Industrie und Landwirtschaft nach dem Vorbild Westeuropas und Amerikas geschaffen werden. Der barbarische Wille der Bauernschaft, die Bodenaufteilung selbst durchzuführen, den Großgrundbesitz entschädigungslos zu enteignen, müsse in die gesetzlichen Bahnen einer Landreform umgelenkt werden. Die Bolschewiki widersetzten sich diesem menschewistischen Plan zur Überwindung der russischen Rückständigkeit. Die Bauern, erklärten die Bolschewiki, im Bunde und geführt vom industriellen Proletariat, müßten und könnten die politische Macht in ihre Hände nehmen, sie gegen alle Angriffe verteidigen und selbst die erforderlichen Maßnahmen zur Überwindung der barbarischen Rückständigkeit durchführen. Das war die Politik der Bolschewiki, die sie den Menschewiki und Sozialrevolutionären entgegensetzten. **Die Mehrheit der Bauern folgte den Bolschewiki, nicht den Menschewiki und Sozialrevolutionären.** Die Bolschewiki haben die Bauernbewegung nicht geschaffen. Sie war das Ergebnis der sich zersetzenden feudalen Gesellschaft. **Aber sie haben dieser Bewegung Führung gegeben, sie zur Kraft zur Zertrümmerung des zaristischen Staates gemacht und die Versuche, einen bürgerlich-kapitalistischen Staat zu schaffen, dadurch verhindert.**

Die Bauern hatten infolge der ungeheuren Blutopfer im Kriege und fortwährenden Niederlagen die Lust am Krieg verloren. Sie diskutierten nicht über ideale Friedensmöglichkeiten, sondern liefen von der Front davon zu ihren im Elend lebenden Familien. Sie erschlugen die Offiziere an der Front, die sie hindern wollten, heimzukehren. Der Frontoffizier war derselbe Grundbesitzer, der ihnen zu Hause gegenüberstand, um sie an der Landaufteilung zu hindern. **Die Bolschewiki haben auch diesen Friedenswillen nicht geschaffen, auch er war das Produkt der sich zersetzenden zaristischen Gesellschaft.** Die Kampfformen entsprachen ganz den Traditionen der asiatisch-despotisch-feudalen Gesellschaft des Zarismus. **Die Bolschewiki haben diesen aktiven Friedenswillen unterstützt und ihm Führung gegeben.** So handelten sie marxistisch und ganz im Sinne der Kongresse der Zweiten Internationale sowie ihrer eigenen Parteitage: *»Die Kriegsnöte und Enttäuschungen der Massen während des Krieges auszunützen, zum Sturz der kapitalistischen Ordnung.«* Die Arbeiter der Städte griffen die Losung der Bauern *»Land und Frieden«* begeistert auf. Sie fügten ihrerseits die Forderung *»Brot für die hungernden Industriegebiete«* hinzu. Brot, Friede und Land wurde zur Losung der russischen Oktoberrevolution. Sie unterscheidet sich von den Idealen der bürgerlich-kapitalistischen Revolutionen *»Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit«* durch ihre handfeste irdische Nüchternheit. Die Ideale der bürgerlichen Revolution konnten nicht verwirklicht werden. Sofort nach dem Sieg der Oktoberrevolution boten die Sowjets der Welt einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker an. Der Grund und Boden wurde den Bauern zur Aufteilung überlassen, das staatliche Getreidemonopol zur Brotversorgung beschlossen. Die Sowjets waren die Kampforgane der Arbeiter und Bauern. Am Anfang hatten die Menschewiki und Sozialrevolutionäre die Mehrheit, die Bolschewiki waren eine geringe

Minderheit. Die Miljukoff- und Kerenski-Regierungen wollten den Krieg an der Seite der Alliierten bis zum Sieg über den deutschen Imperialismus fortführen. Die Arbeiter- und Bauernmassen widersetzten sich der Fortführung des Krieges. Die Bolschewiki unterstützten den Massenwunsch nach Frieden und gaben ihm Organisation und Führung. Die bürgerlichen Regierungen widersetzten sich auch den wilden Aktionen zur Enteignung der Großgrundbesitzer. Die Bolschewiki unterstützten und organisierten sie. Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre wurden aus den Sowjets herausgewählt und durch Bolschewiki ersetzt, die sich als die energischsten, opferbereitesten und zielklarsten Kämpfer für die Forderungen der breiten Massen auszeichneten. Geführt von den Bolschewiki entrissen die Sowjets den bürgerlichen Regierungen eine Regierungsfunktion nach der anderen. Gestützt auf den Mehrheitswillen der breiten Massen, besonders der Bauern im Soldatenrock, setzten die Sowjets die von den Bolschewiki formulierten Beschlüsse gegen den Widerstand der bürgerlichen Zwischenregierungen durch. Die Absetzung und Verhaftung der Kerenski-Regierung vollzog sich in der Form des bewaffneten Aufstandes. Er war kurz und kostete wenig Opfer. So wurden die Sowjets aus Kampforganen zur Eroberung der politischen Macht die alleinige Staatsgewalt. Die Vertreibung der konstituierenden Nationalversammlung mit einer antibolschewistischen Mehrheit beendete den Zustand der Doppelregierung.

Der folgende Kampf gegen die sich organisierende Konterrevolution im Innern und die ausländische Intervention dauerte über drei Jahre. Die Sowjetmacht mußte alle Kräfte der werktätigen Massen zur Selbstbehauptung und Verteidigung des Landes mobilisieren und einsetzen. Der deutsche Imperialismus wurde durch die schweren Bedingungen des Brest-Litowsker Friedensvertrages von weiteren Eroberungen und Ausplünderungen zurückgehalten. Über Annahme und Ablehnung der Brest-Litowsker Bedingungen kam es zu scharfen Gegensätzen in der bolschewistischen Partei und zum Austritt der linken Sozialrevolutionäre aus der Sowjetregierung. Diese versuchten in Moskau einen Aufstand zum Sturz der Sowjetmacht. Der Aufstand wurde niedergeschlagen, der Brest-Litowsker Vertrag angenommen, die erwartete Atempause zum Ausbau der schwachen Sowjetmacht gewonnen. Die beiden imperialistischen Lager waren noch bis November 1918 in einen Krieg untereinander verwickelt, der alle ihre Kräfte beanspruchte, so daß sie nur schwache Kräfte zur Intervention und Unterstützung der inneren Konterrevolution in der SU abgeben konnten.

Die Oktoberrevolution wurde von der Arbeiterklasse der ganzen Welt mit großer Begeisterung aufgenommen. Breite Schichten werktätiger Kleinbürger, vom vierjährigen Völkermord erschöpft, sympathisierten ebenfalls zeitweise mit der ersten siegreichen sozialistischen Revolution. Diese Welle von Sympathie schuf die Atmosphäre, welche die Meutereien in den ausländischen Interventionstruppen begünstigte, die sich weigerten, gegen die Sowjetunion und die Rote Armee zu kämpfen. Die englischen Arbeiter stellten sich schützend vor die Sowjetunion und zwangen Churchill, auf die Intervention zu verzichten. Durch dieses Zusammenwirken der internationalen Solidaritätshandlungen der Arbeiter mit dem Sowjetvolk, das alle seine Kräfte aufbot, konnte die Sowjetmacht erhalten werden.

Die Menschenverluste, die der über dreijährige Bürgerkrieg kostete, betragen über eine Million. Weitere Folge war eine vollständig zerrüttete Wirtschaft. Die Industrieproduktion sank auf etwa ein Fünftel von 1913. Unter dem Einfluß der neuen ökonomischen Politik erreichte sie 1926/27 den Stand von 1913 wieder.

In der Landwirtschaft sank die Anbaufläche um mehr als die Hälfte und ebenso der Nettoertrag der landwirtschaftlichen Produktion pro Kopf der Bevölkerung. Die Ver-

sorgung der Städte und Industriegebiete stockte fast ganz. Das führte zu einer Massenabwanderung der Bevölkerung aus der Stadt aufs Dorf. 1920 war die Bevölkerung Moskaus auf 57,7 Prozent der Einwohnerzahl von 1916, die von Petersburg auf 30,6 Prozent gesunken. Im Lande waren 1918/19 noch relativ große Getreidevorräte vorhanden, aber die Bauern hielten sie zurück, lieferten nicht zu den festgesetzten Preisen. Am 13. Mai 1918 beschloß die Sowjetregierung das Gesetz über Einführung eines staatlichen Getreidemonopols. Gleichzeitig wurden alle werktätigen und besitzlosen Bauern aufgefordert, unverzüglich und mitleidlos gegen die Kulaken (die reichen Bauern und Händler) zu kämpfen, die Getreide zurückhalten. Alle Getreideüberschüsse, die nicht zur Selbstversorgung und Aussaat notwendig sind, so wurde verordnet, sollten in Sammelstellen eingebracht und die Volksfeinde, die das Volk aushungern, sollten in Gefängnis bis zu zehn Jahren bestraft werden. Diese Mobilisierung der Dorfarmut gegen die Dorfreichen, trägt den Klassenkampf ins Dorf. Das bedeutet die Aufspaltung der Bauernschaft. Der Kampf wird mit großer Grausamkeit von beiden Seiten geführt. Aber ernsthafte Ergebnisse in der Getreidesammlung zur Versorgung der Roten Armee und hungernden Städte erzielten nur die Versorgungsabteilungen der bewaffneten Arbeiter. Das war die dreieinhalbjährige Periode des Kriegskommunismus, in der die Klassenunterschiede insofern verschwunden waren, als Hungergleichheit herrschte. Der Bauer, der im Kampf um das Großgrundbesitzerland mit den Bolschewiki zusammengegangen war, wandte sich gegen die Bolschewiki, als sie Getreide zu Festpreisen beschlagnahmten. Gegen entwertetes Geld, für das sie keine Industrieprodukte kaufen konnten, weil keine vorhanden waren, da die ganze noch funktionierende Industrie für den Bedarf der Roten Armee gebraucht wurde, waren die Bauern nicht bereit, Getreide und Lebensmittel zu liefern. Sie begünstigten jetzt nicht selten die Konterrevolutionäre und die Weißgardisten. Als die letzteren aber begannen, die alten Zustände wiederherzustellen, um die Bodenaufteilung rückgängig zu machen, setzten die Bauern sich wieder zur Wehr, bildeten Partisanenabteilungen im Rücken der Weißgardisten und vereinigten sich wieder mit der Roten Armee. Lenin charakterisierte die damalige Lage folgendermaßen: *»Niemals hatte die Arbeiterklasse einen solchen Nahrungsmangel wie in dem ersten Jahre ihrer Diktatur. Zehntausende verhungerten, und im Lande waren große Brotvorräte. Im August 1918 gab es in den Speichern des Versorgungskommissariats nichts mehr.«* Die drakonischen Maßnahmen waren nicht Ausfluß persönlicher Herrschaftsgelüste an der Macht klebender Bolschewiki oder Ausfluß einer Freiheit und Menschenrechte verachtenden Doktrin, sondern unvermeidbare Maßnahmen, um die Ergebnisse der ersten siegreichen proletarischen Revolution gegen Konterrevolution, imperialistische Intervention, Hungerblockade und Wucherinstinkte der Bauern zu sichern. Das tiefe Kulturniveau der Landarbeiter und Bauern zwang dazu, die ganze verantwortliche Arbeit der Sowjetwirtschaft, Roten Armee und Staatsgewalt in die Hände der Fabrikarbeiter zu legen. Die wenigen Fachleute, Techniker, Chemiker, Kaufleute und Beamten, die vorhanden waren, sabotierten. Ihre Sabotage mußte gebrochen werden. Das ging nicht ohne Terror, denn eine funktionierende Staatsverwaltung mußte ja erst geschaffen werden. Den unterworfenen Technikern, Offizieren, Beamten, mußten Kommissare aus der der Revolution ergebenden Arbeiterklasse beigegeben werden. Mangelnde Sach- und Fachkunde der Kommissare schuf oft eine nur unzulängliche Kontrolle, ermöglichte Sabotage der Böswilligen und schuf Härten gegen Erbebene, zwischen denen die Kommissare oft nicht unterscheiden konnten. Nach Beendigung des Bürgerkrieges 1920/21 galt es, alle Kräfte zum Aufbau der zerrütteten Wirtschaft zusammenzufassen. Die Requisitionen wurden durch Einfüh-

rung einer Naturalsteuer abgelöst. Aber das genügte nicht. Die Bauernaufstände konnten zwar niedergeschlagen werden, aber es galt, ihnen die Wurzel abzugraben. Besonders gefährlich wurde es, als entlassene Rotarmisten begannen, an der Seite der aufständischen Bauern mitzukämpfen. Der Rotarmist wie der rote Matrose war ja nichts anderes als der bewaffnete Bauer, soweit es sich nicht um Angehörige der proletarischen Kerntruppen handelte. Die Industriearbeiter hatten die größten Opfer gebracht. Sie mußten im Krieg an den gefährdetsten Stellen der Front und in jeder kritischen Lage eingesetzt werden, wann und wo die Bauerntruppen versagten. Kein Wunder, wenn die Unzufriedenheit auch Arbeiter erfaßte, und bäuerliche Elemente konterrevolutionärer Propaganda anheimfielen. Gegenüber der Sowjetmacht und ihrer festen Diktatur appellierten die Unzufriedenen an die Demokratie, forderten gegenüber dem Monopol der Kommunistischen Partei Zulassung anderer Parteien und nicht offen konterrevolutionär auftretender Gruppen allgemein sowjettreuer Bauern. **Sowjets ohne Bolschewiki**, darauf lief ihre Losung hinaus. Sie wurde sehr bald zum Feldgeschrei der inneren und äußeren Konterrevolution. Sieg der Demokratie hätte unter den gegebenen Umständen zwangsläufig bedeutet, dem Kapitalismus den Weg zu ebnen. Der wohlhabende Bauer, der über Saatgetreide und Zugvieh verfügte, hätte sich die besitzlosen Bauern zinspflichtig machen sowie die Industrie seinen Bedürfnissen unterwerfen können. Den Höhepunkt dieser Bewegung bildete der Aufstand der Kronstädter Matrosen im Frühjahr 1921. Kronstadt und die Kronstädter Matrosen waren die Hochburg der revolutionären Kämpfer während der Oktoberrevolution gewesen. Auch dieser Aufstand wurde von ausgewählten Truppenteilen der Roten Armee niedergeschlagen. Aber das genügte nicht, es war notwendig, die Ursachen der Aufstände zu beseitigen.



*Bolschewiki wurden gehängt – die alte »Ruhe und Ordnung« sollte damit wieder hergestellt werden.*

# Die neue ökonomische Politik (NEP)

Lenin proklamierte gleichzeitig mit der Unterdrückung der Aufstände die neue ökonomische Politik. Er begründete sie folgendermaßen: »Wir müssen die bisher geübte Versorgungspolitik abschaffen, sie durch eine Naturalsteuer ersetzen, in gewissem Umfange den Markt der landwirtschaftlichen Erzeuger gestatten und die wirtschaftliche Initiative der Bauern begünstigen. Wir müssen unsere staatliche Wirtschaft unter Berücksichtigung der mittleren Bauernwirtschaft aufbauen, die wir im Laufe von drei Jahren nicht haben umgestalten können und noch zehn Jahre nicht umgestalten werden. Habt keine Angst, daß die Wiederherstellung der Einzelinteressen und des Marktes zur Wiedergeburt der kapitalistischen Wirtschaftsformen führen wird...

Was bedeutet die Freiheit des Handelsumsatzes? Die Freiheit des Umsatzes, das ist die Freiheit des Handels; die Handelsfreiheit aber führt zurück zum Kapitalismus. Die Freiheit im Umsatz und im Handel, das bedeutet den Warenaustausch zwischen den einzelnen kleinen Wirtschaften. Jeder von uns, der auch nur das ABC des Marxismus gelernt hat, weiß, daß dieser Umsatz und diese Handelsfreiheit unvermeidbar die Teilung des Warenproduzenten in den Kapitalbesitzer und den Besitzer der schaffenden Hand, die Teilung in Kapitalisten und Lohnarbeiter zur Folge haben, d.h., die Erneuerung der kapitalistischen Lohnsklaverei, die nicht vom Himmel fällt, sondern in der ganzen Welt aus dem warenausschaffenden Ackerbau hervorstößt. Das wissen wir theoretisch gut, und niemand, der in Rußland das Leben und die Wirtschaftsbedingungen des kleinen Landwirtes beobachtet hat, kann das überraschen. Die Frage erhebt sich also, wie ist es möglich, kann die Kommunistische Partei die Freiheit des Handels anerkennen und zu ihr übergehen? Liegen hier nicht unversöhnliche Widersprüche vor? Darauf ist zu erwidern, daß die Frage natürlich praktisch ungemein schwer zu lösen ist. Darf man bis zu einem gewissen **Grade** die Freiheit des Handels, des Kapitalismus für die kleinen Landwirte wiederherstellen, ohne eben die Wurzeln der politischen Herrschaft des Proletariats zu untergraben? Darf man das? – Man darf es, **denn es kommt auf das Ausmaß an**. Man muß um jeden Preis das Quantum der im Lande erzeugten Güter vergrößern, die Produktivkräfte der Volkswirtschaft steigern. Wir befinden uns in einem derartigen Zustand von Verarmung und Zerstörung, Übermüdung und Erschöpfung der wichtigsten Produktivkräfte, der Bauern und Arbeiter, daß dieser vordringlichen Erwägung, koste es was es wolle, die Menge der Produktion zu vermehren, **zeitweise alles untergeordnet werden muß.**« (Lenin)

»Unser Ziel ist, dem Bauern zu beweisen, daß wir ihm helfen können, daß die Kommunisten dem ruinierten, verarmten, von quälendem Hunger gepeinigten Bauern, im



*Augenblick der Not auf der Stelle praktische Hilfe bringen. Entweder beweisen wir ihm das, oder er schickt uns zum Teufel. Das ist unabwendbar, darin liegt die Bedeutung der neuen ökonomischen Politik.» (Zitiert im Fünfjahresplan 1929)*

Die neue ökonomische Politik bedeutete die Einstellung der Zwangsrequisitionierung bei den Bauern, an deren Stelle die Naturalsteuer eingeführt wurde. Das private Eigentum und der freie Markt wurden wieder hergestellt. Die Geldwirtschaft trat wieder in den Vordergrund. Nationalisierung der Großbanken, Großindustrie, Eisenbahn- und des Außenhandelsmonopols blieben bestehen. Es gab wieder eine Aufspaltung in Klassen, die im Kriegskommunismus unter der Hungergleichheit verschwunden war. Die Gesellschaft bestand wieder aus einer Minderheit von Arbeitern neben einer Mehrheit von Bauern und anderen Angehörigen des Mittelstandes. Der Bauer und der **NEP-Mann** standen sich wirtschaftlich besser als der städtische Fabrikarbeiter. Daneben gab es die Rote Armee mit aktiven Offizieren und Unteroffizieren, das Heer der Staats- und Parteibeamten aller Art, die Angestellten und Techniker in den Betrieben, die Lehrer, Ärzte, Literaten, Künstler, die sich neu entfalten konnten, sobald sie ein auskömmliches Geldeinkommen erhielten. Die Hungergleichheit verschwand. Lenin erläutert die Lage folgendermaßen: *»Die Naturalsteuer bedeutet selbstverständlich Freiheit des Handels. Der Bauer hat das Recht, den Rest seines Getreides nach Leistung der Naturalsteuer frei auszutauschen. Diese Freiheit des Austausches bedeutet Freiheit des Kapitalismus. Wir sagen das offen und wiederholen das. Wir machen keineswegs ein Hehl daraus. Es wäre sehr schlimm um uns bestellt, wenn wir das verheimlichen wollten. Freiheit des Handels bedeutet Freiheit des Kapitalismus, es bedeutet aber eine neue Form des Kapitalismus, es bedeutet, daß wir den Kapitalismus bis zu einem gewissen Grade neu schaffen. Wir tun dies ganz offen, es ist Staatskapitalismus. Aber Staatskapitalismus in einer Gesellschaft, in der der Kapitalismus die Staatsgewalt hat, und der Staatskapitalismus in einem proletarischen Staat sind zwei verschiedene Begriffe. Im kapitalistischen Staat bedeutet der Staatskapitalismus, daß der Kapitalismus vom Staat anerkannt, vom Staat kontrolliert würde, zugunsten der Bourgeoisie gegen das Proletariat. Im Proletarierstaat geschieht dasselbe zum Nutzen der Arbeiterschaft, um gegen die immer noch allzu starke Bourgeoisie bestehen und kämpfen zu können.«*

Lenin nennt Fabriken, die einem Arbeiter- und Bauernstaat gehören, ohne weiteres sozialistische Betriebe. Aber solche sozialistischen Fabriken sind nach Lenin auch im Rahmen eines staatskapitalistischen Wirtschaftssystems möglich. Unter den rückständigen Verhältnissen Rußlands hielt Lenin den Staatskapitalismus auch nach der Oktoberrevolution für einen Fortschritt. Er sagt: *»Die Entwicklung des Kapitalismus unter Kontrolle und Regulierung des proletarischen Staats, (d. h. in diesem Sinne des Wortes Staatskapitalismus) ist günstig und unbedingt notwendig in einem außerordentlich verarmten und rückständigen kleinbürgerlichen Lande. Freilich nur bis zu einem gewissen Grade, soweit diese Entwicklung nämlich imstande ist, den sofortigen Aufschwung der bäuerlichen Landwirtschaft zu beschleunigen...*

*Die Gesellschaftsordnung der zivilisierten Genossenschaften bei Gemeineigentum an den Produktionsmitteln, aufgrund des Klassensieges des Proletariats über die Bourgeoisie = das ist die Gesellschaftsordnung des Sozialismus... Jetzt haben wir das Recht zu sagen, daß das einfache Wachsen der Genossenschaften für uns (unter dem oben erwähnten kleinen „Vorbehalt“) gleichbedeutend ist mit dem Wachstum des Sozialismus, aber gleichzeitig müssen wir eine grundlegende Änderung unserer ganzen Auffassung des Sozialismus zugeben. Diese grundlegende Änderung besteht darin, daß wir früher das Schwergewicht auf den politischen Kampf, auf die Revolution, auf die Eroberung der Macht*

*legten und legen mußten, jetzt aber muß das Schwergewicht auf die friedliche, organisatorische und kulturelle Arbeit verlegt werden. Uns genügt jetzt diese kulturelle Revolution, um zu einem völlig sozialistischen Lande zu werden. Aber diese Kulturrevolution erfordert unerhörte Anstrengungen rein kultureller Art (Bekämpfung des Analphabetentums) als auch materieller Art, weil ja, damit wir uns in ein kulturelles Land verwandeln können, eine gewisse Entwicklung der materiellen Produktionsmittel, eine gewisse materielle Basis nötig ist.*«

Mit der neuen ökonomischen Politik beginnt der Aufbau der Wirtschaft aus den Überresten und Trümmern, wie sie der Krieg und Bürgerkrieg hinterlassen hatte. Die Blockade der kapitalistischen Umwelt verhinderte die Einführung von Maschinen, Maschinenersatzteilen und unentbehrlichen Hilfsstoffen. Betriebe konnten auch jetzt lange Zeit nicht in Gang gebracht werden, weil es an solchen unentbehrlichen Ersatzteilen fehlte. Trotzki drückt diese Notlage auf dem dritten Kongreß der Kommunistischen Internationale 1921 wie folgt aus: »*Schiffsladungen voll technischer Hilfskräfte, hochqualifizierte Arbeiter, Lokomotiven, Maschinen usw. brauchen wir, müssen wir einführen, wir legen keinen Wert auf erfolglose Aufstände in einzelnen Ländern.*«

Mit der NEP richtete sich die Sowjetunion auch auf eine isolierte Existenz in einer kapitalistischen Umwelt ein. Innenpolitisch trat eine große Entspannung ein, der Hunger verschwand. Es wurden Angebote an Kapitalisten gemacht, Konzessionen in der SU zu erwerben. Die Konzessionen bedeuteten, daß sie Land pachten, Betriebe errichten und, nachdem sie von ihrem Produkt einen Teil als Pacht und Steuer entrichtet hatten, über den Rest des Profits frei verfügen konnten. Aber die Hoffnung auf ökonomische Hilfe zum Wirtschaftsaufbau durch Konzessionserteilung an Kapitalisten war ebenso vergeblich wie die erwartete Hilfe von der deutschen und europäischen Revolution.

Die SU errichtete Handelsvertretungen in den verschiedenen Ländern, und es kam auch zu diplomatischen Beziehungen, Anerkennung de facto und de jure, einer Reihe kapitalistischer Staaten. Mit der NEP wurde auch eine stabile Währung eingeführt. Das Außenhandelsmonopol bedeutete nicht nur planmäßige Beschränkung der Einfuhr auf das Allernotwendigste, sondern auch, daß nicht mehr eingeführt wurde, als durch die Ausfuhr bezahlt werden konnte. Das schnitt jeder Spekulation die Wurzeln ab. Es kamen die Härten der Deflation und damit Arbeitslosigkeit, ungefähr eine Million 1924. Denn alle Verwaltungen und Unternehmungen mußten jetzt sparsam wirtschaften. Aber der Wiederaufbau der Wirtschaft ging vorwärts.

Es gab wieder Groß- und Kleinbauern, Kaufleute und Handwerker, freie Berufe, Ärzte, Künstler, Schriftsteller. Im Proletariat gab es 17 verschiedene Lohnstufen in je drei regionalen Zentren. Der Traum von kommunistischer Gleichheit war noch nicht realisierbar. Die herrschende Klasse war und blieb das Proletariat. Aber es regierte nicht in demokratischen Selbstverwaltungsorganen, sondern wurde regiert von einer Bürokratie aus den qualifiziertesten Kräften **seiner Klasse, geführt von der Partei**, weil das kulturelle und technische Niveau der Arbeiter und Bauern zur Selbstverwaltung noch nicht herangereift war, sondern erst entwickelt und geschaffen werden mußte.

Gerade weil Lenin die Wendung vom Kriegskommunismus zu dem Staatskapitalismus ähnlichen Formen vornahm, lehnte er jedes Zugeständnis an irgend eine Demokratie ab. Er sagt, in Rußland könne sich die Minderheit der Arbeiter gegen die große Mehrheit der kleinen Eigentümer, zumal bei neu entstehenden kapitalistischen Formen, nur durch straffe Diktatur behaupten. Aus demselben Grunde müsse innerhalb des Proletariats die Kommunistische Partei unbedingt führen, und die Partei selbst müsse in fester Einheitlichkeit und Disziplin dastehen.

Lenin peitscht die Partei mit scharfer, positiver Kritik. Anfang 1922/23 sagt er: »Mit dem staatlichen Apparat steht es bei uns so kläglich, um nicht zu sagen abscheulich, daß wir mit allem Ernst daran denken müssen, wie wir seine Mängel zu bekämpfen haben, wobei wir im Auge behalten müssen, daß die Wurzeln dieser Mängel in der Vergangenheit liegen, **die zwar umgestülpt, aber nicht überwunden ist...** Was für Elemente besitzen wir zur Schaffung des Apparates? Nur zwei, erstens die Arbeiter, die vom Kampf für den Sozialismus begeistert sind, **diese Elemente sind nicht genügend gebildet.** Sie möchten den bestmöglichen Apparat schaffen. Aber sie wissen nicht, wie sie das machen sollen. Sie haben unter sich bis heute nicht die Kultur entwickelt, die dafür nötig ist. Hier kann nichts durch Gewalttätigkeit und Druck, durch Gewandtheit oder Energie oder irgendwelche sonstige allerbeste menschliche Eigenschaft erreicht werden.

Dann zweitens, die Elemente des Wissens, der Bildung, des Studiums, deren wir im Vergleich mit allen anderen Staaten geradezu lächerlich wenig besitzen, – wir müssen lernen, lernen, lernen.«



Schon um 1930 gab die Sowjetunion für ihre zahlreichen Völkerschaften Druckschriften in über 50 Sprachen heraus.

# Partei und Arbeiterklasse

Die bolschewistische Partei war bei Ausbruch der Februarrevolution eine sehr kleine Partei. Zehntausend Mitglieder (auch diese Zahl beruht nur auf Schätzungen, andere geben die Mitgliederzahl mit 20 000 und 30 000 an) in einem Reich mit 150 Millionen Einwohnern, das sich über den sechsten Teil der Erde erstreckt. Das Industrieproletariat war eine kleine Minderheit von zwei Millionen, rechnet man die städtischen Handwerker, Dienstboten, Halbproletarier hinzu, von sieben Millionen. Nicht die Zahl der Mitglieder der Kampforganisation war am Beginn der Revolution entscheidend. Es war der neue besondere Charakter der bolschewistischen Partei. Das neue und charakteristische Merkmal der russischen Revolution ist, daß sie planmäßig von der Partei vorbereitet ist, eine geplante Revolution darstellt. Die kapitalistischen Revolutionen in Europa hatten auch alle ihre Vorbereiter und Ideologen. Die Bauernkriege des 16. Jahrhunderts, der Aufstand der Niederlande, die englische Revolution, hatten führende Ideologen, die als religiöse Reformatoren auftraten und die Religion in religiöser Verkleidung politisch auskämpften. Im Verlauf der Kämpfe schufen sie sich auch ihre politischen und militärischen Organisatoren und Führer – im deutschen Bauernkrieg Thomas Münzer als Führer des Vorproletariats, Luther als Führer des Städtebürgertums, die englische Revolution in den religiösen Sektenführern, in Lilburne, Cromwell und anderen. In der großen französischen Revolution waren die Vernunft- und Naturphilosophen die Vorbereiter und Ideologen der Revolution – die Montesquieu, Jean Jaques Rousseau, Diderot, die Marat, Robbespierre, Danton usw. Aber alle diese Revolutionen wie ihre Nachläufer des »tollen Jahres 1848« waren in der Hauptsache **elementare** Volksaufstände, die sich erst im Prozeß der Revolution organisierten.

In Rußland entwickelt die marxistische Intelligenz eine Arbeiterbewegung, die sie nicht nur theoretisch schult, das taten für ihre Klassen auch die bürgerlichen Aufklärer, sondern auch planmäßig für den Aufstand vorbereitete, organisierte, die konkreten Etappen der Revolution aufgrund einer marxistischen Analyse der Klassenkräfte im wesentlichen vorher ausarbeitete und entsprechend dieser Analyse die elementare Massenbewegung führte. Lange Etappen elementaren Suchens und Abweges wurden vermieden, der Prozeß der Eroberung der politischen Macht verläuft fast programmäßig, das ist das Neue. Auch dem weiteren Verlauf des Aufbaus der Ökonomie der Sowjetunion wird ein weit vorausschauender Gesamtplan zugrundegelegt. Die einzelnen Fünfjahrespläne, die neue ökonomische Politik, die Kollektivierung der Bauernwirtschaft sind Teilmaßnahmen, die zwar durch die geschaffenen Bedingungen geformt

wurden, aber doch der marxistisch-leninistischen Grundauffassung vom Wesen der proletarischen Revolution in Rußland entsprachen. Das gab und gibt der Entwicklung der SU die Zielfestigkeit. Diese Vorstellung von den Aufgaben, die die russische Revolution stellte, liegt schon der Formung der Organisation zugrunde.

Im zaristischen Rußland war jeder Streik und jede Demonstration ein politisches Ereignis. In den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts begann eine Gruppe von Intellektuellen aus der Narodnaja-Volja-Bewegung Arbeitergruppen zu bilden. Peter Kropotkin war sehr aktiv in Petersburg. 1876, am 6. Dezember, demonstrierten 200 bis 250 Arbeiter vor der Kazankathedrale. Plechanoff als junger Student hielt eine Rede. Sie wurden zerstreut und leisteten keinen Widerstand. Die Gruppe hatte auf Tausende gehofft. 1883 gründeten Axelrod, Deutsch, Plechanoff und Vera Sassulitsch den »*Bund zur Befreiung der Arbeit*«. Unter dem Einfluß dieser zu Marxisten gewordenen Intellektuellen wurde ein zäher Kampf gegen die Narodniki und ihre Nachfolger, die SR (Sozialrevolutionäre) geführt. Anstelle der Taktik der Bombe und des Revolvers, des individuellen Terrors, setzten sie die Massenaktion des Proletariats. Auch die SR mußten sich dem fügen, das bedeutete noch keine grundsätzliche Ablehnung des Terrors als Waffe gegen den Absolutismus, sondern eine Verbindung von Massenaktion und Terror. Die SR einigten sich mit den Liberalen im gemeinsamen Haß gegen den Absolutismus und dem Mißtrauen gegen die Kampffähigkeit des erst entstehenden modernen russischen Proletariats.

Übereinstimmung herrschte, daß die Revolution zum Sturz des Zarismus eine bürgerliche sei. Bei den Sozialrevolutionären spukten noch Gedanken von der Möglichkeit des „Überspringens“ des Kapitalismus, aber ihre tatsächliche Politik der Agrarreform war bürgerlich. Den marxistischen Intellektuellen gemeinsam war die Erkenntnis, daß in Rußland, wenn auch im Embryonalzustand sich eine moderne Arbeiterklasse entwickelte, die die führende Rolle in der Revolution spielen müsse. Wie in allen anderen kapitalistischen Ländern nahm auch das Proletariat in Rußland sowohl an Zahl wie an Bedeutung für den Produktionsprozeß ständig zu. Der Zwang, große Massen von Arbeitern zu Produktionszwecken in Großbetrieben zu vereinigen, reißt den zum Industriearbeiter gewordenen Bauer aus der isolierten Dorfgemeinde. Die Existenzbedingungen, die die Kapitalisten dem Arbeiter für die Ausbeutung seiner Arbeitskraft boten, zwangen diesen, ständig zu kämpfen, wenn er nicht unter das Existenzminimum herabgedrückt werden wollte. Die Richtigkeit dieser marxistischen Entdeckung der Klassenrolle des modernen Proletariats in der kapitalistischen Gesellschaft konnten die russischen Sozialisten an Hand der Entwicklung des Kapitalismus in Europa nachprüfen. Sie studierten die sich entwickelnde Arbeiterbewegung in Westeuropa. Diese Stufe der Erkenntnis bedeutete bereits die Überwindung der Ideen der Narodniki. Aber die europäischen Erfahrungen durften nicht einfach auf Rußland übertragen werden. Die europäische Arbeiterbewegung bewies, daß die Arbeiterklasse fähig ist, aus sich selbst heraus Organisationen zum Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen und soziale Reformen zu schaffen und ein dementsprechendes Klassenbewußtsein zu entwickeln. Aber das genügt nicht zur Führung und Organisation einer Revolution. Zur Organisation sozialistischer Parteien bedurfte auch das westeuropäische Proletariat der Mitwirkung sozialistischer und marxistischer Intellektueller aus anderen Klassen. Diese Intellektuellen waren jedoch erst dann eine wirkliche Hilfe, wenn ihr sozialistisches Wissen über das Stadium eines eklektischen utopischen Arme-Leute-Sozialismus hinausragte, d. h., wenn sie sich zum Marxisten entwickelten. Die Beschäftigung mit der Frage, welche Rolle das Proletariat und die sozialdemokratische Partei in der russischen,

vorerst nicht sozialistischen Revolution spielen sollte, bildete den Inhalt des Kampfes der Richtungen in der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands. Die Spaltung der Menschewiki (Minderheit) und Bolschewiki (Mehrheit) entstand über die Frage des organisatorischen Aufbaus der Partei. Äußerlich über die Formulierung eines Satzes im § 1 des Parteistatuts. Lenins Vorschlag lautete: »*Mitglied der Partei ist, wer an der Organisation teilnimmt.*« Martoffs Vorschlag lautete: »*Mitglied ist, wer unter der Kontrolle der Partei arbeitet.*« Fast niemand in Europa begriff damals, 1903, wie man sich wegen einer solchen Meinungsverschiedenheit spalten konnte. Aber in diesen beiden Formulierungen steckt der Keim des Gegensatzes, der bis heute fortwirkt.

Lenin begründete seinen Standpunkt wie folgt: »*Unsere Hauptsünde in organisatorischer Hinsicht besteht darin, daß wir durch unseren Dilettantismus das Ansehen der Revolutionäre in Rußland herabgesetzt haben. Weichlich und schwankend in theoretischen Fragen, mit engem Horizont, seine Schlappheit mit der Spontaneität der Massen rechtfertigend, ein Mensch, der eher an einen Gewerkschaftssekretär als an einen Volkstribun erinnert, unfähig, einen weiten und kühnen Plan aufzustellen, der auch dem Gegner Achtung einflößen könnte, unerfahren und ungeschickt in seiner Berufskunst, d. h. im Kampfe gegen die politische Polizei – ich bitte Sie – das ist kein Revolutionär, sondern ein kläglicher Stümper. Kein Praktiker möge mir dieses scharfe Wort übelnehmen, denn soweit die Rede ist von mangelnder Vorbereitung, beziehe ich es vor allem auf mich selber. Ich war in einem Zirkel tätig, der sich sehr weitgehende, allumfassende Aufgaben stellte, und wir alle, die Mitglieder dieses Zirkels, mußten schmerzlich, qualvoll unter dem Bewußtsein leiden, daß wir Dilettanten sind in einem historischen Moment, wo man mit Variierung des bekannten Ausspruchs sagen könnte: „GEBT UNS EINE ORGANISATION VON REVOLUTIONÄREN. UND WIR WERDEN RUSSLAND AUS DEN ANGELN HEBEN.“*«

Lenin leitete mit einem kleinen Stab von engeren Mitarbeitern in der Emigration und in Rußland die Partei. Stalin kam erst 1912 zum engeren Kreis. Die »*vorgefundenen*« Zustände des zaristischen Rußlands, die Unmöglichkeit, legale demokratische Massenorganisationen bei russischen Industriearbeitern oder Bauernmassen nach dem Muster Westeuropas zu schaffen, bildete den Ausgangspunkt zur Gründung einer straff zentralistisch geleiteten Parteiorganisation, in der nur aktive Mitglieder geduldet wurden. Alle scharfsinnigen theoretischen Diskussionen und Prophezeihungen von Trotzki, Martoff und Martinow, Rosa Luxemburg und anderen, daß diese Organisationsform zur Diktatur des Zentralkomitees, zur Hemmung der inneren Parteidemokratie führen müsse, bildeten, auch soweit sie im allgemeinen Richtiges enthielten, kein ernstes Hindernis für die Verwirklichung der Organisation der bolschewistischen Partei als einer Organisation von Berufsrevolutionären, eben, weil sie den vorgefundenen Verhältnissen des zaristischen Rußlands in der damaligen Periode besser angepaßt waren, als alle theoretisch »*richtigeren*« Vorschläge. Nur eine Gruppe von 10 000 Menschen, die in der harten Schule dieser bolschewistischen Parteiarbeit herangebildet worden war, war den Aufgaben gewachsen, als die revolutionäre Krise ausbrach.

Die Revolutionsperiode erfordert rasche Entscheidungen. Sie können nur vom bewußten Teil der Arbeiterklasse, d. h. der führenden Partei, getroffen werden. Gewiß, die Masse muß sie akzeptieren, d. h. sie für zweckmäßig halten. Das bedeutet weder eigene Einsicht in alle Aufgaben der Revolution im Sinne des Marxismus. Diese Einsicht ist nicht erforderlich, wenn die breite Masse der führenden Partei und ihren Kadern das entsprechende Vertrauen entgegenbringt. In der akut-revolutionären Periode ist eine Leitung von oben unerlässlich. Das Maß der demokratischen Kontrolle wird nicht vom

Wunsch zur Demokratie, sondern von der Sachkunde und Fähigkeit der breiten Massen zur Lösung der Aufgaben bestimmt. Es ist eine Frage auf Leben und Tod, ob man in der revolutionären Periode dem Gegner volle demokratische Rechte geben kann oder nicht. Die Praxis in allen bisherigen Revolutionen beweist, daß man die gegenrevolutionäre Aktion und Propaganda so lange verhindern muß, bis die neue Macht stark genug ist, sie ohne Verbote unschädlich zu machen.

In der Sowjetunion ist die Kommunistische Partei oft gezwungen gewesen, im Namen der Arbeiterklasse zu handeln. Wie lange und wie weit die Kommunistische Partei im Namen der gesamten Arbeiterklasse handeln muß, wird bestimmt von der Zeit, die erforderlich ist, um die gesamte Arbeiterklasse an die Aufgaben der Revolution und des sozialistischen Aufbaus heranzuführen. Nichts Einfältigeres als die Philistervorstellung, die Arbeiterklasse und ihr Klassenkampf bestehe aus der Addierung aller Lohnarbeiter und Betätigung ihres Durchschnittswillens. In allen Klassenkämpfen vertrat und führte der klassenbewußteste Teil die ganze Klasse im politischen und wirtschaftlichen Kampf. Die klassenbewußte Vorhut führt und handelt für die gesamte Klasse zu Recht, solange sie die Klassenaufgaben der Gesamtheit im historischen Sinne verkörpert und vertritt, auch dann, wenn Teile der Klasse die Gesamtheit der historischen Aufgaben noch nicht begreifen. Die führende Partei ist nur verpflichtet, ihre ganze Kraft anzuwenden, um die große Masse an diese Aufgabe heranzuführen. Dies geschieht nicht nur durch Schulung und Belehrung.

Zur Aufgabe der Kommunistischen Partei gehört es auch, Sonderinteressen von Teilen der Arbeiterklasse, wenn im Gesamtinteresse notwendig, zeitweilig unberücksichtigt zu lassen, und wenn erforderlich, zu unterdrücken. Das ist in kritischen revolutionären Zeiten eben eine Lebensnotwendigkeit. Die demokratische Selbstverwaltung steht nicht am Anfang, sondern am Schluß der siegreichen proletarischen Revolution.

In der ganzen Periode des Bürgerkrieges in der Sowjetunion handelte die Kommunistische Partei im Namen der Arbeiterklasse, führte sie, und die Arbeiterklasse ordnete sich dieser Führung freiwillig unter. In der Periode des Kampfes zum Sturz des Zarismus gewann sie auch die Führung der großen Mehrheit der Bauernklasse. Das Gerede von der Diktatur der Partei über die Klasse kam erst auf, als der Interessengegensatz zwischen Bauern- und Arbeiterklasse aufbrach und auch in der Arbeiterklasse selbst Sonderinteressen zeitweiliger Art in Erscheinung traten. Im Verlauf des Bürgerkrieges stießen die Sonderinteressen der Getreidevorräte Besitzenden mit den Gesamtinteressen der großen Mehrheit der hungernden Bevölkerung zusammen. Die Kommunistische Partei mobilisierte die Arbeiter und armen Bauern zur Unterdrückung der Bauern und Händler, die die Getreidevorräte zurückhielten. Lenin charakterisiert in den Anfängen der Sowjetmacht die Rolle der Kommunistischen Partei und die Diktatur des Proletariats folgendermaßen: *»Die Diktatur des Proletariats bedeutet, daß das Proletariat der Hauptstädte und Industriezentren noch niemals in eine so fürchterliche Lage gestellt wurde als heute. Alle Komitees, die große Mehrheit der Gewerkschaften sind aus Kommunisten gebildet und führen bloß die Aufträge der Partei aus... Und die Partei ist unter Kontrolle eines Zentralkomitees von 19, die ständig in Moskau arbeiten, geleitet von zwei noch engeren Komitees, den Organisations- und politischen Büros, von je fünf Mitgliedern, jedes in einer Vollsitzung gewählt, eine richtige Oligarchie... Nicht die einfachste Frage wird von einer republikanischen Sowjetinstitution behandelt ohne Anweisung vom Zentralkomitee unserer Partei... Ja, Diktatur einer einzigen Partei. Wir werden keinen Zoll nachgeben... Wir lassen weder Freiheit noch Gleichheit, noch Demokratie der Arbeiter zu, wenn sie gegen die Theorie von der Befreiung der Arbeiter ist... Wir haben unsere Aufgabe in*

*Rußland bloß begonnen, und im Augenblick machen wir einen schlechten Anfang. Was die Russen schlecht machen, werden die Europäer besser machen.*«

In der kritischen Situation des Jahres 1918 schrieb Lenin: »Wenn die Revolution in Deutschland sich verspätet, sollen wir den deutschen Staatskapitalismus studieren und uns nicht fürchten vor diktatorischen Mitteln, um die Angleichung an die westliche Zivilisation zu beschleunigen, und nicht zurückschrecken vor barbarischen Methoden zur Bekämpfung der Barbarei.«

Eine demokratische Betätigung der breiten Volksmassen, eine Rätedemokratie im idealisierten Sinne europäisch-sozialistischer Vorstellungen hat es in der Sowjetunion nie gegeben, dazu fehlten alle Voraussetzungen. Bedeutet das eine Unterdrückung der Arbeiterklasse durch die bolschewistische Partei, wie westeuropäische sozialistische Kritiker behaupten? Die Beantwortung dieser Frage hängt ab von der Begriffsbestimmung des Wesens der Arbeiterklasse. Faßt man sie als Summe aller Werktätigen und ihre demokratische Betätigung als Ausdruck eines verschwommenen Durchschnittswollens dieser ungeformten Masse auf, dann ist die Antwort: Der ungeformte Durchschnittswille einer summierten Masse findet keinen demokratischen Ausdruck in der Sowjetunion. Der Wille der Masse wird durch die Kommunistische Partei geformt in der Richtung des sozialistischen Zieles. Die führende Partei versucht mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln der Beeinflussung, der Überredung, Aufklärung und Schulung, und wo erforderlich mit Gewalt, die Masse in der Richtung des sozialistischen Ziels voranzutreiben. Die proletarische Revolution führt auch nach der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse den Klassenkrieg im Innern und nach außen weiter. Diese Rolle der Partei als Vorhut der gesamten Arbeiterklasse läßt sich am besten vergleichen mit der Rolle der obersten Heeresführung einer Armee. Straffste Disziplin, einheitliches Handeln, Einsetzen der entscheidenden Kräfte an den entscheidenden Stellen, davon hängt Sieg oder Niederlage ab. Unter diesem Gesichtspunkt formt sich die Armee, und der Generalstab ist das Werkzeug zur Ausbildung dieser Armee. So muß die Kommunistische Partei geformt werden, wenn sie die wirkliche Vorhut bilden soll.

Der Unterschied zwischen kapitalistischen Armeen und ihrer Heerführung und der Kommunistischen Partei und Arbeiterklasse besteht darin, daß die erforderliche Disziplin und Unterordnung unter die selbstgewählte Führung nur eine freiwillige sein kann. Die Kommunistische Partei vor der Machteroberung kann nur unter dem Feuer und den Verfolgungen der herrschenden Bourgeoisie, die es zu stürzen gilt, geschaffen werden. Deshalb müssen die Mitglieder der Kommunistischen Partei aus tiefster Überzeugung und mit größter Opferbereitschaft ihre Partei auf dem Boden innerparteilicher Demokratie schaffen. Eine Abweichung ist nur zulässig, soweit die Illegalität der Schaffung der Partei und Durchführung ihrer Aufgaben Hindernisse in den Weg legt. In der Kommunistischen Partei muß das Höchstmaß an Demokratie herrschen, soweit es mit den Erfordernissen der illegalen Arbeit vor der Machteroberung und der Diktatur und der Zentralisation nach der Machteroberung zu vereinbaren ist.

Lenin unterwarf jede wichtige taktische und grundsätzliche Frage der lebendigen Diskussion und Entscheidung der Partei, sogar in Fällen, wo es um Kopf und Kragen ging, wie z. B. in der Frage des Friedensschlusses von Brest-Litowsk. Er wußte natürlich Diskussionen auch abzubrechen, wo es notwendig war, z. B. die Gewerkschaftsdiskussion beim Aufflammen des Kronstädter Aufstandes. Das kostbarste Gut erblickte Lenin in dem geistigen Generalstab der Partei, in der alten Garde. In diesem Generalstab wurden die Fragen, die standen, so frei und gründlich wie nur möglich erörtert. Es gab nicht



selten schroffe Zusammenstöße, aber selbst im Falle Sinowjew – Kamenjew in den Tagen des Oktoberaufstandes zog Lenin die Genossen, nachdem sie ihre Fehler eingesehen und gutgemacht hatten, wieder zu leitender Arbeit heran. Es gab Ausschlüsse, Versetzungen, zeitweilige Verbannung – es gab keine Erschießung. Es gab auch keine erzwungenen und demoralisierenden Reuebekenntnisse.

Wenn die Partei so geformt ist, bildet Führung und Masse ein Ganzes, dann ist die führende Kommunistische Partei die Stahlspitze, die breite Masse die Kraft, die die Stahlspitze bewegt. Die Spitze formt und leitet die Basis. Die innerparteiliche Demokratie sorgt für die Kontrolle der Spitze und stellt die Wechselbeziehungen des Lehrens und Lernens zwischen Masse und Führung in das lebensrichtige Verhältnis. Die Spitze ist ohne diese Masse, ohne die engste Verbindung mit ihr, wirkungslos. Aber auch umgekehrt. Die Diktatur der Arbeiterklasse als Übergangsstadium bis zur Abschaffung der Klassen und Selbstverwaltung der Wirtschaft und Gesellschaft, ist in ihren Funktionen wenig verschieden von denen, die jeder Klassenregierung eigen sind.

Jede Regierung wendet alle Beeinflussungsmöglichkeiten, auch Gewalt an, um ihr Regierungsprogramm durchzusetzen. Das ist solange keine Diktatur über die Klasse, solange diese Diktatur Ausdruck der Interessen der herrschenden Klasse ist. Die Diktatur der Bourgeoisie der demokratischen Länder herrscht mit abertausend Paragraphen, einem Gesetzeswerk, das nur von ihren Herrschaftszwecken bestimmt wird. Es ist ebenfalls erst nach dem Sieg der kapitalistischen Revolutionen geschaffen worden und wurde und wird ständig den Bedürfnissen der herrschenden Klasse angepaßt. Um ihre Herrschaft zu sichern, begrenzte die kapitalistische Bourgeoisie das Wahlrecht auf einen engen Kreis von Besitzenden. Erst als ihre Herrschaft so gefestigt, ihre Beeinflussungsmittel so ausgebaut waren, daß ihre Herrschaft gesichert war, erweiterte sie den Kreis der Wähler, ließ Kleinbürgerschichten und später Arbeiterwähler zu, wenn sie sich ihrer Herrschaft unterwarfen. Die Tatsache, daß die Erweiterung der Kreise der Wahlberechtigten, die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, Einführung gewisser sozialpolitischer Rechte Ergebnisse heftiger Klassenkämpfe waren, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich dabei lediglich um Reformen innerhalb der Herrschaft der Kapitalistenklasse handelte.

Das Wahlrecht in bürgerlichen Demokratien täuscht nur Mitbestimmungsrecht vor. Das Recht, alle Jahre Vertreter in die Parlamente zu wählen, bedeutet im günstigsten Falle, daß die Gewählten die Interessen im Parlament vertreten können. Die bürgerliche Demokratie sorgt dafür, daß die Interessen der herrschenden Klasse gesichert bleiben. Um eine Mehrheit auch bei allgemeinem gleichen Wahlrecht für die herrschende Minderheit zu sichern, genügen ihre materiellen Beeinflussungsmittel. Die Ideologie der herrschenden Klassen wird damit auch in die Köpfe der beherrschten Klasse von der Wiege bis zum Grabe eingepflanzt. Dazu kommt das faktische, wenn auch nicht formelle Monopol über Presse, Radio und andere Beeinflussungsmittel, denen die beherrschte Klasse in kapitalistischen Ländern nichts Gleichwertiges entgegenstellen kann. Wo diese Aushilfsmittel nicht mehr ausreichen, werden diese demokratischen Scheinrechte eingengt oder ganz beseitigt. Es ist pure Heuchelei, die Diktatur des Proletariats als Totalitarismus zu bezeichnen. Die Bourgeoisie herrscht mit ihren scheindemokratischen Formen wirksamer als eine proletarische Diktatur nach der Eroberung der politischen Macht.

In der Sowjetunion fehlt am Anfang, wie nach jeder Revolution, das neue, der neuen Klassenherrschaft entsprechende Gesetzgebungswerk. Es wird in der Periode der Diktatur durch Dekrete ersetzt, und sie werden durchgeführt durch die Aktion der

breiten Massen, durch die Revolutionäre selbst. Die Mittel dieser Aktion sind Überredung, Propaganda und, wo nötig, Terror zur Einschüchterung der Gegner. Das ist Gesetz jeder Revolution. Die Sowjetunion bildet keine Ausnahme. Die Ausnahmen in der Sowjetunion sind das Ergebnis der Fortwirkung ererbter russischer Traditionen und besonders des Doppelcharakters der herrschenden Klassen, der Arbeiterklasse und des Bauerntums. Die Demokratie der Arbeiterklasse in der Revolution erschöpft sich nicht in der Wahl von Vertretern, sondern ist verwirklicht durch die direkte Ausübung der diktatorischen Gewalt der siegreichen Klasse. Die Form dieser Gewalt ist abhängig von den bestehenden Bedingungen. Sie wird von der Regierung oder führenden Partei straff organisiert. Eine revolutionäre Regierung oder Partei hat nur soviel reale Macht, als sie von der Aktivität der Klasse, die sie vertritt, mobilisieren und in die Tat umsetzen kann. Darin verkörpert sich die demokratische Betätigung der Massen in der proletarischen Revolution. In nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Der Doppelcharakter der Sowjetmacht ist wesentlich für die Entwicklung der SU. Das Proletariat, zahlenmäßig schwach, hat mehr oder weniger sozialistisches Klassenbewußtsein. Die breiten Massen der Bauern dachten weder sozialistisch noch strebten sie sozialistische Ziele an. Ihnen ist das weltweite sozialistische Ziel fremd. Sie verhalten sich feindselig dazu, wenn der sozialistische Weg ihnen Opfer abfordert. Diese antisozialistische Bauernklasse konnte aber nicht dauernd von der Herrschaft ausgeschaltet werden, denn sie bildete die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung und war ausschlaggebend in der Wirtschaft (sie wurde 1929-30 zwangsweise kollektiviert, ihre Sonderinteressen, soweit sie dem Aufbau der sozialistischen Wirtschaft entgegenstanden, unterdrückt). Die Nichtbeachtung dieser Bedeutung der Bauern während der Periode des Kriegskommunismus erzwang die neue ökonomische Politik. Dieser Doppelcharakter der Sowjetmacht bedingt die wechselseitigen Kompromisse, die kennzeichnend für die ganze Entwicklung des Sowjetstaates sind. Zugeständnisse bei Beginn der Revolution an den Land hunger, die Aufteilung des Grund und Bodens, Zugeständnisse an die kleinbäuerliche und mittelbäuerliche Wirtschaft und den Privathandel mit der neuen ökonomischen Politik und Zwangsmaßnahmen gegen die Bauernmassen, um das zersplitterte aufgeteilte Land wenigstens in Form von Kolchosen zusammenzufassen. Nur die Vereinigung des zersplitterten Bodens gab die Möglichkeit zur Anwendung von Traktoren und allen anderen agronomischen Maßnahmen zur Schaffung einer Großlandwirtschaft, welche das Land mit den notwendigen Lebensmitteln und Rohstoffen einigermaßen versorgen konnte. Ohne Großlandwirtschaft war keine Großindustrie möglich.

Das Überwiegen der Bauernmassen in der Bevölkerung beeinflusst auch entscheidend die Politik gegenüber den Industriearbeitern. Sie stammen alle aus der Bauernschaft, ihr Denken und Fühlen ist mit dem der Bauern aufs engste verwurzelt. In demselben Maße, wie aus den rückständigen Bauernmassen der neue russische Industriearbeiter genommen werden mußte, war es notwendig, das Bauerndenken in sozialistisches Klassenbewußtsein umzuwandeln. Die neue industrielle Umwelt erleichtert diesen Prozeß, aber er ist ganz anderer Art, als die Schaffung des Klassenbewußtseins der Proletarier in den kapitalistischen Ländern. Unter dem Kapitalismus entwickelt sich revolutionäres Denken und sozialistisches Klassenbewußtsein in immer schärfer werdendem Kampf gegen die herrschende Bourgeoisie. In der Sowjetunion fällt dieser Kampf in seiner europäischen Form nach dem Sieg weg. Aber Verwurzelung im Bauerntum und die Unmöglichkeit, rasch einen hohen Lebensstandard zu schaffen, Unverständnis gegenüber Maßnahmen zur Entwicklung der Industrie und anderen sozialistischen Aufgaben, all dies schafft Reibungen und Kämpfe auch in der Sowjetunion. Zu dieser Entwick-

lungsform gibt es keine Analogien in den entwickelten Ländern nach der Eroberung der politischen Macht.

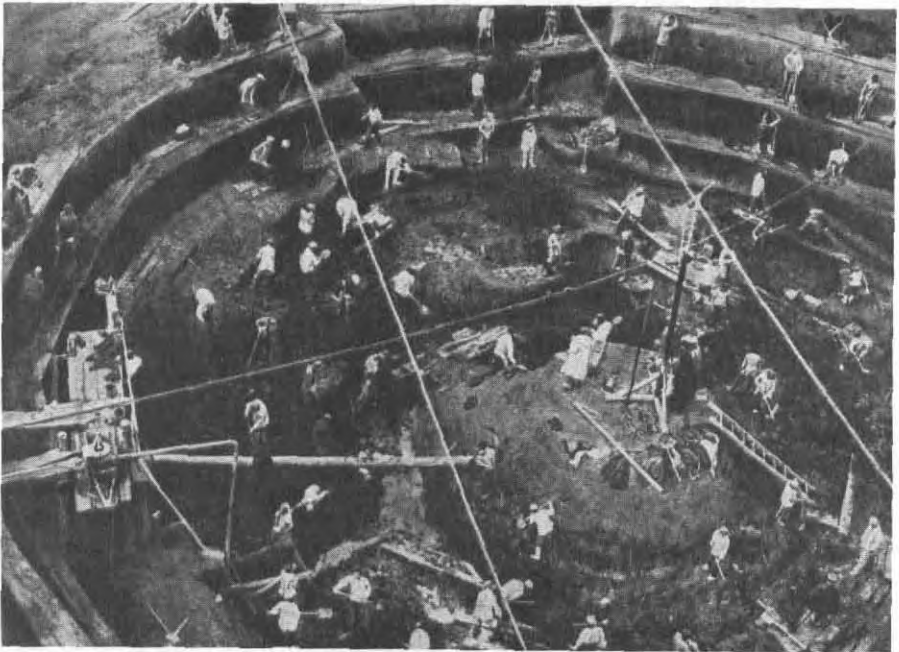
In der Sowjetunion ist der Bauer ein wichtiger Verbündeter der Arbeiterklasse. In Europa gibt es kein revolutionäres Bauerntum mehr, das regierender Bundesgenosse einer proletarischen Diktatur auf längere Zeit werden könnte. Im günstigsten Falle können arme Bauern im Bunde mit den Lohnarbeitern aktiv, z. B. in Frankreich, an der Seite des Proletariats stehen. Teile der Mittelbauern können vielleicht zu wohlwollender Neutralität gebracht werden. Der Großbauer, nicht nur der Großgrundbesitzer, wird auf der anderen Seite der Barrikade stehen, denn in Europa hat die bürgerliche Revolution bereits stattgefunden. In Rußland ging die proletarische Revolution unmittelbar aus der bürgerlichen Agrarrevolution hervor. Die Agrarrevolution ist bürgerliche Revolution, und als Agrarrevolutionär war und ist der russische Bauer Verbündeter der Arbeiterklasse und Teilhaber an der Sowjetmacht. Er ist noch nicht Kollektivbauer, aber er ist mit seiner Marktproduktion unter Kontrolle des Staatssozialismus.

Dem westeuropäischen sozialistischen Ideal widerspricht die Ungleichheit der Einkommen in der Sowjetunion noch mehr als die Tatsache des allgemeinen niedrigen Lebensniveaus der Werktätigen, dessen Ursachen wenigstens teilweise verstanden werden. Die große Ungleichheit der Löhne ist noch das geschichtliche Merkmal der sozialistischen Phase der Produktion im engeren Sinne, die den Übergang bildet zwischen dem Kapitalismus auf der einen Seite und der kommunistischen Phase auf der anderen Seite, in der das herrschende wirtschaftliche Prinzip sein wird: Jeder arbeitet nach seinen Fähigkeiten, jedem wird zugeteilt nach seinen Bedürfnissen. Der Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus wird gesichert durch die steigende Produktivität der Arbeit. Die gegenwärtige Differenzierung der Löhne hat nicht die Tendenz, sich zu befestigen und zu erweitern, sondern umgekehrt. Die leitende Schicht in der Sowjetunion, die Partei- und Sowjetbürokratie, ist vermöge der sozialistischen Grundlage und der ihr innewohnenden Gesetze gezwungen, die Bedingungen, die ihre zeitweilige Besserstellung bewirken, selbst fortschreitend aufzuheben. Es genügt, auf die Tatsache hinzuweisen, daß der relative und absolute Zugang der qualifizierten und also höher entlohnten Arbeit die Tendenz zu raschem Steigen hat. Daran ändern auch alle Prämien und Sondervergünstigungen für Stachanow-Arbeiter, »Helden der Arbeit« usw. nichts.

Der Maßstab der erhöhten Produktivität aufgrund des Übergangs von der kapitalistischen zur sozialistischen Produktionsweise kann nur die kapitalistische Wirtschaft des eigenen Landes bilden, aus dem die sozialistische Wirtschaft in der Sowjetunion hervorgegangen ist, also der russische Kapitalismus. Zweifellos ist die Produktivität der Sowjetunion gewaltig gestiegen im Verhältnis zu diesem ihrem kapitalistischen Ausgangspunkt und steigt weiter. Das Merkmal erhöhter Produktivität trifft also zu. Das Einholen und Überholen der fortgeschrittenen Wirtschaft Amerikas, Englands, Deutschlands, das schließlich eines Tages verwirklicht sein wird, hat mit den Bestimmungen des Grundcharakters der Wirtschaftsweise nichts zu tun. Tritt dieser Augenblick ein, so wird das sicher von großer agitatorischer und propagandistischer Wirkung in den Ländern des höchstentwickelten Kapitalismus sein, **aber nicht mehr.**

Für alle Parteimitglieder wurden die Einkommen ebenfalls abgestuft, und das Parteimaximum überstieg nicht um 10 Prozent das Höchstekommen eines qualifizierten Arbeiters. Es betrug bis 1927 150 Rubel monatlich. Für die Arbeiter bestand eine Einteilung des ganzen Landes in drei Gruppen entsprechend den vorhandenen geographisch verschiedenen Existenzbedingungen. Innerhalb dieser gab es 17 verschiedene Lohnstufen. Das System war von den Gewerkschaften ausgearbeitet. Bis 1922 blieb es

Papier, denn die Existenz hing nicht ab vom Geldlohn, sondern von der Möglichkeit, Lebensmittel heranzuschaffen. Von 1927 an werden die Löhne erhöht, das Parteimaximum steigt auf 225 Rubel monatlich. Die Einteilung nach drei Gebietsstufen und 17 Unterabteilungen blieb bestehen. Die Heranschaffung von Lebensmitteln in die Städte und Industriegebiete wurde durch die neue ökonomische Politik dem Privathandel übertragen, und die Versorgung begann allmählich zu befriedigen. Aber es gab zwei Millionen Erwerbslose 1927: Die Landwirtschaft, von der sie wegliefen, konnte sie nicht ernähren, die Industrie noch nicht aufnehmen. Die Frage des Aufbaus einer modernen Industrie wird zum dringendsten Problem und ernsthaft in Angriff genommen. Von 1923 bis 1927 und noch später finden heftige Diskussionen und Fraktionskämpfe in der Partei statt. Basis dieser Diskussionen ist der Streit über Art und Tempo der Industrialisierung und Kollektivisierung. Nach fünfjähriger Diskussion werden Beschlüsse gefaßt, und die Diskussion geschlossen.



*Um 1930 begann die Industrialisierung im Ural und Westsibirien:  
Hier die Erdarbeiten zu einem Hochofen in Magnitogorsk.*

# Industrialisierung

Es ist unbestritten, daß seit 1921/22 die Produktivität der Industrie und Landwirtschaft stetig und rasch steigt. Nur in der Periode der Zwangskollektivisierung der Landwirtschaft 1929/31, setzte ein zeitweiliger, aber heftiger Rückgang ein – eine Folge der Zwangsmaßnahmen der Regierung und Gegenwehr der Bauernschaft. Seit 1932 ist auch in der Landwirtschaft der Stand der gesamten landwirtschaftlichen Erzeugung stetig gestiegen. 1932 = 100 gesetzt, sind die Vergleichszahlen für 1937 = 153, 1940 = 177 und 1950 = 225. 1940 wurden 119 Millionen Tonnen Getreide, 1950 127 Millionen Getreide produziert.

Der durchschnittliche jährliche Zuwachs der industriellen Produktion betrug in den Jahren

1921 bis 1926	=	2,049 Milliarden Rubel
1927 bis 1932	=	5,478 Milliarden Rubel
1938 bis 1940	=	14,316 Milliarden Rubel
1946 bis 1950	=	15,600 Milliarden Rubel

Das Volkseinkommen gemessen in Rubel von 1926/27 betrug

1913	=	21,0 Milliarden Rubel
1940	=	128,3 Milliarden Rubel
1950	=	177,0 Milliarden Rubel

Die Zahl der Arbeiter und Angestellten betrug

1913	=	2,592 Millionen Werktätige
1928	=	2,842 Millionen Werktätige
1936	=	6,090 Millionen Werktätige
1950	=	33,500 Millionen Werktätige

Der Lohnfonds betrug

1940	=	162 Milliarden Rubel
1950	=	252 Milliarden Rubel

In den Jahren 1946 bis 1950 wurden 7,7 Millionen neue Arbeiter technisch ausgebildet. 13,9 Millionen erhielten eine zusätzliche Schulung zur Steigerung ihrer Qualifikation. Der Umsatz in Konsumgütern liegt 1950 um 23 Prozent über dem von 1940.

Mit der Durchführung der Fünfjahrespläne verschwindet die Erwerbslosigkeit, es setzt wachsender Mangel an Arbeitskräften ein. Darin drückt sich das Prinzip des sozialistischen Charakters der Sowjetwirtschaft aus. Störungen im Wirtschaftsaufbau gibt es in der Sowjetwirtschaft im einzelnen in größerem Umfang als in den kapitalistischen Ländern. Fehler in der Planung, Fehler in der Durchführung, Unterbrechungen in der

Zufuhr von Rohstoffen und Hilfsstoffen und tausenderlei andere Störungen, die in der gesamten Sowjetpresse laufend berichtet werden. Mit Schadenfreude benutzen Sowjetgegner dieses Material, um zu beweisen, daß eigentlich die ganze Sowjetwirtschaft vor dem Zusammenbruch stehe, eigentlich schon zusammengebrochen sein müßte, wenn nicht das böse Genie Stalins immer wieder neue Tricks erfände und mit der GPU und Terror das ganze wieder zusammentreiben würde.

Aber was zusammenbricht, ist nicht die Sowjetwirtschaft, sondern die Kritik und die Kritiker, die das entscheidende nicht begreifen und nicht begreifen können: das sozialistische Prinzip, auf dem die Sowjetwirtschaft beruht. Die mit viel weniger Störungen und Fehlern im einzelnen funktionierende kapitalistische Wirtschaft geht ihrem Untergang um so schneller entgegen, je fehlerloser sie im einzelnen abläuft. Die sozialistische Sowjetwirtschaft wächst und überwindet die Kinderkrankheiten.

Das Geheimnis der sich trotz tausend Fehlern und Mängeln aufwärtsbewegenden Sowjetwirtschaft besteht darin, daß für sie die Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft aufgehört haben, zu gelten, weil sie eine Wirtschaft darstellt, die orientiert ist nach der Produktion für den Konsum im weitesten Sinne des Wortes; anders ausgedrückt, weil sie produziert, um die Bedürfnisse der Allgemeinheit zu befriedigen, die Bedürfnisse der Werktätigen der SU ständig steigert und die Produktion nach diesem Bedarf plant. Die Planung ist noch sehr mangelhaft, sie ist noch zu sehr auf planwirtschaftliche Erfahrungen und Erfahrungen der Betriebsorganisation der kapitalistischen Länder angewiesen, die aber nicht ohne weiteres übertragbar sind. Erfahrungen der Planwirtschaft und Betriebsorganisationen sozialistischer Länder gibt es noch keine. In der SU, in Jugoslawien und den anderen Ländern der Sowjeteinflußzone ist man erst dabei, solche Erfahrungen zu machen. Die Fehler, Mängel, Schäden sind die Unkosten. Zusammengedrängt in 30 Jahren sind sie für die lebende Generation sehr hoch. Aber im ganzen geringer als die, welche die Werktätigen im Kapitalismus zahlen mußten. Es dauerte Jahrzehnte, um diese Erfahrungen theoretisch zu fassen und für die kapitalistische Praxis zu verwerten.

Im Kapitalismus ist die Produktion von der Konsumtion getrennt. Dem Produzenten, dem wertschaffenden Arbeiter, gehört nicht das Produkt seiner Arbeit, es gehört den Privateigentümern der Produktionsmittel. Der Anteil des Arbeiters am Produkt seiner Arbeit ist nur der Gegenwert seiner Arbeitskraft. Dieser Wertanteil wird nicht bestimmt von dem, was der Arbeiter produziert, sondern vom Durchschnittswert seiner Arbeitskraft, der seinerseits bestimmt wird vom Wert der erforderlichen Lebensmittel und Bedarfsgüter, die zur Erhaltung und Wiederherstellung seiner Arbeitskraft durchschnittlich benötigt werden. Ist der Arbeitsmarkt übersättigt, große Arbeitslosigkeit vorhanden, versuchen Arbeitskräfte sich noch unter diesem Durchschnittswert anzubieten. Der Arbeitslohn fällt dann unter diese Durchschnittsgrenze.

Die kapitalistischen Lohnarbeiter produzieren nicht für ihre Konsumtion, sondern Waren für die Kapitalisten, die, wenn der Kapitalist sie zum Durchschnittsprofit absetzen kann, sich wieder in Kapital verwandeln, um erneut der Profitproduktion zu dienen. Der kapitalistische Lohnarbeiter produziert und reproduziert also nichts als Kapital und seine Abhängigkeit vom Kapital. Da die Produktion der Kapitalisten nicht der Bedarfsdeckung, sondern der Profitproduktion dient, wird die kapitalistische Produktion bestimmt von Vermehrung oder Verminderung des Profits, d. h. dem Zweck, einen möglichst hohen Verwertungsgrad seines Kapitals zu erzielen. **Eine Verschlechterung der Verwertungsmöglichkeit bedeutet Einschränkung, eine Verbesserung Ausweitung der Produktion.**

Anders in der Sowjetunion. Dieses Grundgesetz der kapitalistischen Produktion ist in der Sowjetunion aufgehoben. Deshalb die andauernde Steigerung der Produktion und dieser entsprechend Erhöhung des Anteils der Sowjetwerktätigen am gesellschaftlichen Gesamtprodukt. Das auch dann, wenn diese Steigerung zum Aufbau neuer Betriebe, für Rüstungen und nicht für den unmittelbaren Verbrauch der Sowjetwerktätigen verwendet wird. Die Sowjetwirtschaft produziert nicht für den Profit. Die Bedürfnisse der Sowjetwerktätigen sind bestimmend für die Organisation und Planung der Wirtschaft. Diese Bedürfnisse wachsen ständig, deshalb der stetige Zwang zur Steigerung der Produktion. Daran ändern Fehlplanungen, ungleichmäßige, ungerechte Verteilung des für die Werktätigen zu ihrem Unterhalt bestimmten Anteils nichts, obgleich die richtige Dosierung dieses Anteils sehr wichtig für den Lebensstandard der Massen ist und zur Steigerung oder Senkung der Arbeitsfreude der Werktätigen wesentlich beiträgt. Konsumtion im Sinne der politischen Ökonomie beschränkt sich nicht auf Wohnung, Kleidung, Nahrung der Menschen allein, sondern schließt alle Bedürfnisse der Gesamtheit ein. Die Reproduktion der Sowjetwirtschaft auf erweiterter Stufe ist Voraussetzung der Steigerung des Gesamtprodukts des gesellschaftlichen Reichtums, diese Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums ist bestimmend für die Größe des Anteils zur Verbesserung der Lebenshaltung im engeren, der gesamten Kultur im weiteren Sinne. Der Zwang zur Produktion besteht nicht nur in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, sondern auch in der entfalteten kommunistischen Gesellschaft, wenn der Staat abgestorben sein wird, weil keine Klassen mehr vorhanden sein werden, sondern Selbstverwaltung der Wirtschaft durch den vergesellschafteten Menschen an seine Stelle getreten sein wird. Der Weg dazu ist gewiß noch lang. Er setzt neue umgeformte Menschen voraus, die die heutige Arbeitsteilung überflüssig machen. Es ist notwendig, die Auflösung der Menschheit in Teilarbeiter zu überwinden. Ungeahnte Entwicklung und Anwendung der Technik wird den Arbeitsprozeß vereinfachen, und die Menschen werden alle die Fähigkeiten erworben haben, die erforderlich sind, um alle Produktions- und Verwaltungsaufgaben zu bewältigen. Erst dann ist die Arbeitsteilung in Kopf- und Handarbeiter keine Notwendigkeit mehr.

Die erste Etappe ist die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und ihre planmäßige Organisation zur Befriedigung des Konsums. Die Richtung ist durch den Sieg der Oktoberrevolution bestimmt worden. Die Aufbauschwierigkeiten der sozialistischen Planwirtschaft fordern zu ihrer Überwindung neue sozialistische Menschen. Auch sie entwickeln sich in der Sowjetunion, aber langsamer als die Technik. Der Bürokratismus, der heute in der Sowjetunion wahrscheinlich den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft bereits mehr hemmt als fördert, ist das ureigenste Produkt der vorgefundenen Umstände, unter denen die Arbeiterklasse nach Eroberung der politischen Macht an den Aufbau der Sowjetwirtschaft herantreten mußte. Es ist unmarxistisch, vom ersten Proletarierstaat zu erwarten, daß er alle kommunistischen Aufgaben lösen könne.

Die Arbeiter übernahmen in den ersten Monaten der Revolution die Betriebe durch ihre Fabrikkomitees. Die Warenlager, Magazine und Geschäfte kamen unter die Verfügungsgewalt der städtischen Exekutivkomitees. Der Zentralrat der Gewerkschaften berichtete darüber: *»Die Arbeiter wurden Herren der Lage, die Fabriken waren in ihren Händen, wurden aber in der ersten Periode so angesehen, als ob sie keine Beziehung zur gesamten Volkswirtschaft hätten. . . Es bildete sich die Vorstellung, daß sie ein nie austrocknendes Meer seien, aus dem man ohne Einbuße unzählige Mengen an Gütern schöpfen könne, sowohl aus den vorhandenen Vorräten, wie aus dem Ertrag ihrer eigenen Produktion. In bestimmten Fabriken verteilten die Arbeiter diese Güter häufig unter sich.«*

Rykov vom Volkswirtschaftsrat bestätigt diese Charakteristik: »Die ganze Arbeit bei der Organisation des Wirtschaftslebens des Landes ist bisher (Anfang 1919) unter direkter Beteiligung der Gewerkschaften und der Vertreter der Arbeitermassen vor sich gegangen. Die Gewerkschaften und die Arbeiterkonferenzen der Vertreter der Fabriken der einzelnen Industriezweige waren die wichtigsten und einzigen Laboratorien, in denen der Apparat zur Organisation des Wirtschaftslebens Rußlands geschaffen wurde und geschaffen wird.«

Auf dem ersten Kongreß des Volkswirtschaftsrates sagte A. Gastew: »Im Grunde haben wir es augenblicklich mit einer riesigen in die Millionen gehenden Sabotage zu tun. Ich muß lachen, wenn man von Sabotage durch die Bourgeoisie spricht. Wir haben eine nationale, eine proletarische, eine Sabotage des Volkes. Wir stoßen auf einen gewaltigen Widerstand von seiten der Arbeitermasse, wenn wir an die Normierung herangehen.«

Tomsky, Vorsitzender des Allrussischen Zentralrats der Gewerkschaften, sagte: »Das Sinken der Produktivität hat jetzt die fatale Grenze erreicht, jenseits welcher der vollkommene Zerfall der Produktion und Ruin droht.«

Lenin im März 1919: »Bis heute haben wir nicht erreicht, daß die werktätigen Massen an der Verwaltung teilnehmen können, obgleich gesetzliche Hindernisse wie in kapitalistischen Staaten bei uns nicht bestehen. Aber außer dem Gesetz gibt es noch das Kultur-niveau, das keinem Gesetz unterworfen werden kann. Dies niedrige Kultur-niveau bewirkt, daß die Sowjets, die nach dem Programm die Organe der Verwaltung durch die Werk-tätigen darstellen, in Wirklichkeit **die Organe der Verwaltung für die Werk-tätigen durch die führende Schicht des Proletariats, aber nicht durch die werktätigen Massen sind. Hier liegt für uns eine Aufgabe, die nicht anders als durch langjährige Erziehungsarbeit gelöst werden kann...** Augenblicklich ist unsere Situation in dieser Beziehung außerordentlich schwierig. Die Bourgeoisie ist besiegt, die Ausbeuter sind beseitigt, aber das Kultur-niveau hat sich nicht gehoben und darum nehmen die Bürokraten ihre alten Plätze ein... Sie wissen aus den Debatten des Zentralkomitees, daß wir nicht dagegen sind, daß die Arbeiter an die Spitze gestellt werden, wir sagen aber, daß diese Frage unter Beobachtung der Interessen der Produktion entschieden werden muß. **Wir können nicht warten.** Das Land ist so zerstört, das Elend hat jetzt ein solches Ausmaß erreicht, der Hunger, die Kälte und die allgemeine Not, daß es so nicht weitergehen darf. Keine Ergebenheit, keine Selbstaufopferung wird uns retten... man kann der fähigste Revolutionär sein und ein völlig ungeeigneter Verwalter... Wenn nicht kompetente Leute an der Spitze der Verwaltung stehen, wenn Brennstoff nicht rechtzeitig herbeikommt, wenn die Lokomotiven, die Dampfer, die Lastschiffe nicht repariert sind, steht die Existenz der SU selbst auf dem Spiel... Halten kann man sich nur, wenn man sich den ganzen Vorrat an Erfahrungen aneignet, die der kulturell und technisch fortgeschrittene Kapitalismus gemacht hat, wenn man alle diese Leute in seinen Dienst nimmt... jeden Vertreter der bürgerlichen Kultur, des bürgerlichen Wissens, der bürgerlichen Technik gilt es zu schützen... Ohne sie werden wir den Kommunismus nicht erbauen können.«

Lenin sagte bei einer anderen Gelegenheit: »Eine Menge Menschen warf und wirft uns vor, daß wir uns an all die Sachen heranmachen, ohne zu wissen, wie wir sie fertig bringen würden. Aber das ist ein lächerlicher Vorwurf... Wer hat jemals eine ungeheure Revolution gemacht und dabei im voraus gewußt, wie man sie bis ans Ende machen würde? Woher soll man solche Kenntnisse nehmen? Aus Büchern gewinnt man sie nicht. Solche Bücher gibt es nicht. Nur aus dem Experiment der Massen konnte unser Entschluß hervorgehen.«



So begann es. Lenin schrieb 1921: »Wir benötigen die eiserne Hand; reinigt alle Pseudokommunisten weg durch Terror, summarische Maßnahmen, die Todesstrafe ohne Appell; Menschewiki und SR, die sich offen als solche bekennen oder als Parteilose verkleiden, müssen wir im Gefängnis halten.«

Ein Jahr später schrieb er: »Es ist ein Fall der Maschinengewehre – für Leute genannt Menschewiki und SR; jeder der verneint, soll ausgeschlossen werden.«

Trotzki sagte: »Zweifel ist fast Verneinung.«

Und Gorki, der vermitteln wollte, schrieb: »Wir leben in der Mitte einer Masse von Personen, entblößt von jeglicher politischen und sozialen Schulung. Die alte Ordnung der Dinge ist materiell zerstört, **aber sie lebt noch moralisch zwischen uns**. Die hundertköpfige Hydra von Unkenntnis, Barbarismus, Dummheit, Verrat und Schurkerei ist nicht getötet.«

In der Periode des Kriegskommunismus von 1917 bis Anfang 1921 verhungerten zwei bis drei Millionen Menschen im europäischen Rußland. Die national selbständigen Republiken, in denen gleichfalls die bolschewistischen Parteien herrschten, sind auf diese Weise über die Partei der Zentralen Parteiführung unterstellt. Lenin schrieb 1920 zur Charakterisierung dieser Lage für die breite Öffentlichkeit: »Wir durchleben in Rußland im dritten Jahr nach dem Sturz der Bourgeoisie **die ersten Schritte** des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus oder zur untersten Phase des Kommunismus. Die Klassen sind bestehen geblieben **und werden überall noch jahrelang nach Eroberung der Macht durch das Proletariat bestehen bleiben**. Möglicherweise wird die Frist in England, wo es keine Bauern, jedoch immerhin Grundbesitzer gibt, kürzer sein. Die Klassen vernichten – das bedeutet nicht nur die Grundbesitzerklasse und Kapitalisten vertreiben, das haben wir verhältnismäßig leicht getan, es bedeutet auch die kleinen Warenaerzeuger vernichten, die kann man aber nicht vertreiben, nicht erdrücken, man muß sich mit ihnen verständigen; man kann und muß durch sehr langwierige, langsame, vorsichtige, organisatorische Arbeit sie umwandeln und umerziehen.«

Ein Beispiel: 1921 auf dem Gewerkschaftskongreß mit 3500 Delegierten waren acht Parteimitglieder vom ZK ernannt; ein Komitee zur »Leitung des Kongresses« diktierte die Resolution der kommunistischen Fraktion, die jedoch eine Resolution von Riazanow annahm. Das Komitee beauftragte Tomsky, die Resolution zu verlesen, der zögerte vor der strengen Verurteilung seiner Kameraden. Das ZK entschied, die angenommene Resolution zurückzuweisen, übergang das Kongreßbüro, verschickte Tomsky nach Turkestan und Riazanow ins Ausland, schüchterte die Fraktion ein und zwang sie, zu widerrufen unter Bedrohung mit Zwangsmaßnahmen. Ein anderes Spezialkomitee, an welchem Stalin und Dzerzhinsky teilnahmen, erteilte dem verschickten Tomsky »scharfe Zensur«.

# Die Rolle der Gewerkschaften

Es ist unmöglich, sich eine richtige Vorstellung vom Aufbau der sozialistischen Wirtschaft in der SU zu machen ohne Kenntnis der Funktion der Gewerkschaften. Dabei ist im Auge zu behalten, daß es vor der Eroberung der politischen Macht Gewerkschaften europäischer Art, die im Rahmen der bestehenden Ordnung für Reformen und Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse legal kämpfen konnten, nicht gegeben hat. Die russischen Gewerkschaften spielen von Beginn an eine entscheidende Rolle beim Aufbau der sozialistischen Wirtschaft. Sie nehmen durch ihre gewählten Vertreter an allen Verwaltungsorganen der Industrie gleichberechtigt teil. Das sogenannte Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften, für das die westdeutschen Gewerkschaftsführer so viel Tinte verspritzt und eine Unmenge Diäten für Teilnahme an Verhandlungen mit Regierung und Unternehmern verbrauchen, hat in der SU immer bestanden und besteht weiter. Die Gewerkschaften stellten das Arbeitsministerium (Kommissariat der Arbeit) bis 1933, welches alle Verordnungen erließ, die die Arbeitsbedingungen betrafen. Das bedeutete nicht, daß dies Arbeitsministerium selbstherrlich die Löhne und Arbeitsbedingungen festsetzte: Diese wurden von den Gewerkschaftsvertretern der einzelnen Gewerkschaften ausgearbeitet wie in irgend einem europäischen Land. Aber damit ist die Gleichartigkeit der Funktionen zwischen russischen Gewerkschaften und Gewerkschaften in kapitalistischen Ländern erschöpft. Die Verhandlungspartner in der SU sind keine Kapitalisten, keine Klassengegner, sondern Vertreter der eigenen herrschenden Klasse, die die Regierungs- und Wirtschaftsleitung ausüben. Basis der Verhandlung über Lohn- und Arbeitsbedingungen ist nicht der Preis der Ware Arbeitskraft, wie er durch das kapitalistische Lohngesetz geformt wird, das nur geringen Spielraum für die Auswirkung der Kampfkraft der Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten läßt – sondern der *Lohnfonds des Jahresplanes*. Für 1950, z.B., 252 Milliarden Rubel für 33 500 000 Arbeiter und Angestellte. Dieser Lohnfonds kann nicht überschritten werden, wenn nicht der ganze Jahresplan über den Haufen geworfen werden soll. Der Einsatz und die Verwendung der menschlichen Arbeitskraft, des wichtigsten Produktionsmittels, muß genau so geplant werden wie die Anwendung der Maschinen, Rohstoffe, Hilfsstoffe. Das ist die Grundlage jeder sozialistischen Planwirtschaft. **Im Rahmen dieses Lohnfonds** kann und wird über Berücksichtigung der Sonderinteressen der verschiedenen Interessenten verhandelt.

Es ist klar, daß die Anwendung des Streiks zur Durchsetzung besonderer Forderungen im allgemeinen in der SU sinnlos ist, wo die Arbeiterklasse selbst herrscht. Das bedeutet

aber keineswegs den Verzicht auf Anwendung von Druckmitteln durch die Gewerkschaften oder Gewerkschaftsmitglieder, wenn erforderlich, ohne und gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie, soweit es sich um Mißstände handelt, die Folge bürokratischer Willkür einzelner Betriebsleitungen sind. Solche Aktionen fanden all die Jahre statt und finden dauernd statt, obgleich darüber in der Presse im allgemeinen wenig berichtet wird. Es handelt sich bei solchen Aktionen der Arbeiter allerdings selten um Lohnforderungen, sondern meist um die Einhaltung der Tarife und Kämpfe gegen Mißbräuche der Betriebsleitung. Ein Beispiel: In der Periode der schärfsten Krise der KPdSU, während der Prozesse gegen die alten Bolschewiki, leiteten Arbeiter eines Bauunternehmens des Leningrader Sowjets eine organisierte Kündigungsaktion ein, und die Sowjetbehörden und die KP waren gezwungen, einzugreifen. Nach der offiziellen Revision dieses Bauunternehmens (Lenovsovetstroi) wurde festgestellt, daß: *»der Direktor sich den Bedürfnissen der Arbeiter gegenüber empörend betragen habe, seine Tätigkeit an Schädlingsarbeit grenze«* (Krasnaja Swesda, 27. 6. 1937). Die Mißstände wurden abgestellt.

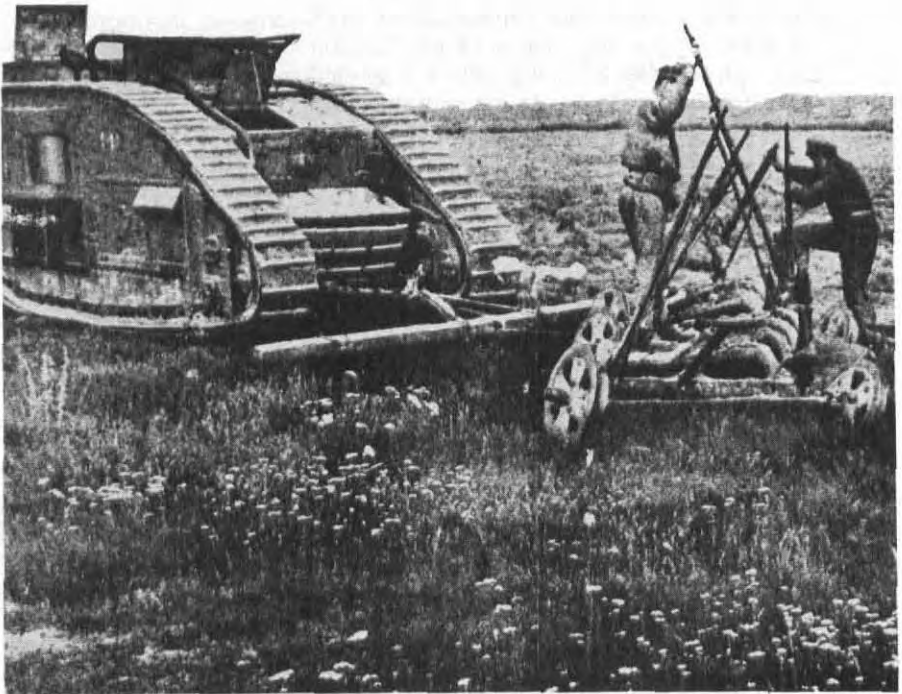
In der SU wirken die Gewerkschaften auch bei der Preisgestaltung der Nahrungsmittel und Bedarfsgüter der Werktätigen mit. Preissenkungen werden ebenfalls entsprechend der Planung durchgeführt. Wenn während der Laufzeit der Pläne sich eine Möglichkeit zur Preissenkung ergibt, wird sie auf Initiative der Gewerkschaften verordnet. Das sind Maßnahmen, welche unter kapitalistischen Marktverhältnissen undurchführbar sind. Kapitalistische Regierungen können in die Preisgestaltung des kapitalistischen Marktes nicht eingreifen, auch wenn sie es wollten, ohne durch Bindung der Preise einzelner Waren das ganze Getriebe der kapitalistischen Marktwirtschaft in Unordnung zu bringen. Das Endergebnis wäre, daß das Kapital aus den von solchen Eingriffen betroffenen Industrien oder Gewerben in profitablere abwandern würde.

Den Gewerkschaften in der SU ist die Verwaltung der gesamten Sozialpolitik übertragen. Im Rahmen der Plansumme für diesen Zweck entscheiden sie über deren Verwendung zur Krankenfürsorge, Feriengestaltung, Kuraufenthalt, Errichtung von Betriebseinrichtungen, Klubs, Sportplätzen, Kinderheimen, Schwangerenfürsorge usw. Beim Ausbau der Betriebe, Neuerrichtung und Aufbau der Industrien wirken sie gleichfalls mit. Die Planaufstellung im Gebiet der ganzen SU, in den einzelnen Industriegebieten wie den einzelnen Betrieben geschieht nicht ohne Teilnahme der Gewerkschaftsvertreter. Rationalisierungsmaßnahmen zur Steigerung der Produktivität, der Ausbau der Fürsorgemaßnahmen für die Arbeiter ist Aufgabe der Gewerkschaften. Dabei spielen die Fabrikkomitees eine entscheidene Rolle. Allerdings hat auch diese Tätigkeit der Gewerkschaften und Fabrikkomitees in der SU eine andere Bedeutung als die ähnliche Arbeit der Gewerkschaften in kapitalistischen Ländern. Rationalisierungsmaßnahmen und Aufrechterhaltung der Betriebsdisziplin ist in den kapitalistischen Ländern Unternehmerfunktion. In der Sowjetunion ist die Sorge für die Betriebsdisziplin, Bekämpfung von Bummel, Zuspätkommen, schlechter Qualität der Arbeit, Verschwendung von Material und dergleichen eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaften und Betriebsräte. Zu diesem Zweck wurde schon 1922 verordnet: *»daß die Gewerkschaftsvertreter jederzeit das Recht haben, alle Betriebe, Werkstätten, Laboratorien, Abteilungen zu betreten und in Verbindung mit der Betriebsvertretung ohne jede Einschränkung zu kontrollieren.«* Das schließt die Fixierung der Produktionshöhe, der Grundlage für die Löhne, Überstunden, Prämien, Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen usw. ein. Die Gewerkschaften setzen die Disziplinarstrafen fest, die die Betriebsleitung anwenden darf. Die Organisationsform ist die Industriegewerkschaft.

Arbeiter und Angestellte gehören ein und derselben Gewerkschaft an. Es bestehen 23 Industriegewerkschaften, die in verschiedene Untergruppen geteilt sind. Diese können mit den europäischen Berufsabteilungen verglichen werden, obgleich sie eine ziemliche Selbständigkeit haben.

Die unterste Einheit der Gewerkschaft ist die Betriebsversammlung, die ihr Organ, das gewählte Fabrikkomitee besitzt. In großen Betrieben wird das Fabrikkomitee aus verschiedenen Betriebsabteilungen gebildet. Jeder Distrikt oder jedes Gebiet bildet ein gewerkschaftliches Distrikts- oder Gebietskomitee, das auf den Distrikts- und Gebietsversammlungen gewählt wurde. Der Kongreß besteht aus gewählten Delegierten der Betriebsgewerkschaften der verschiedenen Fabriken aller Distrikts- oder Gebietsindustrien. Jede Industriegewerkschaft hält außerdem periodisch ihren Reichskongreß ab, zu dem Delegierte der Industriegruppe von den unteren Einheiten gewählt werden.

Es gibt Schiedsgerichte, zusammengesetzt aus Gewerkschaftsvertretern und Vertretern der Betriebsverwaltung, die überlaufende Streitfälle entscheiden. Der Arbeiter darf keine Arbeit zurückweisen, mit der ihn die Betriebsleitung beauftragt. Er muß seinen Streitfall dem Schiedsgericht zur Entscheidung unterwerfen. Die Gewerkschaft ist das allein autorisierte Organ, um die Klagen über Verletzung der Arbeitsverträge und Gesetze in erster Instanz zu entscheiden. Wird die Entscheidung angefochten, muß das gemischte Schiedsgericht angerufen werden.



*Not macht erfinderisch: Mit Tanks halfen Rotarmisten den Bauern bei der Rodung.*

# Produktionskonferenzen der Arbeiter

Eine wichtige Einrichtung zur Mitwirkung der Arbeiter am Aufbau der sozialistischen Wirtschaft sind die auf Betriebsbasis eingerichteten Produktionskonferenzen. Bereits auf dem 14. Parteitag im Dezember 1925 berichtete Molotow, daß in Moskau 371 ständige Produktionskonferenzen mit 34 000 Teilnehmern, in Leningrad 204 mit 36 000, in Twer 198 mit 13 000 Teilnehmern stattgefunden hatten. In Leningrad hatten 19 Prozent der Betriebe solche Produktionskonferenzen organisiert. 42 Prozent der Teilnehmer waren Kommunisten, 58 Prozent Parteilose.

Was bedeuten diese Betriebskonferenzen? Es sind Konferenzen ausgewählter Vertreter der Betriebsarbeiter, die zusammen mit den technischen Leitungen des Betriebes oder der Industrie Probleme der Produktion, des Verkaufs oder Eigenarten des Betriebes beraten, um Verbesserungen durchzuführen. Es gibt keine Betriebsgeheimnisse oder geheime Finanzgebaren bei diesen Beratungen. Dies ermöglicht es, alle Fragen auf breiter Basis wie im einzelnen zu behandeln. Die Arbeiter berichten über ihre Erfahrungen und machen ihre Abänderungs- und Verbesserungsvorschläge, die dann mit den technischen und kaufmännischen Leitern gemeinsam beraten werden. Fragen, die die Menschen wie die Technik betreffen, werden durchberaten, Verbesserungsvorschläge angenommen und ausprobiert. In der Praxis gibt es dann oft heftige Zusammenstöße mit bürokratischer Routine, Konservatismus der Leiter und Arbeiter. Von der Leidenschaft, mit der diese Diskussionen häufig ausgetragen werden, machen sich die Westeuropäer kaum eine Vorstellung. Gegenseitige Beschuldigung der Sabotage und Schädigungsarbeit sind nicht selten und haben manchmal tragische Folgen.

Das tiefe Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung der russischen Industrie, ein junges Proletariat mit ganz ungenügenden fachlichen Erfahrungen, junge Techniker und Ingenieure mit technischer Schulung ohne Praxis, die Anwendung ausländischer Vorbilder der Betriebsorganisation und Betriebsleitung, die sich nicht ohne weiteres anwenden lassen, weil die Vorbedingung ihrer Anwendung in der SU fehlt, bilden ständige Konflikte. Aus diesen Umständen ist die Sowjetgesetzgebung zu begreifen, die für kleinste Ungenauigkeit dem Ingenieur mit Verhaftung oder Strafen seitens der Inspektion des Volkskommissariats für Arbeit droht. Auch die in Westeuropa unverständlichen Strafmaßnahmen gegen Verfehlungen der Arbeiter sind aus dieser Sonderlage der Entwicklung und russischen Tradition erklärbar. Diese Gesamtlage ist die Ursache der Sabotage- und Spionagefurcht und der daraus entstandenen Schauprozesse. Es ist der Boden, auf dem der Bürokratismus treibhausmäßig gewachsen ist.

Beschlüsse, wie die der zentralen Kontrollkommission der KPdSU vom April 1928 mußten wirkungslos bleiben, weil sie nur bürokratische Anordnungen von oben darstellten. Der Beschluß lautete: »Die Information, die den Arbeitern als Plan für Fortschritte zur Produktion gegeben werden, haben oft einen rein formalen Charakter. Fragen der Rationalisierung, Hauptarbeit etc. werden auf den Produktionsberatungen nicht diskutiert. In einigen Fällen werden Arbeiter verfolgt, weil sie Fehler kritisieren in der Arbeit der Verwaltungen. Die Gewerkschaften arbeiten nicht systematisch genug an der Hervorhebung der Wichtigkeit der Produktionsberatungen. Die Versammlungen werden schlecht organisiert, unregelmäßig einberufen, von den Technikern mißachtet und manchmal auch von kommunistischen Betriebsleitern, und es gibt ungenügende Überprüfungen der Erfüllung der Beschlüsse.«

In der Ostzone erleben die deutschen Arbeiter die gedankenlose Nachahmung solcher bürokratischen Maßnahmen und Ermahnungen jetzt am eigenen Leibe. Deutsche Arbeiter, die technisch und kulturell die Produktion entscheidend fördern könnten, würden eine hervorragende Rolle spielen, wenn die Produktionsberatungen aus der Initiative von unten geschaffen würden, wie das immerhin in der SU der Fall war, statt von oben von der Bürokratie, die nur die Russen nachäffen will. Die deutschen Arbeiter müssen gegen diese sinnlose bürokratische Bevormundung ankämpfen. Sie können sich durchsetzen, wenn sie sich aus den Betrieben heraus organisieren und ihre bessere Erfahrung gegen die Bürokratie dadurch durchsetzen, daß sie tatsächlich besser arbeiten als sie.



*Das gemeinsame Essen in Kommunen und Fabriken war auch ein erster Schritt zur Überwindung der Hungersnöte.*

# Stoßbrigaden und Stachanowmethoden

Aus den Produktionsberatungen, der Propaganda zur Steigerung der Produktion und der Überzeugung der Arbeiter, daß sozialistische Wirtschaft Produktion für die Gesamtheit und nicht Profit für den Kapitalbesitzer bedeutet, entstanden die Stoßbrigaden. Sie setzten die in den Diskussionen der Produktionsberatungen gewonnenen Auffassungen in die Praxis um. Eine der ersten entstand in der Textilfabrik »Ravenstwo« (Gleichheit) in Leningrad. Das Ergebnis war Verbesserung der Qualität, achtprozentige Steigerung der Produktion bei vierprozentiger Kostensenkung. Nichts ist erfolgreicher als der Erfolg. Die Bewegung verbreitete sich über das ganze Land. Es war eine Propaganda zur Weckung der Initiative der breiten Massen, wie sie Lenin schon in der schwersten Periode des Bürgerkrieges, mit der »Subotnik-Bewegung« (Samstag-Gratisarbeit) anzuwenden versuchte. Ende 1927 bildete eine Gruppe junger Arbeiter eine Rationalisierungsgruppe in der Textilfabrik »Communist vanguard« in Sabino, Wladimir-Distrikt.

Sie diskutieren solche Fragen wie schlechte Ventilation, automatische Umschaltung und dergleichen und führten im Betrieb Verbesserungen ein. Sie stießen dabei auf heftigen Widerstand der Betriebsleitung und der Parteiorganisation im Betrieb, die aus älteren Arbeitern bestand. Die oberen Parteiinstanzen griffen ein gegen den Widerstand der Betriebsleitung und der lokalen Parteiorganisation, sie verallgemeinerten die Bewegung der Schaffung von Stoßbrigaden übers ganze Land. Die Stoßbrigaden der einzelnen Betriebe forderten sich gegenseitig zum Wettbewerb heraus. Das wurde eine der wirksamsten Formen zur Aktivierung der Betriebsarbeiter, zur Teilnahme am Aufbau der sozialistischen Wirtschaft. Es war Wettbewerb von unten, unterstützt von oben, des einen Teils der Arbeiter gegen einen anderen, der Jugend gegen die Alten, der Pioniere der neuen sozialistischen Produktionsweise gegen die Müden und Mürrischen, die nicht mitkommen und nicht mitwollten. Preise und Fahnen wurden gestiftet.

Es war und ist bei weitem nicht alles gut, nicht immer Sachkunde, oft mehr Begeisterung, manchmal Strebertum. Das ändert nichts daran, daß diese neue Art der Erweckung der russischen Werktätigen zu schöpferischer Mitwirkung am sozialistischen Aufbau im Prinzip richtig ist. Auch der praktische Erfolg blieb nicht aus.

Auch der Kampf gegen Bummellei, Wegbleiben von der Arbeit, schlechte Qualität der Arbeit wird von den Arbeitern im Betrieb selbst und besonders von den Stoßbrigaden geführt, mit Mitteln der Überzeugung und Überredung, aber auch mit den Mitteln des Drucks, der Ächtung der Fehlenden, bevor Strafmaßnahmen der Betriebsleitung oder Polizei einsetzen. Westeuropäern ist dies unverständlich, weil unterm Kapitalismus die

Hungerpeitsche der Entlassung und die Konkurrenz der Arbeiter untereinander das beste Mittel zur Herstellung der notwendigen Betriebsdisziplin ist, die die kapitalistische Produktionsweise braucht, aber auch die sozialistische nicht entbehren kann.

Die Stachanowbewegung ist prinzipiell nichts Neues gegenüber der Bewegung der Stoßbrigaden, aber sie bedeutet eine weitere Etappe, die Auswertung der mittlerweile angewandten verbesserten Technik in den Betrieben. Das ist das Hauptkennzeichen der Stachanowbewegung gegenüber den Stoßbrigaden. Sie bildet eine höhere Stufe der Vertrautheit der Arbeiter mit der höheren Technik, die Anbahnung der Verschmelzung der Hand- und Kopfarbeit, die die Untergrabung der absoluten Autorität der Bürokratie einleitet. Die gewonnene Kenntnis komplizierterer technischer Arbeitsmethoden durch die Arbeiter selbst ist ein wichtiger Schritt. Es besteht ein himmelweiter Unterschied zwischen dem Arbeiter der zwanziger Jahre, der ohne eigenes Urteil Anweisungen von oben entgegennehmen mußte, und dem Arbeiter der dreißiger und vierziger Jahre, der eine zehn- und zwanzigjährige praktische Erfahrung erworben, in Abendkursen eine fachliche und technische Schulung durchgemacht hat. Die Fähigsten dieser betrieblichen Fachkurse werden in höhere Lehranstalten, Ingenieurschulen, Universitäten usw. geschickt. Viele werden dadurch allerdings in die Bürokratie versetzt. Der Betrieb bezahlt das Schulgeld und die Unterhaltskosten anstelle des Staates.

In Westeuropa sieht man nur die Einführung des Schulgeldes und behauptet, dies hebe die Aufstiegsmöglichkeiten der Arbeiter auf und begünstige die Kinder der Bürokratie, die allein die Schulgeldkosten bezahlen könne. Das ist falsch. Die individuelle Bezahlung des Studiums ist keineswegs Norm in der SU, sondern die Bezahlung durch die Betriebe, die Kolchosen oder Ortssovjets ist die Regel. Die Zulassung zu höheren Schulen erfolgt auf Grund individueller Prüfung der einzelnen Kandidaten. Bürokratenkinder können vielleicht durch Nachhilfestunden von Privatlehrern eine gewisse überdurchschnittliche Hilfe haben, aber nicht mehr.

Eine andere Neuerung besteht in der Einrichtung der Betriebe, um weniger erfahrenen Arbeitern von qualifizierteren Hilfe zu geben. Ein Beispiel aus vielen: In Ordshonikidze Werkzeugmaschinenfabrik, so berichtet die britische Delegation der Tradeunionisten (1943) hilft ein qualifizierter Ingenieur, Zaitsew, acht neuen Arbeitern, meistens Frauen, ihre Qualifikation zu verbessern. Erfolge: 50 bis 60 Prozent Mehrleistung. Die Kosten dieser Lehre zahlt nicht der Arbeiter, wie in den kapitalistischen Ländern, sondern der Betrieb. Freiwillige Aufbaubrigaden von Arbeitern, Angestellten, Hausfrauen wurden nach dem Krieg überall ins Leben gerufen. Allein in Kursk waren 1944 1440 solche Aufbaubrigaden mit 27 000 Mitgliedern an der Arbeit. Durch solche Aufbaubrigaden wurden die zerstörten Gebiete aufgebaut, durch die Initiative der Arbeiter, die es ermöglichte, in einer kurzen Frist die Hauptschäden des Krieges zu beseitigen. Die Gewerkschaften spielen bei der Organisation all dieser Einrichtungen eine entscheidende Rolle. Es gibt massenhaft Material von sachkundigeren Berichtstattern als die Kriegsgefangenen sein können, die nur aus ihrer begrenzten Erfahrung berichten können. Diese sind subjektiv fast immer ehrlich, aber sie berichten eben aus der Perspektive des Gefangenen, nicht selten unter der Schockwirkung der Enttäuschung ehemals begeisterter Sowjetanhänger durch den Zusammenstoß mit der Wirklichkeit. In dem Riesenreich der SU gibt es Spitzenleistungen höchster technischer und organisatorischer Art, daneben tiefste Armut und Barbarei. Für Aber- und Abermillionen, die aus der tiefsten Armut und Barbarei des Analphabetentums, der Stupidität verlauster Bauernkaten zu Kolchosarbeitern eines modernen Kolchos oder Arbeitern eines modernen Industrieunternehmens aufgestiegen sind, ist ein »*glückliches Leben*«, was für Kriegsgefangene mit Westeuropabedürfnissen das Gegenteil bedeutet.



# Kollektivwirtschaften

Was ist eine Kollektivwirtschaft? Es ist eine Organisation von Bauern auf dem Land, das dem Staat gehört, Nationaleigentum ist und nicht gekauft oder verkauft werden kann. Das Kolchos zahlt eine Pacht für den Gebrauch des Grund und Bodens an den Staat; aber der Gebrauch des Bodens ist dem Kollektiv zur ewigen Nutzung übergeben, nicht wie Pachtland in kapitalistischen Ländern, das nach Ablauf der Pachtfrist mit allen Verbesserungen, die der Pächter geschaffen hat, an den Privateigentümer zurückfällt. Die Produktionsmittel in den Kolchosen sind teilweise Eigentum der Gesamtkollektive, teilweise individuell eingebrachtes Eigentum der Mitglieder. Auch das Privathaus, eine Kuh oder ein Pferd und Kleinvieh, Geflügel und Geräte zum persönlichen Gebrauch sind Privateigentum. Dieses Privateigentum ist vererbbar. Ignoranten schlußfolgern daraus, daß in der SU mit Wiedereinführung des Erbrechts der Kapitalismus wieder erstanden sei.

Auf dieser ökonomischen Grundlage bilden die Kolchosmitglieder eine Produktionsgenossenschaft, die ihre Geschäfte führt, ähnlich wie Produktionsgenossenschaften in kapitalistischen Ländern. Sie wählen ihr Kollektivkomitee, ihren Vorsitzenden in der Jahresgeneralversammlung. Sie sind dem Gesetz über die Kolchosen der SU unterworfen wie die Produktionsgenossenschaften der kapitalistischen Länder der Gesetzgebung dieser für die Produktionsgenossenschaften. Sie verteilen die Arbeit unter sich. Sie sind nicht Staatsangestellte oder Angestellte von irgend jemand. Sie sind kollektive Eigentümer ihres Unternehmens. Sie erhalten keinen Lohn, sie verkaufen nicht ihre Arbeitskraft, sie arbeiten zusammen für sich selbst und verkaufen den Überschuß. Insofern sind sie Warenproduzenten. Ihre Arbeit wird nicht in Geld gemessen, sondern in Arbeitsleistung und Arbeitstagen. Seit 1933 bestehen sieben Gruppen, nach denen die Arbeitsleistung und die Arbeitstage verrechnet werden. Wir zählen hier nicht alle Formen im einzelnen auf. Einfache unqualifizierte Arbeit zählt, z.B., einen halben Tag für eine den ganzen Tag geleistete Arbeit. Für qualifizierte Arbeit wird für eine reale Tagesleistung zwei oder mehr Arbeitstage verrechnet. In Fällen, wo eingebrachtes eigenes Vieh eines Kolchosmitgliedes für allgemeine Kolchosarbeiten verwendet wird, gibt es Zuschläge zum Arbeitstag. Für jede Arbeit ist eine bestimmte Quote festgesetzt, nach der der Anteil am Gesamtkolchosprodukt der Mitglieder berechnet und verteilt wird. 1945 wurde in über 30 Prozent der Kolchosen nach diesen Quoten Anteile für zusätzliche Leistung berechnet und bezahlt. In die laufenden Kosten der Kollektive muß die Miete für Traktoren und Maschinen aus den staatlichen Maschinen- und Traktoren-

stationen eingerechnet werden. Diese Zahlung geschieht ebenfalls in Quotenanteilen und meist in Naturalien. Ebenfalls müssen vom Gesamtprodukt die Quotenanteile zur Erhaltung der Schulen, Kranken-, Invaliden-, Kinderpflege geleistet werden. Die Verteilung des übrig bleibenden Nettoproduktes geschieht auf folgende Weise: Alle geleisteten Arbeitstage aller Mitglieder werden zusammengezählt, das Nettoprodukt durch die Summe der Arbeitstage dividiert und so der Anteil für den einzelnen Arbeitstag errechnet, z. B. ein Arbeitstag zehn Pfund Getreide, 20 Pfund Kartoffeln, fünf Pfund Fleisch, ein Pfund Zucker, X Baumwolle, Y Tabak, je nachdem, was das Kolchos produziert hat. Ein vom Staat jährlich festgesetzter Prozentsatz der Kolchosprodukte muß zu Festpreisen an den Staat verkauft werden. Nach einer Berechnung aus dem Jahre 1940 war die Verteilung der Sowjetkollektive folgende:

	Prozent in natura	Prozent in Geld
Zahlung an den Staat	13,7	9,4
Produktionskosten	50,4	27,7
Reineinkommen der Mitglieder	35,9	62,9

Nach einer anderen Berechnung fielen 1945 auf jedes arbeitsfähige Kolchosmitglied 320 Arbeitstage mit nicht weniger als sieben Pfund Getreide pro Arbeitstag, 1946 stieg der Durchschnitt in den ersten neun Monaten bereits auf 250 Arbeitstage, fünf Pfund Getreide,  $\frac{1}{4}$  Pfund Wolle pro Arbeitstag.

1928 waren 3 Prozent des bebauten Bodens von Sowchosen und Kolchosen bestellt, 97 Prozent in Händen von bäuerlichen Kleinbetrieben. 1936 waren bereits 90 Prozent der Bauern Kollektivbauern, 1940 97 Prozent. Auf der Grundlage der Kollektivwirtschaft beruht die jetzige Entwicklung der Landwirtschaft der SU. Auch die gesamte Landwirtschaft, der Anbau usw. unterliegt der staatlichen Planung. Die Hektarerträge steigen stetig. Die Qualität verbessert sich. Die Baumwoll-, Vieh-, Tee-, Zuckerproduktion steigt ebenfalls ständig, so daß die Städte, Industriegebiete, Sowjetarmee keinen Mangel mehr leiden. Die Getreideüberschüsse werden in Reserven angelegt, und Getreide kann exportiert werden, um Maschinerie und dergleichen einzuführen, ohne die innere Brotversorgung einschränken zu müssen, wie es zuvor der Fall war.

Daneben bestehen Sowchosen, Staatswirtschaften. Dies sind keine Genossenschaften, sondern staatliche Betriebe, und die Arbeiter sind keine Kollektiveigentümer, sondern Staatsarbeiter und erhalten wie die Industriearbeiter Lohn. Der Kolchosbauer ist kollektiver Warenproduzent, er ist Kollektiveigentümer der Produktionsmittel. Die Überschüsse des Kolchos über die Produktionskosten und staatlichen Abgaben sowie die Produkte seines Privatgartens verkauft der Kolchosbauer auf dem freien Markt. Seine Wirtschaft ist vom Staat kontrolliert. Trotzdem konnte sich der Kolchosbauer im Krieg durch Ausnutzung des Mangels Handelsprofite in beträchtlicher Höhe aneignen. Die Geldreform hat diese Geldfonds der Kolchosbauern konfisziert.

# Zwangsarbeit und Zwangsarbeitslager

In der Sowjetunion besteht Zwangsarbeit und bestehen Zwangsarbeitslager. Die Antisowjetpropaganda bestreitet damit einen erheblichen Teil ihrer Hetze. Hier ist nicht der Platz, auf die bourgeoise Heuchelei im einzelnen einzugehen, die mit der Gegenüberstellung der Freizügigkeit und Freiheit des Individuums in der kapitalistischen Gesellschaft gegenüber dem Zwang zur Arbeit in der Sowjetunion gemacht wird. **Zwang zur Arbeit besteht in jeder Gesellschaftsordnung.** Nur die Formen dieses Zwanges sind entsprechend den Klassenverhältnissen verschieden. In der kapitalistischen Gesellschaft sind alle jene, die von der Ausbeutung fremder Arbeitskräfte leben, allerdings vom Zwang zur Arbeit befreit, aber nur, weil sie diesen Zwang auf die Werktätigen abwälzen können und von deren unbezahlter Arbeit leben. Die Form, in der dieser Zwang in der kapitalistischen Gesellschaft ausgeübt wird, besteht in dem Zwang der Besitzlosen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, weil dies die einzige Ware ist, die sie besitzen. Nicht vom freien Willen der Bourgeoisie, sondern von der profitablen Verwertungsmöglichkeit ihres Kapitals hängt es ab, ob die kapitalistischen Besitzer der Produktionsmittel den besitzlosen Proletariern ihre Arbeitskraft abkaufen können oder nicht. In den ökonomischen Krisen, wenn die Produktion eingeschränkt wird, weil sie keinen Profit abwirft, sind Millionen dem Hungerehend der Erwerbslosigkeit ausgeliefert. Seit der Jahrhundertwende wurde in verschiedenen kapitalistischen Ländern die Arbeitslosenunterstützung eingeführt. In Deutschland erstmals im Verlaufe des ersten Weltkrieges, in Amerika im Anfang der dreißiger Jahre mit dem Auftreten der Dauerarbeitslosigkeit von Millionen. Die normale Armenunterstützung, mit der der aufsteigende Kapitalismus der freien Konkurrenz die proletarische Reservearmee in Krisenzeiten bis zur neuen Konjunktur am Leben erhielt, reichte in der Periode des niedergehenden Kapitalismus nicht mehr aus. Sie wurde durch die sogenannte staatliche und freiwillige Erwerbslosenunterstützung ersetzt. Man kann Millionen Erwerblose nicht einfach verrecken lassen, weil die kurzfristig in den Tod getriebene werktätige Masse dies nicht ohne Kampf erdulden würde. So bildet die Erwerbslosenunterstützung ein Ventil zur Sicherung der kapitalistischen Gesellschaft. Die nicht verwendbaren Arbeitskräfte werden an der Hungergrenze am Leben erhalten, zermürbt und kampfunfähig gemacht. *Darin besteht die individuelle Freiheit des Proletariats. Seine Freizügigkeit besteht darin, von einer Stelle zur anderen zu wandern, um seine Arbeitskraft verkaufen zu können.* In Deutschland ist sogar diese Freizügigkeit durch die Zuzugsbeschränkung eingeschränkt.

Alle diese »Freiheiten« bestehen in der Sowjetunion nicht. Sie wurden mit der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und ihrer Vergesellschaftung aufgehoben. In der Sowjetunion besteht Arbeitspflicht für jeden. Dem gegenüber steht die Verpflichtung des Staats, den Nichtbeschäftigten zu erhalten. Die Anwendung dieses Sowjetgesetzes hat in den verschiedenen Entwicklungsphasen der Sowjetunion verschiedene Formen angenommen. In der Periode des Bürgerkrieges – des Kriegskommunismus – stand auch dieses Gesetz nur auf dem Papier. Jeder suchte Arbeit und Brot, wo er sie fand. Millionen, die beides nicht fanden, verhungerten. Es war die Periode des gesellschaftlichen Chaos, aus dem die neue sozialistische Gesellschaft geboren wurde.

In der Periode der neuen ökonomischen Politik – des langsamen Wiederaufbaus der Wirtschaft aus den Trümmern des Krieges und Bürgerkrieges – wurde in den Städten und Industriegebieten die Lebenshaltung der Werktätigen allmählich erträglicher. Aber Millionen Bauern, die zwar Bodenanteile, aber weder Saatgetreide noch Zuchtvieh und Werkzeuge besaßen, schlossen sich entweder in den sogenannten Fresserkolchosen zusammen oder überfluteten als Bettler und Arbeitssuchende die Städte und Industriegebiete. Erst mit dem Aufbau der sozialistischen Industrie, mit dem ersten Fünfjahresplan verschwand die Arbeitslosigkeit. Die Arbeiter, ungelernt wie sie vom Dorfe kamen, wechselten von einer Arbeitsstelle zur anderen. Der jährliche Wechsel der Arbeitsplätze in der gesamten Industrie betrug:

#### Jährliche Austritte in Prozent der Beschäftigten

Jahr	Gesamte Industrie	Steinkohlenindustrie	Baumwollindustrie
1928	92,4	132,0	31,2
1929	115,2	192,0	37,2
1930	152,4	295,2	62,4
1931	136,8	205,2	68,4
1932	135,3	187,9	72,2
1933	122,4	120,7	61,2
1934	96,7	95,4	43,1
1935	86,1	99,1	45,9

Ihren Höhepunkt erreichte die Fluktuation im Jahre 1930. In der Steinkohlenindustrie blieb der Arbeiter in diesem Jahre durchschnittlich nur vier Monate im Unternehmen. 1935 blieb der Durchschnittsarbeiter auf einer Fabrik schon gegen 14 Monate im gleichen Unternehmen. 1938 betrug die Zahl der wiederausscheidenden Arbeiter in der Großindustrie in neun Monaten 56,1 Prozent oder rund 75 Prozent im ganzen Jahr.

Diese Fluktuation ist die Ursache all der Maßnahmen zur Einschränkung der Freizügigkeit. Sie machte eine normale Inganghaltung der neuen sozialistischen Industrie unmöglich. Die Koestler und anderen »Sachverständigen« zitieren nur die Einschränkungen, Strafmaßnahmen, Arbeitslager, sie geben sich keine Mühe, die Ursachen und Umstände zu untersuchen, die dazu führten. Sie »vergessen«, daß der russische neue Industriearbeiter aus den rückständigsten Schichten des Bauerntums geformt werden mußte, und, daß bloße Überredung, materielle Vorteile nicht genügten, um die erforderliche Arbeitsdisziplin zu schaffen. Sie stellen diesen Zwangsmaßnahmen die kapitalistische Freiheit gegenüber; worin sie besteht, haben wir oben kurz angedeutet. Alle anderen

Maßnahmen zur Erziehung des russischen Industriearbeiters, zur Hebung seiner Kultur und Fürsorge, die die Sowjetunion unter schwierigsten Umständen geschaffen hat, unterschlagen diese Herrschaften.

Die Zwangsarbeitslager entstanden in der Sowjetunion aus der Reform des Strafvollzuges, schon in ihren ersten Jahren. Man beschäftigte die Strafgefangenen mit produktiver Arbeit statt mit Tütenkleben und ähnlichen Dingen wie in den kapitalistischen Ländern. Das war eine Erziehungsmaßnahme, die von allen modernen Strafrechtslehrern, auch der kapitalistischen Welt, gefordert wird. Allerdings vergeblich. Zahlreiche bürgerliche Kriminalisten, welche die Sowjetunion besuchten, um sich an Ort und Stelle zu informieren, äußerten sich anerkennend über diese Strafvollzugsreform der Sowjetunion. In der Sowjetunion ist dieser Strafvollzug keine humanitäre Maßregel, die der Wirtschaftsgrundlage widerspricht wie in den kapitalistischen Ländern. In der kapitalistischen Welt stößt ein solcher Strafvollzug, der die Gefangenen durch Einreihung in den normalen Produktionsprozeß lebensfähig macht für den Daseinskampf in der wiedergewonnenen Freiheit, auf die Hindernisse der kapitalistischen Konkurrenz, die die Gefangenenarbeit nur zuläßt, soweit sie Sonderprofite erlaubt. In der Sowjetunion fällt diese Konkurrenz weg, weil man für jede Arbeitskraft – also auch die der Gefangenen – Verwendung zu produktiver Arbeit hat. Die edelmütigen kapitalistischen Gefängnis- und Zuchthausdirektoren entrüsten sich darüber, daß die russischen Strafgefangenen und die in Arbeitslagern Internierten zu so groben Arbeiten, wie Wälder roden, Straßenbau, Sümpfe trocken legen, Kanäle graben, verwandt werden. Nun, in der Sowjetunion ist für Tütenkleben und Tausupfen noch kein Bedürfnis vorhanden. Die hohe Kulturstufe hat die SU noch nicht erreicht. Es sind dringende Aufbauarbeiten, mit denen die Gefangenen beschäftigt werden, von deren Bewältigung das Tempo der Erschließung der riesigen brachliegenden Rohstoffgebiete der Sowjetunion abhängt. Die Erschließung des Riesengebietes der Sowjetunion ist eine harte Pionierarbeit einiger Generationen, wie die Erschließung des Gebietes der Vereinigten Staaten vom Atlantik bis zum Stillen Ozean oder Australiens eine Pionierarbeit von Generationen war. Die Pioniere der Vereinigten Staaten rotteten die einheimische Indianerbevolkerung fast vollständig aus und setzten sich an ihre Stelle. Dasselbe taten die Engländer mit Australien, das sie mit Strafgefangenen und politischen Gefangenen erschlossen und besiedelten.

Zu den Strafgefangenen, die in der Sowjetunion in Zwangsarbeitslagern beschäftigt werden, kommen die administrativ von der Staatspolizei Deportierten. Wir haben uns stets gegen die Terrormaßnahmen der Sowjetbürokratie gewandt, die über das notwendige Maß zur Unterdrückung der Konterrevolution hinausgehen. Wir werden dies auch weiter tun. Hier liegt die Wurzel des Übels, nicht in der Beschäftigung der Gefangenen oder Deportierten in Zwangsarbeitslagern zur Erschließung des Sowjetgebietes. Vergessen wir aber keinen Augenblick, daß der Widerstand gegen den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion Massencharakter hat. Es ist die Folge des Doppelcharakters des Sowjetstaates.

Über die Zahl der Verurteilten und administrativ in Zwangsarbeitslagern Verbannten gehen die Schätzungen weit auseinander. Wir haben keine Möglichkeit, diese Schätzungen nachzuprüfen. Deswegen beteiligen wir uns nicht an diesem Rätselraten.

Was die Berichte der vielen Tausenden von Zeugen anbelangt, die die russischen Zwangsarbeitslager aus eigenem Erleben kennen und schildern, geht eins klar hervor, daß die Behandlung der Insassen so verschieden ist, wie sie in den verschiedenen deutschen, französischen, englischen und amerikanischen Lagern verschieden war und ist. Der Abstand der Lebenshaltung der Lagerinsassen in der Sowjetunion von der übrigen

Bevölkerung ist geringer als die der Internierten in den europäisch-amerikanischen Lagern. Was die Korruption der Lagerleitungen betrifft, über die verschiedene in russischen Arbeitslagern Internierte berichten, so scheinen sie uns der Korruption in den Lagern in Frankreich und Spanien gleichwertig. Ein wesentlicher Unterschied besteht jedoch. In der Sowjetunion wäre die Erschließung der wichtigen Rohstoffgebiete in Sibirien und den subtropischen Südostgebieten ohne Zwangsarbeiter gar nicht möglich. Diese Erschließung kostet Hunderttausende Menschenleben. Eis- und Sandwüsten werden in Kulturland, Einöden in Industriezentren umgewandelt. Auf den Gebeinen der Opfer dieser Erschließungsarbeiten wird der künftige Wohlstand der sozialistischen Gesellschaft aufgebaut. Das ist barbarisch, aber die Barbarei wird mit diesen Opfern überwunden. Es ist die entgegengesetzte Entwicklungsrichtung, wie in der verfallenden kapitalistischen Welt. Der zweite Weltkrieg hat zu den Zwecken der Zerstörung von Kulturland und Industriezentren das vielfache an Menschenleben gekostet. Die edelmütigen Ritter der kapitalistischen Humanität sind drauf und dran, dutzende Millionen von Menschenleben mit Atombomben und Bazillenkrieg zu vernichten, um die Barbarei der russischen Zwangsarbeit zu verhindern.

Aus derselben Notwendigkeit der Erschließung unwirtlicher Gebiete sind die massenhaften Zwangsumsiedlungen aus relativ überbevölkerten Gebieten in unterbevölkerte zu begreifen. 1940/41 wurden 400 000 Wolgadeutsche umgesiedelt. Hunderttausende, Ukrainer, Krimtartaren, Baschkiren, Tschewtschensen usw., zusammen Millionen sind während und kurz nach dem Krieg zwangsweise umgesiedelt worden. Sie leben in den neuen Gebieten nicht in Zwangsarbeitslagern, sondern als Kolchosbauern oder Industriearbeiter. Die Behandlung auch der Zwangsarbeitslager-Insassen ist unterschiedlich. Sind die größten Rodungsarbeiten erledigt, das Land dem Ackerbau erschlossen oder Industriegebiete erstellt, verwandelten sich die Zwangsarbeitslager-Gefangenen in freie Arbeiter und Kolchosbauern. Das Tempo der Umwandlung vom Gefangenen zum freien Arbeiter wird nicht juristisch, sondern von der Qualifikation und Leistungsfähigkeit der Gefangenen und Bereitschaft der sozialistischen Wirtschaft, sie sich einzufügen, bestimmt. Planwirtschaft erfordert auch planmäßige Verwendung des wichtigsten Produktionsmittels, der menschlichen Arbeitskraft. Die zweihundert Millionen Menschen der Sowjetunion reichen nicht aus, um den sechsten Teil der Erde der Kultur zu erschließen, zu besiedeln. Man kann an diese Probleme der Umgestaltung der asiatisch-feudalen Gesellschaft mit wenig industriellen Einsprengseln, des Erbes vom Zarismus, in die sozialistische Gesellschaft nicht mit der Kirchtumperspektive europäischer Philister herantreten. Wer den Hauch der Größe des Umbruchs dieser alten Welt und den Aufgang der neuen nicht verspürt, wird nichts begreifen. Das Weltgeschehen schreitet über die Opfer und die Klageweiber dieses Geschehens hinweg, durch Blut, Feuer und Menschenqual – zu neuen Ufern.

Auf derselben Höhe der Sachkunde wie die Schilderung über die Zwangsarbeitslager stehen die Klagen über die gesetzlichen Maßnahmen der Sowjetunion zur Erschwerung der Ehescheidung. 1924 betrug die Zahl der Ehescheidungen in Moskau ein Drittel aller Eheschließungen. Die Scheidungen wurden in der Sowjetunion zu einer städtischen Krankheit. Sie verhinderten den Prozeß der Verstärkung der Bevölkerung. Sie senkten den natürlichen Bevölkerungszuwachs und bewirkten dadurch, daß die aus dem Dorf Zuwandernden an Gewicht und Bedeutung gewannen. (Eine Tabelle über Ehescheidungen und -schließungen folgt auf der nächsten Seite.)

Die Ehescheidungen betrugen 1929 in Moskau vier Fünftel der Eheschließungen. Ehen auf Wochen, ja Tage rissen ein. Das war die Ursache der Änderung der Scheidungs-

gesetze, d.h., der Verhinderung fiktiver Eheschließungen. Damit hängt zusammen die Gesetzgebung über die Schwangerschaftsunterbrechung. Sie wurde nach Hebung und Sicherung der Existenz der Mütter und Kinder erheblich eingeschränkt. Sie wurde nur noch zugelassen aus physischen Gründen zur Sicherung der Gesundheit für Mutter und Kind. Der Grundsatz, die Frage über Leben und Tod des keimenden Lebens den gesellschaftlich nicht begründeten Privatlaunen des Individuums zur Entscheidung zu überlassen, ist kein sozialistischer Grundsatz, sondern anarchistisch. Er ist keine Sicherung der Freiheit des Individuums in der sozialistischen Gesellschaft, in der Mutter und Kind von jeder Existenzsorge wirklich befreit wird. Die individuelle Entscheidung über Leben und Tod des keimenden Lebens ist eine Notwendigkeit in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Die Anwendung und Übertragung dieses kapitalistischen Denkens auf die SU ist die Folge jener Beschränktheit der Menschen, die sich nicht einmal in Gedanken über die heutige kapitalistische Gesellschaftsordnung erheben können.

**Moskau** (auf 1000 Personen) **Leningrad**

Jahr	Eheschließungen	Scheidungen	Eheschließungen	Scheidungen
1924	14,9	4,5	12,4	3,2
1925	13,6	5,6	13,2	3,1
1926	12,7	6,0	13,6	3,6
1927	12,6	9,3	15,0	9,8
1928	12,7	9,6	16,5	—
1929	12,9	10,1	16,2	—



*Muskelkraft verlangte der Materialtransport noch um 1930 beim Bau von Fabriken, Verkehrswegen, Kraftwerken oder dem Abbau von Bodenschätzen.*

# Bürokratie und Bürokratismus

Wir haben gesehen, unter welchen Umständen die Arbeiterklasse der SU nach Eroberung der politischen Macht an den Aufbau der zusammengebrochenen Wirtschaft gehen mußte. Es fehlten die Voraussetzungen zum Aufbau der Wirtschaft auf der Grundlage demokratischer Selbstverwaltung der Arbeiterklasse. Das hatte zwangsläufig die Entstehung einer Staats- und Wirtschaftsbürokratie zur Folge, d. h., der Arbeitsteilung zwischen Leitenden und Geleiteten – eine Arbeitsteilung, nicht unähnlich der in entwickelten kapitalistischen Ländern. Den wesentlichen Unterschied bilden die verstaatlichten Produktionsmittel und die Diktatur des Proletariats im Bunde mit der Bauernklasse. Der Sozialdemokratie, die in kleinbürgerlichem Denken befangen ist, fehlt das Verständnis der proletarischen Revolution, ihrer allgemeinen Entwicklungsgesetze und erst recht der besonderen Entwicklungsformen in der SU. Auch viele Kommunisten sträuben sich, die Tatsachen zu sehen, wie sie sind. Sie schließen einfach die Augen, weil ihr Kommunismus in der Hauptsache gefühlsmäßig ist, und die kommunistischen Grundsätze, die die Sowjetbürokratie seit Jahr und Tag nicht verwirklicht hat und preisgibt, verstehen sie nicht. Es ist ihnen unverständlich, daß die SU trotz Preisgabe kommunistischer Grundsätze durch die Sowjetbürokratie innenpolitisch weiter auf der durch die Oktoberrevolution geschaffenen Grundlage sich vorwärtsentwickelt, erstarkt und als Sieger und Weltmacht hervorgegangen ist. Sie sehen die riesengroße Gefahr eines neuen, noch grauenhafteren Vernichtungsfeldzuges gegen die SU. Sie wollten Hitlers Raubkrieg verhindern und konnten es nicht. Sie sehen mächtige Fortschritte im friedlichen Aufbau der zerstörten Sowjetwirtschaft und sehen in der Preisgabe wichtiger Grundsätze wie in der Volksfrontpolitik und Blockpolitik, nur den Willen zur Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, um den Frieden zu erhalten. In ihrer Rat- und Hilflosigkeit finden sie keinen anderen Ausweg als: Recht oder Unrecht – mein Vaterland. Diese Devise genügte jahrhundertlang, um die Herrschaft des britischen Weltmonopols und Imperialismus zu stützen. Sie genügt nicht zur Verteidigung der Sowjetunion. Dieser Widerspruch löst sich im Grunde einfach. Die Bürokratie der SU hat nicht alle, aber wesentliche Grundsätze preisgegeben.

Die sozialdemokratische Auffassung, die in Arbeiterkreisen Anhang findet, läuft auf folgendes hinaus: Die Ereignisse in der SU zeigten anschaulich die Entartung und den Bankrott der Diktatur des Proletariats. Das verkündeten Sozialdemokraten während der großen Krise des bürokratischen Regimes der dreißiger Jahre, deren Höhepunkt die Prozesse und die Vernichtung der alten bolschewistischen Garde war. Sie erklärten



damals und wiederholen es heute, dieser Bankrott sei weder zufällig noch sei er eine russische Besonderheit. Nur ihre Erscheinungsform sei russisch. Er liege im Wesen der proletarischen Diktatur und des Rätestaates selbst. Er ende eben im Totalitarismus. Dabei gäbe es für Sozialdemokraten Gelegenheit genug, die Entstehung des Totalitarismus aus dem Bankrott der Demokratie zu studieren. Aber für die Sozialdemokraten ist der Reformismus der einzige richtige Weg zum Sozialismus. Schlußfolgerung: Rückkehr zur bürgerlichen Demokratie, die sie Hitler kampflos preisgaben, jetzt in Westdeutschland wieder aufrichten möchten, mangels Unterstützung durch die Werktätigen und Gegnerschaft der Bourgeoisie aber nicht aufrichten können. Deshalb sind sie gezwungen, sich auf die Propaganda dieser demokratischen frommen Wünsche zu beschränken, um die Arbeiterschaft damit zu verwirren.



*Baustelle eines Schwefelsäurewerks etwa 1930.*

# Notwendigkeit und Wesen der proletarischen Diktatur

Jede proletarische Revolution bedarf der proletarischen Diktatur in der Form des Rätestaates und des revolutionären Terrors, um den Klassenfeind zu schlagen, und noch eine gute Strecke beim Aufbau des Sozialismus. Warum? Weil dieser Klassenfeind nur durch die aufs straffste zusammengefaßte, einheitlich geleitete, ständig schlagfertige, sich keinerlei Grenzen auferlegende, zum äußersten bereite und die schärfsten Mittel anwendende Gewalt zu schlagen ist. Diese Merkmale machen eben die proletarische Diktatur aus, wenn diese Gewalt von der Arbeiterklasse gegen die Klasse der Kapitalisten und Großgrundbesitzer angewendet wird. Diese konzentrierte und unbegrenzte, diktatorische Gewalt ist der Arbeiterklasse aufgezwungen durch den Klassengegner, der selbst vor keiner Form der Gewalt und des Terrors zurückschreckt, um seine bedrohte Klassenherrschaft zu verteidigen oder sie nach ihrem Sturz wiederherzustellen. Diese Notwendigkeit wird bestätigt durch die gesamte Erfahrung der Arbeiterklasse: Die Junischlacht von 1848, die Pariser Kommune 1871, die russischen Erfahrungen dreier Revolutionen, die deutsche Erfahrung 1918/19 und nicht zuletzt die Erfahrung des Faschismus, des spanischen Bürgerkrieges, Griechenlands und Koreas.

Die Gründe für die Notwendigkeit und Unentbehrlichkeit der proletarischen Diktatur sind durch die Erfahrungen nach dem Sieg der proletarischen Revolution, nach Beendigung des Bürgerkrieges und der Intervention in Rußland nicht abgeschwächt, sie sind durch den Faschismus und die Erfahrungen der letzten fünf Jahre nach Beendigung des zweiten Weltkrieges hundertfach verstärkt worden.

Die proletarische Diktatur ist auch notwendig für den Aufbau des Sozialismus, **solange** die alten Ausbeuterklassen als Klassen noch nicht aufgehoben sind. Dazu gehört nicht nur, daß ihnen die wirtschaftliche und gesellschaftliche Grundlage entzogen ist, daß alle Ausbeutungsverhältnisse verschwunden sind, sondern auch, daß die **traditionellen kapitalistischen Auffassungen, Lebensgewohnheiten usw. nahezu ausgestorben sind**. Praktisch wird dies zusammenfallen mit dem Aussterben der alten kapitalistischen Generation und dem Aufkommen und Vorwiegen der neuen Generation, die bereits in der proletarischen Diktatur und dem Sozialismus aufgewachsen, erzogen und geformt ist. Die proletarische Diktatur ist aber auch für die Arbeiterklasse selbst im Stadium des »Sozialismus« noch notwendig, **solange in der Arbeiterklasse selbst die aus dem Kapitalismus überkommenen Anschauungsweisen und Lebensgewohnheiten noch vorherrschen**. Solange nicht die neue, sozialistische, kollektivistische Denk- und Handlungsweise den werktätigen Massen in Fleisch und Blut übergegangen und ausschlag-

gebend geworden ist. Also auch **gegenüber der Arbeiterklasse selbst** und den anderen werktätigen Klassen ist bis zu diesem Zeitpunkt nicht ohne Gewalt, nicht ohne Zwangsmittel, nicht ohne proletarische Diktatur auszukommen. Natürlich ist die proletarische Diktatur gegenüber der Arbeiterklasse nicht **nur** Gewalt und nicht **vorwiegend** Gewalt, aber sie ist **auch** Gewalt, wenn auch Gewalt anderer Art, in anderen Formen. Besonders klar ist das im Bürgerkrieg und im revolutionären Krieg. Aber auch beim Aufbau des Sozialismus, wo besonders schwierige Lagen zu überwinden sind. Ferner gegenüber den Schwankungen der kleinbürgerlichen Klassen in Richtung der Konterrevolution (solche Schwankungen sind unausbleiblich), wo sie das Schicksal der proletarischen Revolution bedrohen. Auch das muß man klar aussprechen und sehen. Diese Notwendigkeit ist ein allgemeines Gesetz der proletarischen Revolution, für alle Länder, für alle Bedingungen gültig, unter denen die proletarische Revolution stattfindet. Es sei denn, man fasse den Grenzfall ins Auge, wo der Sozialismus im Weltumfange ein so entschiedenes, unbestreitbares, offenkundiges Übergewicht erlangt hat, daß in den kapitalistischen Restgebieten jeder Widerstand als hoffnungslos erscheint. Das sind **mögliche** Grenzfälle ohne erhebliche aktuelle Bedeutung. Aber **ebenso** allgemein für alle Länder **mehr oder minder** zutreffend, ist die Gefahr der bürokratischen Selbstherrlichkeit und Entartung, des Mißbrauchs der Gewalt der proletarischen Diktatur. In der durch die historischen Bedingungen, unter denen die Arbeiterklasse im Kapitalismus existiert und die proletarische Revolution durchführt, gegebenen Tatsache, daß zunächst nur eine **Minderheit** der Klasse die zur Vorbereitung und Durchführung der proletarischen Revolution notwendige Klarheit des revolutionären Klassenbewußtseins, den notwendigen Grad der revolutionären Entschlossenheit, Festigkeit, Ausdauer und theoretische Weitsicht besitzt, ergibt sich die Notwendigkeit, daß die Klasse als Ganzes von ihrer revolutionären Vorhut (kommunistischen Partei) geführt werden muß. Dieses **mehr oder minder** ist abhängig von der Gesamtheit und der Besonderheit der geschichtlichen Bedingungen, unter denen die proletarische Diktatur in den einzelnen Ländern ins Leben tritt und sich entwickelt.

Die wichtigsten Gesichtspunkte sind: 1. Die Organisiertheit der Arbeiterklasse, ihr Umfang, ihr Inhalt, ihre Dauer (politische Parteien, Gewerkschaften, Genossenschaften, kulturelle Organisationen der Arbeiterklasse). Es kommt hier vor allem in Betracht, **inwieweit die proletarische Organisiertheit die Methode der proletarischen Demokratie im Schoße dieser Organisationen entwickelt, zur Gewohnheit und zum Lebensbedürfnis gemacht hat.** 2. Der Stand der kulturellen Entwicklung der Arbeiterklasse. 3. Umfang und Höhe der Entwicklung des Klassenbewußtseins, relative Stärke der revolutionären Parteien im Verhältnis zur Klasse. 4. Die Klassenstruktur des Landes im ganzen, vor allem das zahlenmäßige Verhältnis der Arbeiterklasse zur Bourgeoisie und zu den kleinbürgerlichen Klassen. 5. Die erreichte Stufe der kapitalistischen Entwicklung des Landes. 6. Umfang, Art, Stärke und Dauer der demokratischen Regierungsformen und Lebensgewohnheiten im betreffenden Land überhaupt und Ausmaß und Art ihres Einflusses auf die Arbeiterklasse und die anderen werktätigen Klassen des Landes. 7. Die internationale Lage, in der in einem Lande die proletarische Revolution sich durchsetzt, die Widerstände, auf die sie in der kapitalistischen Umgebung stößt, ihre Stelle in der Aufeinanderfolge der proletarischen Revolutionen.

Alle diese Bedingungen und eine Reihe anderer, die vollständig aufzuzählen nicht möglich ist und **in jedem Lande konkret zu analysieren sind**, spielen eine Hauptrolle für die Bestimmung der konkreten Gestalt der proletarischen Revolution und des Staates der proletarischen Diktatur im einzelnen Lande, insbesondere auch für das Ausmaß und die Intensität der Gefahr ihrer bürokratischen Entartung und für die Formen dieser Entartung.

# Die russischen Besonderheiten

1. Der Feudalismus war besonderer Art, vorwiegend in der Form des orientalischen Despotismus, ohne breite demokratische Entwicklung bei der herrschenden Klassen.  
2. Keine ausgedehnte entfaltete Periode bürgerlicher Demokratie. Die Kerenski-Periode, die man während eines Teils ihrer Dauer als bürgerliche Demokratie bezeichnen kann, ist nur ein kurzes Durchgangsstadium, nur eine Episode. Von der jahrhundertalten, fest eingewurzelten asiatischen Despotie geht das Land in einem Sprung zur proletarischen Diktatur über. Die bürgerliche Revolution ist nur ein kurzes Vorspiel der proletarischen Revolution, nur ein verschwindendes Übergangsstadium zwischen zaristischer und proletarischer Diktatur. Nicht nur die unterdrückten Klassen Rußlands, auch die bürgerlichen Klassen haben bürgerlich-demokratische Staatsformen und Lebensformen fast nicht gekannt.

3. Keine breiten proletarischen Klassenorganisationen im Lande unter dem Zarismus, weder breite politische Parteien noch Gewerkschaften, Genossenschaften oder kulturelle Organisationen. Man kann natürlich in dem Sinne von Massenparteien im zaristischen Rußland sprechen, daß Bolschewiki, Menschewiki, Sozial-Revolutionäre, die unter den gegebenen Bedingungen allein **möglichen** politischen Organisationen waren, die die Interessen der breiten Massen der Arbeiterklasse und Bauern vertraten. Was aber fehlt, nicht durch irgendwelche »Fehler«, sondern infolge der geschichtlichen Umstände, sind breite proletarische Klassenorganisationen, die einer umfassenden Schicht der Arbeiterklasse **ein Feld der Selbstbetätigung und Selbstverwaltung geben**, die die Entwicklung und das Festwurzeln der Gewohnheiten der Arbeiterdemokratie in den Massen gestatten. Die Führung dieser Organisationen ist vorwiegend in den Händen von Intellektuellen (Berufsrevolutionären). Sie ist mehr oder weniger straff zentralisiert, am straffsten bei den Bolschewiki. Aber diese Zentralisation ist **demokratisch, die Mitglieder bestimmen und kontrollieren die Führung und ihre Politik** (demokratischer Zentralismus). Die Form dieser Organisation ist weitgehend durch die des Klassengegners bestimmt. Es herrscht aber in ihnen **ein reges geistiges Leben, Diskussionen, Polemik, selbständige Bewältigung der revolutionären Aufgaben des Landes in ihrer ganzen Fülle.**

Das macht **inhaltlich** ihren demokratischen Charakter aus. Die bolschewistische Partei ist gekennzeichnet durch einen Kreis von revolutionären Intellektuellen, von höherem marxistischen Niveau als irgendwo im Westen. Im Westen wurde und wird der Marxismus als ein Mittel der parlamentarisch-gewerkschaftlichen Routine verflacht,

beschränkt und verfälscht. In Rußland war der Marxismus eine lebendige revolutionäre Waffe, daher von weiterem Horizont und größerer schöpferischer Kraft und Tiefe. Das geistige Leben dieser revolutionären Vielseitigkeit im zaristischen Rußland ist von erstaunlichem Reichtum. Dazu kommt eine hochstehende revolutionäre Moral. Verbindungsglied zu den breiten Massen ist ein Stab **mittlerer proletarischer Funktionäre, die das organisatorische Rückgrat der bolschewistischen Partei bilden.** – Sie sind meistens qualifizierte Arbeiter aus den größten und modernsten industriellen Betrieben.

4. Allgemeine kulturelle Rückständigkeit des Landes und der Mehrzahl der Arbeiterklasse verbunden mit **außerordentlicher Höhe des revolutionären Instinktes**, der breiten Massen, des proletarischen Klassenbewußtseins und der revolutionären Tatkraft bei der Vorhut. Zahlenmäßige Schwäche der Arbeiterklasse. Sie ist eine kleine Insel im Meer des Bauerntums.

5. Die Masse der Bauern ist kulturell tief unter dem Niveau des mittel- und westeuropäischen Bauern. Aber sie ist im Gegensatz zu ihm nicht »gesättigt«, sondern erfüllt von revolutionärem Drang nach dem Lande, **analphabetisch, technisch rückständig, aber revolutionär.**

6. Die zaristische Bürokratie ist kulturell rückständig, finster, unfähig, korrupt, von einem barbarischen Despotismus gegen die Massen, kriecherisch nach oben, von prahlerischem Chauvinismus, der die rückständigen Seiten des nationalen Lebens und des nationalen Charakters verherrlicht und züchtet.

7. Rußland macht als erstes Land die proletarische Revolution. Das bedingt die ungeheure Schwere und die Opfer im Bürgerkrieg.

Es muß sich eine moderne Großindustrie erst schaffen, allein auf seine eigenen Kräfte angewiesen, daher ebenfalls unter unerhörten Opfern und Schwierigkeiten. Beides erfordert die Leitung des Landes durch eine starke Faust, straffe Zentralisation, außergewöhnliche Rolle und Dauer der Anwendung der Methoden der Gewalt.

**Der Rätestaat** schafft grundsätzlich die **Möglichkeit** für eine breite proletarische Demokratie, für die unmittelbare Teilnahme der breiten Masse der Arbeiterklasse und Bauern an den staatlichen Funktionen. Er schafft den **Rahmen**, in dem sich die proletarische Demokratie **unbegrenzt** ausdehnen kann. Aber die **Möglichkeit ist noch nicht die Wirklichkeit**. Das Maß, in dem sich die proletarische Demokratie verwirklicht, hängt jeweils ab von den dafür gegebenen realen Voraussetzungen. Wenn der Rätestaat von vornherein prinzipiell jeder Form der bürgerlichen Demokratie in Bezug auf die Möglichkeit der demokratischen Betätigung der Massen unendlich überlegen ist, so konnte **unter den gegebenen Bedingungen** ihre Verwirklichung nur mangelhaft und begrenzt sein. Der ergänzende Gegenpol der tatsächlichen Begrenztheit der Verwirklichung der proletarischen Demokratie ist – **der Bürokratismus.**

Daher bezeichnete Lenin den Sowjetstaat wahrheitsgemäß als einen Arbeiterstaat mit bürokratischen Auswüchsen.

Trotzki stellt es so dar, daß der Sowjetstaat unter Lenin mit einer voll entfalteten Sowjetdemokratie begonnen hätte, während unter Stalin die Sowjetdemokratie erdrosselt und an ihre Stelle die vollständige Bürokratisierung des Rätestaates getreten sei. Das stimmt nicht mit den geschichtlichen Tatsachen überein. Wir haben auf Seite 16/17 einige Auszüge von Lenin gegeben, die das Gegenteil beweisen. Es heißt die geschichtliche Entwicklung vom guten oder schlechten persönlichen Willen der Leitenden abhängig machen, wobei natürlich die gute Seite von Lenin-Trotzki, die schlechte Seite, das Prinzip des Bösen, der Bürokratismus, von Stalin vertreten wird. Natürlich hing und hängt die Entwicklung in der einen oder anderen Richtung **auch mit persönlichen Qualitäten**

**der Führung** zusammen; aber das Verhältnis ist umgekehrt, wie Trotzki es darstellt. **Das entscheidende sind objektive Faktoren.** Sie bestimmen ihrerseits die Auswahl und Formung der Persönlichkeiten der Führung. An zweiter Stelle tritt dann eine Rückwirkung des persönlichen Faktors auf die objektiven Faktoren ein, und an gewissen Knotenpunkten tritt der **Widerspruch** ein zwischen den objektiven Bedürfnissen der geschichtlichen Entwicklung und den Persönlichkeiten, die ihnen entgegenstehen und sich gegen sie stemmen, gestützt auf eine ungeheure persönliche Machtfülle. Die breite Entfaltung und das schließliche Überwuchern des Bürokratismus wurden unter der stalinschen Führung vor allem durch folgende objektive Faktoren bestimmt:

1. Die ungeheuren Opfer, die der sozialistische Aufbau in seinem ersten Stadium von den Massen verlangte. Die dazu notwendige sozialistische Akkumulation konnte nur durch zeitweilige Herabsetzung der Lebenshaltung, vor allem der Arbeiterklasse, aber auch der bäuerlichen Massen, aufgebracht werden. **Es gab keine andere Quelle dafür.** Die Schaffung der sozialistischen Produktionsmittelindustrie mußte dem Wesen der Sache nach **vorangehen**, die Entwicklung der Konsummittelindustrie zunächst **dahinter zurückbleiben**. Die Schwierigkeiten, Entbehrungen und Opfer konzentrierten sich auf das Ende des ersten Fünfjahresplanes. Seine Durchführung war »*ein Ritt über den Bodensee.*«

2. Die Industrialisierung war durchzuführen mit rückständigen Arbeitern und Bauern, die die für die moderne Großindustrie notwendigen elementaren technischen und allgemeinen Kenntnisse, Fertigkeiten und Arbeitsdisziplin sich erst aneignen mußten.

3. War dieser Prozeß durchzuführen mit einer Bürokratie, die zwar ein hohes Maß revolutionärer Bewußtheit, Schulung und Tatkraft besaß, die sie vor allem in der Schule des Bürgerkrieges entwickelt hatte, die aber in Bezug auf technische und wirtschaftliche Kenntnisse fast ein unbeschriebenes Blatt war, die alles dies sich erst mühsam aneignen mußte.

Die Partei und ihre Führung kann diesen objektiven Tendenzen **nachgeben**, oder sie kann ihnen entgegenwirken. Unter der Führung Lenins wirkte sie ihnen **entgegen**, unter der Stalins gab sie ihnen **nach**.

Die Methode der starken Faust war eine geraume Zeit progressiv, Hebel des Fortschritts, schlug aber allmählich ins Gegenteil um, in ein geschichtliches Hemmnis. Die Massen schritten fort – technisch, kulturell, politisch – und zwar nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Bauern. Millionen Arbeiter eigneten sich die Methoden des modernen Großbetriebes an, mit den dazu notwendigen technischen, organisatorischen und allgemeinen Kenntnissen und Fähigkeiten. Hunderttausende junger Leute gingen jährlich durch die Mittel- und Hochschulen und eigneten sich auch die Elemente des Marxismus-Leninismus und des allgemeinen Wissens an. Auf dem Lande verschwand der rückständige Einzelbauer, der Bauer vertauschte den primitiven Pflug mit dem Traktor und anderen modernen landwirtschaftlichen Maschinen. Der Bauer schritt in der Kollektivwirtschaft die unterste Stufe des Sozialismus. Er lernte und lernt im lokalen Maßstab Selbstverwaltung auf sozialistischer Grundlage ausüben. Sein politischer und allgemeiner Gesichtskreis erweiterte sich rasch. Schließlich bildete auch die Rote Armee nicht nur eine spezifisch militärische, sondern auch politische und kulturelle Schule für die Massen der jungen Leute.

Der Abstand zwischen der leitenden Bürokratie und den Massen verringert sich schrittweise. Die Massen schreiten in breiten Kolonnen vorwärts, die Bürokratie bleibt stehen oder rückentwickelt sich. Aber diese Bürokratie vereinigt eine Fülle der Macht in ihren Händen, wie sie in keinem bürgerlichen Staat vorhanden ist, wie sie auch im zaristischen

Staat nicht vorhanden war, denn sie besitzt nicht nur die Hebel der politischen und militärischen Gewalt, sondern auch die der Wirtschaft. Diese Machtfülle steigt von unten nach oben, bis sie im Generalsekretariat der Partei, in Stalin, eine Spitze erreicht, die in keinem bürgerlichen Staate der Gegenwart wie der Vergangenheit ein Vorbild hat. Die Persönlichkeit Stalins kam dieser Entwicklung entgegen und trieb sie auf die Spitze. Die Charaktermerkmale Stalins, die dazu beitrugen, sind: außerordentliche Willenskraft, Ausdauer, Faust, große organisatorische Fähigkeit, aber verbunden mit Vorliebe für orientalische Ergebniseckundgebungen und Lobpreisungen. Eine starke Dosis persönlicher Rachsucht, große Verschlagenheit, klarer, aber primitiver, die Dinge übermäßig vereinfachender Verstand, beschränkte Kenntnisse. Kein umfassendes, schöpferisches Genie wie Lenin, der auf der höchsten Höhe des europäischen Wissens stand, der theoretische und praktische Fähigkeiten ersten Ranges in sich vereinigte. Stalin ist nur ein Talent, und zwar ein einseitig praktisches Talent. Gerade diese Eigenschaften befähigten ihn, die Schwierigkeiten des ersten Fünfjahresplanes zu überwinden. Großer Mut, außerordentliche Hartnäckigkeit, rücksichtslose Energie, schlagen aus positiven in negative Formen um, wirken zerstörend, wenn sie sich zur Verteidigung und Erweiterung der persönlichen Machtfülle Stalins dem Drang der Massen nach Abstreifung des bürokratischen Regimes entgegenstellen. Die bürgerliche und reformistische Auffassung versteht nicht, daß auch auf der einmal gewonnenen Grundlage des Rätestaates, die Entwicklung seiner Formen, seiner Methoden und seines Inhalts nicht aufhört, und daß auch diese geschichtliche Entwicklung sich dialektisch, **in Gegensätzen**, vollzieht. Aber die Form der Entwicklung ist nicht mehr die der Revolution, sondern die der Evolution, die der **Reform**. **Es handelt sich um die Entwicklung der Herrschaft der Arbeiterklasse, des Rätestaates.**

In der Klassengesellschaft sind die Knotenpunkte der Entwicklung die Revolutionen, die von einer Form der Klassengesellschaft zur anderen überleiten. Sie sind charakterisiert: 1. durch die Gewaltsamkeit, 2. durch die Ablösung der bisher herrschenden Klasse von der Macht durch eine andere bisher unterdrückte Klasse.

Auch im Rätestaat vollzieht sich die Entwicklung nicht nur **allmählich**, sondern ballt sich von Zeit zu Zeit in Knotenpunkten zusammen, in »Krisen«. Die Lösung solcher Krisen kann unter bestimmten Umständen die Anwendung gewaltsamer Mittel erfordern. Das hebt aber ihren Charakter als Reform nicht auf. Denn wenn jede Revolution und Konterrevolution Gewalt ist, so ist nicht alle Gewalt Revolution. Zur Revolution gehört die Ablösung der Herrschaft einer Klasse durch die andere. Nachdem einmal die Herrschaft der Arbeiterklasse durch die proletarische Revolution erobert und durch den Aufbau des Sozialismus fundiert ist, können die **im** Rätestaat im Laufe einer längeren Entwicklung aufgetauten Widersprüche eine gewaltsame Lösung erfordern, die aber im Rahmen einer Reform bleibt, weil die herrschenden Klassen bleiben und sich nur die Formen ihrer Herrschaft ändern.

Das Verständnis dafür, daß auf der Grundlage der proletarischen Revolution die weitere geschichtliche Entwicklung sich in völlig anderen Formen vollzieht als in allen vorhergehenden gesellschaftlichen Formen seit Aufkommen des Privateigentums und der Klassen, ist entscheidend für das Begreifen des Charakters der gegenwärtigen Krise in der Sowjetunion. Daher das Irreführende aller Versuche, darunter auch der trotzkistischen, auf die Entwicklung der Sowjetunion die Maßstäbe, Kategorien, Begriffe anzuwenden, die aus bürgerlichen Revolutionen genommen sind. Es handelt sich dabei um einen **grundsätzlich** verfehlten Weg zum Begreifen; nicht nur darum, daß im einzelnen falsche historische Parallelen gewählt sind, was natürlich auch da möglich ist, wo die Methode der historischen Parallele an sich anwendbar ist.

# Wechselwirkung zwischen Außen- und Innenpolitik

Die heutige KPdSU ist hauptsächlich eine Schöpfung der Revolution, gewachsen im nachrevolutionären Klassenkampf, einem Kampf, der mit Hilfe der Staatsmacht geleitet wird. Deswegen tritt sie an die Probleme des internationalen Klassenkampfes unvermeidlich von dem Gesichtspunkt der russischen Erfahrung und Praxis heran, obwohl keine von diesen Bedingungen derer anderer Länder entspricht, mit Ausnahme der Grundprinzipien. So konnten und können die Stalinbürokraten der Kommunistischen Internationale und deren Nachfolger, der Kominform, fehlerhafte Ansichten aufdrängen, auch in Fragen, zu deren Beurteilung ihnen Erfahrung und Kompetenz fehlten und fehlen. Der internationale Charakter der SU ist **nie** von der tatsächlichen Verwaltung durch die revolutionäre Weltpartei bestimmt worden, welche die Kommunistische Internationale sein wollte, sondern von der sozialen Basis der Sowjetunion, ihrer Praxis und durch die Tatsache, daß sie die erste siegreiche Schlacht der Arbeiterklasse verkörpert, die den Beginn des sozialistischen Aufbaus geschaffen hat.

Tendenzen, die sich ausweiteten und auf die schiefe Ebene der Preisgabe kommunistischer Grundsätze führten, bildeten sich im Keim schon bei der Gründung der Kommunistischen Internationale. Die Oktoberrevolution stellte die Gründung der KI auf die Tagesordnung. Rosa Luxemburg und Leo Jogiches hatten mit ihrem Einwand recht, daß im März 1919 die Vorbedingungen zur Schaffung der dritten Internationale noch nicht geschaffen waren. Die bolschewistische Partei war die einzige im Feuer zweier Revolutionen gereifte kommunistische Partei. Die Kommunistische Partei Deutschlands war die einzige, die sich selbständig aus den Linksradikalen der deutschen Sozialdemokratie seit 1908 über den Spartakusbund während des Weltkrieges und durch den Eintritt hunderttausend neuer revolutionär gestimmter Arbeiter entwickelte und nach dem Zusammenbruch des Ersten Weltkrieges an die Aufgabe heranging. In Bulgarien bestand in der Gruppe der »Engen« eine Partei, die sich ähnlich wie die Bolschewiki entwickelt hatte. In anderen Ländern waren einzelne, die ohne nennenswerten Einfluß auf die Arbeiterbewegung ihres Landes geblieben waren, Kommunisten geworden. Durch die Ausstrahlung der Oktoberrevolution gefühlsmäßig Kommunisten gewordene Werktätige, die bereit waren, kommunistische Parteien zu bilden und sich der Kommunistischen Internationale anzuschließen, galten gemäß dem Statut der KI als Gleiche unter Gleichen. Aber nicht ein Statut schafft Gleichheit, sondern nur wirkliche, gleiche Qualifikation und Kraft – und die war nicht vorhanden. Das gab der KPdSU von vornherein das Übergewicht bei allen Entscheidungen. Lenin und Trotzki, Radek und



Bucharin, die aus der Emigration praktische Kenntnis der westlichen Arbeiterbewegung mitbrachten und fähige Marxisten waren, führten und herrschten in der Kommunistischen Internationale von Anfang an unbeschränkt.

Die allgemeine Analyse der Weltlage nach dem Ersten Weltkrieg, die Formulierung der allgemeinen Aufgaben der KI, besonders die Arbeiten von Lenin, sind Höhepunkte marxistischer Denkarbeit, gleichwertig den Arbeiten von Marx und Engels. Aber schon die taktischen Aufgaben, die die KI ausarbeitete, so richtig sie in ihrer Allgemeinheit waren und heute noch sind, standen unter einer kurzen Perspektive, nämlich der Auffassung der unmittelbar akut-revolutionären Krisen in den westeuropäischen Ländern. Bei Lenin finden wir, daß er stets mit der Möglichkeit einer Verzögerung des Sieges der proletarischen Revolution in Westeuropa rechnet, bei Trotzki schon weniger, bei Sinowjew, dem Vorsitzenden der KI, dessen Einfluß auf Organisation und Schulung der der KI angeschlossenen entstehenden kommunistischen Parteien am stärksten war, besteht keine Spur einer solchen Vorsicht, sondern eine an Revolutionsbesoffenheit grenzende Leichtfertigkeit des bloßen Propagandisten. Er witterte hinter jedem Klassenkonflikt in Deutschland, Italien, Frankreich, Tschechoslowakei, auf dem Balkan oder in den Randländern der SU fortwährend die siegreiche Revolution. Er schuf sich bürokratisch Agenten in allen kommunistischen Parteien, die ihm über die Vorgänge in diesen Parteien berichteten, ohne daß die Parteien und Leitungen von dieser sonderbaren Kontrolle etwas wußten. Als ich solche Berichte aus Deutschland fand und Krach schlug, griff Lenin ein und erklärte das für unzulässig. Geändert wurde dadurch nichts. Eine andere Episode, die charakteristisch für die Arbeitsmethoden der Kommunistischen Internationale war: Auf einer Tagung der Roten Gewerkschaftsinternationale, wo wir heftig die verfehlte Spaltungspolitik Losowskis angriffen, die er auf seiner Reise nach Frankreich und in die Tschechoslowakei angerichtet hatte, beschloß das Politbüro der KPdSU, Losowski durch Rudsutak zu ersetzen. Rudsutak, der Vertrauensmann des Politbüros der KPdSU, verstand nur russisch, war nie im Ausland gewesen, während Losowski immerhin eine siebenjährige Erfahrung der französischen Gewerkschaftsbewegung besaß. Wir lehnten deshalb diesen Vorschlag ab. Es gelang Walcher und mir, die Zustimmung aller nichtrussischen Vertreter in dieser Sitzung der erweiterten Exekutive der Roten Gewerkschaftsinternationale zu gewinnen. Das war für uns eine Selbstverständlichkeit. Aber wir waren Grünhörner. Wir begriffen nicht das Entsetzen der russischen Delegation, die sich mit aller Kraft für die Annahme des Vorschlags des Politbüros der KPdSU einsetzten. Sinowjew tobte. Wir wußten nicht, daß es ein an Hochverrat grenzendes Verbrechen ist, Beschlüsse des Politbüros abzulehnen. Eine halb-stündige Unterredung mit Lenin genügte, um diesen Konflikt aus der Welt zu schaffen. Lachend erklärte er, natürlich muß sich das Politbüro der KPdSU dem Beschluß der internationalen Körperschaft fügen.

Auch die Karthothek aller Mitglieder mit ihren Biographien, die Stalin später zu einem Zettelkasten ausgeweitet hat, dem nur noch die Fingerabdrücke der internationalen Polizei fehlen, wurde in der Kommunistischen Internationale angelegt. Der Platz reicht nicht aus, um noch mehr Tatsachen anzuführen. Aber der Zickzackkurs der Kommunistischen Internationale und der Roten Gewerkschaftsinternationale liefern Beweise genug. Dilettantisch wurde nach jeder von Sinowjew vorausgesagten Revolution geschlußfolgert, daß die Direktiven richtig waren, nur die Anwendung durch die Parteien war falsch und deswegen war der prophezeite Sieg ausgeblieben und verpaßt worden. Statt die einzelnen kommunistischen Parteien zu erziehen, daß sie die besonderen Umstände des eigenen Landes genauer erforschten und zum Ausgangspunkt einer verbesserten

Praxis machten, um die allgemeinen Richtlinien der KI durchzusetzen, bürokratische Schulmeisterei von oben. Die Einwirkung auf die jungen kommunistischen Parteien mit allgemeiner Propaganda, Diffamierung jeder abweichenden Äußerung durch die Kommunistische Internationale, bildeten von vornherein ein schweres bürokratisches Hindernis für die Entwicklung. Es gab keine geduldige gründliche Diskussion der Streitfragen mit und in den Parteien der einzelnen Länder, sondern nur Orakelsprüche von oben. Geschäftiger Bürokratismus statt kommunistischer Führung. In den Beratungen der erweiterten Exekutive trat der Zustand ein, daß die Parteien, welche nicht gerade im Kreuzfeuer der bürokratischen Bearbeitung standen, ganz einfach den vorgelegten Beschlüssen zustimmten. Die meisten Delegierten hatten gar nicht die Möglichkeit, die komplizierten Fragen der verschiedenen Länder zu studieren. Dem wurde auch bürokratisch abgeholfen. Man überließ die Ausarbeitung dieser Aufgaben den Länderreferenten der Kommunistischen Internationale, die »wußten alles«, formulierten »sachkundig« nach den Anweisungen Sinowjews die Thesen und Anträge. Das kleine Büro, die in Moskau anwesenden Mitglieder des EKKI, bestätigte sie, und auf Widerstrebende wurde solange eingewirkt, bis sich die Zweifelnden fügten. Sie fügten sich der Mehrheit oder verließen die Kommunistische Internationale oder wurden ausgeschlossen, wenn sie sich nicht sofort unterwarfen.

Die Autorität der Russen war riesengroß: denn sie hatten tatsächlich die größte revolutionäre Erfahrung. Es war weder Liebedienerei noch Führerkult, sondern meist nur Fehlen der letzten Sicherheit, das die Kritischen bereit machte, sich dem Rat der Russen zu fügen, die doch »drei Revolutionen durchgemacht und 1917 gesiegt hatten«. In der Kommunistischen Internationale herrschte der Bürokratismus früher als in der KPdSU. Die Unzulänglichkeit der nichtrussischen Vertreter in der KI war ihr Nährboden. Die zu kurze Perspektive erhielt Antrieb aus der Notwendigkeit, der SU durch Siege proletarischer Revolutionen entwickelter Länder zu helfen. Die leidenschaftliche Bereitschaft der jungen kommunistischen Parteien und ihrer Leitungen, die Hilfe so rasch wie möglich zu liefern, war stärker als die Einsicht in die Bedingungen und Möglichkeiten dazu. Lenin bekämpfte die bürokratischen Tendenzen in der KI wie in der SU. Stalin trat bis 1924 in der Kommunistischen Internationale überhaupt nicht in Erscheinung. Die Mehrzahl der Vertreter kannte ihn kaum dem Namen nach. Aber nach Lenins Tod übernahm Stalin auch die Führung der Komintern, unterstützte den Bürokratismus und baute ihn aus.

Unter Lenin wurde von den kommunistischen Parteien nie gefordert, Hilfswerkzeuge der SU bei außenpolitischen Manövern der Sowjetdiplomatie zu sein. Im Gegenteil, er war bestrebt, diese Manöver zu erklären. Sein weltumspannendes Wissen begriff, daß die einzig wirksame Unterstützung der SU die Förderung der revolutionären Kräfte in den verschiedenen Ländern ist. Zeitweilige Bündnisse der Sowjetunion mit imperialistischen Staaten, wie Verträge mit Mussolini, der Rapallo-Pakt mit Rathenau oder Abmachungen mit dem deutschen Generalstab zur raschen Schaffung einer sowjetischen Rüstungsindustrie, verpflichteten die kommunistischen Parteien zu nichts anderem als zur Organisierung des schärfsten Kampfes gegen die Bourgeoisien ihrer Länder, mit denen die Sowjetunion gezwungen war, zu paktieren, weil die Arbeiterklasse noch nicht gesiegt hat.

Stalins engem russischen Gesichtskreis sind solche komplizierten Gedanken fremd. Das wäre vollkommen unwichtig, wenn nicht in der Sowjetunion Kräfteverschiebungen stattgefunden hätten, die nach Lenins Tod begünstigten, daß Menschen mit solcher beschränkten Denkweise an die Spitze gebracht wurden. Es war dies die neue Genera-

tion, das neue russische Proletariat, das jetzt die ungeheure Mehrheit in der KPdSU bildete. Die Tradition der politischen und organisatorischen Vorbereiter des Umsturzes, vor allem ihre internationale Seite, war dieser Generation fremd. Die Hoffnung auf Hilfe der deutschen Revolution war verfliegen. In den Fraktionskämpfen über Art, Zeitpunkt und Charakter des Aufbaues einer sozialistischen Industrie und modernen Großlandwirtschaft vertrat Stalin im wesentlichen den richtigen Standpunkt gegenüber der Opposition aller Richtungen. Das brachte ihm die Zustimmung auch jener, die keineswegs mit der Beseitigung der innerparteilichen Demokratie einverstanden waren. Das charakteristischste Merkmal der Bürokratisierung der Partei ist die Sekretärswirtschaft auf allen Stufen der Parteihierarchie. Der Sekretär ist von unten unabsetzbar, Kritik und Kontrolle von unten werden ausgeschaltet. Der Sekretär **kooptiert** seine Mitarbeiter, die sich gegenseitig stützen und lobhudeln. Der »große Führer« organisiert um seine Person einen Führerkultus. Die kleinen Führer tun das gleiche. Gegner, Kritiker, Oppositionelle werden nicht widerlegt, sondern diffamiert, reihenweise abgesetzt, schließlich ausgeschlossen und verbannt.

So gibt es bald nur noch einstimmige Beschlüsse sowohl in der KPdSU wie in der Kommunistischen Internationale. Die Reaktion auf diese erzwungene Einstimmigkeit ist die Heuchelei, die Lüge, die erzwungenen unaufrichtigen Reueerklärungen. Der Gegner soll moralisch zerbrochen werden. Die besten Werkzeuge in der Partei sind diejenigen, denen von vornherein das Rückgrat gebrochen ist, Leute mit dunklen Punkten in ihrer Vergangenheit, ehemalige Menschewiki usw., die nicht wagen können, Opposition zu machen.

Eine kurze Illustration: Auf dem ersten Weltkongreß bestand die russische Delegation aus Lenin, Bucharin, Sinowjew, Stalin, Trotzki, Tschitscherin, Ossinski und Worowski. Von diesen ist nur Stalin geblieben. Heute nimmt Molotow, der von Lenin als unverbesserlicher Narr charakterisiert wurde, den wichtigsten Posten ein. Unter Stalin wurde Hauptmitarbeiter der Komintern Petrowski (Dr. Goldfarb), der dann wegen seiner gegenrevolutionären Vergangenheit ausgestoßen wurde. Er leitete aber lange die Agitproparbeit der KI, entschied über die Schicksale der englischen und amerikanischen Partei. Auch Losowski ist ein alter Menschewik, der sich den Bolschewiki erst anschloß, nachdem sie gesiegt hatten. Martynow, der Hauptgegner von Lenin, der Führer der Menschewiki, war Leiter des offiziellen Organs der Kommunistischen Internationale.

Nach innen kann die Degradierung und Zerstörung der kommunistischen Partei nicht vor sich gehen, ohne gleichzeitig die antikommunistischen und konterrevolutionären Elemente im Lande zu stärken. Dem entspricht nach außen das Bestreben, auf die revolutionäre Mission der Sowjetunion zu verzichten, sich der kapitalistischen Umwelt als ein Faktor zur Erhaltung der kapitalistischen Herrschaft außerhalb der Sowjetunion einzugliedern und diesem Zwecke die kommunistische Weltbewegung unterzuordnen, was nichts anderes heißt, als sie zu zersetzen, zu vernichten und gegebenenfalls sogar zu konterrevolutionären Zwecken zu mißbrauchen.

Wenn Trotzki unrecht hatte, wenn er die Möglichkeit und die (zeitweilige und relative) Notwendigkeit des »Aufbaues des Sozialismus in einem Lande« (d. h. in einem Lande wie der Sowjetunion, die die materiellen Voraussetzungen dafür hat) bestritt, so entwickelt umgekehrt das bürokratische Regime die Tendenz, die **Sowjetunion auf eine nationale Rolle zu beschränken, die Tendenz zum isolierten sozialistischen Staat.** Die Konsequenz ist der Verzicht auf die Unterstützung und Förderung der proletarischen Revolution in den kapitalistischen Ländern, der nationalen Revolution in den kolonialen und halbkolonialen Ländern. Je nach der gegebenen Lage folgt daraus die

konservative und reaktionäre »**Verteidigung der bürgerlichen Demokratie**«, d. h. des bestehenden bürgerlichen Staates, dort, wo noch keine akut-revolutionäre Situation vorhanden ist, oder die offen konterrevolutionäre Rolle dort, wo eine akut-revolutionäre Lage vorhanden war und die Arbeiterklasse für die sozialistische Revolution kämpfte, wie in Spanien, oder wo Arbeiter und Bauern für die nationale Revolution kämpften (China, Vietnam, Malaysia, Burma, Indonesien usw.). Nur dieser Gesichtspunkt gibt den richtigen Schlüssel zur Außenpolitik der Sowjetunion in den letzten Jahrzehnten sowie der Kominternpolitik bis zu ihrer Auflösung und der Kominformpolitik, die diese Politik fortsetzt.

Wie kann ein proletarischer und sozialistischer Staat nach außen eine konservative, reaktionäre, ja konterrevolutionäre Rolle spielen? Dies scheint ein sinnloser, unbegreiflicher Widerspruch zu sein. Es ist allerdings sinnlos und unbegreiflich, wenn dieser Staat als **Teil der internationalen Arbeiterklasse und als Werkzeug der internationalen Revolution handelt, wie zu Lenins Lebzeiten**. Der Widerspruch verschwindet, wenn dieser Staat als isolierter, als nationaler sozialistischer Staat handelt, der **nur noch** auf die Erhaltung seines eigenen Bestandes abzielt.

Auch die bürgerliche Revolution kennt die beiden Stadien der Entwicklung – das Stadium der revolutionären Expansion nach außen, die Verteidigung gegen die feudale Umwelt, und den Übergang von der Verteidigung zum Angriff gegen sie, um sich eine »**zeitgemäße Umgebung**« zu schaffen und gleichzeitig den Herrschaftsbereich des eigenen Kapitalismus zu erweitern; und ein zweites Stadium, wo die bürgerliche Revolution abgeschlossen und gesättigt ist, sich mit der feudalen oder absolutistischen Umwelt abfindet und nach außen selbst eine reaktionäre oder konterrevolutionäre Rolle vom Standpunkt der bürgerlichen Revolution spielen kann.

Um die jetzige Außenpolitik der KPdSU und ihres Schattens, der Kominform zu verstehen, ist es also keineswegs notwendig, zu unterstellen, daß die SU selbst aufgehört habe, ein sozialistischer und Arbeiterstaat zu sein. **Es genügt dazu der isolierte, der nationale und der nach außen gesättigte** sozialistische Staat. Daß dies für die Sowjetunion nicht der Fall ist, tritt klar zutage durch die Vorbereitung des Kreuzzugs des Weltimperialismus gegen die Sowjetunion. Übrigens erweist sich im Gegensatz zur bürgerlichen Revolution, daß diese Politik des isolierten sozialistischen Staates seine im engsten Sinne gefaßte nationale Existenz bedroht und gefährdet. Die vermeintliche »**realistische**« Außenpolitik erweist sich in Wirklichkeit als vollkommen illusionär und erbringt so auf negative Weise den Beweis, daß das wirkliche Interesse der Verteidigung der Sowjetunion als eines sozialistischen Staates nicht im Widerspruch steht zur Forderung des proletarischen Klassenkampfes und der proletarischen oder nationalen Revolution außerhalb seiner Grenzen, sondern vielmehr damit zusammenfällt.

Die stalinsche Bürokratie geht von der **Tatsache** aus, die teilweise durch ihre national beschränkte Politik mitgeschaffen wurde, daß die SU isoliert um ihren sozialistischen Aufbau und Existenz zu kämpfen gezwungen ist. Daß echte kommunistische Parteien, die die Vorbereitung ihrer revolutionären Ziele zum Gegenstand ihrer Politik machen, statt sich als Werkzeuge der Sowjetdiplomatie verbrauchen zu lassen, auch im nicht akut-revolutionären Stadium eine große Hilfe für die Sowjetunion sein können, ist stalinschem, bürokratischem Denken fremd. Die Rolle der schwachen kommunistischen Parteien während des Bürgerkrieges war für den Sieg gegen die Konterrevolution und Intervention von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Das haben die Bürokraten »**vergessen**« und die junge Generation nicht gewußt. Der am Anfang in der KPdSU und Komintern vorherrschenden Auffassung unmittelbar bevorstehender siegreicher Revo-

lutionen, wozu damals die Voraussetzungen fehlten, folgt jetzt das umgekehrte Extrem, wonach die kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern in absehbarer Zeit überhaupt nicht imstande sind, ihre historische Aufgabe zu erfüllen. Borniert schlußfolgert man daraus: wozu also Zeit und Kraft zu verschwenden, sie zu Aufgaben stark zu machen, die nicht unmittelbar bevorstehen. Es genügt also, sie als Werkzeuge der verschiedenen Manöver der Sowjetaußenpolitik zu verwenden.

In diesen Gedankengängen wurzelt die stalinsche Realpolitik. Die junge Generation der KPdSU, die alle Kräfte für den inneren Aufbau anwendet, ist in steigendem Maße gegen den Terror des Parteiregimes im Innern, aber sie hat noch nicht die Kraft gefunden, den Kampf für innerparteiliche Demokratie zu führen. Die stalinsche Außenpolitik, keine Risiken einzugehen, kommt diesen aktiven Kräften, die am Aufbau der sozialistischen Wirtschaft in der SU arbeiten, entgegen. Deswegen spielen die schweren Fehler der stalinschen Außenpolitik innenpolitisch keine Rolle oder erst dann, wenn deren Folgen auch breiteren Schichten der Sowjetwerktätigen bemerkbar werden. Da besteht bei ihrer Abgeschlossenheit von der übrigen Welt eine Möglichkeit, sie mit den Phrasen einer pazifistischen Friedens-, Volksfront- und Blockpolitik, Unterstützung nationaler Befreiungskämpfe mit der Phrase zu fördern, aber durch die Tat zu hindern und sie so über die Folgen hinwegzutäuschen. Aber das geht nur bis zu einer gewissen Grenze.

Dieses Nichtvertrautsein der neuen Sowjetgeneration mit den internationalen Aufgaben der Sowjetunion bedeutet keineswegs, daß es nicht möglich wäre, sie mit den Gedanken der leninistischen Weltpolitik der SU vertraut zu machen. Aber das setzt eine Parteilührung voraus, die die Aufgabe selbst begreift und bereit wäre, sie zu erfüllen. Der Widerstand gegen das bürokratische Regime wird über innenpolitische Fragen entstehen. Die Preisgabe der internationalen kommunistischen Politik durch die Sowjetbürokratie zeigt aber bereits Folgen, die sich verstärken werden. Der Bankrott der Nachkriegs-außenpolitik der russischen Bürokratie rückt diesen Zeitpunkt immer näher.

Für den Aufbau kommunistischer Parteien ohne und gegen die Führung der KPdSU-Bürokratie von heute, was nicht bedeutet gegen die kommunistische Partei der SU, ist es auch notwendig, einige der wichtigsten Etappen der Außenpolitik der SU in Erinnerung zu bringen, die nicht ohne Wechselwirkung auf die Innenpolitik in der SU geblieben sind.

Die Stalinpolitik in China, die Politik der Zusammenarbeit mit Chiangkaischeck, der »Rat« an die chinesische kommunistische Partei, in die Kuomintang einzutreten, die unter Borodins Leitung eingeschlagen wurde, kam den opportunistischen Traditionen der Kuomintang auffallend nahe. In einem revolutionären Kampf forderte sie das Zusammengehen der Kommunisten mit den Elementen der Kuomintang, deren konterrevolutionärer Charakter entweder schon offenbar war oder sich deutlich ankündigte. Die Kommunisten verkannten keineswegs Chiangs Ziele, aber sie entfachten doch nicht die Empörung gegen ihn, als die nötigen Kräfte dafür noch zur Verfügung standen. Das Ergebnis ist bekannt: die blutige Niederlage. In den damaligen Fraktionskämpfen 1926/27 beschäftigte sich ein enger Kreis der Parteimitgliedschaft auch mit diesen Fragen. Aber das Interesse an den inneren Fragen überwog, und so konnte Stalin stillschweigend über diese erste große Niederlage seiner Außenpolitik hinweggehen. Nicht viel größeres Interesse bestand gegenüber dem opportunistischen Experiment des stalinschen Politbüros, zu dem Bündnis mit den konservativen Gewerkschaftsführern der englischen Trade Unions. Das endete in der Weltblamage für Stalin, im Generalstreik 1926. Ohne Teilnahme der Sowjetbevölkerung führte Stalin bis 1948 seine Politik der Zusammenarbeit mit Chiangkaischeck unter Mißachtung der Lebensinteressen der KPCh und

der chinesischen Revolution nur mit kurzen Unterbrechungen fort. Die Stalinbürokratie trieb diese Politik unter dem national beschränkten Gesichtspunkt, Japan – und nach der Niederlage Japans die imperialistischen Ziele Amerikas – in China nicht zu stören. Wir geben nur eine wenig bekannte Tatsache: In der Londoner Monatsschrift »Royal Institut of International affairs«, Juni-Ausgabe 1950, wird folgendes berichtet: »1948, als der Verlauf des chinesischen Bürgerkrieges ein kritisches Stadium erreicht hatte, verwarf die KPCh mit Bedacht einen russischen Ratschlag von großer politischer und strategischer Bedeutung. Im Juli 1948 wurde eine Konferenz in der Provinz Süd-Hopeh einberufen, um die Strategie für den nächsten Herbstfeldzug zu beschließen. Das nationalchinesische Regime war offensichtlich erledigt. Es hatte nicht vermocht, seine strategischen Pläne auszuführen, und seine Wirtschaftspolitik war so unheilvoll, daß sich die öffentliche Meinung des Landes fast völlig von ihm abgewandt hatte. Ein Emissär Rußlands teilte der Konferenz den „RAT“ Stalins mit, es solle keine Offensive mit dem Ziel einer vollständigen Vernichtung Nationalchinas geführt werden. Moskau halte es für besser, den Bürgerkrieg im Guerillastil fortzusetzen, weil dies Amerika durch den Anreiz schwächen würde, weiter zur Unterstützung Chiangkaischecks Waffen nach China hineinzuschicken. Diese Ansicht wurde heftig von den Kommunisten und dem kommunistischen Außenminister Tschu En-Lai bekämpft... Der russische Ratschlag fand keine Beachtung, und die erstaunliche Reihe von Siegen war die Folge.«

Stalins Weisheit bestand in seiner Spekulation auf den Sieg der Republikaner in den USA, die Chiangkaischeck mehr schützen wollten als Truman. Auf solchen Spekulationen, die durch Trumans Sieg über die Republikaner über den Haufen geworfen wurden, baute sich die Realpolitik des »besten Schülers Lenins« auf.

Die Außenpolitik Stalins in Asien warf besonders kennzeichnende Schlaglichter auf seine nationalbeschränkte Denk- und Handlungsweise. Nur ein Beispiel: Als die Turkvölker 1934 in Sinkiang im fernen Westen Chinas gegen das Chiangkaischeck-Regime den Kampf um ihre nationale Selbständigkeit begannen, Chiangkaischeck keine Kraft hatte, sie zu bekämpfen, ließ Stalin mit GPU-Truppen ihren Aufstand niederwerfen. Als Lohn dafür setzte er seinen Strohmann in Sinkiang mit Zustimmung von Chiangkaischeck ein. Der Gedanke leninistischer Politik, nationalen Befreiungsbestrebungen Unterstützung zu leisten, kam Lenins »bestem und nächstem Mitarbeiter« nicht. Die leninistische Konzeption, den aufständischen Turkvölkern Hilfe, und durch die sowjetischen Turkvölker kommunistische Organisation und Führung zu geben, um die Turkvölker in Indien, Persien und der Türkei zu revolutionieren und zu einer national-selbständigen, revolutionären Kraft zum Kampf gegen einheimischen und fremden Imperialismus zu machen, wie fern liegt dies »realpolitischen« nationalbeschränkten Bürokraten. Dabei bestand kein Risiko, wie z.B. durch aktive revolutionäre Förderung der Spanier im Bürgerkrieg gegen Franco, Mussolini und Hitler.

Aber leninistische Außenpolitik war und ist nur möglich bei leninistischer Innenpolitik, die die aufstrebenden Volkskräfte gegen die Bürokratie stützt. Stalin fürchtete, wahrscheinlich realpolitisch mit Recht, daß die von ihm bürokratisch niedergehaltenen Turkvölker der SU das Bedürfnis gewonnen hätten, bei sich mit der Bürokratie aufzuräumen, wenn sie durch die Vereinigung mit den chinesischen Turkvölkern die erforderliche Kraft dazu gewonnen hätten.

Ein Gipfelpunkt bis heute ist der offen konterrevolutionäre Kampf, den die Sowjetunion und die Kommunistische Internationale zusammen mit der spanischen und englisch-französischen Bourgeoisie gegen die Kräfte der proletarischen Revolution in Spanien führte. Und das Ergebnis? Das Abgleiten vom Verrat der proletarischen

Revolution zu dem auch der bürgerlichen Revolution, die Stärkung der nationalspanischen und internationalen bürgerlichen Kräfte, die einen Kompromiß mit dem Faschismus, d.h. dem Verrat schlechtweg, zustrebten.

Die kindliche Illusion, daß man mit der bürgerlichen Demokratie ein Betrugsmanöver gegenüber der spanischen und der internationalen Bourgeoisie machen und daß man die proletarische Revolution nach Belieben auf Eis legen könne, ist in tausend Fetzen zerrissen worden durch die Schüsse der Polizeitruppen, die unter dem gemeinsamen Beifallklatschen der SU, der KI, der spanischen und der englisch-französischen Bourgeoisie gegen die Arbeiter Barcelonas abgefeuert wurden, um sie zu entwaffnen.

Die internationale Bourgeoisie begnügt sich nicht mit der Flaute von der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie, sie verlangt bare Zahlung, konterrevolutionäre Tat – und Stalin hat sie geliefert.

Die Funktion kommunistischer Parteien als Verbündete der Bourgeoisien, sei es im konservativ-reaktionärem Sinne zur Erhaltung des bürgerlichen Staates, sei es im konterrevolutionären Sinne zur Niederkämpfung der proletarischen Revolution, bedeutet **die politische Aufhebung der kommunistischen Partei.**

Die organisatorische Aufhebung, sei es durch Verschmelzung mit reformistischen Parteien auf reformistischer Grundlage, wie die Schaffung der sozialistischen Einheitspartei in der Ostzone, sei es durch Verschmelzung bis zum rechtsbürgerlichen Lager in den Jugendorganisationen und mit der nationalen-Front-Politik in Deutschland, ist dann nur eine selbstverständliche Konsequenz der politischen Selbstauflösung der kommunistischen Partei und Internationale. Das französische Bündnis war so zulässig, wie es der Rapallo-Vertrag mit dem Deutschland der Weimarer Republik war. Aber während bei Rapallo es niemand einfiel, aus dem Bündnis der Sowjetunion mit der deutschen Regierung zu fordern, daß die KPD den revolutionären Kampf gegen diese Regierung dämpfe oder einstelle oder sie gar unterstütze, ist das in Frankreich geschehen durch die Volksfrontpolitik und ihre internationale Verallgemeinerung.

Die Verträge über die gegenseitige militärische Hilfeleistung gegen einen faschistischen Angreifer, die die Sowjetunion mit Frankreich und der Tschechoslowakei abgeschlossen hatte, stellten einen weiteren Versuch der SU dar, den Frieden zu wahren, die Gefahr eines neuen Krieges zu verhindern. Insofern ist gegen den Abschluß dieser Verträge nichts einzuwenden; aber Stalin gab die diplomatische Erklärung nicht ab als Diplomat, sondern *»als Führer des Weltproletariats«*: *»daß er die Politik der internationalen Verteidigung, die von Frankreich durchgeführt wird, um seine bewaffnete Macht auf dem Stand seiner Sicherheit aufrecht zu erhalten, vollkommen verstehe und billige.«*

Damit wies er die kommunistischen Parteien und die KPF an, diese Politik zu unterstützen. Die KPF befand sich in einer schwierigen Situation. In der *»Humanité«* erschien ein im allgemeinen richtiger Artikel Vaillant-Couturiers, in dem ausgeführt wurde, daß die Stalin-Erklärung als ein diplomatisches Dokument zu betrachten sei, das die Haltung der KPF zur Politik der französischen Bourgeoisie nicht berühre. Thorez versuchte die Ablehnung der Losung *»Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg«* für die französische Arbeiterklasse mit der Behauptung zu begründen, daß ein Krieg, den die französische Bourgeoisie an der Seite der SU führe, kein imperialistischer Krieg sei. Das war vielleicht nicht nur Liebedienerei, aber ganz bestimmt ein gefährlicher Irrtum. Während die SU einen revolutionären Krieg führen muß, einen Krieg zur Verteidigung des proletarischen Staates und (wenn auch nicht unmittelbar) zur Förderung der revolutionären Bewegung in den anderen Ländern, muß ein imperialistischer Staat, auch wenn er mit der SU verbündet ist, in einem Krieg mit Deutschland Annektion von deutschen Gebieten, die

Niederwerfung einer deutschen proletarischen Revolution usw. verfolgen. Ein Krieg der französischen Bourgeoisie, auch an der Seite der SU, gegen den deutschen Imperialismus, ist ein imperialistischer Krieg. Das haben wir damals theoretisch klar herausgearbeitet. Der Verlauf des Zweiten Weltkrieges hat die Richtigkeit unserer Stellung bestätigt. Die Jugoslawen, die praktisch das durchführten, was wir nur theoretisch ausarbeiten konnten, erbrachten den Beweis. Daß die Sowjetunion den Krieg im Bunde mit den Imperialisten Amerikas, Englands und Frankreichs nicht als revolutionären Krieg führte, werden wir im anderen Zusammenhang behandeln. Das Ergebnis dieser fehlerhaften Volksfrontpolitik liegt heute offen zutage. Die Volksfrontpolitik, die von den Führern der kommunistischen Parteien und ihren Anhängern ursprünglich als ein zwar etwas krummer, aber doch gangbarer Weg zur Revolution gepriesen wurde, erwies sich als ein gerader Weg zum Burgfrieden und zum Bündnis mit der gesamten Reaktion. Für die Sowjetunion führte sie zu München, und München führte zum Hitler-Stalin-Pakt.

Aus dem von Krivitzky, dem ehemaligen Leiter des militärischen Nachrichtendienstes der SU für Westeuropa, der Öffentlichkeit unterbreiteten Material geht klar hervor, daß Stalin bereits seit dem Machtantritt der Nazis, besonders seit dem Juni-Blutbad, das Hitler unter seiner alten Garde 1934 anrichtete – was Stalin sehr imponierte – eine Reihe Versuche unternommen hat, mit Hitler-Deutschland zu einem Abkommen zu kommen. Stalins Versuche scheiterten. Die SU war berechtigt und verpflichtet, auch mit Hitler-Deutschland als der stärksten Militärmacht, wenn möglich, zu einer Verständigung zu kommen. **Es ist im Interesse der SU und der proletarischen Revolution, sich so lange wie möglich aus dem Krieg herauszuhalten.** Aber nicht berechtigt, sondern verbrecherisch war, daß Stalin die kommunistischen Parteien nur als Mittel benutzte, besonders die KPF und die KP Englands, um Manöver auszuführen. Die kommunistischen Parteien sollten nicht mehr ihre Regierung stürzen, sondern nur noch unter Druck setzen, um sie für einen Pakt mit der SU bereit zu machen. Die Politik der Volksfront, die Politik der *»Friedensfront aller friedlichen demokratischen Regierungen«* gegen den *»faschistischen Angreifer«*, der Verzicht auf Führung des proletarischen revolutionären Klassenkampfes zugunsten einer Burgfriedenspolitik war und ist ein Verbrechen. Als dann Hitler sich zum Pakt bereit erklärte, um den Zweifrontenkrieg hinauszuschieben, wurden dieselben antifaschistischen Burgfriedenspolitiker veranlaßt, wieder die alte Platte zu spielen: daß der Krieg zwischen Hitler, Frankreich und England nur ein imperialistischer Krieg sei, der die Arbeiter zu revolutionärem Defaitismus verpflichte. Die bürokratischen Führungen der kommunistischen Parteien schwenkten unter dem Druck der Stalin-Führung anderthalb Jahre später in einer vollen Kehrtwendung, als Hitler die SU überfiel. Jetzt galt wieder die alte Platte vom *»antifaschistischen Krieg aller friedliebenden demokratischen Regierungen.«*

**Lenin hat Recht, den Kommunismus können nur Kommunisten diskreditieren.**

Die kapitalistischen Regierungen haben ihre Schlüsse aus dieser kommunistisch genannten Politik gezogen. Sie nahmen die kommunistischen Parteien als das, was sie geworden waren, gefügige Werkzeuge Stalins. Sie forderten von Stalin, daß er ihnen Anweisungen gab, die bürgerliche Politik in ihren Ländern nicht zu bekämpfen, sondern zu unterstützen. Und Stalin leistete solchen Aufforderungen Folge, wenn es in sein Spiel paßte. In Frankreich bewilligte die Kommunisten das Militärbudget: *»weil doch eine mit der SU verbündete Armee stark sein müsse.«* In Spanien wurden alle revolutionären Maßnahmen, welche die Arbeiter ergriffen hatten, um ihre Widerstandskraft gegen Franco zu stärken, auf Befehl Moskaus unterdrückt. Die wirklichen Revolutionäre wurden als Agenten Francos gebrandmarkt, ausgerottet und hervorragende Führer wie Nin u.a. ermordet.



Die Kriegs- und Nachkriegspolitik, die Abkommen in Teheran, Yalta, Potsdam, sind nur die Fortsetzung dieser Politik, während und nach dem Kriege. Wir brauchen diese Einzelheiten nicht zu schildern, sie sind noch in lebhafter Erinnerung aller politisch Denkenden. Die Aufforderung der amerikanischen Imperialisten, Moskau solle die Koreaner zurückpfeifen, wird nicht etwa als schamlose Zumutung abgewiesen, sondern lediglich von Zugeständnissen im diplomatischen Kuhhandel abhängig gemacht. Die Lebensfrage der deutschen Werktätigen, die Räumung Deutschlands von allen Besatzungsmächten, wurde bis 1948 als ausschlußreifes Verbrechen aus der KP gewürdigt. Nach der Warschauer Diplomatenkonferenz der Ostblockländer wurde sie als Kuhhandelsobjekt in die Debatte geworfen. Jetzt schreien die Sozialistische Einheitspartei in der Ostzone, die KP in der Westzone und alle Kominformparteien um die Wette: »*Räumung Deutschlands*.« So werden Lebensfragen mißbraucht, und die verwirrten Arbeiter und Werktätigen verfallen in Verzweiflung und Passivität. Die Imperialisten und ihre sozialdemokratischen Nachbeter schreien, um die Verwirrung noch zu steigern, von kommunistischer Gefahr. Den Kommunismus hat die stalinsche Bürokratie wieder in ein Gespenst verwandelt. Es ist Aufgabe aller klassenbewußten Arbeiter, den Kommunismus vom Philisterschreck wieder zu einer lebendigen Kraft zu machen. Der erste Schritt dazu ist: Gegenwehr auf allen Gebieten gegen den Mißbrauch der Arbeiterbewegung für die diplomatischen Manöver der Sowjetunion.

Die nationale Beschränktheit der Stalinbürokratie hat eine zweite Wurzel: Den Unglauben an die Fähigkeit der Arbeitermassen der entwickelten kapitalistischen Länder, ihre revolutionären Aufgaben selbst zu lösen. Es ist dies nur die bürokratische Umkehrung der ultralinken Überzeugung, daß der Erfolg der Revolution nicht von dem Willen der Massen abhängt, sondern von der Entschlossenheit einer kleinen Minderheit – zusammengehalten durch politische Rückständigkeit und mechanische Disziplin. Die Herabdrückung kommunistischer Parteien eigenen Wuchses, wie es die KP Deutschlands war, durch Ersetzung der mit und aus der Partei gewachsenen Führung durch gefügige Kreaturen wie Ruth Fischer, Maslov und, als auch diese rebellierten, durch Politiker wie Thälmann, verstärkt durch einen gerissenen politischen Hochstapler wie Heinz Neumann, nannte man damals »*Bolschewisierung*«. Heute begnügt man sich mit alten stalintreuen Parteibürokraten wie Pieck und Ulbricht und einem Zuwachs aus der sozialdemokratischen Partei wie Grotewohl und nennt dies die »*Partei neuen Typus*«. Die Stalinbürokratie verbraucht sie als Werkzeuge ihrer Besatzungspolitik und Platzhalter, bis Stalin bereit ist, die »*Revolution*« anstelle der deutschen Arbeiter **selbst** zu machen.

Aber Marxisten können niemals den Glauben an die Revolution verlieren, können niemals daran zweifeln, daß die Massen schließlich der kommunistischen Partei folgen werden, wenn diese es versteht, sie heranzuziehen; deshalb können sie niemals in Hoffnungslosigkeit verfallen und von einer Revolution ohne Unterstützung der Massen träumen. Es ist reines Abenteuerertum, von Offensivkampf zu sprechen, wenn die Massen statt ihr zu folgen, sich von der kommunistischen Partei abwenden. Als Marxisten wissen wir, daß das Proletariat durch die kapitalistische Ausbeutung zum revolutionären Kampf für den Sozialismus getrieben wird. Das Proletariat muß der kommunistischen Partei folgen, wenn sie nicht nur im Prinzip seine Klasseninteressen verteidigt, sondern es auch versteht, es zu führen, Schritt für Schritt, erst in der Richtung zum und dann in den Kampf selbst. Die kommunistische Partei wird ein stinkender Leichnam, der die Luft verpestet, wenn sie die Interessenvertretung der Werktätigen zugunsten irgendeiner Besatzungspolitik, sei es auch die der Sowjetunion, preisgibt.

# Stalin – Trotzki – Lenin

Es ist nicht unsere Absicht, die verschiedenen Theorien und Doktrinen der drei Personen miteinander zu vergleichen, wir beurteilen vielmehr ihre Theorien und Handlungen aus den Verhältnissen, unter denen sie entstanden.

Die Prozesse gegen Sinowjew und Kamenew, Radek und Pjatakoff, Tuchatschewski, Bucharin, Rykow usw. haben in weiten Kreisen der revolutionären Arbeiterklasse in allen Ländern Besorgnisse und Zweifel in Bezug auf das Schicksal des ersten proletarischen Staates der Welt hervorgerufen. Diese Besorgnisse verstärkten sich umso mehr, als immer neue Schichten von Funktionären der kommunistischen Partei und des Sowjetstaates dem von Stalin im Frühjahr 1937 offen verkündeten Ausrottungsfeldzug gegen sogenannte »trotzkistische Spione« zum Opfer fielen und als auch die Sektionen der Kommunistischen Internationale außerhalb der SU und insbesondere die POUM – diese Methoden der Moskauer Prozesse am eigenen Körper verspürten. Seit diesen Prozessen sind diese Methoden, wenn auch in abgeschwächten Formen, beibehalten worden. Seit den ersten Jahren der Sowjetmacht, den Jahren, als diese im Bürgerkrieg einen Kampf um ihre Existenz führte, in dem ihre Lage des öfteren verzweifelt schien, ist die Frage, was in der SU vorgeht, innerhalb der internationalen Arbeiterschaft nicht wieder verschwunden.

Die Antwort, welche die KPs auf diese Frage geben, kann niemanden befriedigen. Selbst die allergläubigsten Linientreuen fühlen in ihrem Innern den Stachel des brennenden Zweifels, wenn ihnen erzählt wird, Massenerschießungen und Massenverhaftungen von Männern, die die verantwortlichen Posten in der SU bekleideten und die eine lange revolutionäre Vergangenheit aufwiesen, seien nichts als Zeichen der Stärkung der proletarischen Diktatur und des glücklichen Lebens in der SU, die immer stärkere Herausstellung der unkontrollierten und uneingeschränkten persönlichen Diktatur Stalins über die KPdSU und damit auch über die SU sei ein Ausdruck der vollendeten Demokratie, und die Politik Stalins sei der wahre, ja sogar vervollkommnete Leninismus.

Diese Behauptung ist absolut falsch. Sie ist Betrug und Selbstbetrug zugleich. Lenin bekämpfte mit ganzer Kraft die Entwicklung zum Bürokratismus, weil er ihre Gefahren erkannte. Stalin begünstigte und förderte den Bürokratismus, weil er dessen Gefahren gar nicht sah und begriff. Trotzki und die Oppositionen sahen einen Teil dieser Gefahren, kämpften gegen den von ihnen erkannten Teil, fanden aber keine Zustimmung bei der neu herangewachsenen Generation, welche mittlerweile die Partei bildete, stießen sie von sich ab, weil sie ihren Bedürfnissen in den Fragen des sozialistischen Aufbaus nicht

gerecht wurden. Die alten Bolschewisten waren revolutionäre Umstürzler, keine Menschen des Aufbaus. Die wenigen Ausnahmen bestätigen die Regel. Sie hatten zwar selbst die neue Generation für diese Aufbauarbeit erzogen, unter dem Zwang der Notwendigkeit die Wirtschaft schnell in Gang zu bringen. Das konnte nur in Schnellkursen geschehen, in der Praxis vervollkommnete sie ihr unzureichendes Schulwissen. Im folgenden eine kurze Übersicht über die Entwicklung der neuen Intelligenz in der Sowjetunion:

Jahr	Hochschulen	Studenten	Fachschulen	Schüler
1914/15	91	112 000	295	35 800
1928/29	152	176 000	1051	206 000
1931/33	832	504 000	3509	723 000
1938/39	708	602 000	3752	951 000

Die Abgangsziffern von Spezialisten aus Hochschulen betrug im ersten Fünfjahresplan: 170 000, aus Technikums und aus mittleren Fachschulen 291 200. Im zweiten Fünfjahresplan aus Hochschulen 369 900, aus mittleren Fachschulen 623 000 Spezialisten. 1938 aus Hochschulen 103 600 Absolventen, aus mittleren Fachschulen 201 200. Von 1929 bis einschließlich 1938 gingen aus Hochschulen 643 700, aus Technikums 1 115 400, im ganzen 1 759 100 ausgebildete Spezialisten hervor. Bei der Volkszählung 1939 wurden in der Sowjetunion mehr als 13 Millionen Menschen mit mittlerer und höherer Schulbildung gezählt. Davon sind 10 Millionen unter der Sowjetmacht ausgebildet worden.

Diese bildeten die neuen Lehrer der breiten Millionenmassen für den sozialistischen Aufbau. Ihre eigene Unerfahrenheit in Theorie und Praxis machte sie zu schlechten – zu Prügelpädagogen, die oft zur Gewalt griffen, wenn sie keinen anderen Ausweg fanden. Die alten Bolschewiki sahen vor allem nur diese Methoden der Prügelpädagogik, die in der Partei um sich griffen, sowie die Unterdrückung der innerparteilichen Demokratie, welche die Grundlage des Parteilebens unter Lenin gewesen war. Die neue Schicht mit Stalin an der Spitze wußte mit innerparteilicher Demokratie nichts anzufangen, sie sah darin nur ein Hindernis in der Durchführung der dringenden praktischen Aufgaben.

Die Opposition ließ es nicht an Demagogie fehlen. Die Vereinigung der Trotzki-Sinowjew-Opposition war prinzipienlos, einzig war sie nur im gemeinsamen Haß auf Stalin und seinen Anhang. Sie beschuldigten Stalin des Bündnisses mit den Kulaken, weil und solange er mit der Kollektivierung zögerte, weil er den Mittelbauer ohne Zwang gewinnen wollte, da tatsächlich die technischen und praktischen Vorbereitungen noch fehlten. Erst unter der Drohung der Hunger- und Kriegsgefahr, die in den Jahren 1927/28 fast zu einer Panikstimmung in den führenden Kreisen Moskaus führte, entschloß sich Stalin zur beschleunigten Industrialisierung und Kollektivierung. Er zeigte mit ungenauen Formulierungen den russischen Werktätigen eine sehr schwierige opferreiche Aufgabe, aber ein greifbares Ziel. Nach Überwindung der schweren Krise der Zwangskollektivierung war auch der rechten Bucharin-Rykov-Opposition der Boden entzogen. Was blieb, war der Haß gegen Stalin, der praktisch durch die Industrialisierung die Streitfragen über die Industrialisierung wie durch die Zwangskollektivierung, die Frage der Stellung der Partei zum Bauern gelöst hatte. Stalin hatte beide Maßnahmen mit brutaler Gewalt durchgeführt, aber er hatte die Fragen gelöst.

Einigungsversuche von Kirow und anderen scheiterten nach der Ermordung Kirows. Das bildete den Ausgangspunkt zur blutigen Austilgung der alten Garde, die Stalin

fürchtete und nicht ohne Grund. Er selbst kannte aus eigener Praxis die Schulungs- und Vorbereitungsmaßnahmen der Verbannten in Sibirien zum Umsturz des Zarismus. Mit der Verbannung der alten Bolschewiki hätte er nicht die Gefahr ihres Wiederauftretens bei neuen kritischen Lagen beseitigt. Hatte nicht Trotzki im Sommer 1927 mit der Clemenceau-Rolle der Opposition gedroht? Der Inhalt dieser Drohung bestand darin: Falls Rußland sich im Krieg befindet, wird die Opposition in der SU Clemenceaus Stellung zur regierenden Gruppe in Frankreich einnehmen. Clemenceau hatte 1917 seine Gegner, die Caillaux-Malvy-Regierung, der Unwirksamkeit und des Defaitismus beschuldigt. Er forderte und erzwang die Absetzung und Verhaftung Caillaux und übernahm die Leitung der Kriegsführung. Wenn sich die Stalin-Regierung in der Notlage des Krieges befinde, werde die Opposition den Sturz der Regierung herbeiführen, und die Bevölkerung werde sich dann um sie scharen, um die Verteidigung wirksam zu organisieren.

Hatte sich die Opposition nicht wiederholt unterworfen und dennoch illegal weitergewirkt? Aber die Opposition konnte nicht ihrer Opposition wegen ausgerottet werden, deswegen mußte man sie erst diffamieren, zu Saboteuren, Spionen usw. ernennen. In der SU war auch von der Opposition rasch Sabotage entdeckt und unterdrückt worden, wo es sich nur um Fehler handelte – die Methode der Stockprügel schlechter Pädagogen. Jetzt wandte Stalin dieselbe Methode mit Überdosierung gegen die Parteiopposition an. Das Ausland war entsetzt. In der SU hatte die Masse stärkere Nerven. Die Versammlungen, in denen die Erschießung der »Verräter und faschistischen Hunde« gefordert wurden, waren von oben organisiert. Gewiß, aber das war weniger schwierig, als die Organisation der breiten Massen für die Industrialisierung und Kollektivierung. Breite Massen der Parteimitglieder waren nicht nur müde von den ungeheuren Anstrengungen, die zu positiven Ergebnissen der Industrialisierung und Kollektivierung geführt haben, sondern ebenso von den fruchtlosen Parteiauseinandersetzungen. Müde und parteilose Massen, die große Opfer hatten erbringen müssen und dem Regime nicht freundlich gesinnt waren, freuten sich der erhofften Selbstvernichtung der Spitzen. Die neue Generation erhoffte von der internationalen Orientierung der alten Bolschewiki keine Hilfe mehr. Sie hatten 20 Jahre auf die Hilfe des Proletariats der entwickelten kapitalistischen Länder vergeblich gewartet. So nahm das Schicksal seinen Lauf.

Mit der Überwindung der Hungerkrise 1934 war die letzte Chance der Opposition vorbei. Die alte Garde begriff, daß sie besiegt war. Sie verschmähte, sich persönlich gegen die Ungeheuerlichkeiten der Anklagen zu verteidigen. Obgleich einige Faktoren dazu beitrugen, die Beschuldigten auf den Punkt zu bringen, Geständnisse zu machen, machten sie sie in der ehrlichen Überzeugung, daß dies der einzige bleibende Dienst für die Partei und die Revolution sei, für die sie gelebt und oft genug dem Tod ins Auge gesehen hatten und jetzt zu sterben bereit waren. Eine persönliche Verteidigung hätte den Bestand der Sowjetunion geschwächt, und das wollten sie unter allen Umständen vermeiden.

Die Verhandlungen haben nichts zu tun mit normalen Gerichtsprozessen. Sie ähneln vielmehr den Kämpfen während der Renaissance in Italien. Die Prozesse waren damals und sind heute in der Sowjetunion die Form, in der die Kämpfe um die politische Macht geführt werden. Es ist der Gärungsprozeß, das Chaos der Gesellschaft, die im Umbruch liegt. Die alten Formen sind überlebt, die neuen werden aus dem Chaos geboren. Es geht bei all diesen Kämpfen den Anhängern der Opposition wie der Mehrheit um das Schicksal der Revolution und um den Bestand der Sowjetunion, nicht um irgendwelche persönlichen Vorteile. Gerade deshalb werden die Fraktionskämpfe mit einer Erbitter-

rung geführt, wie sie Europa seit der großen französischen Revolution fremd ist. Die individuellen Handlungen der einzelnen Angeklagten standen vor dem Revolutionstribunal nicht zur Debatte oder dienten nur der Propaganda der Ankläger zur Verächtlichmachung der Angeschuldigten. Die Angeklagten fühlten sich im Sinne ihrer Revolutionsmoral schuldig, weil sie durch die tatsächliche Entwicklung besiegt worden waren. Das ist eine Denk- und Handlungsweise, die westeuropäischen Sozialisten heute noch nicht zugänglich ist. Im Sinne dieser hohen Revolutionsmoral, nicht aus persönlicher Feigheit der Angeklagten oder auf Grund besonderer Terrormaßnahmen seitens der Richter sind die Bekenntnisse der Angeklagten geschehen. Ihre Opposition war gescheitert. Als alte bolschewistische Garde, als Berufsrevolutionäre leisteten sie so der Revolution ihren letzten Dienst.

Diese Entwicklung der bolschewistischen Partei war der alten Partei der Berufsrevolutionäre vollkommen entgegengesetzt. Lenin war sich stets dessen bewußt, daß die Aufgaben der proletarischen Diktatur, der Klassenherrschaft des Proletariats im Sowjetstaat nur richtig bestimmt werden konnten, wenn ausgegangen wurde nicht von einem abstrakt allgemeinen Begriff des Proletariats, sondern von dem tatsächlichen Zustand der Arbeiterklasse Rußlands. Die zahlenmäßig schwache Arbeiterklasse Rußlands hat in einem kulturell rückständigen Lande die Macht übernommen und im Bürgerkrieg siegreich behauptet. Der Bürgerkrieg hatte die Kräfte des russischen Proletariats weitgehend geschwächt. Die besten proletarischen Elemente hatten die Betriebe verlassen, um in die Rote Armee zu gehen und an den Fronten des Bürgerkrieges zu kämpfen bzw. um den neuen Staatsapparat der Sowjetmacht aufzubauen. Die durch den Bürgerkrieg verursachte Zerrüttung der Industrie hatte andererseits zu einer Abwanderung von Industriearbeitern aus den Städten geführt. Lenin schildert in seinem Artikel *»Neue Zeiten, alte Fehler in neuer Form«* (20. August 1921) den Zustand des russischen Proletariats am Ausgang des Bürgerkrieges folgendermaßen:

*»Jeder weiß, daß die Oktoberrevolution in der Praxis neue Kräfte, eine neue Klasse herausgehoben hat, daß die besten Vertreter des Proletariats jetzt in Rußland regieren, eine Armee geschaffen, sie geführt, eine lokale Verwaltung usw. geschaffen haben, die Industrie leiten usw. In dieser Verwaltung bürokratische Auswüchse bestehen, so verbergen wir diese Übel nicht, sondern entlarven es und kämpfen dagegen an. Wer wegen des Kampfes gegen die Auswüchse der neuen Ordnung ihren Inhalt vergißt, der vergißt, daß die Arbeiterklasse einen Staat vom Sowjettypus geschaffen hat und leitet, der kann einfach nicht denken und schwätzt einfach daher. Aber die Kräfte der Arbeiterklasse sind nicht unbeschränkt. Wenn jetzt der Zufluß von frischen Kräften aus der Arbeiterklasse schwach, manchmal sehr schwach ist, wenn trotz allen Dekreten, Aufrufen und trotz aller Agitation, trotz allen Befehlen über die „HERANZIEHUNG VON PARTEILOSEN“ der Kräftezufluß dennoch schwach ist, so heißt es zum leeren Phrasendreschen hinabsinken, wenn man hier mit einer Deklamation über den „UNGLAUBEN AN DIE KRÄFTE DER ARBEITERKLASSE“ antwortet. (Das hatte Paul Levi den Bolschewiki vorgeworfen). Ohne eine gewisse Atempause gibt es diese neuen Kräfte nicht; anders als langsam werden sie nicht anwachsen; anders als auf der Grundlage einer wiederhergestellten Großindustrie (d. h. genauer und konkreter gesagt auf der Grundlage der Elektrifizierung) können sie nirgendwoher kommen. Nach den ungeheuren, in der Welt noch nicht dagewesenen Anstrengungen braucht die Arbeiterklasse in einem kleinbäuerlichen zerrütteten Lande, eine Arbeiterklasse, die in großem Maße unter der Deklassierung gelitten hat, eine Spanne Zeit, damit neue Kräfte heranwachsen, sie stärken können, damit die alten und verbrauchten Kräfte „REPARIERT“ werden können.*

*Die Schaffung des militärischen und staatlichen Apparates, der imstande war, die Prüfungen von 1917 bis 1921 siegreich zu bestehen, ist eine große Sache, die die realen (nicht die in der Deklamation von Schreibern bestehenden) „KRÄFTE DER ARBEITERKLASSE“ beschäftigt, erfaßt und erschöpft hat. Man muß das begreifen, und mit der Notwendigkeit, richtiger der Unvermeidlichkeit eines verlangsamten Zuwachses neuer Kräfte der Arbeiterklasse rechnen.«*

Lenin, der die Errungenschaften und Leistungen der Arbeiterklasse Rußlands gegenüber der reformistischen Kritik mit dem größten Nachdruck betonte, vermied es also gleichzeitig, **diese Arbeiterklasse zu idealisieren, ihre Schwächen zu verschweigen**. Er wußte, daß die kommunistische Partei mit der Rückständigkeit Rußlands rechnen mußte, aber im Unterschied zu Stalin dachte er nicht daran, dieser Rückständigkeit Konzessionen zu machen und sich mit ihr abzufinden. In seinem Kampf gegen den Bürokratismus verwechselt Lenin keinesfalls Bürokratie und Bürokratismus, wie das Trotzki fortwährend tat. Lenin wandte sich nicht gegen die Schaffung eines Berufsbeamtentums, ohne das der Sowjetstaat damals nicht existieren konnte, wie er es auch heute nicht entbehren kann. Wogegen Lenin auftrat, waren bürokratische Methoden, waren Tendenzen der Sowjetbeamten, ihre Macht zu mißbrauchen, waren Versuche, in ihrer Arbeit, in ihrem Verhältnis zu den Massen Methoden beizubehalten, die im zaristischen Rußland üblich waren, und die den Anforderungen einer entwickelten Kultur und erst recht den Grundsätzen der proletarischen Demokratie, dem Wesen des proletarischen Staates und seinen sozialistischen Zielen widersprechen.

Für die Gestaltung des Sowjetapparates war und ist aber die Tätigkeit der kommunistischen Partei, der regierenden Partei des Sowjetstaates, entscheidend. Der Bürgerkrieg und die durch ihn bewirkten Veränderungen des Zustands der Arbeiterklasse Rußlands hatten auch die Zusammensetzung der KPdSU wesentlich beeinflußt. In einem Brief an Molotow vom 26. 3. 1922 schrieb Lenin: *»Es besteht kein Zweifel darüber, daß unsere Partei jetzt der Mehrheit ihrer Mitgliedschaft nach nicht genügend proletarisch ist... Wenn man die Augen für die Wirklichkeit nicht verschließen will, so muß man zugeben, daß gegenwärtig die proletarische Politik der Partei nicht durch ihre Zusammensetzung bestimmt wird, sondern durch die ungeheure, ungeteilte Autorität jener dünnen Schicht, die man die alte Parteigarde nennen kann. Es genügt ein kleiner innerer Kampf in dieser Schicht, und ihre Autorität wird, wenn nicht untergraben, so jedenfalls so geschwächt werden, daß die Entscheidung nicht mehr von ihr abhängen wird.«*

Als Lenin das schrieb, bestand nur eine Minderheit der Parteimitglieder aus Betriebsarbeitern, die noch in der Produktion tätig waren. Der größte Teil der Parteimitglieder bekleidete Posten im Staatsapparat, in der Armee usw., was natürlich unvermeidlich war, denn die Aufgaben der Verwaltung eines Riesenlandes brachten es mit sich, daß jedes Parteimitglied, das nur irgend einigermaßen fähig war, ein Amt für die proletarische Diktatur auszuüben, dazu verwandt wurde. In seinem Referat auf dem zweiten Parteitag der KPdSU am 27. 3. 1922 sagte Lenin: *»Wenn wir Moskau nehmen – 4700 verantwortliche Kommunisten – und wenn wir diese bürokratische Maschine, diese Masse nehmen, wer führt dann wen? Ich zweifle daran, daß man sagen könnte, daß die Kommunisten diese Masse führen. Wenn man die Wahrheit sagen soll, so führen sie nicht, sondern sie werden geführt.«*

In seiner Rede auf dem vierten Kongreß der KI schildert Lenin den Sowjetapparat mit den folgenden Worten:

*»Oben haben wir, ich weiß nicht wie viele, aber ich glaube sicher, nur einige tausend, im Maximum einige Zehntausend der Unserigen, unten dagegen haben wir Hunderte*

*von Tausenden alter Funktionäre vom Zaren, aber auch von der bürgerlichen Gesellschaft übernommen, die teils bewußt, teils unbewußt gegen uns arbeiten.»*

In seinem Artikel »Lieber weniger aber besser« stellt Lenin fest: »Bürokratie gibt es bei uns nicht nur in den Sowjetinstitutionen, sondern auch in den Parteiinstitutionen.«

Es würde zu weit führen, Lenins ständigen Kampf auf Grund einer genauen Analyse der Zustände in der SU und der KPdSU noch breiter darzustellen. Er machte den Vorschlag, das ZK zu vergrößern, befürwortete eine Reform der Arbeiter- und Bauern-Inspektion und die Schaffung einer besonderen zentralen Kontrollkommission zur Kontrolle des ZKs der Partei. Er forderte von dieser zentralen Kontrollkommission: »Zu den Vorteilen wird man auch hinzurechnen müssen, daß in unserem ZK der Einfluß rein persönlicher und zufälliger Umstände abnehmen und damit die Gefahr einer Spaltung verringert wird. Unser ZK ist zu einer streng zentralisierten, hochautoritativen Gruppe geworden, aber die Arbeit dieser Gruppe ist nicht in die Bedingungen gestellt worden, die ihrer Autorität entsprechen. Diesem soll die von mir vorgeschlagene Reform helfen, und die Mitglieder der zentralen Kontrollkommission, die verpflichtet sind, in einer bestimmten Anzahl an jeder Sitzung des Politbüros teilzunehmen, müssen eine geschlossene Gruppe bilden, die „OHNE ANSEHEN DER PERSON“ darauf sehen muß, daß die Autorität von niemandem sie hindern kann, eine Anfrage zu stellen, Dokumente zu kontrollieren und überhaupt unbedingte Informierung und die strengste Regelmäßigkeit in allen Sachen zu erreichen.«

Aus diesen Beweggründen ist das Dokument zu verstehen, das unter dem Namen »Lenins politisches Testament« bekannt geworden ist. In diesem Dokument, das am 25. Dezember 1922 niedergeschrieben und am 4. Januar 1923 mit einem Nachwort versehen wurde, stellte Lenin eingangs fest, daß »unsere Partei sich auf zwei Klassen« stützt, daß im Falle von Konflikten zwischen diesen beiden Klassen, nämlich dem Proletariat und der Bauernschaft eine Spaltung unvermeidlich sei. Lenin fährt dann fort: »In einem solchen Falle würden keinerlei Maßnahmen eine Spaltung verhindern können, aber ich glaube, daß das eine zu ferne Zukunft und ein zu unwahrscheinliches Ereignis ist, um davon zu reden. Ich denke an die Stabilität (des Zentralkomitees) als Garantie gegen eine Spaltung in der nahen Zukunft, und ich will eine Reihe von Betrachtungen rein persönlichen Charakters anstellen. Ich denke, daß der grundlegende Faktor für die Sache der Stabilität von diesem Standpunkt solche Mitglieder des Zentralkomitees wie Stalin und Trotzki sind. Die Beziehungen zwischen ihnen stellen meiner Meinung nach eine gute Hälfte der Gefahr einer Spaltung dar, die vermieden werden kann und deren Vermeidung meiner Ansicht nach durch die Vermehrung der Zahl der Mitglieder des Zentralkomitees auf 50 oder 100 gefördert werden kann.

Genosse Stalin hat dadurch, daß er zum Generalsekretär geworden ist, eine ungeheure Macht in seinen Händen konzentriert, und ich bin nicht sicher, daß er es immer versteht, diese Macht mit der nötigen Vorsicht zu benutzen. Andererseits zeichnet sich Genosse Trotzki, wie das sein Kampf gegen das ZK in Verbindung mit der Frage des Volkskommissariats für Verkehrswesen bewiesen hat (gemeint ist die Gewerkschaftsdiskussion der Jahre 1921/22) nicht nur durch seine besonderen Fähigkeiten aus – persönlich ist er sicher der fähigste Mann im gegenwärtigen ZK – sondern auch durch sein zu weit gehendes Selbstvertrauen und durch die Neigung, sich zu sehr von der rein administrativen Seite der Dinge hinreißen zu lassen. Diese beiden Eigenschaften der beiden fähigsten Führer des gegenwärtigen Zentralkomitees können ganz unschuldigerweise zu einer Spaltung führen, und wenn unsere Partei nicht Maßnahmen trifft, um ihr zuvor-

zukommen, kann eine Spaltung unerwartet entstehen. Ich will die anderen Mitglieder des Zentralkomitees nicht weiter in bezug auf persönliche Qualitäten charakterisieren. Ich will nur daran erinnern, daß die Oktober-Episode von Sinowjew-Kamenjew natürlich nicht zufällig war, aber daß das ebensowenig gegen sie ausgenutzt werden sollte, wie der Nichtbolschewismus von Trotzki.«

Nach einer Charakterisierung Bucharins und Pjatakoffs folgt dann im Leninschen Testament eine Nachschrift folgenden Inhalts: »Stalin ist zu grob, und dieser Fehler, der in den Beziehungen zwischen uns Kommunisten vollkommen zu ertragen ist, wird in dem Amt des Generalsekretärs unerträglich. Deswegen schlage ich den Genossen vor, einen Weg zu finden, um Stalin aus dieser Stellung zu entfernen und jemand anders zu ernennen, der sich in allen Beziehungen von Stalin nur durch Überlegenheit auszeichnet, der namentlich geduldiger, loyaler, höflicher, zu den Genossen aufmerksamer, weniger launisch ist usw. Diese Umstände können als eine unbedeutende Kleinigkeit erscheinen, aber ich denke, daß von dem Gesichtspunkt der Verhinderung einer Spaltung und von dem Gesichtspunkt der von mir oben behandelten Beziehungen zwischen Stalin und Trotzki dies keine Kleinigkeit ist oder eine solche Kleinigkeit, die eine entscheidende Bedeutung gewinnen kann.«



Große Schwierigkeiten bereitete den Verwaltungsbehörden die Versorgung der rasch wachsenden städtischen Bevölkerung mit Lebensmitteln.



# Das Parteiregime unter Lenin

In der offiziellen Literatur der KPdSU wird es so dargestellt, als sei das Parteiregime unter Stalin von Lenin geschaffen und als entspräche es den Auffassungen Lenins. Dabei wird insbesondere auf den auf Veranlassung von Lenin auf dem zehnten Parteitag der KPdSU 1921 angenommenen Beschluß hingewiesen, der die Fraktionsbildung innerhalb der Partei untersagt. Lenin trat allerdings für eine strenge Disziplin innerhalb der kommunistischen Partei ein; aber die kommunistische Disziplin ist eines, und die Unterdrückung der innerparteilichen Demokratie ist etwas ganz anderes. Das Verbot der Fraktionsbildung, d.h. der Schaffung dauernder, besonderer fraktioneller Organisationen innerhalb der Partei bedeutet keineswegs, daß Lenin, wie das später unter Stalin geschah, jeden Versuch der Kritik an der Parteilinie und der Tätigkeit und Politik der Parteiführung als Fraktionsmacherei bezeichnete. Der betreffende Beschluß des zehnten Parteitages wurde nach einer sehr gründlichen und umfassenden Parteidiskussion über die Gewerkschaftsfrage gefaßt. Diese Diskussion hatte zur Herausbildung einer Reihe von Gruppierungen in der KP geführt, darunter der sogenannten Arbeiteropposition, die unter dem Vorwand der innerparteilichen Demokratie Forderungen aufstellte, die der Einheit und dem politischen Wesen der KP widersprachen. So forderte die Arbeiteropposition nicht nur das Recht auf freie Diskussion, sondern auch das Recht auf die materielle Unterstützung der Literatur der innerparteilichen Strömung, **d.h. nicht nur die Möglichkeit der Diskussion in den allgemeinen offiziellen Organen der Partei, die unter Lenin stets gesichert war**, sondern praktisch die Legalisierung von Sonderorganisationen mit eigener Presse im Rahmen der Partei. Die Umstände muß man berücksichtigen, um den Beschluß des zehnten Parteitages gegen die Fraktionsbildung zu begreifen. Im Statut der KP steht heute noch in der Neufassung von 1934, daß eine breite Diskussion im Unionsmaßstabe dann als notwendig anerkannt werden kann, wenn: »a) diese Notwendigkeit mindestens von einigen örtlichen Parteiorganisationen im Gebiets- oder Republikmaßstab anerkannt wurde; b) wenn innerhalb des ZK keine genügend feste Mehrheit in den wichtigsten Fragen der Parteipolitik vorhanden ist; c) wenn das ZK trotz Vorhandenseins einer festen Mehrheit im ZK, die einen bestimmten Standpunkt einnimmt, es dennoch für notwendig hält, die Richtigkeit seiner Politik durch eine Diskussion innerhalb der Partei nachzuprüfen.«

Diese Bestimmungen des Parteistatuts sind unter Lenin nie toter Buchstabe gewesen. Selbst in äußerst schwierigen und für die proletarische Diktatur gefährlichen Situationen, wie z.B. vor dem Brester Frieden und dem Kronstädter Aufstand, fanden allgemeine

Parteidiskussionen statt. Lenin ließ abweichende Meinungen, die er als falsch ansah, zum Ausdruck kommen, wenn sie wichtige Teile der Partei beeinflussten, um ihre Vertreter durch eine Diskussion möglichst zu überzeugen und so zu verhindern, daß die Genossen sich verrannt und in partei- und sowjetfeindlicher Richtung entwickelten. Heute wird die Geschichte der KPdSU verfälscht, um zu beweisen, daß diejenigen, die Stalin erschießen, verhaften oder sonstwie ausrotten läßt, schon immer von Anfang an Verräter, Feinde des Kommunismus, Agenten der Imperialisten usw. gewesen seien. Die Kritik, die Lenin zu verschiedenen Zeiten an Sinowjew, Kamenjew, Pjatakoff, Bucharin, Rykow und anderen geübt hatte, wird jetzt als Begründung dafür angeführt, daß diese nie wirkliche Bolschewiki und Leninisten gewesen seien. Die Tatsache bleibt aber bestehen, daß Lenin mit diesen angeblichen Verrätern, auch nachdem er mit ihnen Meinungsverschiedenheiten gehabt hatte, auf das engste in der Führung der Partei zusammenarbeitete und sie mit außerordentlich verantwortlichen Partei- und Sowjet-ämtern betraute.

Unter Lenin blieb die Disziplin auf das für die unmittelbare politische Aktion Notwendige beschränkt. Es fiel ihm nicht ein, die Parteimitglieder auf dem Gebiet der marxistischen Theorie durch Parteibeschlüsse zu »leiten«, oder besser gesagt, zu kommandieren. Lenin ließ es, wie das sein Kampf gegen Bogdanow und die anderen Machisten beweist, nicht zu, daß in der revolutionären Partei des Proletariats bürgerliche, antimarxistische Ideologien vertreten wurden. Aber innerhalb des Rahmens der marxistischen Grundsätze der Partei gewährte er der theoretischen Arbeit der Parteimitglieder volle Freiheit. Lenin, nach Marx und Engels der größte Theoretiker des wissenschaftlichen Sozialismus, war sich vollauf bewußt, daß der Versuch, die theoretische marxistische Arbeit durch Kommando zu regeln, sie mit einer von vornherein bestimmten Marschroute zu versehen, nur zum Verdorren der theoretischen Arbeit in der Partei, zu ihrer Verwandlung in scholastisches Wiederkäuen führen muß, daß es so unmöglich ist, irgendwelche neuen Resultate der marxistischen Forschung zu erreichen.

# Der Krieg und die Kriegspolitik

Die SU ist vielleicht hinsichtlich Tag und Stunde des Überfalls durch die Hitlertruppen überrascht worden, aber kaum durch den Überfall selbst. Wenn es anfangs große militärische Rückschläge und Niederlagen gab, so sicher nicht allein wegen der guten Vorbereitung der Offensive durch die deutsche Armee. Die Anfangsniederlagen waren auch eine Auswirkung der Köpfung der Roten Armee, die im Verlaufe der Vernichtung der alten bolschewistischen Garde in den Prozessen von 1937 und nachher stattgefunden hatte. Neue fähige Generäle und Offiziere konnten erst im Verlauf der Kämpfe sichtbar werden. Die Marschälle Woroschilow und Budjonny waren ganz stalintreu, aber den Aufgaben, die die Kriegführung an sie stellte, nicht gewachsen. Sie traten nach den schweren Niederlagen, die sie erlitten, in den Hintergrund, leisteten als Zweitrangige Dienste im Hinterland bei der Ausbildung neuer Truppen.

Die Veröffentlichungen der Sowjetunion über ihre Kriegführung, die uns zur Verfügung stehen, reichen nicht aus zu einer Analyse ihrer gesamten Kriegführung. Daß man im Krieg gegen Finnland im ersten Monat die Mannerheim-Befestigung in der Hauptsache mit Tanks im Frontalangriff zu überrennen hoffte, zeigt, daß sie aus den Erfahrungen des Kampfes zur Aufrollung der Maginotlinie in Frankreich nichts gelernt hatten. Die schweren Panzerdivisionen, im Baltikum am rechten, in den Karpaten am linken Flügel gegen den eventuellen Hitlerangriff aufgestellt, gelangten nicht zur Wirkung, wurden in den Rückzug gerissen, was zu großen Verlusten führte. Die starken Flügelstellungen lassen nur den Schluß zu, daß eine Flügeloffensive geplant war, die nicht zur Entwicklung kam. **Warum** – wird erst erklärt werden können, wenn ausreichendes Material vorliegt. Aber schon heute kann man sagen, die Aufstellung der Sowjetarmee bei Ausbruch des Krieges widerspricht der Erzählung, als habe der geniale Stalin von vornherein die strategische Absicht gehabt, Kutusow nachzuahmen, d. h. den Feind ins Land zu locken. Sollte dies wirklich der strategische Plan Stalins gewesen sein, dann bewiese das, daß Stalin nicht einmal die Kampfkraft der eigenen Sowjetarmee richtig einzuschätzen verstanden hätte. Kutusow verlor nicht so viel Bataillone wie Stalin Divisionen bei diesem Rückzug. Oder war die Katastrophe der gesamten Budjonny-Armee eine geplante?

Militärpolitisch interessant ist, daß erst mit der bürokratischen Polizeispitzelei in der Armee über die Kommandierenden aufgeräumt werden mußte, um die ersten erfolgreichen Gegenstöße bei Leningrad, Moskau und Rostow am Don zu ermöglichen. Die Produktion und Organisation der Etappe erfolgte bürokratisch. Die Kriegführung

selbst mußte den Bürokratismus erst sprengen, den Kommandanten und Frontoffizieren die erforderliche Bewegungsfreiheit lassen, um siegen zu können. Es war nicht die Fortsetzung der von Stalin eingeführten bürokratischen Militärpolitik, sondern der Bruch mit ihr, der zum Erfolg führte. Die ganze Kriegführung bestand vielmehr aus glücklichem Improvisieren, als aus einem allgemeinen die Gesamtlage übersehenden strategischen Plan. Stalins klarer aber enger Verstand erfaßte die Einzelheiten, aber nicht die Gesamtlage.

In kläglichem Licht erscheint Stalins Kriegspolitik, wie sie bei Beginn des Feldzuges gegen Finnland durch die Einsetzung Kuusinen als Statthalter für Finnland begann. Kuusinen kroch und kriecht vor der Stalinbürokratie, aber die finnischen Werktätigen krochen und kriechen nicht vor Kuusinen, auch wenn er von Stalin ernannt wurde.

Man kann den Angriff auf Finnland aus Gründen der Sicherung Leningrads für notwendig halten, wie den Überfall der deutschen Armee auf Belgien im ersten Weltkrieg. Die Propagandakomödie eines finnischen Angriffs auf die Sowjetunion ist aber noch läppischer als die Komödie Hitlers von dem angeblich angreifenden Polen. Auch das Vorrücken nach Polen, nachdem Hitler die polnische Armee besiegt hatte und vor Warschau stand, ist militärstrategisch als zweckmäßige Maßregel zu begreifen. Ob sie den Prestigeverlust wert war, lohnt sich heute nicht mehr zu untersuchen. Jedenfalls schlossen schon diese Anfangsmanöver der stalinschen Kriegspolitik eine revolutionäre Kriegführung aus. Stalin war der Gedanke der revolutionären Kriegführung von vornherein fremd. Mindestens seit 1934 (Sowjet-Frankreich-Pakt) hofft und wirbt er um ein Bündnis mit den Imperialisten gegen den Angriff der deutschen Imperialisten. Die diplomatischen Manöver, um die imperialistische Einheitsfront der europäischen Imperialisten gegen die SU zunichte zu machen, können im großen und ganzen als gelungen bezeichnet werden. Trotz München gelang es der SU, sich noch eineinhalb Jahre aus dem Krieg herauszuhalten und Hitler trotzdem den Zweifrontenkrieg nicht zu ersparen. Ob dies bei weniger großwahn sinniger Besessenheit Hitlers ebenfalls gelungen wäre, ist eine Frage, die nur aufgeworfen werden kann, um die Diplomatie des Allerweltgenies Stalins im richtigen Licht erscheinen zu lassen. Wie die Volksfrontpolitik und der Verrat an der spanischen Revolution diente auch der Umbau der Roten Armee den Zwecken des Koalitionskrieges mit den Imperialisten. Bis 1938 lautete der Schwur der Rotarmisten bei der Vereidigung: *»Ich schwöre, alle meine Taten und Gedanken dem großen Ziel der Emanzipation des Proletariats zu widmen und zu kämpfen für die Sowjetunion, für den Sozialismus und die Brüderschaft aller Völker.«*

Der Schwur der stalinschen Sowjetarmee lautet seit 1939: *»Ich schwöre, bis zu meinem letzten Atemzuge meinem Vaterland und der Regierung zu dienen.«*

Es war also alles von langer Hand für den vaterländischen, nicht für einen revolutionären Krieg vorbereitet. Nun, Verteidigung der Sowjetunion im vaterländischen Krieg ist **auch** Verteidigung des Sozialismus, des Staatssozialismus der Sowjetunion. Sowjetpatriotismus und nationale Beschränktheit schließt den Sowjetsozialismus ein, wie die Vaterlandsverteidigung in kapitalistischen Ländern ohne Revolution die Verteidigung des Kapitalismus einschließt. Daran ändert auch die patriotische Anrufung der mehr oder weniger talentvollen Heerführer des Zarentums nichts, die alle waschechte Reaktionäre waren. Stalin sagte in seiner Rede am 7. Februar 1941: *»Seid inspiriert in diesem großen Krieg durch die namhaften Ebenbilder unserer großen Vorväter: Alexander Newski, Dimitri Donski, Kuzma, Minin, Dimitri Bozhasky, Alexander Suworow, Michael Kutusow.«* Die imperialistische und sozialdemokratische Propaganda setzt Sowjetpatriotismus und Sowjetnationalismus dem kapitalistischen Patriotismus und Nationalismus gleich. Die

Herrschaften tun sehr gelehrt, indem sie auf die Tatsache hinweisen, daß die Herausbildung der Weltwirtschaft und des Weltmarktes die nationale Selbständigkeit im alten Sinne gegenstandslos mache und deshalb reaktionär sei. Die Nationen müßten sich deshalb Einschränkungen ihrer Souveränität gefallen lassen. Die Sozialdemokraten tun sich dabei besonders hervor, indem sie an die internationalen Prinzipien der Arbeiterbewegung erinnern, diese dem Internationalismus der Imperialisten gleichsetzen, aber in der Praxis mit ihrer Bourgeoisie zur Verteidigung der kapitalistisch-nationalen Interessen aufs engste zusammenarbeiten. Sogar die von den Vereinigten Staaten geforderte internationale Kontrolle der Atombombe wird damit begründet. Wie die Propaganda für die »Weltregierung« und die Herrschaft des amerikanischen Imperialismus.

Die Stalinkommunisten stellen dem nichts anderes gegenüber als die »Verteidigung der nationalen Souveränität«, auf die sie ebenfalls pfeifen, dort, wo sie die Macht haben, sie zu mißachten. Auch hierbei öffnen sie nur die Diplomatenpropaganda der Sowjetbürokratie nach.

Um Klarheit zu schaffen, genügt es nicht, die abstrakten Begriffe Nationalismus und Internationalismus in der blauen Luft der Begriffsscholastik zu diskutieren. Es gilt, diese Begriffe mit den heutigen Klassen- und internationalen Machtverhältnissen auf ihren Inhalt hin zu prüfen. Je nach der gegebenen historischen Lage ist der Inhalt der Begriffe Nationalismus oder Internationalismus zu bestimmen. In der Periode des Kapitalismus der freien Konkurrenz und der Herausbildung unabhängiger nationaler bürgerlicher Staaten ergeben sich entsprechend den verschiedenen Klasseninteressen einerseits der Bourgeoisie, andererseits der Arbeiterklasse ganz verschiedene Standpunkte. Die Bourgeoisie braucht zum Aufbau ihrer kapitalistischen Wirtschaft den Schutz der nationalen Gemeinschaft gegenüber der Konkurrenz anderer Staaten oder Nationen. Nur als England das Industriemonopol besaß, militärisch durch seine Insellage geschützt, fordert es überall offene Türen, sprengt die verschlossenen mit Gewalt und läßt sogar die eigene Tür während der Dauer ihres Industriemonopols offen – mit der Navigationsakte hatte England seine Tür geschlossen, um sich die Schiffskonkurrenz solange vom Halse zu halten, bis es auch hier das Übergewicht besaß. Auf Grund der industriellen und finanziellen Übermacht fordern heute die Vereinigten Staaten überall die offene Tür für ihre Waren und ihr Kapital, allerdings ohne ihre eigenen Zoll- und anderen Schranken zu beseitigen. Diese Offene-Tür-Politik ist der Internationalismus des Kapitalismus und Imperialismus. Der Kosmopolitismus einer engen Schicht Intellektueller aber hatte und hat keine ökonomische Basis und heute keinerlei praktische Bedeutung mehr.

Der Internationalismus der Arbeiterklasse entspringt dem Gegensatz zur eigenen Bourgeoisie und der Notwendigkeit, ihren Klassenkampf gegen die heimische und fremde Bourgeoisie mit der Arbeiterklasse der anderen Länder zu koordinieren. Schon in den Tageskämpfen um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen im Rahmen der kapitalistischen Ordnung ist das Zusammenwirken der Arbeiter der verschiedenen Länder über die nationalen und Staatsgrenzen hinaus notwendig. Der revolutionäre Machtkampf der Arbeiterklasse erfordert höchste internationale Solidarität. Daß die europäische Arbeiterklasse revolutionäre Solidarität gegenüber der Sowjetunion nur in der Periode des Bürgerkrieges praktisch bekundete, nicht mehr für den späteren schwierigen Aufbau der sozialistischen Wirtschaft, ist entscheidend für die Entwicklung der nationalen Beschränktheit der Sowjetwerk tätigen. Diese auf sich selbst angewiesenen Sowjetwerk tätigen verzichten jetzt auf die internationale Solidarität gegenüber ihren Klassenbrüdern in kapitalistischen Ländern und beschränken sich auf den Ausbau der sozialistischen Wirtschaft im isolierten Sowjetstaat.

Löst man die Fragen des Nationalismus und Internationalismus vom heutigen Untergrund, dem Machtkampf zwischen sozialistisch-revolutionärem Weltsektor und kapitalistisch-imperialistischem, so führt dies zu den Interessen der Arbeiterklasse entgegengesetzten, schädlichen Schlußfolgerungen. Sowjetpatriotismus ist trotz nationaler Beschränkung Verteidigung des Sozialismus. Verteidigung der eigenen Nation in nicht-sozialistischen Staaten ist Verteidigung des Kapitalismus und Imperialismus. Die Zusammenfassung der kapitalistischen Staaten unter dem amerikanischen Imperialismus ist kein Bündnis gleichstarker Partner. Die Vereinigten Staaten überwiegen an ökonomischer und finanzieller Kraft alle anderen zusammengenommen. Die USA beherrschen alle anderen kraft dieser Überlegenheit.

Im sozialistischen Lager beherrscht heute die SU ebenfalls alle anderen Länder, die sich in der Richtung zum Sozialismus entwickeln. Aber hier geht die Entwicklung umgekehrt wie im imperialistischen Lager. Jugoslawien, China, die anderen Länder in verschiedenen Stadien der Entwicklung zum Sozialismus entwickeln sich gleichzeitig in demselben Maße zu größerer nationaler Selbständigkeit, als sie fähig sind, im sozialistischen Aufbau voranzuschreiten. Der konterrevolutionäre Druck der Vereinigten Staaten auf alle Länder des sozialistischen Sektors zwingt sie zu stärkerer Anlehnung an den Starken, die SU. Wird der Druck stärker, dann wird die Ein- und Unterordnung unter die SU zwangsläufig stärker. Wird der kapitalistische Druck schwächer, wächst die Selbständigkeit gegenüber der SU. In dem Weltkampf zwischen SU und USA verteidigen die Verbündeten der SU nicht nur die Sowjetunion, sondern auch den Sozialismus. Die Verbündeten der USA verteidigen nicht ihre nationale Unabhängigkeit, sondern die Vorherrschaft des amerikanischen Imperialismus über ihre eigene Nation. Gegenüber dem imperialistischen Internationalismus ist die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und Selbständigkeit durchaus in Ordnung.

Aus diesen sowjetpatriotischen, d.h. nationalbeschränkten, die internationalen Aufgaben preisgebenden Auffassungen der Sowjetbürokratie sind schwere konterrevolutionäre Wirkungen entstanden. Schon gleich nach dem Überfall der deutschen Armeen im August 1941 erklärte Maisky, der Sowjetbotschafter in England: »Die Zuteilung von Ostpreußen zu Polen, welche von beiden gewünscht wird, von Polen und Rußland, kann nur durchgeführt werden unter Verletzung des Willens der ansässigen Bevölkerung.«

Das war der Begleittext der russischen Diplomatie zur Atlantik-Charta gleich bei Eintritt in den Krieg. Die Annexion Ostpreußens gegen den Willen der Bevölkerung, d.h. die Mißachtung der kommunistischen Prinzipien der Selbstbestimmung der Völker, bestand demnach von vornherein. Sie setzt das Bündnis mit den Imperialisten auch nach Kriegsende voraus. Gleichzeitig vertritt die Sowjetbürokratie die Losung vom antifaschistischen Krieg der freien demokratischen Völker.

In dem Buch von Richard Lauterbach »Dies sind die Russen« werden einzelne aufschlußreiche Gespräche wiedergegeben, die Lauterbach während des Krieges mit Russen in der SU geführt hat, welche die Stimmung verschiedener Bevölkerungsschichten wiedergeben. Sie werden glaubwürdig belegt, weil sie vollkommen der Politik von Browder entsprechen, welche er nach Unterredungen mit Stalin in den Vereinigten Staaten als Parteilinie der KP Amerikas befehlsgemäß durchführte. Lauterbach schreibt auf Seite 242: »Die Kommunisten erwarten eine lange Friedensperiode in Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten. Es ist notwendig, neue Aufmerksamkeit auf die fortgeschrittenen kapitalistischen demokratischen Länder zu wenden und im Schulunterricht der Sowjetunion einzuführen. A. Scherbakov, Mitglied des ZK, stimmte zu, sagte

aber, daß Lenins Imperialismus tief davon abweiche und P. F. Gudin, der Leiter der staatlichen Verlagsanstalt, ein prominenter russischer Ökonom und Verfasser der offiziellen Sowjetgeschichte des Marxismus erzählte mir: „ES IST ERWIESEN, DASS ES NICHTS IM MARXISMUS GIBT, WELCHES UNS NÖTIGT ODER VERHINDERT, MIT FORTSCHRITTLICHEN KAPITALISTISCHEN LÄNDERN ENG ZUSAMMENZUARBEITEN AUF ÖKONOMISCHEN UND KULTURELLEN GEBIETEN.“

Der großrussische Patriotismus und die Entdeckung der zaristischen Nationalhelden, womit Stalin den Krieg eingeleitet hatte, trieb allerlei patriotische Blüten bei den einzelnen Sowjetvölkern. Dener war nationaler Patriotismus nicht erlaubt. Das erste Opfer war die autonome Tartarenrepublik. Sie wurde gerügt, weil sie die goldene Horde und die Khan-Ideologie glorifizierte. Die Baschkiren wurden ebenfalls wegen ähnlicher nationaler Abweichungen gerügt, weil sie ihre feudalpatriarchalische Vergangenheit idealisierten. Einige Monate später trafen denselben Tadel die Kasachstaner wegen einer Arbeit ihrer Wissenschaftler und des Marx-Engels-Instituts. Sie hatten ihren militärischen Leitern den Rang »nationale Helden« verliehen.

Der Beginn des Krieges mit Japan wurde von Stalin als patriotischer Revanchekrieg gefeiert. In seiner Rede vom 6. September 1945 sagte er: »Die Niederlage der russischen Truppen im Jahre 1905 im russisch-japanischen Krieg hinterließ schmerzliche Erinnerungen in unserem Volk. Es war für unser Land ein dunkler Fleck. Unser Volk vertraut und wartet, bis der Tag wiederkommen wird, wenn Japan niedergeschlagen wird und der Fleck ausgetilgt werden wird. 40 Jahre haben wir Männer auf diesen Tag gewartet. Und jetzt ist der Tag gekommen.«

Wenn Stalin nicht nur an die Vergangenheit, sondern auch an die Zukunft denken könnte, würde ihm vielleicht dämmern, daß den aus den annektierten Gebieten östlich der Oder vertriebenen Deutschen und Sudetendeutschen ähnliche Gedanken kommen könnten, die sich einmal so auswirken könnten, wie Stalins Schmerzen über die japanischen Annektionen. Über Kampfbereitschaft der Soldaten und Sorgen der Zivilbevölkerung gibt Richard Lauterbach in seinem Buch »these are the russians« gute Stimmungsbilder. Er berichtet über ein Gespräch mit einem jungen General aus den Kämpfen von Sewastopol. Er fragt ihn nach der Ursache des Sieges und bekommt folgende Antwort: »Sie sehen, ich war wenig mehr als ein Knabe im letzten Krieg. Gegen Ende wurde ich eingezogen. Wir hatten keine Idee, warum wir kämpften. Wir waren Schlachtvieh in einem Schlachthause, kein Unterschied. Wenn unser Offizier fiel, war unser Impuls, wegzulaufen und uns zu retten. Wir wollten nicht sterben. Wir wußten nicht, warum wir sterben sollten. Jetzt sehen Sie den Unterschied. Jetzt sehen Sie, warum Sewastopol solange widerstand. Der moderne Rotarmist und Matrose hat gelernt, zu denken und zu handeln. Wir wissen, warum wir kämpfen. Wenn wir fallen müssen, wissen wir auch, warum das nötig ist.«

Ein Rötarmist, den Lauterbach befragt, wieso die Deutschen die letzten hundert bis zweihundert Meter in Stalingrad nicht nehmen konnten, antwortete: »Sie konnten sie nicht bekommen, wir konnten uns ja nicht zurückziehen.«

General Gurev sagte: »Unsere ganze Front war bei keinem Druck, den sie aushalten mußte, mehr als eine halbe Meile tief.«

In einem anderen Gespräch sagte ihm jemand: »Wenn der Krieg für Sie zu Ende ist, ist er vorbei. Für uns ist das Kriegsende nur der Anfang eines neuen harten Kampfes, und wir sind sehr müde.«

Man schätzt in dem ehemals von den Deutschen besetzten Gebiet über eine Million heimatloser Kinder. Das Volkskommissariat war außerstande, sie zu zählen. Die

kommunistische Partei ist durch den Krieg durch Eintritt von Kriegsteilnehmern verstärkt und verjüngt worden. Vor dem Krieg gab es 3,4 Millionen Parteimitglieder und sieben Millionen Komsomolzen. Im Krieg hat sich die Mitgliedschaft der Partei verdoppelt, die der Komsomolzen mehr als verdoppelt. Sie können fliegen, Tanks führen, schweißen, kennen die landwirtschaftlichen Preise, schreiben Symphonien usw. So berichtete ihm stolz ein Jungkommunist. Seite 270 schreibt Lauterbach auf Grund seiner Informationen: »Die gegenwertige Schulung der Sowjetbevölkerung in Bezug auf die Weltrevolution ist nicht größer als die der amerikanischen Soldaten.«

Ein junges Parteimitglied sagte ihm: »In Jugoslawien werden Titos Anhänger begeistert am Beispiel der Roten Armee und nicht durch Theorien von Marx und Engels.«

Auf Grund einer Umfrage sei 1937 festgestellt worden, daß zwei Drittel der Kolchosbauern noch religiös waren, unter den städtischen Einwohnern ein Drittel.

Der amerikanische Publizist Pearson berichtete über eine Geheimsitzung des Senatorenclubs, in welcher Harriman über Unzufriedenheit der Soldaten, die nach der SU heimkehrten, berichtete. Generäle und andere hohe Offiziere erhielten hohe Posten in der Regierung, Geheimpolizei, Gesandtschaften, sie seien jetzt die stärkste Kraft in der heutigen Sowjetunion.

Ein anderer Kriegsberichterstatter berichtete folgendes: »Als die Rotarmisten in Polen deutsche Kolonisten in idyllischen Bauernhäusern in komfortablen Wohnungen vorgefunden und sahen, wie friedlich sie lebten, wurden sie wild. Ihre Disziplin wankte, einige begannen zu plündern, zu rauben und zu morden. In Berlin allein desertierten Tausende. Die Kommandeure der Roten Armee wandten sich um Hilfe an die Briten, um sie aufzugreifen. Sie raubten und plünderten. Auch manche Offiziere waren nicht immun. Ein Major sagte: „ICH KANN MICH NICHT ENTSCHLIESSEN, HEIMZUGEHEN, WIEDER ARBEITEN UND ARBEITEN UND BÜROKRATISCHE TYRANNEI. HIER BIN ICH NOCH ETWAS, ABER ZU HAUSE HÖRT DAS AUF.“«

Professor Karl Brand, der im Auftrag der amerikanischen Regierung längere Zeit in Berlin war, sagte in einem Vortrag in San Franzisko am 19. Juli 1946: »Es ist eine nackte abscheuliche Wahrheit, daß der kommandierende General, der Berlin einnahm, einen Tagesbefehl ausgab, in dem er seinen Truppen die Stadt freigab und daß er später mündlich die Geltungsdauer des Befehls um eine Woche verlängerte und wiederholte, daß den Soldaten jeder Wertgegenstand und jedes Weib gehöre, das sie wünschten. Diesem Befehl folgte ein massenhaftes Plündern und Brandschatzen, an dem gemessen die Orgien der Japaner in Nanking ein Kinderspiel waren. Alle Häuser wurden nach Wertsachen abgesucht. Nähmaschinen, Schreibmaschinen, Radios, Telefone, Uhren, Juwelen, Pelze, Leinen verschwanden. Panzerschränke und Safes wurden in jeder Bank gesprengt, und der Inhalt fortgenommen. Es gab nicht viele Frauen in der Stadt, gleichviel welchen Alters, die der Vergewaltigung entgingen.« (Dies ist gewiß übertrieben, aber geschicktere Propaganda als die der SU.)

Der Propagandarummel, den die Russen mit den gefangenen Generälen machten, hat seine Wirkung auf die Soldaten und die Bevölkerung in Deutschland vollkommen verfehlt. Gegenüber der Seydlitz-Bande in Moskau bestand und besteht keinerlei Sympathie, im Gegenteil, die Arbeiter waren erschrocken von der Idee, daß diese Generäle sich in wichtigen Stellungen halten könnten. In den oberen Klassen zeigte man kein Mißtrauen oder Unruhe gegenüber dem Moskaukomitee. Die Arbeiter sympathisierten nicht einmal mit den hingerichteten Offizieren, die in das Hitler-Attentat verwickelt waren, nicht weil man sie als Verräter betrachtete oder aus Interesse für Hitler, sondern aus Haß gegen die Bande von Offizieren, die begeistert Mitarbeiter bei der Vor-



bereitung und Führung des Krieges waren und sich immer nur von ihren eigenen Herrschaftsinteressen geleitet sahen. Am 23. Mai 1945, dem Tag der Verhaftung der Dönitz und Konsorten, hatte Deutschland aufgehört, ein Staat zu sein. An seine Stelle traten vier Besatzungsgebiete, die zusammen als Kolonie Deutschland von fremden Mächten regiert werden. Es ist kein gewöhnliches Ereignis, daß ein großes Volk plötzlich ohne Staat dasteht. Der Grund des Verschwindens ist auch nicht alltäglich. Er mußte verschwinden, weil nach dem Verschwinden des Naziregimes Deutschland als bürgerlicher Staat überhaupt nicht mehr möglich war. Alle diese Grundlagen waren durch das Nazi-regime zerstört worden. Das Ende war das Nichts. Als Staat war nur noch ein völlig neues Deutschland, ein sozialistischer Staat möglich. Fremde Mächte traten an die leere Stelle, um den sozialistischen Staat zu verhindern. Dies ist der Zweck der langjährigen Besetzung. Ein sozialistisches Deutschland wäre die einzig sichere Garantie für die vollständige und endgültige Beseitigung imperialistischer Bestrebungen Deutschlands und entsprechend für den Sieg des Sozialismus in ganz Europa. **Diese Garantien können die kapitalistischen imperialistischen Sieger nicht anerkennen.**

Aber die Sowjetunion hat kein Interesse, die Entstehung eines sozialistischen Staates in Deutschland zu verhindern. Gewiß, aber sie ist nur eine der drei siegreichen Großmächte. Im Krieg mußte sie auf einen Kompromiß mit den imperialistischen Alliierten eingehen. Das schloß den Verzicht auf revolutionäre Kriegführung ein, falls sie nicht den Bruch riskieren wollte. Nach Beendigung des europäischen Krieges bestand das Bedürfnis der SU nach Kompromissen mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien weiter, wenn auch in anderer Form. Die Kräfte der Sowjetunion waren erschöpft, sie wollte Frieden mit den Verbündeten, nicht Mobilisierung der latenten revolutionären Kräfte gegen diese. Dieses Friedensbedürfnis um jeden Preis ist die Hauptquelle der Politik des Lavierens, der Tricks, des Betrugs und Selbstbetrugs.

Die Formel der bedingungslosen Kapitulation, welche die Sowjetunion mit angenommen hatte, richtete sich am Ende auch gegen die Sowjetunion, denn sie verhinderte jede revolutionäre Entwicklung im Innern Deutschlands. Eine Revolution mit Aussicht auf Verlust der Unabhängigkeit des Landes ist ein Ding der Unmöglichkeit. Sie kann weder die Masse der Werktätigen noch der Soldaten gewinnen. Die Methode der Ausnützung der gefangenen Offiziere und Generäle durch die Sowjetunion war ein weiteres Hemmnis für die Revolutionierung Deutschlands. Der revolutionäre Soldat kann nicht gegen seinen Frontoffizier kämpfen im Bunde mit zum Feinde übergelaufenen Offizieren. Der Gestapo- und SS-Terror wäre überwindbar gewesen, wenn der Revolutionierung der Massen nicht die Wurzeln abgeschnitten worden wären durch die geforderte bedingungslose Unterwerfung. Wenn die SU als Staat solche Kompromisse vielleicht nicht vermeiden konnte, so hätte die KPdSU die Pflicht gehabt, die kommunistische Partei in Deutschland auf ihre revolutionäre Aufgabe hinzuweisen und dabei zu unterstützen. Die Aufteilung Deutschlands in vier Zonen hätte die Sowjetunion nur verhindern können, wenn sie auf die Teilnahme an der Besetzung verzichtet hätte, zugunsten einheitlicher Besetzung durch die kapitalistischen Staaten. Eine einheitliche Besetzung durch die Sowjetunion war nicht möglich, weil zwei Drittel von Deutschland von den Imperialisten besetzt waren, als die Kriegshandlungen beendet waren.

# Nach dem zweiten Weltkrieg

Die Entwicklung der Sowjetunion bis zum zweiten Weltkrieg, die wir in den vorausgegangenen Abschnitten in ihren Hauptzügen zu schildern versuchten, zerfällt in drei Etappen:

1. Kampf um die politische Macht, Sturz des Zarismus und der kurzen bürgerlichen Regierung und Verteidigung der eroberten Macht im dreieinhalbjährigen Bürgerkrieg. Sie umfaßt die Jahre 1917 bis 1921. Es ist die Periode des Kriegskommunismus.

Die zweite Periode, die neue ökonomische Politik, beginnt 1921 und endet mit dem Aufbau der Wirtschaft und des Staates aus den Trümmern. Diese Wiederaufbauperiode dauert bis 1928. Die neue ökonomische Politik bedeutet die Wiederzulassung des Handels, der privaten Marktwirtschaft, des Bauern und kleinen Handwerkers. »*Staatskapitalismus*« unter der Kontrolle des sozialistischen Staates. Beibehaltung der Vergesellschaftung der Industrie, der Banken, des Außenhandelsmonopols sowie der staatlichen Kontrolle der Privatwirtschaft mittels ökonomischer und Zwangsmittel. Ab 1926 verstärkt sich der Druck der Staatskontrolle auf den Privathandel, der zurückgedrängt wird durch Staats- und Genossenschaftshandel.

Die dritte Periode beginnt mit dem Neuaufbau einer sozialistischen Industrie und kollektiven Landwirtschaft. Sie umfaßt die Periode der drei Fünfjahrespläne von 1929 bis 1941. Der dritte Fünfjahresplan wird durch den Kriegsausbruch unterbrochen.

Die Diktatur des Proletariats ermöglicht den Kampf gegen die kulturelle Rückständigkeit des Landes auf eine noch nie dagewesene Weise. Die Diktatur des Proletariats erschafft eine sozialistische Entwicklung, d. h., sie macht jeden erzielten Fortschritt in größerem oder geringerem Umfange zum Gemeingut. In der kapitalistischen Entwicklung verschärfen fast alle technischen und kulturellen Fortschritte die Gegensätze in der Gesellschaft, denn sie werden nur durch zeitweises Massenelend erkauft. Sie produzieren die Verschärfung des Gegensatzes der zwei Hauptklassen, Bourgeoisie und Proletariat. In der staatssozialistischen Wirtschaft werden durch die Fortschritte die politisch entmachteten Großgrundbesitzer und Kapitalistenklassen ökonomisch liquidiert. Die Kollektivierung der Bauern ist der erste Schritt zu ihrer Einbeziehung in die sozialistische Wirtschaft; ihre weitere Verwandlung aus kollektiven Warenproduzenten in Sowjetwerk tätige steht noch bevor.

Der Aufbau der sozialistischen Wirtschaft bedeutet nicht nur, daß die durch die kapitalistische Entwicklung vergesellschaftete Produktion eine gesellschaftliche (staatssozialistische) Leitung erhält, das Proletariat kapitalistische Großbetriebe übernimmt und im

gesellschaftlichen Interesse leitet, sondern sie schafft sie erst selbst. Infolge der kulturellen Rückständigkeit Rußlands entsteht in dieser Periode der Bürokratismus, d. h. die Tendenz zur Beseitigung der Kontrolle der Massen über ihre leitenden Funktionäre, zur Selbstherrlichkeit des Apparats, was dem Wesen der proletarischen Diktatur widerspricht. Diese Gefahr droht überall, kann durch Erkenntnis dieser Sachlage bekämpft oder gefördert werden. Wir haben gesehen, wie ihr unter Lenin entgegengewirkt wurde, und wie sie unter Stalin gefördert worden ist. Die Ursache dieses Widerspruchs liegt in der Tatsache, daß die Arbeiterklasse nach Eroberung der politischen Macht sich erst die Qualifikation zur Führung des Staates und der Wirtschaft aneignen muß. Der Kapitalismus hat im Proletariat als der unterdrückten Klasse nicht die Elemente zur Führung entwickelt, wie im Schoße der feudalen Gesellschaft die Elemente der kapitalistischen Wirtschaft vorgebildet worden waren. Das Privateigentum in Handwerk und Manufaktur konnte nach Sprengung der politischen Fessel des absoluten Staates und des Feudalismus sich frei entwickeln. Die freie Konkurrenz förderte lediglich die Auslese, stellte aber keine neuen Anforderungen als jene, die die Technik notwendig machte. Anders nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Sozialistische Wirtschaft bedeutet Planwirtschaft. Soweit durch Großbetriebsorganisation, Kartelle, Trusts etc. gewisse Elemente vom Kapitalismus herausgebildet wurden, geschah das außerhalb der Arbeiterklasse. Es entstand eine Wissenschaft der Betriebsorganisation, der Technik, zu deren Bewältigung sich der Kapitalismus eine besondere Schicht schuf, Betriebswissenschaftler, Ingenieure, Chemiker, deren auch die sozialistische Wirtschaft solange nicht entbehren kann, bis die Arbeiterklasse sich die Fähigkeiten angeeignet hat, die zur Selbstverwaltung der Wirtschaft und der Gesellschaft erforderlich sind.

In jedem Lande liegen die Dinge verschieden. In entwickelten kapitalistischen Ländern verfügt die Arbeiterklasse über die Fähigkeit, die Betriebsleitung, vielleicht auch auf lokaler Grundlage die Leiter der Wirtschaft und die Staatsfunktionäre zu kontrollieren. Das Maß von Arbeiterdemokratie oder Bürokratie hängt nicht von den Wünschen, sondern von den Qualifikationen der Werktätigen ab. Aus diesem realen Widerspruch zwischen der Aufgabe und der Kraft zur Lösung, muß die Form des sozialistischen Überbaues, Arbeiterdemokratie und Bürokratie begriffen und ausgekämpft werden.

Wir haben die Entwicklung und die Formen dieses Widerspruches während der drei Perioden bis zum zweiten Weltkrieg aufgezeigt. Wir fanden, daß eine 1950 33,5 Millionen Menschen zählende moderne Industriearbeiter- und Angestelltenschaft und Dutzende Millionen Kollektivbauern geschaffen worden sind, die alle nicht nur lesen und schreiben können, sondern auch technische Qualifikationen, Selbstverwaltung im Kolchos gelernt und ihr kulturelles Niveau weit über den barbarischen Ausgangspunkt gehoben haben. Das sind Qualifikationen, die 1917 bis 1928 fehlten, aber heute herangebildet sind. Damit verringert sich nicht nur die Notwendigkeit der bürokratischen Ausübung der Diktatur des Proletariats, sie wird zu einem Hemmnis der Entwicklung. In dem Maße, in dem die kulturell und technisch reifer gewordene Masse sich dessen bewußt wird, muß der Widerstand gegen den Bürokratismus wachsen. Da die Möglichkeit zu seiner Überwindung heranreift, entsteht auch die Kraft zu diesem Widerstand. Über die Form, in der dieser Kampf sich abspielen wird, läßt sich noch nichts aussagen. Eine Abschwächung, wenn man will eine Milderung der Bürokratenwirtschaft, läßt sich bereits in der Umstellung von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft beobachten.

1945/46 haben eine Reihe von Maßregelungen aller Art, Absetzungen, Versetzungen, Strafen, Verweise, in den Reihen der leitenden Funktionäre in der Sowjetwirtschaft und im Staatsapparat stattgefunden. Aber es gab keine Todesurteile. Die Beschuldigungen,

die diesen Maßregelungen zugrunde lagen, sind meist, daß Produktionsziffern gefälscht wurden, um sich oder Freunden persönliche Vorteile zu verschaffen. Ähnliche Beschuldigungen erfolgten auch massenhaft in den Reihen der Funktionäre der Kolchoswirtschaft. Es wurden Fälle berichtet, wo Kolchosen sich während des Krieges Betriebe angegliedert haben, nicht juristisch, aber praktisch durch Zuteilung oder Verweigerung von Lebensmitteln. Fabrik- und Trustleitungen haben dabei mitgewirkt. Die Kolchosbauern, wie alle Bauern der Welt, haben sich während des Krieges bereichert. Die Geldreform, Umstellung des Rubel zehn zu eins, war eine finanzpolitische Maßregelung, um den Bauern dieses Fett wieder abzuschöpfen.

Die Sowjetbevölkerung wurde durch den Krieg aufs äußerste angestrengt und erschöpft. Sie hatte an und hinter der Front eine wesentliche Erleichterung ihrer wirtschaftlichen Lage nach Kriegsende erwartet. Sie hoffte auf Herabsetzung der Arbeitsanspannung, Hebung der Lebenshaltung, Entspannung des politischen Drucks. Millionen Soldaten hatten die höhere Lebenshaltung im Westen, die größere Freiheit des einzelnen kennengelernt. Zweifellos haben die Leistungen der Armee im Kriege, wie die der arbeitenden Bevölkerung im Hinterland, das Selbstbewußtsein gegenüber der Bürokratie erhöht. Aber die Hoffnungen auf Erleichterungen sind enttäuscht worden. Der neue Fünfjahresplan legt wieder das Hauptgewicht auf den weiteren Ausbau der Schwer- und Rüstungsindustrie. Das ist angesichts der sich verschärfenden Weltlage unvermeidlich. Im Rahmen des Möglichen wurde auch die Konsummittel-Industrieproduktion erhöht. Mit der ersten guten Ernte konnte dem Brotmangel abgeholfen, die Rationierung beseitigt, die Preise gesenkt und die Löhne erhöht werden, besonders die der niedrigst bezahlten Arbeiter. Aber die Gesamtlage hat dennoch wachsende Unzufriedenheit und Spannungen unter den Industriearbeitern und Kolchosbauern geschaffen. Die Prozesse gegen die leitenden Funktionäre sind ein Ablenkungsmittel – und kein neues. Neu ist die relative Milde, die Abschaffung der Todesstrafe. Ihre Wiedereinführung in begrenztem Umfang ist Folge der Verschärfung des politischen Druckes der außenpolitischen Lage und des Zwanges zu verstärkter Rüstung. Es herrscht Unzufriedenheit, aber es gibt kaum eine organisierte Opposition. Es ist formlose unorganisierte Unzufriedenheit, Auswirkung des gesteigerten Selbstbewußtseins und der Fähigkeit zu kritischer Einschätzung der Tätigkeit der Bürokratie. Aber es ist keine prinzipielle Gegnerschaft gegen das Sowjetregime, das in diesem schweren Krieg die Feuerprobe bestanden hat.

Objektiv sind dem Sowjetsystem angesichts der inneren und äußeren Lage des Landes sehr enge Grenzen zum Manövrieren gezogen. Das Land ist nach wie vor auf die eigenen Kräfte angewiesen. Die Demontagen und Reparationen haben einen mehr oder weniger großen moralischen, aber keinen wirtschaftlichen Effekt auf die schwer angespannte Sowjetbevölkerung gehabt. Unter diesen Bedingungen müssen in der Sowjetunion breite Massen in den Städten und auf dem Lande sich ernste Gedanken gegen die Methoden der Sowjetbürokraten heranzubilden. Größere oder kleinere Manöver werden den Drang zu Änderungen wenig zurückhalten. Desto mehr der steigende auswärtige Druck, der gerade die Nachdenklichen zwingt, sich mit dem Zwang der Vorbereitung zur neuen Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Umwelt abzufinden. Das mag der Bürokratie eine Atempause verschaffen. Wenn der Krieg vermieden werden könnte, nur eine kurze Zeit, wenn nicht, dann wird allerdings die Stellung der Bürokratie wieder stark. Soweit sind die Selbstverwaltungskräfte in der SU noch nicht herangewachsen, daß Kriegswirtschaft und Kriegführung unbürokratisch bewältigt werden könnten. Die höchstentwickelten kapitalistischen Länder bedürfen zur Kriegsausrüstung und Kriegführung ebenfalls verstärkter bürokratischer und diktatorischer Maßnahmen.

Diese Umstände bilden die Grundlage der Außenpolitik der Sowjetbürokratie, bei der die Masse der Sowjetmenschen ihrer bürokratischen Führung noch unkritisch folgt. Die Potsdamer Konferenz der drei Großen schloß mit einer Reihe von Beschlüssen, allerdings nur in Form von Vorschlägen ab. Es herrschte scheinbar Einigkeit. Die Londoner Konferenz der Außenminister der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs, der Sowjetunion und Chinas kam zu keinen offiziellen Beschlüssen. Sie endete mit der Feststellung der Uneinigkeit der Fünf. Die Ursache dieses Wechsels: Die Potsdamer Konferenz fand **vor** dem Ende des Krieges gegen Japan statt, die Londoner Konferenz kurz **nach** seinem Ende. Die gemeinsame Kriegführung gegen Japan zwang dazu, den Schein der Einigkeit aufrechtzuerhalten. Ein Monat nach Beendigung des Krieges genügte, sie aufzulösen (Atombombe gegen die SU). **An ihre Stelle trat der offene Kampf der Sieger untereinander.** Er dauert bis heute an. Gegenstand war und ist die Abgrenzung der Machtphären unter den drei Hauptsiegern. Dabei ging und geht es um die Abgrenzung der Herrschaftsgebiete zweier verschiedener gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Systeme. Es handelt sich nicht um Demokratie oder Nichtdemokratie, es handelt sich einerseits um die Machtverteilung zwischen dem englischen und amerikanischen Imperialismus und der Sowjetmacht, zwischen kapitalistischer und sozialistischer Machtsphäre, obgleich in den neuen Einflußgebieten der SU noch keineswegs die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse ganz abgeschafft waren oder heute schon abgeschafft sind. Der Kampf wird noch mit diplomatischen Mitteln ausgefochten. Der Eingriff der Amerikaner – getarnt von der UNO – in den Bürgerkrieg in Korea ist der erste ernste Konflikt, der bewaffnet ausgetragen wird.

Bei der Londoner Konferenz lag der Knüppel noch beim Hund. Nach den riesigen Opfern an Menschen und Gütern, der großen physischen und moralischen Erschöpfung, die der zweite Weltkrieg hinterlassen hatte, war und ist ein dritter Weltkrieg noch nicht möglich. Die entscheidende Rolle der Sowjetunion bei der Niederwerfung des deutschen, italienischen und japanischen Imperialismus hatte breiten Massen in den kapitalistischen Ländern großen Respekt vor der antikapitalistischen Kraft der Sowjetunion eingeflößt. Diese Massen konnten nicht von heute auf morgen in einen neuen Krieg für ihre Imperialisten gegen die Sowjetunion geführt werden. Dazu bedurfte und bedarf es der Zeit. So scheiterte der Versuch der Londoner Konferenz, die Sowjetunion mit diplomatischen Mitteln aus dem Balkan wieder zu verdrängen. Zwei Vorstöße stießen auf der Londoner Konferenz aufeinander, der britisch-amerikanische mit den Ansprüchen auf Internationalisierung der Donau, um die Balkanstellung der Sowjetunion zu untergraben. Der Vorstoß der Sowjetunion, weiter ins Mittelmeer einzudringen, durch die Forderung eines Einflußgebietes an den Dardanellen.

Bereits ein Jahr nach der Potsdamer Konferenz setzt der Kampf um die Auslegung der Beschlüsse ein. Das Schwergewicht des Kampfes der Sieger untereinander verlagert sich vom Balkan auf die Schlüsselstellung in Deutschland. Die Ansprüche der Sowjetunion auf die Dardanellen wurden abgewiesen, ebenso die Ansprüche der Anglosachsen auf Internationalisierung der Donau. Die Sonderinteressen der drei kapitalistischen Besatzungsmächte – Frankreich, England, Vereinigte Staaten – in Deutschland führten und führen zu allerlei Reibungen untereinander. Sie werden aber abgestumpft und letzten Endes auf den gemeinsamen Nenner des Kampfes gegen die Sowjetunion gebracht. Der Charakter des Klassenkampfes zwischen der Sowjetunion und den Imperialisten tritt immer stärker hervor. Die Potsdamer Beschlüsse forderten die Einheitlichkeit der deutschen Wirtschaft. Von den Westmächten wird dies als einheitliche kapitalistische Wirtschaft verstanden. Die Sowjetunion hat aber bereits die Struktur der Wirtschaft

ihrer Zone weitgehend den Bedürfnissen der Sowjetwirtschaft angepaßt und umgeformt. In der Frage der Demokratisierung wird klar, daß die Sowjetunion trotz aller Blockpolitik Entgegengesetztes versteht wie die Westmächte.

Was die politische Einheit Deutschlands betrifft, so huldigen ihr die Vereinigten Staaten und England mit Worten, verhindern aber jede Einheit durch Maßnahmen wie Abtretung des Saargebietes und Schaffung eines westdeutschen Staatenbundes. Molotow trat für ein zentralisiertes Deutschland ein, gleichzeitig für die Oder-Neiße-Grenze, gegen welche Byrnes protestierte, sie als nicht definitiv erklärte, aber sich so vage ausdrückte, daß auch definitiv hätte daraus werden können, falls Entsprechendes hätte eingehandelt werden können. In der Ostzone stützt sich die Sowjetbesatzung auf die sogenannte Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. In den Westzonen stützt sich England auf die SPD, die Vereinigten Staaten auf die CDU. Das deutsche Volk war und ist noch heute betäubt, handelt nicht, um seine eigenen nationalen und internationalen Interessen zu vertreten. Es ist keine Frage, daß das Interesse der Werktätigen die sozialistische und nicht die kapitalistische Orientierung fordert. Aber nicht als bloßes Objekt der Sowjetwirtschaft, sondern als selbständiger, gleicher, mitbestimmender Teil eines sozialistischen Ganzen. Nationale Selbstbestimmung setzt Räumung und Rückgängigmachung aller Annektionen voraus.



*Ukrainische Flüchtlinge im ersten Kriegswinter.*

# Stalin über die internationale Lage 1946

Stalin trat nach dem Krieg in außenpolitischen Fragen nur selten an die Öffentlichkeit. Am 24. September 1946 gab er Alexander Weerth, dem Moskauer Korrespondenten der Londoner »Sunday Times« ein Interview aus Anlaß des Auftretens des amerikanischen Staatssekretärs Wallace. Dieser war von Truman zum Rücktritt gezwungen worden, weil er für eine Politik des Entgegenkommens an die Sowjetunion und für eine Abgrenzung der amerikanischen Außenpolitik von der des britischen Imperialismus eingetreten war. Der erzwungene Rücktritt von Wallace bedeutete die Fortsetzung des allseitigen und andauernden Drucks auf die Sowjetunion in enger Verbindung mit dem britischen Imperialismus. Der Zweck des Interviews war, innenpolitisch den Druck gegen die anti-sowjetische außenpolitische Linie der Vereinigten Staaten und Großbritanniens zu verstärken, dieser Politik wesentliche Trümpfe aus der Hand zu schlagen. Die wichtigsten Punkte des stalinschen Interviews waren folgende: *»Er, Stalin, glaubte nicht an die Gefahr eines neuen Krieges, davon sprechen nur politische und militärische Abenteurer. Der Zweck solcher Reden sei, die Gegenseite bei Verhandlungen einzuschüchtern, die Herabsetzung der militärischen Ausgaben im eigenen Lande zu verhindern, die Demobilisation zu verzögern, um das Steigen der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Eine reale Kriegsgefahr existiere heute nicht. Er glaube nicht, daß die Vereinigten Staaten und England eine Einkreisung der Sowjetunion zustande bringen, selbst wenn sie es wollten. Er könne nicht behaupten, daß sie es wollten.*

*Er halte die Besetzung Deutschlands als eine Waffe gegen Westeuropa und die Vereinigten Staaten für ausgeschlossen. Dies nicht nur wegen der bestehenden Bündnisverträge, sondern auch wegen der Entfernung von den grundlegenden nationalen Interessen der Sowjetunion. Die Frage Deutschlands sei lediglich die seiner Entmilitarisierung und Demokratisierung. Er hält eine länger dauernde freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den Westmächten für möglich, speziell zwischen der Sowjetunion und England.*

*Der rascheste Rückzug der amerikanischen Truppen aus China sei für den Frieden wesentlich. Die Atombombe sei nicht kriegsentscheidend. Die Erhaltung des Monopols der Atombombe sei eine Drohung, aber es gäbe zwei Mittel dagegen: erstens, daß das Monopol nicht lange dauern werde, zweitens, daß ihr Gebrauch verboten werde. Kommunismus in einem Land sei durchaus möglich, speziell in einem Lande wie die SU. Die Entwicklung der SU zum Kommunismus könnte die Zusammenarbeit mit anderen Staaten noch fördern.«*

Das Echo der Gegenseite war folgendes: die tatsächliche Außenpolitik der Sowjetunion fährt im bisherigen Geleise weiter. Die Erklärungen Stalins in seinem Interview sind also nur Täuschungsmanöver. Wir lassen uns dadurch nicht betrügen. Ehe wir den Kurs ändern, wollen wir zuvor eine wirkliche Änderung des Kurses der sowjetischen Außenpolitik sehen. Am größten sprach dies Eisenhower aus: Man müsse die Karten auf den Tisch legen und sich nicht gegenseitig betrügen.

Soweit die herrschenden Klassen der Gegenseite in Betracht kommen, hatte also das Interview Stalins nicht nur seinen Zweck verfehlt, sondern ihren Kurs eher verschärft. Sie glaubten diesen Erklärungen nicht und sahen darin ein Zeichen der Schwäche der Sowjetunion. Sie drückten von da an um so stärker auf greifbare Zugeständnisse. Die Hauptrichtungen des Drucks des angelsächsischen Blocks waren:

**Triest** – der Kampf um das Statut mit dem Ziel, den Einfluß der slawischen Bevölkerung möglichst auszuschalten.

**Griechenland** – Einsetzung der Monarchie unter dem Druck der englischen Besatzung, der Beschluß, daß Bulgarien an der griechischen Grenze abrüstet, Einschränkung der jugoslawischen Rüstung, diplomatische Druckmittel gegen Albanien.

**Dardanellen und Mittelmeer** – offizielle amerikanische Erklärung, daß die amerikanische Flotte dauernd im Mittelmeer bleiben werde zur Unterstützung der amerikanischen Politik. Diplomatische und militärische Stärkung der Türkei.

**Donauländer** – englisch-amerikanische Forderung einer internationalen Donaukonferenz, also nicht nur der Uferstaaten der Donau.

**Iran** – englische Truppen werden nach dem Irak an die iranische Grenze geschickt. Aufstand der Bakhtiaren und anderer Stämme Südirans, um ein Gegengewicht gegen Aserbeidschan zu schaffen.

**China** – die amerikanische Unterstützung Tschiangkaischecks ging weiter. Propaganda Eisenhowers und der amerikanischen Flotten- und Kriessekreteräre, daß die Vereinigten Staaten stark gerüstet bleiben müssen. Amerikanische Flottenmanöver in der Arktis. Ein amerikanisches Memorandum proklamiert die Politik der offenen Tür für die ganze Welt. Truman in der Kriegsschule von Westpoint betont ebenfalls die Notwendigkeit, daß die Vereinigten Staaten stark gerüstet bleiben und die Rolle der Militärs als »Führer« auch außerhalb des militärischen Gebiets. Die Erklärung Trumans, daß die englisch-amerikanische gemeinsame Generalstabsarbeit bis zum formellen Abschluß der Friedensverträge fort dauern werde. Anbahnung der wirtschaftlichen Vereinigung der englischen und amerikanischen Besatzungszone in Deutschland. Reise Montgomerys nach den Vereinigten Staaten, Eisenhowers nach Europa. Der Druck und die Demonstration des angelsächsischen Blocks gegen die Außenpolitik der Sowjetunion wachsen in der ganzen Welt.

Die offizielle Erklärung von der dauernden Zusammenarbeit der amerikanischen und englischen Flotte im Mittelmeer, die Reisen Montgomerys und Eisenhowers sind der klarste Beweis, daß dieser Block bereits als eine feste militärische Einheit funktioniert.



# Die Pariser »Friedenskonferenz«

Nach dem ersten Weltkrieg verhandelten die Siegermächte auf den Friedenskonferenzen, um auf Grund der Anerkennung der Kriegsergebnisse, der neugeschaffenen Machtverhältnisse, ein neues, stabiles Gleichgewicht der Mächte zu schaffen. **Die Pariser Konferenz wollte nicht die durch die Kriegsergebnisse des zweiten Weltkrieges geschaffenen internationalen Machtverhältnisse erhalten und befestigen, sondern ändern, soweit dies ohne neuen Krieg möglich ist.** Es ist für die Leser dieser Broschüre heute wohl nicht nötig, weitere Einzelheiten in Erinnerung zu bringen. Wichtig ist aber, den Unterschied zu 1918/19 festzuhalten, nämlich das Bestreben der kapitalistischen Mächte, den Stand der Machtverhältnisse nach Beendigung der Feindseligkeiten umzustößen. Das ist bestimmend für die internationale Politik bis heute und wird bestimmend für die weitere Zukunft sein.

Nach der Rückkehr von der Pariser »Friedenskonferenz« gab Senator Vandenberg folgende deutliche Erklärung ab: **»Wir wollen Sicherheit, daß die Sowjets nicht versuchen, eine kommunistische Welt zu schaffen.«** Wenn Byrnes sagte: **»Wir kämpfen überall in der Welt für die Freiheit«**, so ist der Sinn derselbe, denn gemeint ist die Freiheit für den Kapitalismus, keine Freiheit für den Sozialismus.

Die russische Antwort bestand in zwei Erklärungen Stalins an die United Press und der Rede Molotows bei der Eröffnung der UNO. Beide Erklärungen bezweckten, die anti-imperialistische und Antikriegsstimmung vor allem der arbeitenden Bevölkerung des gegnerischen Lagers zu mobilisieren. Stalin tat dies durch die Betonung der friedlichen Absichten Rußlands, seiner Bereitschaft zu einer länger dauernden Verständigung, und bestritt die Absicht, **das Sowjetsystem über die heutigen Grenzen hinaus auszu-dehnen.**

Der Abrüstungsvorschlag, den Molotow auf der UNO-Versammlung unterbreitete, gab dieser Linie der Propaganda eine schlagkräftige und volkstümliche Form.

Die Amerikaner stellten eine Menge Bedingungen für die »Abrüstung«, die ihre Durchführung unmöglich machen. Für sich selbst Atombombenmonopol – aber Kontrolle der anderen. Natürlich war und ist Abrüstung unter der heutigen Weltlage unmöglich, sie ist nur Taktik für die Aufrüstung.

Die Sowjetunion ist imstande, Produktionsmittel, Waren und Arbeitskräfte in unbegrenzten Mengen aufzunehmen. Die kapitalistischen Länder nicht. Die wirtschaftliche Vereinigung der englischen und amerikanischen Zone hat macht- und klassenmäßig den Zweck, eine Barriere gegen die SU aufzubauen, um die Ausdehnung ihres

Einflusses auf Westdeutschland zu verhindern und Vorbereitungen zu treffen, sie aus der Ostzone zu verdrängen.

Die Sowjetunion hatte für ihre Besatzungspolitik einen Plan. Die erste Etappe der Rußlandpolitik in Deutschland war:

1. So viel wie möglich an deutschen Produktionsmitteln, Fertigwaren, Arbeitskräften herauszuholen. Das geschah ohne jede Rücksicht auf den Wiederaufbau Deutschlands oder auf die Interessen der deutschen Werktätigen und auf die dauernden gemeinsamen Interessen beider Länder. Es war kurzsichtige Realpolitik. Man kann sie erklären, aber nicht rechtfertigen, als Quittung für die Raubpolitik der Nazis in Rußland. Sie war wirtschaftlich und politisch gleich kurzsichtig.

2. Gleichzeitig waren die Russen bestrebt, die industrielle Gesamtproduktion Deutschlands und besonders seiner Schwerindustrie möglichst niedrig zu halten. Das Motiv ist klar, das schwerindustrielle Potential ist Kriegspotential. Aber das Kernstück der deutschen Industrie, das Ruhrgebiet, ist in englischer Hand – gehört dem amerikanisch-britischen Block. Also auch in dieser Hinsicht war die Sowjetpolitik kurzsichtig. Es war vorauszusehen, und wir haben es vorausgesagt, daß sich diese Politik auf längere Sicht nicht halten wird.

3. Angesichts der auch vorauszu sehenden Wirkung der industriellen Abmontierung auf die deutsche Arbeiterschaft und mageren wirtschaftlichen Ergebnisse der barbarischen Methoden für die SU stoppte und versuchte man, aus der laufenden Produktion so viel wie möglich zu nehmen. Wieder ohne Rücksicht auf die deutschen Arbeiter und Werktätigen. Nötig und möglich war, die notwendigen Maßnahmen des gemeinsamen Wiederaufbaus durch die Interessen beider Länder bestimmen zu lassen, d. h. sich mit den deutschen Arbeitern darüber zu verständigen, statt als Eroberer zu diktieren und zu plündern. Durch die Rede Molotows im Oktober 1946 wurde eine Schwenkung dieser Politik um 180 Grad eingeleitet. Er trat in dieser Rede für eine starke und gesunde deutsche Industrie und einen zentralisierten Staat ein.

Die russischen Vorschläge waren: 1. Acht bis elf Millionen Tonnen Stahlproduktion statt der bisherigen fünf Millionen. 2. Erlaubnis der industriellen Produktion in Höhe von 70 bis 80 Prozent derer von 1938 statt 50 Prozent. 3. Recht der Sowjetunion, Rohstoffe zu liefern und von der deutschen Industrie verarbeiten zu lassen. 4. Jährliche Reparationen aus der laufenden Produktion von mindestens zwei Milliarden.

Man sah, daß die Engländer und Amerikaner sich nicht hindern ließen: Also wollte man sich selbst einschalten, um sich einen möglichst großen Anteil zu sichern. Das widerspricht nicht den Interessen der deutschen Werktätigen, obgleich der Vorschlag nicht im Interesse der deutschen Arbeiter gemacht wurde, sondern aus dem Bestreben, sich gemeinsam mit den Imperialisten die Ausbeutung Deutschlands zu teilen. Von Weitsicht zeugt auch diese »geplante« Besatzungspolitik der Sowjetunion kaum. Die deutschen Kapitalisten würden sich gewiß mit Vergnügen unter den Schutz des anglosächsischen Kapitals begeben, solange dies das einzige Mittel ihrer Existenz ist.

An der Jahreswende 1946/47 war die Gesamtbilanz günstig für die Briten und Amerikaner, ungünstiger für die Sowjetunion. Im Mittleren Osten hatte der anglosächsische Block die sowjetfreundlichen Kräfte im persischen Aserbeidschan und Kurdistan geschlagen und den Einfluß der Sowjetunion in Persien geschwächt, den eigenen verstärkt. Die aktive Rolle spielte dabei England. In China erlangte Tschiangkaischeck mit Hilfe der Vereinigten Staaten einige Erfolge über die Kommunisten.

Der Versuch der Sowjetunion, in Afrika Fuß zu fassen, wurde verhindert. In Europa hatten keine großen Machtverschiebungen stattgefunden. Der Block der Engländer und

Amerikaner hatte sich fester zusammengeschlossen, das amerikanische Übergewicht war gewachsen. Die gemeinsame Generalstabsarbeit wurde weitergeführt: ein Programm einheitlicher Bewaffnung, Austausch von Offizieren, gemeinsame Nutzung der See- und Luftbasen, Zusammenarbeit der Flotten.

In den Kolonialländern war kein Versuch geglückt, sich vom Imperialismus zu befreien. Die Vereinigten Staaten buchten als Erfolg einen Handelsvertrag mit Tschiangkaischeck-China.

Im Einflußgebiet der Sowjetunion hatten weitere Annäherungen an das wirtschaftlich-politische System der Sowjetunion stattgefunden. Innenpolitisch hatten in den Vereinigten Staaten die Republikaner im Kongreß und Senat die Mehrheit erobert. In Frankreich und Italien sehen wir die Polarisierung der Klassenkräfte: der Bourgeoisie in der Richtung zum Faschismus, des Proletariats um die kommunistische Partei. In England wachsende Kritik der englischen Arbeiterklasse an der englischen Außenpolitik. In Europa eine Entwicklung nach »links«. In den Vereinigten Staaten nach »rechts«.

Die Verhandlungen auf der Londoner Vorkonferenz Anfang 1947 über die Friedensverträge mit Österreich und Deutschland blieben ergebnislos. Amerika schlug anstelle eines Friedensvertrages mit Deutschland ein internationales Statut vor. Vorbild eines solchen Statuts liefert die englische Kolonialpolitik. Die Verhandlungen über den Frieden mit Deutschland standen und stehen im Zeichen der grundlegenden Gegensätze zwischen Kapitalismus und Sozialismus und gewisser Gegensätze unter den Großmächten selbst. Es ist der Kampf um das Übergewicht zwischen Sozialismus und Kapitalismus in Europa.

Die Sowjetunion hat in ihrer Zone Deutschlands eine Reihe »vollendeter Tatsachen« geschaffen.

1. Die Annexion umfassender deutscher Gebiete in Polen. 2. Die Demontage zahlreicher Industrieanlagen und ihren Abtransport, zum Teil mit den dazugehörigen Arbeitern, Technikern usw. nach der Sowjetunion. 3. Zusammenfassung der wichtigsten Teile der restlichen Industrie der Ostzone zu einem großen einheitlichen Trust, der in den Fünfjahresplan eingegliedert ist. Dies schließt die Enteignung der deutschen Kapitalisten ein, aber nicht die Aneignung durch die deutschen Arbeiter. Die Sowjetunion verfügt selbstherrlich über die deutsche Industrie der Ostzone und den größten Teil der laufenden Produktion für Reparationsleistungen. 4. Die Enteignung des junkerlichen Großgrundbesitzes und seine Aufteilung unter deutsche Bauern, Landarbeiter und Heimatvertriebene – unter weitgehender Lieferungspflicht an die Besatzungsbehörden.

Es besteht die Lücke zwischen der Entmachtung und Enteignung der herrschenden und und besitzenden Klassen in der Ostzone und der Machtübernahme und Aneignung durch die deutschen Arbeiter und Werktätigen. **Ehe diese Lücke nicht geschlossen ist, ist die »deutsche Frage« vom Standpunkt der deutschen Arbeiter nicht gelöst. Es ist erst die halbe Lösung.**

Ohne einheitliche zentralisierte Wirtschaft ist ein einheitlicher zentralisierter Staat unmöglich.

England muß Griechenland abtreten und Amerika die konterrevolutionäre Arbeit überlassen. Damit setzt sich Amerika in einem alten britischen Einflußgebiet fest, weil England nicht mehr die Kraft hat, es zu verteidigen bzw. zu erobern.

Am 12. März 1947 erklärt sich Truman für Hilfeleistung der Vereinigten Staaten an Griechenland und die Türkei. Man spricht von einer Truman-Doktrin im Sinne der Monroe-Doktrin. Die Monroe-Doktrin war für Generationen der leitende Gedanke der amerikanischen Außenpolitik. Ihr Inhalt bestand darin, den ganzen amerikanischen

Kontinent für fremde Eroberungen und Einflüsse zu sperren. Die Truman-Erklärung legt die innen- und außenpolitische Praxis fest. Sie läßt sich in dem Satz zusammenfassen: »Die Politik der Vereinigten Staaten muß sein, die freien Völker zu unterstützen, die Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten und dem Druck von außen zu widerstreben.«

Der Gegner, den die Botschaft bezeichnete, **ist der Kommunismus als Lehre und Praxis und die SU als Staatsmacht, die diese Lehren vertritt und auszubreiten versucht.**

Der Gegner wird gekennzeichnet durch »den Terror von Minderheiten« und durch »Totalitarismus«. Dem werden entgegengestellt »Demokratie« und die »freien Völker«. Die Vereinigten Staaten erklären sich als die **Welthüter** und **Weltverteidiger** der Demokratie, als **Weltgegner** des Kommunismus.

Die Mittel zur Durchführung sind: finanzielle, wirtschaftliche und militärische Unterstützung. Die Vereinigten Staaten beschränken sich nicht auf die Defensive. Es handelt sich vielmehr um den Aufbau der wichtigsten Offensivstellungen gegen die SU. Die Truman-Doktrin ist ein **militärisch-strategischer Aktionsplan**, alles andere ist Gerede, ideologische, politische Verkleidung und Propaganda. Das Wesen der Sache ist: Der amerikanische Kapitalismus übernimmt die Führung im Kampf um die Verteidigung der **bestehenden** kapitalistischen Gesellschaftsordnung gegen die sozialistischen und bürgerlich-demokratischen Revolutionen (China, Kolonien, Agrarrevolution). Das Kapital verlangt, wo es angewandt wird, »normale« Profite, Dividenden, Ruhe und Ordnung.

Trotz der riesigen Kapitalmacht werden die Vereinigten Staaten auf die Grenze stoßen, die ihre Hilfe für die »demokratischen Länder« der ganzen Welt erfordert.

Innenpolitisch erfordert das Programm Aufrüstung, was zum Abbau der sozialpolitischen Errungenschaften und des Lebensstandards der breiten Massen führt. Um dies zu erzwingen, wird der Kreuzzug für die internationale Demokratie zum Kreuzzug gegen die demokratischen Rechte der Werktätigen auch in den Vereinigten Staaten selbst. Die Kommunistenhetze schlägt in die Verfolgung **aller** Kritiker um.

**Die Moskauer Konferenz** der vier Außenminister, die dem Auftreten Trumans folgte, war eine widerliche Rauferei um die Ausplünderung Deutschlands. Jeder versuchte, das vom anderen Geraubte in der Bewertung heraufzusetzen, den eigenen Raub zu verkleinern. Was sind die erbeuteten Patente wert, die sich Amerika und England geholt haben? Die Russen veranschlagen sie auf Milliarden, die Briten und Amerikaner auf einige hundert Millionen Dollar. Es handelt sich bei den Patenten nicht um staatliches, sondern kapitalistisches Privateigentum.

Was hat die Sowjetunion herausgeholt? Der Hauptstreit geht um die Forderung von Reparationsleistungen aus der laufenden Produktion. Die Briten und Amerikaner lehnen sie schroff ab unter dem Vorwand, die Wiedererholung Deutschlands würde dadurch verhindert. Der wirkliche Grund ist: Das englische und amerikanische Kapital, das die entscheidenden Industrien in ihrem Gebiet beherrscht und ausbeutet, will die Russen nicht teilhaben lassen an den Gewinnen. Die Amerikaner sind hier entscheidend, denn nur sie können das Kapital liefern für den Wiederaufbau.

Vom Standpunkt des reinen Schachers sind die von der SU geforderten zehn Milliarden Dollar sehr bescheiden. Sie sind nur ein kleiner Bruchteil der russischen Kriegsschäden. Sie sind durch das Jalta-Abkommen garantiert. Aber die Anglosachsen haben das Ruhrgebiet und verfügen darüber. Moralische Ansprüche, im Vertrag verbrieft Rechtsansprüche? Das ist Firlefanz für Philister. Die Sowjetunion beruft sich auf die üblichen

Formen kapitalistischer Geschäftsmoral. Daß diese im welthistorischen Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit nicht gelten, nie gegolten haben, das hat die Sowjetbürokratie, haben die Epigonen Lenins »vergessen«. Die Diplomaten der Anglosachsen pfeifen auf die kapitalistische Geschäftsmoral, und die Sowjetrussen werden als die Geprellten ausgelacht. Die Vereinigten Staaten und England spielen sich noch als die Retter Deutschlands auf – und werden von Sozialdemokraten und anderen Spießern als solche begrüßt und gepriesen.

Statt auf das zu verzichten, um das die Sowjetunion von ihren Verbündeten geprellt wird, und sich direkt mit den deutschen Werktätigen zu verständigen und zu verbünden zum gemeinsamen Kampf gegen die Imperialisten, versucht sie krampfhaft, die gemeinsame Viermächtekontrolle zur Ausplünderung Deutschlands aufrechtzuerhalten oder wieder zu errichten. Betrogene Betrüger. Es gibt keinen anderen Ausweg aus der Sackgasse, in die die Sowjetbürokratie die Sowjetunion und die revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse hineinmanövriert hat, als die radikale Umkehr.

**Grundziel der anglo-amerikanischen Politik ist die kapitalistische Gegenrevolution in Europa, einschließlich der jetzigen Sowjetzone, bis zu Ende durchzuführen.** Es gibt keine kapitalistischen Verbündeten mehr für die Sowjetunion wie noch im zweiten Weltkrieg. Dies nicht begriffen zu haben, ist die historische Schuld der SU gegenüber der sozialistischen Weltrevolution. Nur die Millionenmassen der Arbeiterklasse und Werktätigen können und müssen diese ihre historische Aufgabe lösen. Ohne diese Kräfte der proletarischen Revolution ist die Sowjetunion nicht zu verteidigen. Im Bunde mit ihnen gibt es keine Macht der Erde, die die sozialistische Revolution und die mit ihr verbündete Sowjetunion besiegen könnte. Die Wirkung einer solchen Politik der SU würde eine gewaltige sein. Sie würde die gesamte deutsche Arbeiterklasse der Ost- und Westzone und weit über Deutschlands Grenzen hinaus um die Fahne der sozialistischen Revolution sammeln, Kleinbauern und Kleinbürger an die lebendige Kraft gewordene Arbeiterklasse heranziehen, die bisher nebst großen Teilen der Werktätigen und Arbeiter von der kurz-sichtigen Politik des isolierten sozialistischen Staates abgestoßen wurden. Manche mögen eine solche Wendung der Sowjetpolitik für illusorisch, für unmöglich halten. Die harten Tatsachen geben darauf eine deutliche Antwort. Die materiellen Ergebnisse der gemeinsamen Ausplünderungspolitik sind für die SU kümmerlich und zu Ende. Die Räumung der Ostzone und Übergabe der gesamten politischen Macht an die Arbeiterklasse, Kontrolle der Ostzonenbürokratie durch die Arbeiter und Werktätigen von unten, Verantwortlichkeit der Bürokratie für alle ihre Handlungen vor gewählten Volksgerichten – das ist die einzig mögliche Politik, die die Massen zum Kampf mobilisieren kann. Die diktatorischen Maßnahmen müssen beschränkt werden auf die Unterdrückung der Feinde der neuen Ordnung, und diese Unterdrückungsmaßnahmen selbst müssen durch die Werktätigen kontrolliert werden. Die Aburteilung wirklicher Saboteure und Schädlinge muß vor aller Öffentlichkeit und vor Volksgerichten der Werktätigen durchgeführt werden. Eine solche Politik würde die freiwillige, ja begeisterte Mitarbeit der Werktätigen einer deutschen Räterepublik mit der Sowjetunion schaffen. Alle zeitweiligen materiellen Einbußen werden aufgewogen. Deshalb muß Schluß gemacht werden mit dem Selbstbetrug der Volksblockpolitik. Man muß wagen, zu scheinen, was man ist: die deutsche Rätormacht im Stadium des Aufbaus der sozialistischen Wirtschaft und Gesellschaft. Man muß endlich darangehen, die Grundsätze des Manifestes der Buchenwalder Konzentrationslagergefangenen in die Praxis umzusetzen.

Die feindliche Gegenaktion der imperialistischen Mächte? Sie würde durch die sich dann ungehemmt entfaltende Aktion der Arbeiterklasse Deutschlands und der Proletarier

Englands, Frankreichs, Italiens in Schach gehalten werden. Was noch an einsatzfähigen konterrevolutionären Kräften der inneren Konterrevolution in Deutschland zu Hilfe kommen würde, müßte und könnte niedergekämpft werden. Das bedeutet keine Rückkehr der Sowjetunion zu 1917, sondern eine höhere Stufe. 1917 war die Sowjetunion schwach, die sozialistische Friedenspolitik – keine Annektionen, keine Reparationen, Selbstbestimmung der Völker – half die Sowjetunion retten durch die Sympathieaktionen, die diese kommunistische Politik für die Sowjetunion in der ganzen Welt ausgelöst hatte. Heute ist die Sowjetunion eine Weltmacht, ökonomisch und militärisch allen europäischen kapitalistischen Mächten überlegen. Sie kann sofort der englischen, französischen und italienischen Arbeiterklasse durch Zusammenarbeit auf sozialistischer Grundlage wirtschaftlich entscheidende Hilfe anbieten und geben, damit diese sich von der amerikanischen Abhängigkeit lösen könnten. 1917 konnte die Sowjetunion nichts dergleichen. Was damals ausschlaggebend war, war das ideell Große, die sozialistische Tat. Das ist heute durch die Politik national beschränkter Bürokraten des isolierten sozialistischen Staates vertan. Es muß wiedergutmacht werden. Das ist »die Wiedergutmachtung«, welche das revolutionäre Weltproletariat von der Sowjetunion fordern, für welche es kämpfen muß.

Die deutsche Arbeiterklasse ist das Hauptopfer der Politik der Stalinbürokratie. Sie hat sie durch ihre Politik seit 1923 durch den ultralinken Kurs kampfunfähig gemacht, die KPD verbraucht und dadurch geholfen, dem Hitlerfaschismus den Weg zu ebnen. Die »Friedenspolitik« der SU im Rahmen der »Vier Großen« hat den Rest besorgt. Ostzonenverfassung, Ostzonenregierung, Nationale-Front-Politik schaffen nur Kartenhäuser. Eine von außen, von den einzelnen Siegern oder von ihnen in Gemeinschaft auferlegte Verfassung, Regierung, Politik, kann niemals die Politik, Verfassung oder Regierung des deutschen Volkes werden. Imperialisten und SU können uns nicht zwingen, sie als etwas anderes zu betrachten, als eine Form der Fremdherrschaft. Unsere Verfassung kann nur von uns in voller materieller und moralischer Unabhängigkeit geschaffen werden. Für diese Unabhängigkeit müssen wir kämpfen. Von der Sowjetunion hängt es ab, ob gegen sie, ohne sie oder mit ihr.

Je mehr die beiden Zonen mit ihren Besatzungsmächten zusammenwachsen, desto mehr wachsen sie auseinander. Die Ostzone hat einen Vorsprung. Nicht nur, weil sie schon stärker der Sowjetwirtschaft und -politik angegliedert ist, sondern weil die Westzone kapitalistischen Mächten angegliedert ist, die dem alten Zustand ähnlich ist, während die Lage in der Ostzone neu, ein Schritt in der Richtung zum Sozialismus ist. Auf der Seite der Sowjetunion herrscht eine einheitlich geplante Wirtschaft und für die Ostzone ein einheitlich zentralisiertes Staatsgebilde. Auf der angelsächsischen Seite zwei verschiedene Wirtschaften, die, obwohl kapitalistisch, doch unter sich verschiedene Züge aufweisen und deren Interessen auch in bezug auf Deutschland keineswegs immer übereinstimmen. Zwischen diesen zwei, mit Frankreich dreierlei Interessen, müssen hier immer Kompromisse und Ausgleiche gesucht werden. Im Wettbewerb zwischen Ost- und Westzone werden zwar diese inneren Gegensätze im Lager der Imperialisten zeitweise überbrückt. Die großen wirtschaftlichen und finanziellen Mittel der Vereinigten Staaten entscheiden da nicht allein, obgleich sie das Übergewicht haben.

Stalin hat in seiner Unterredung nach dem Scheitern der Moskauer Konferenz diese »ein Vorpostengefecht« genannt, »an dessen Ende eine Verständigung durch beiderseitige Erschöpfung zustande kommen werde.« Wenn dieser Fall eintreten würde, dann auf Kosten Deutschlands, dann wäre auf lange Zeit die Wiederherstellung eines wirklich politisch und wirtschaftlich selbständigen Deutschlands ausgeschlossen. Aber die Hoff-

nung, daß eine Einheit Deutschlands durch Vereinbarung der vier Sieger zustande kommt, ist aussichtslos geworden. Die Westzone ist dem kapitalistischen, englisch-amerikanischen Bereich eingegliedert, d.h. an alle Schwankungen und Krisen dieses Systems gebunden. Aber auch die Eingliederung der Ostzone in ein sozialistisches Wirtschaftsgebiet ist keine einfache Sache. Auch wenn der beste Wille und Sachkunde vorhanden wären, wäre es schwierig – erst recht, wenn dieser Wille und diese Sachkunde fehlen. Der Zwang zur Aufrüstung in der SU bedeutet niedrigeres Niveau der Sowjetwerkstätigen, und dies wird den Druck auf die Ostzone nicht vermindern.

Daß auch der österreichische Friedensvertrag nicht zustande kam und kommt, ist der Tatsache geschuldet, daß Österreich strategisch wichtig ist als Zugangspforte zum Balkan. Die Trumandoktrin und die finanzielle und militärische Hilfe der Vereinigten Staaten für die Türkei und Griechenland hat in der ganzen Welt die Reaktion und Konterrevolution gestärkt. In Europa führte sie überall zur Ausstoßung der Kommunisten aus den Regierungen und Ämtern. Die christlichen Parteien werden ausschlaggebend, und das zieht den Ausschluß der Sozialdemokraten nach sich. Auch dieser Prozeß ist 1950 beinahe abgeschlossen. In den Vereinigten Staaten selbst gab es leidenschaftliche Angriffe auf Truman und die Demokraten. Es waren die Vorgefechte für die Präsidentenwahlen 1948. Die Steigerung der militärischen Ausgaben führte zur Senkung der Lebenshaltung der Werktätigen in Amerika. Knebelungsgesetze gegen die Gewerkschaften und verstärkte Kommunistenhetze folgten. Nicht nur alle Sozialisten und Liberalen werden zu Kommunisten gestempelt und verfolgt, sondern jede »unamerikanische«, d.h. nicht reaktionäre und chauvinistische Lebensäußerung.

In Deutschland hatte der amerikanische General James Newman, Militärgouverneur des Landes Hessen, aus Anlaß der ersten Demonstrationen der hungernden Massen 1948 die Verhängung des Belagerungszustandes angedroht. Diese Androhung wurde nicht verwirklicht. Die politischen Berater wiesen daraufhin, daß der Belagerungszustand die Lage nur verschärft hätte, denn er bedeutet, daß die Besatzungsmächte ohne Mitwirkung deutscher Behörden alles selbst machen müßten. Die politischen Berater der Besatzungsmächte schlußfolgerten nach diesem offensichtlich gewordenen Konflikt, daß etwas »getan werden müsse«. Unentbehrliche deutsche Verwaltungsbehörden waren geneigt, unter dem Druck der hungernden, verzweifelten Massen ihre Ämter niederzulegen. Der Gewerkschaftsbürokratie gelang es, den Generalstreik und die Demonstrationen abzubrechen, diese Massenaktion lediglich als Ventil zur Abregierung sich bildender Kampfbereitschaft zu benutzen. Die Reaktion der Besatzungsbehörden ist aber zu beachten, sie zeigt, wie bereits die ersten Anfänge eines Widerstands der Massen wirken. In der englischen Zone waren die Verhältnisse noch schlechter. Bevins Politik für »eine sozialistische Revolution und sozialistischen Wiederaufbau Deutschlands« trägt die volle Verantwortung für das Elend der 800-Kalorien-Existenz der deutschen Werktätigen.

Die deutsche Arbeiterklasse braucht weder Labourpolitikanten noch Truman-Berater für Demokratie noch Stalin-Bürokraten, um die sozialistische Revolution und den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft in Deutschland durchzuführen. Das wußten die Verfasser des Buchenwalder Manifestes sehr gut. Nur die Besatzungspolitik der vier Siegermächte hinderte die deutschen Werktätigen an der Verwirklichung dieses Programms. Die fortgesetzten Niederlagen der sogenannten kommunistischen Parteien sind keine Niederlagen des Kommunismus, denn diese Parteien haben keine kommunistische Politik betrieben und aufgehört, kommunistische Parteien zu sein. Die Trumandoktrin wurde von der Sowjetunion mit der Reinigung im Balkan beantwortet. In Ungarn und

Rumänien sind die ältesten, ruchlosesten und mächtigsten europäischen Großgrundbesitzerklassen enteignet und entmachtet worden. Es ist klar, daß diese herrschengewohnten Ausbeuterklassen nicht abtreten, ohne alle Mittel des Widerstands zu versuchen, und sich dabei keineswegs durch demokratische Spielregeln hemmen lassen. Noch dazu, wenn sie von den kapitalistischen Staaten materiell und moralisch unterstützt werden. In Bulgarien, dem Bauernland, sammeln sich die Kräfte der Konterrevolution um großbäuerliche und kapitalistische Elemente. Die Arbeiterklasse ist in all diesen Ländern eine Minderheit. Sie allein kann die Führerin der sozialistischen Revolution sein. Wenn die kommunistische Presse dieser Länder ganz im Sowjetstil von Verschwörungen, Spionage und Unterstützung durch die Agenten der Vereinigten Staaten und England spricht, so darf man sich nicht durch die russische Form der Aufmachung verleiten lassen und in das Geheul der kapitalistischen Weltpresse und Sozialdemokratie einstimmen. Es ist durchaus nicht notwendig, jede Einzelheit, die die KP behauptet, gelten zu lassen; aber an der Tatsache des konterrevolutionären Widerstandes ist nicht zu zweifeln. Anzunehmen, daß sich die Westmächte an diesen Treibereien nicht beteiligt oder an ihre so gepriesenen demokratischen Methoden gehalten haben sollten, ist mehr als naiv. Es ist klar, daß sich auch die Vertreter der sozialistischen Revolution nicht an die demokratischen Spielregeln halten können. Wenn »Marxisten« das mit dem Zurückbleiben dieser Länder erklären wollen, so beweist dies nur, daß ihr »Marxismus« leere Flause ist. Weder die Geographie noch die ökonomische und kulturelle Rückständigkeit dieser Länder ist die Ursache, daß die westliche Demokratie dort nicht anwendbar ist, vielmehr erfordern die Bedürfnisse der sozialistischen Revolution, die längst fällig war, aber durch die Gewalt der Großgrundbesitzerklassen verhindert wurde, die Diktatur der Arbeiterklasse, die durch die Eroberung der Sowjetarmee möglich wurde.

Der **Marshallplan** ist die auf Westeuropa angewandte Truman doktrin, Gegenstück zur Konsolidierung der osteuropäischen Sowjet-Einflußzone. Er entspricht auch tief liegenden wirtschaftlichen Bedürfnissen der Vereinigten Staaten: Der Export der Vereinigten Staaten stieß auf den immer stärker zutage tretenden Dollarmangel der Länder, die amerikanische Waren und Rohstoffe brauchen. Schon im ersten Vierteljahr 1947 überstiegen die amerikanischen Exporte die Einfuhr im Monatsdurchschnitt um 653 Millionen Dollar, das entsprach einem Jahresbetrag von 7,8 Milliarden Dollar, die Sendungen der UNRRA und anderer Hilfsorganisationen nicht eingeschlossen. Diese Exporte konnten nur durchgeführt werden durch langfristige Kredite der Vereinigten Staaten, vor allem an England und Frankreich. Diese Kredite erschöpften sich wegen der Erhöhung des amerikanischen Preisniveaus rascher, als angenommen war. Die Gewährung großer und langfristiger Kredite an Europa und die übrige Welt entspricht einem lebenswichtigen Bedürfnis des amerikanischen Kapitals. Obgleich die Vereinigten Staaten den verhältnismäßig stärksten inneren Markt haben, ist der Export eine Lebensfrage für sie geworden. Gewährung oder Ablehnung solcher Kredite ist gleichzeitig die stärkste Waffe der Vereinigten Staaten. Die wirtschaftlichen und politischen Zwecke sind aufs engste verbunden.

Der politische Zweck: 1. Stützung Westeuropas gegenüber der mittel- und osteuropäischen Sowjetsphäre. 2. Verhinderung der sozialistischen Revolution in Mittel- und Westeuropa. 3. Unterordnung der westeuropäischen Wirtschaften unter die Bedürfnisse des amerikanischen Kapitals, damit verbunden 4. das Eindringen des amerikanischen Kapitals in die Kolonialgebiete Englands, Frankreichs, Italiens. 5. Die Schaffung eines politisch-wirtschaftlich-militärischen Ausfalltors gegen die Sowjetunion. Das wurde und wird natürlich nach Möglichkeit durch die Propaganda verschleiert.



Die Sowjetunion nahm an den ersten Marshallplan-Beratungen, zu denen sie eingeladen worden war, teil. Dafür war maßgebend: 1. zu verhindern, daß die imperialistische Propaganda von vornherein die Sowjetunion als Spalter Europas und Gegner seiner wirtschaftlichen Wiederherstellung bezeichnen könne, 2. die Durchführung des Marshallplanes, soweit er gegen die SU gerichtet war, zu hemmen und abzuschwächen, 3. zu versuchen, für die SU und die Länder ihres Einflußgebietes amerikanische Kredite zu erhalten, ohne gefährliche Bedingungen, 4. den angelsächsischen Block zu lockern und die eigene Gruppierung zu verstärken.

Die Pariser Dreimächtekonferenz über den Marshallplan scheiterte, wie Bevin und Bidault geplant hatten. Die SU wurde ausgeschaltet. Das Geschrei, daß nun Europa gespalten sei, ist lächerlich. Die Spaltung bestand vor dem Kriege, während des Krieges – der tatsächlich aus zwei parallel laufenden Kriegen bestand – und wurde mit der Zoneneinteilung in Deutschland und Österreich nach dem Kriege nur geographisch neu fixiert. Ihren Hinauswurf aus dem Kreis ihrer Kriegverbündeten beantwortete die SU nur mit einem diplomatischen Schriftstück als Auftakt zur Gegenpropaganda. Als Gründe gegen den Marshallplan wurden folgende Hauptpunkte angegeben: Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Marshallplan-Geldempfänger, Schwächung der Souveränität der Staaten, positiver und allgemeiner Appell an die Selbsthilfe der Länder. Auf die werktätigen Massen haben diese Einwände keinen großen Eindruck gemacht. Es fehlte das wichtigste, nämlich: daß wirkliche Hilfe für Europa nur durch eine Zusammenarbeit der europäischen Länder auf sozialistischer Grundlage möglich ist. Es fehlte ein entsprechendes positives konkretes Programm zur Schaffung eines sozialistischen Europas und zur Zusammenarbeit des sozialistischen Europas mit der SU.

Die amerikanische Diplomatie scheut sich keineswegs, ganz undiplomatisch mit aller Schärfe für ihre kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsform gegen den Kommunismus aufzutreten. Wenn die Sowjetdiplomatie es unterläßt, für den Kommunismus einzutreten, gibt es nur eine Erklärung: die Hoffnung der Stalinbürokratie, sich als isolierter sozialistischer Staat zu halten, bis sich die Angriffskräfte der Imperialisten erschöpft haben und es doch noch zu einem Kompromiß kommt, wie es Stalin zu Marshall nach der Moskauer Konferenz ausgesprochen hat.

Der Marshallplan schließt die Verpflichtung zur Heerfolge im Krieg Amerikas ein. Sogar die Länder Lateinamerikas mußten sich im Vertrag von Petropolis verpflichten, Vasallen und Landsknechte des nordamerikanischen Imperialismus zu sein und als Hilfsvölker in der UNO zu wirken.

Gegenüber den Eingliederungsplänen des Ruhrgebiets, ob in Form des Schumanplans oder anders, muß die Stellung der Arbeiterklasse die Umstellung der gesamten deutschen Wirtschaft auf sozialistische Grundlage und Eingliederung in ein sozialistisches Gesamt Europa einschließlic der SU sein. Wenn die SU aus diplomatischen Rücksichten glaubt, das nicht vertreten zu dürfen: Die kommunistischen Parteien haben ihre Existenzberechtigung verloren, wenn sie nicht eine solche Propaganda führen und ihre praktische Politik, den Kampf gegen ihre Bourgeoisie, danach einrichten.

Der Protest gegen die Besatzungspolitik, verbunden mit der positiven Klarstellung der sozialistischen Lösung, ist auch dem deutschen Proletariat möglich, das unter dem Stiefel der Besatzungsmächte stöhnt und gerade deshalb sich besonders kräftig rühren muß. Bessere Kampfmöglichkeiten entstehen nur in dem Umfange, in dem durch eine solche Propaganda und Politik die Massen für die sozialistische Lösung der Aufgabe gewonnen und mobilisiert werden. Das ist auch die einzig wirksame Bekämpfung der amerikanischen antikommunistischen Propaganda.

Im Dezember 1947 tritt in der amerikanischen Fernostpolitik eine Verlagerung von China nach Japan ein. Die Stützung des Tschiangkaischeck-Regimes erwies sich als nutzlos, als ein Faß ohne Boden. Der Kampf Tschiangkaischecks gegen den Kommunismus wurde und wird noch weiter unterstützt, besonders durch Waffenlieferungen. Aber das besiegte Japan, wo Ordnung herrscht, soll zum Juniorpartner Amerikas gemacht werden. Japan hat nach dem Sieg der chinesischen Agrarrevolution für die Vereinigten Staaten in Asien die Bedeutung einer Schlüsselstellung wie Deutschland für Europa. Die Vereinigten Staaten haben sich das Monopol ihrer Herrschaft in Japan gesichert. Nicht die Sowjetunion, sondern England ist in Japan ausgeschaltet worden. Das amerikanische Kapital dringt systematisch in die japanische Wirtschaft ein und macht sie zu einer amerikanischen Filiale, die Asien mit billigen Massenartikeln versorgen soll, welche die amerikanische Industrie mit ihrem hohen Lohnniveau nicht liefern kann. Diese Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten harmoniert mit ihren innenpolitischen Zwecken in Japan: Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung unter Verwandlung der japanischen Kapitalistenklasse in Teilhaber der Amerikaner, Niederhaltung der revolutionären Bestrebungen und Organisationen der Arbeiterklasse und bäuerlichen Massen. Die Grundlagen des Feudalismus auf dem Lande werden erhalten, desgleichen die Spitze des feudal-kapitalistischen Regimes in Japan, das japanische Kaisertum und die alte militärische Tradition, die in ein geeignetes Werkzeug der Vereinigten Staaten umgewandelt werden soll. Militärisch sind die 70 Millionen Japaner für die Amerikaner wichtiger als die 450 Millionen Chinesen. Die Hindernisse, auf die die Vereinigten Staaten stoßen, sind: 1. Der Widerstand Australiens, das dem Wiederaufbau des japanischen Exports nicht gewachsen ist. Das australische Lohnniveau ist ebenfalls bedeutend höher als das japanische. 2. Auch für China und Indien ist die japanische Konkurrenz eine Bedrohung. Alle fürchten die japanische Wiederaufrüstung.

Auch Holland leisteten die Vereinigten Staaten materielle und diplomatische Hilfe zur Unterdrückung der nationalen Revolution in ihrer Kolonie Indonesien. Amerika lockt das Öl und der Kautschuk. Als die bürgerlich-revolutionären Kräfte sich zum Kompromiß bereit fanden, faßte der amerikanische Kapitalismus in Indonesien Fuß. Vermittler spielte die UNO.

Der Weltkampf der beiden Mächte geht weiter, er konnte bisher weder durch Kompromisse beigelegt noch militärisch entschieden werden. An der Jahreswende 1947/48 gab es keine Machtverschiebung außer der Eroberung der Mandschurei durch die Kommunisten zu verzeichnen.

In Europa waren alle Kommunisten aus den Regierungen hinausgedrängt worden. In Frankreich sind die Gewerkschaften gespalten worden, die SFIO ist in den schärfsten Gegensatz zur KP geraten. In Frankreich und Italien verstärkt sich der außenpolitische Druck der USA auf die Innenpolitik, aber in beiden Ländern sammelt sich die Arbeiterklasse um die kommunistische Partei. Die negative Propaganda gegen die amerikanische Einmischung, die Beschränkung auf bloße Lohnkämpfe, der Verzicht, die Fragen der sozialistischen Umgestaltung zu stellen, heißt an den revolutionären Zielen und Aufgaben vorbeigehen. Die Massen, die in Lohn- und Tageskämpfen keine Erfolge buchen können, werden verwirrt und passiv. Das ist in Frankreich besonders gefährlich, weil de Gaulle die Massen zu neofaschistischen, konterrevolutionären Zwecken organisiert. In Italien ist die neofaschistische Bewegung noch nicht wie in Frankreich formiert.

In England ist der revolutionäre Pol noch nicht gebildet. Die kommunistische Partei Englands ist keine Massenpartei und verzichtet auf revolutionär-sozialistische Propaganda, schürt und organisiert bloß Lohnkämpfe und Teilstreiks, die den Gegner reizen,

aber nicht schlagen. Resultat: Die Tories gewannen bei den Gemeindewahlen. In Deutschland ist die Parteibildung und ihre Klassenorganisation noch nicht gefunden. Nicht nur formell, auch tatsächlich ist Deutschland noch nicht Subjekt geworden, und es herrscht wenig Aussicht auf Besserung. Die Masse ist noch Objekt der Besatzungsmächte. Der Tiefpunkt im Verfall ist noch nicht erreicht. Die angelsächsische Propaganda rühmt sich, leider nicht zu Unrecht, die kommunistische Welle in Mittel- und Westeuropa zum Stehen gebracht zu haben. Der Dollar hat seine Wirkung nicht verfehlt.

Nirgends sind die großen revolutionären Ansätze und Möglichkeiten, die bei Kriegsende vorhanden waren, ausgenutzt worden. Diese Politik hat tief verwirrend und zersetzend auf die Arbeiterklasse gewirkt, ihre Aktionen gehemmt und auf Abwege geführt. Nicht ein Kompromiß zwischen den beiden Lagern, nur die sozialistische Revolution in Westeuropa bietet auch die Chance, die neue Kriegskatastrophe zu vermeiden und einen wirtschaftlichen und kulturellen Neuaufbau Europas zu ermöglichen.

Die Tatsache besteht, daß nur dort in Europa gesellschaftliche Revolutionen stattgefunden haben oder wenigstens eingeleitet wurden, wo vorher die Sowjetarmee die bewaffnete Macht der alten herrschenden Klassen gebrochen hat. Wo sie abzog, wurden an ihrer Stelle einheimische Armeen als Stütze der neuen Machtverhältnisse geschaffen. Die Sowjetarmee blieb aber in der Nähe. Das Gegenstück bildet Griechenland.

Dies ist die Wirklichkeit – die friedliche Revolution ist Trugbild. Folgt daraus, daß die sozialistische Revolution in ihrer klassischen Form, d.h., wo die Gewalt der unterdrückten Klassen eines Landes die der herrschenden Klassen des Landes besiegt, wo der Bürgerkrieg die Revolution zum Sieg führt, unmöglich geworden ist? Keineswegs. Aber heute ist die innere und äußere Gewalt im Klassenkampf, der Bürgerkrieg und der auswärtige Krieg, einander viel näher gerückt, viel enger miteinander verflochten, als dies bisher der Fall war.

Attlee stellt der russischen Barbarei und Diktatur die »westliche Zivilisation und die demokratischen Errungenschaften« gegenüber und behauptete, in England sozialistische Planwirtschaft mit Erhaltung der demokratischen Rechte zu vereinen. Aber in England herrscht immer noch der Kapitalismus. Das sozialistische Experiment soll erst noch gemacht werden. Damit erledigt sich das Gerede Attlees. Dem Gesetz: daß die Gewalt die Geburtshelferin jeder neuen Gesellschaft ist, wird sich auch England nicht entziehen können.

Was aber das Verhältnis von Zivilisation und Barbarei anlangt, so sei auf das gewiß zivilisierte Deutschland vor Hitler verwiesen, wie es in äußerster Barbarei umschlägt und sich dabei der modernsten technischen Mittel bedient. Deutschland ist kein Ausnahmefall. Der dritte Weltkrieg mit Atombombe und Bazillenkrieg macht aus der militärischen Strategie alten Stils eine Kammerjägeraufgabe zur Vertilgung des menschlichen Ungeziefers im Hinterland. Das gibt einen Vorgeschmack auf die Zivilisation, die uns vor der russischen Barbarei retten soll. In der Sowjetunion ist eine Menge vererbt und in der Isolierung neu aufgelegter traditioneller Barbarei, aber sie ist dort im Verschwinden. Die Verteidiger des demokratischen Imperialismus bereiten die neue Barbarei vor.

# Die Kominform

Anfang Oktober 1947 wurde das Informationsbüro verschiedener kommunistischer Parteien mit dem Sitz in Belgrad gegründet. Die von der Gründungskonferenz gefaßten Beschlüsse sind von der angelsächsischen Propaganda sofort mit einem wuchtigen Gegenangriff aufgenommen worden. Die Gegenpropaganda stellt die Kominform als die Neugründung der kommunistischen Internationale dar. Auch hier ist die Stimme des amerikanischen Kapitalismus und Imperialismus führend. Um was handelt es sich bei der Kominformbildung?

Die Resolution sagt zunächst, der bestehende Mangel an Verbindungen unter den kommunistischen Parteien sei in der gegenwärtigen internationalen Lage besonders schädlich. Es wurde daher beschlossen, 1. die Errichtung eines Informationsbüros von Vertretern der kommunistischen Parteien Jugoslawiens, Bulgariens, Ungarns, Polens, der SU, Frankreichs, der Tschechoslowakei, Italiens mit dem Sitz in Belgrad. 2. Der Zweck dieses Informationsbüros ist der Austausch von Erfahrungen, wenn nötig, die Koordination der Tätigkeit der kommunistischen Parteien auf Grund gegenseitiger Abkommen. 3. Die Schaffung eines vierzehntägigen Organs in französischer und russischer Sprache, wenn möglich, auch in anderen Sprachen.

Die Erklärung, die von der Gegenseite als eine Art neues kommunistisches Manifest hingestellt wurde, enthält folgende wesentliche Punkte: In den Beziehungen der Siegerstaaten sei nach dem zweiten Weltkriege eine Abweichung eingetreten. Die SU habe gekämpft für die Verstärkung der Demokratie, für die Liquidierung des Faschismus, für die Verhinderung eines neuen Angriffs zu Gunsten Deutschlands, für die vollständige dauernde Zusammenarbeit unter den Nationen Europas.

Die Ziele der Angelsachsen seien aber gewesen: die Beseitigung der Konkurrenten auf dem Weltmarkt (Deutschland und Japan), die Verstärkung ihrer Herrschaftsstellung. Zwei Lager stehen einander gegenüber. Das eine kämpft für die Weltherrschaft des amerikanischen Imperialismus und die Niederwerfung der Demokratie, das andere sei antiimperialistisch, demokratisch, sein Endziel sei die Ausschaltung des Imperialismus, die Stärkung der Demokratie, die Liquidierung der Reste des Faschismus. Es fällt ohne weiteres in die Augen, daß es sich bei der Belgrader Gründung nicht um eine Wiederaufnahme der organisatorischen und politischen Grundlagen und Grundsätze der kommunistischen Internationale in ihrer leninschen Periode handelt. Organisatorisch ergibt sich aus diesen Grundsätzen keinerlei Handhabe, weder zu einer nur regionalen Zusammenfassung kommunistischer Parteien noch zu der Zusammenarbeit, wie sie in

dem Belgrader Informationsbüro vorgesehen ist. Die kommunistische Internationale war bei ihrer Gründung und in ihren ersten Jahren von zwei organisatorischen Hauptgedanken geleitet:

1. daß die Verpflichtungen gegenüber der Internationale allen Verpflichtungen gegenüber den nationalen Parteien vorangehen sollen. Diese Bestimmung wandte sich grundsätzlich gegen die Organisationspraxis der während des ersten Weltkriegs zusammengebrochenen reformistischen Internationale, die praktisch nie mehr war, als eine lose Föderation nationaler sozialistischer Parteien, von denen jede an »ihren« nationalen und bürgerlichen Staat enger gebunden war, als an die internationale Klassenorganisation.
2. Der andere organisatorische Grundsatz war der des »*demokratischen Zentralismus*«, der sowohl innerhalb der nationalen »*Sektionen*« als auch innerhalb der internationalen Organisation herrschen sollte. Der Grundsatz bedeutete: **demokratisches Zustandekommen von Beschlüssen, zentralisierte Durchführung.**

Die politischen Grundsätze der KI der leninschen Periode waren: die sozialistische Weltrevolution als allgemeines Ziel und Inhalt, die Diktatur des Proletariats als ihr Mittel und der Typus des Rätestaates (Sowjets) als die allgemein gültige Form der Diktatur des Proletariats, die durch die russische Revolution zuerst gefunden worden war.

Anders die kommunistische Internationale der stalinschen Periode. Sie ist organisatorisch gekennzeichnet durch das Verschwinden des demokratischen Zentralismus sowohl in den einzelnen kommunistischen Parteien als auch in der internationalen Organisation selbst. Politisch schwankt sie hin und her zwischen den Polen der Volksfrontpolitik und des ultralinken Kurses. Die Politik der einzelnen kommunistischen Parteien wurde den wirklichen oder vermeintlichen Interessen und Manövern der Außenpolitik der Sowjetunion so gut wie vollständig untergeordnet. **Die Sowjetunion in ihrer Besonderheit trat an die Stelle der internationalen proletarischen Klasseninteressen.**

Was in Belgrad ins Leben trat, war weder die Wiederholung der leninschen Periode der kommunistischen Internationale noch die der stalinschen Periode bis zu ihrer Auflösung. Es ist eine neue Periode. Ihre charakteristischen Züge sind: Organisatorisch sind im Belgrader Informationsbüro nur solche Parteien zusammengefaßt worden, die entweder herrschende Staatsparteien sind wie Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Polen, SU oder die bereits Regierungsparteien gewesen sind und es wieder werden wollen wie die italienische und französische Partei. Die Form des Zusammenschlusses ist neu: Austausch von Erfahrungen und »*Koordination der Tätigkeit auf Grund gegenseitiger Abmachungen*«. Das ist weder das Organisationsprinzip der leninschen Periode der KI noch ist es das der stalinschen Periode bis zu ihrer formellen Auflösung. Es erscheint eher als ein Zurückgreifen auf die organisatorische Praxis der reformistischen, der zweiten Internationale, aber es ist doch auch etwas anderes. Den Kern bilden kommunistische Parteien, die in ihren Ländern tatsächlich sozialistische Revolutionen durchführen, dazu eine Partei, die sie in bestimmter Weise durchgeführt hat (SU), und zwei Parteien, die glauben, mehr oder weniger dicht vor dieser Aufgabe zu stehen. Was hier koordiniert werden soll, **ist nicht mehr nur Parteipolitik, sondern auch Staatspolitik**, und zwar eine Staatspolitik, die sicherlich nicht die der Parteien der ehemaligen zweiten Internationale ist.

Für den politischen Inhalt ist folgendes charakteristisch: Zum erstenmal erscheint hier offiziell und öffentlich die **Herausstellung des Unterschieds der Kriegsziele im antifaschistischen Kriegslager, also der Doppelcharakter des Krieges.**

Aber der Gegensatz erscheint nicht als der zwischen Kapitalismus – Imperialismus (auf der angelsächsischen Seite) und Sozialismus auf der anderen Seite, sondern als der

**zwischen Imperialismus und Demokratie** (an einer Stelle ist die Rede von Ländern der »neuen Demokratie«). Der politische Inhalt des Kampfes des Kominformlagers nach dem Kriege wird ebenfalls nicht gekennzeichnet als der der sozialistischen Revolution, sondern als: **Antiimperialismus, Demokratie, mit dem Endziel der Beseitigung des Imperialismus, der Stärkung der Demokratie, der Liquidierung der Reste des Faschismus**. Besonders betont wird, daß die kommunistischen Parteien die Fahne der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität ihrer Länder erheben müssen, daß sie an die Spitze aller Kräfte für die Verteidigung der »nationalen Unabhängigkeit und Ehre« treten müssen. Sie müssen die Vereinigung der demokratischen und »patriotischen« Kräfte ihrer Nationen erstreben.

Sonderbare »neue kommunistische Internationale«, in der von allem die Rede ist, nur nicht von Internationalismus und Sozialismus, sondern von nationaler Souveränität, Ehre, Patriotismus und Demokratie (ohne jeden Beisatz, um die Demokratie der Werktätigen von der bürgerlichen Demokratie zu unterscheiden und ihr gegenüberzustellen). Einheitliche internationale Organisation ist nur möglich auf Grund des Internationalismus und Sozialismus, nicht auf der Grundlage, auf der die Kominform aufgebaut wurde.



Kiew im November 1943.

# Der Konflikt zwischen der Kominform und Jugoslawien

Der Widerstand gegen die Politik der Sowjetbürokratie wächst. Das zeigen Konflikte wie der mit Jugoslawien. In anderen Ostblockländern sind aus ähnlichen Ursachen ähnliche Konflikte entstanden, sie konnten aber bisher unterdrückt werden, wie die Konflikte der verschiedenen Oppositionen mit den Kominternparteien vor dem zweiten Weltkrieg. Da die Ursache zu solchen Konflikten solange weiterbesteht, solange die Bürokratenherrschaft in der SU fortbesteht, werden ähnliche Konflikte immer aufs neue entstehen. Der Fall Jugoslawien gewinnt dadurch besondere Bedeutung, daß er sich auf einer höheren Ebene abspielt, als die Kämpfe der früheren Oppositionen. Es handelt sich nicht mehr um einen Konflikt einer kommunistischen Richtung eines Landes mit ihrer Partei, sondern um einen Zusammenstoß mit einer kommunistischen Partei, die selbst die politische Macht erobert hat und sie gegen innere und äußere Gegner verteidigt. Damit ist öffentlich geworden, daß das Verhältnis der SU zu anderen Staaten mit kommunistischer Führung keineswegs ein Verhältnis brüderlicher Harmonie ist. Darüber können die byzantinischen Harmoniekundgebungen und der Führerkult mit Stalin nur jene hinwegtäuschen, die getäuscht sein wollen. Wo nichts wie eitel Harmonie und Führeranbetung herrscht, ist es nicht notwendig, einen solchen Lärm zu machen. Das beweist die Geschichte der katholischen Kirche. Selbstverständliches versteht sich von selbst und ist weniger geräuschvoll. Die Tatsache, daß die KP Jugoslawiens an der Macht ist, gibt ihr eine große materielle Kraft, die sie zur Abwehr der Angriffe der Sowjetbürokratie einsetzen kann und einsetzt.

Wir wollen nur versuchen zu prüfen, welche möglichen Rückwirkungen der Kampf Jugoslawiens auf den Kampf der kommunistischen Richtungen anderer Länder hat. Die kommunistische Partei Jugoslawiens muß jetzt eine Politik als isoliertes kommunistisch regiertes Land zwischen der SU und den Imperialisten führen. Das ist eine ungeheuer schwierige Aufgabe. Sie setzt eine kommunistische Festigkeit der Führung voraus, die nur mit klarer Erkenntnis aller Schwierigkeiten verwirklicht werden kann. Es gibt schon ein ausführliches Propagandamaterial der Jugoslawen und Dokumente ihres diplomatischen Auftretens. Es gibt Führerreden auf den Parteitag und Beschlüsse und auch Augenzeugenberichte von Delegationen, meist von Intellektuellen und bürgerlichen Berichterstattern. Aus all dem, was uns davon bekannt geworden ist, geht hervor, daß noch keine großen Fehler gemacht worden sind, die ein Abgleiten vom kommunistischen Weg bedeuten würden. Aber die gesamte Politik und Propaganda geht von der zu schmalen Basis der Verteidigung der nationalen Selbständigkeit Jugoslawiens um

jeden Preis aus. Das ist kein kommunistischer Standpunkt, sondern nationale Beschränktheit wie die Politik der Stalinbürokratie, aus der der Konflikt mit der KP Jugoslawiens entstanden ist. Im Kampf zweier nationaler Beschränktheiten ist auf die Dauer eine kommunistische Politik nicht möglich. Kommunistischer Grundsatz ist und bleibt: die **nationalen Interessen müssen den internationalen untergeordnet werden.**

Die Völker Jugoslawiens sind national sehr empfindlich. Das ist eine Folge ihres jahrhundertelangen Kampfes gegen die Fremdherrschaft. Das ändert aber nicht die Tatsache, daß nur vom kommunistischen Grundsatz aus wirksam der sowjetrussische Nationalismus bekämpft werden kann, und diese internationalen Grundsätze stehen nicht im Widerspruch zur Verteidigung der Selbständigkeit, sondern geben erst die richtige feste Grundlage ab.

In einigen Äußerungen jugoslawischer Politiker tritt das Gerede vom Imperialismus der Sowjetunion auf. Aber die Sowjetunion ist nicht imperialistisch. Ihr Drang, sich auszudehnen, die Isolierung zu durchbrechen, ist Auswirkung des sozialistischen Charakters der Sowjetunion. Dieser sozialistische Charakter ist das Bindemittel mit den sozialistisch-revolutionären Bewegungen anderer Länder. Imperialismus und nationale Beschränktheit muß auseinandergehalten werden, sonst fördert man, ob man will oder nicht, die Propaganda der Imperialisten. Wenn man den Werktätigen in den Gebieten der Sowjetzonen helfen will, gegen den bürokratischen Sowjetnationalismus erfolgreich anzukämpfen, muß man die Tatsache anerkennen, daß sie den armen Bauern und Werktätigen erst die Möglichkeit gegeben hat, ihre Großgrundbesitzer und Bourgeoisien zu entmachten und die ersten Schritte zum Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft zu machen.

Nur die kommunistische Partei Jugoslawiens hat sich aus eigener Kraft die politische Macht erkämpft. Aber ohne den Sieg der Sowjetarmeen hätte auch Jugoslawien die eroberte politische Macht nicht halten können. Wäre die Sowjetunion nur eine imperialistische Macht, würden sich die Länder des alten satten Imperialismus England, Frankreich, Belgien, Portugal und auch der amerikanischen Imperialismus mit der SU verständigen, wie sich diese Imperialisten untereinander wechselseitig prellen und verständigen. Die Roosevelt-Politik der USA mit der SU während des Krieges beweist doch, daß eine solche Politik der Verständigung über Einflußsphären möglich ist. Das wäre auch heute auf Kosten der Kleinen zum Vorteil der Großen möglich. Was nicht möglich ist, ist eine Verständigung mit der SU als sozialistischem Kraftzentrum, das sie heute trotz aller Stalinbürokratie darstellt. Als solches übt sie auf erhebliche Teile der revolutionären Werktätigen eine große Anziehungskraft aus. An der Erhaltung der SU als sozialistischer Macht ist das klassenbewußte Proletariat der ganzen Welt interessiert. Um diese Macht zu erhalten und zu stärken, muß die internationale Arbeiterbewegung den Kampf gegen den **Mißbrauch** dieser Macht organisieren und führen. In dem Maße, in dem sich die KPJ an diesem Kampf von dieser internationalen Grundlage aus beteiligt, kann sie dazu beitragen, die Kräfte zu verstärken.

Jugoslawien versucht, den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft auf der Grundlage breitester demokratischer Selbstverwaltung mit einem Minimum von Bürokratismus zu organisieren. Wenn diese eingeleiteten Versuche Erfolg haben, wird dies von größter Bedeutung sein und müßte auf die Dauer auf die Kominformländer, auf China und andere Länder der Agrarrevolution zurückwirken. Die Auswirkung auf die Sowjetunion selbst könnte auf die Dauer nicht ausbleiben. Ob die Versuche mit der breiteren demokratischen Selbstverwaltung in Jugoslawien Erfolg haben, hängt nicht in erster Linie von den Wünschen der jugoslawischen Kommunisten ab; auch in der Sowjetunion sind



jahrelang diese Versuche gemacht worden, sie scheiterten an der ungenügenden Reife der russischen Arbeiter und Bauern. Wir kennen die Verhältnisse in Jugoslawien zu wenig, um darüber urteilen zu können, ob die Qualifikation der jugoslawischen Werktätigen mit Unterstützung der jugoslawischen Parteiführung ausreichen wird, den Aufbau auf breiter demokratischer Basis zu organisieren.

In der Tschechoslowakei, in Polen und in Teilen Ungarns besteht ein Proletariat, das die Fähigkeit zur Selbstverwaltung in höherem Maße besitzt wie das der Sowjetunion in den ersten Jahrzehnten. Darauf kommt es an, das gibt die Möglichkeit zum erfolgreichen Kampf gegen den Bürokratismus. Es ist unwahrscheinlich, daß ein entwickeltes modernes Proletariat auf die Dauer unter bürokratischer Vormundschaft gehalten werden kann. In der deutschen Ostzone liegen die Verhältnisse ähnlich. Wie unter kapitalistischen Verhältnissen das Proletariat sich schließlich um eine wirklich kommunistische Partei sammeln muß, so muß sich auch in dem von der Sowjetbürokratie und ihren einheimischen Lakaien beherrschten Gebieten das Proletariat um echte kommunistische Kader sammeln, die die Fähigkeit haben, diese Massen heranzuziehen und zu führen. Ebenso wenig wie die Kommunisten Chinas verzichteten die jugoslawischen Kommunisten auf ihre selbständige Politik im Kriege. Anstatt sich im Widerstandskampf gegen den deutschen und italienischen Imperialismus den eigenen herrschenden Klassen zu unterstellen, wie das die Beschlüsse des siebten Weltkongresses der kommunistischen Internationale forderten, machten die Jugoslawen nicht in Volksfrontpolitik, sondern kämpften gegen die fremde imperialistische Unterdrückung und die eigene herrschende Klasse gleichzeitig. Damit machten sie den Kampf gegen die Fremdherrschaft erst wirksam. Die proletarische Revolution und ihr nationaler Befreiungskampf verschmolzen miteinander. Aus dieser richtigen kommunistischen Politik zog die KP Jugoslawiens die gewaltige Energie einer selbständigen reifen kommunistischen Partei, die aus eigener Kraft die Diktatur des Proletariats errichten konnte. Es ist diese Selbständigkeit, die den Kern des Gegensatzes zur Führung der KPdSU bildet.

Die Methode des bürokratischen Zentralismus ist das Produkt der dreißigjährigen Isolierung und unerhörten Anstrengungen der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation in der Sowjetunion. In Jugoslawien traten bürokratische Diktatur und bürokratische Methoden einer Bewegung gegenüber, deren Existenzbedingung die breiteste Entfaltung der Demokratie ist. Zwei verschiedene Entwicklungsstufen der proletarischen Revolution kommen so unmittelbar miteinander in Berührung, wirken aufeinander und geraten notwendigerweise in Konflikt. Die Kommunisten Jugoslawiens, selbstbewußte Sieger über halbkoloniale kapitalistische Diktatur und nationale Vergewaltigung durch die alten Gesellschaftsklassen bäumen sich auf gegen die ihnen zugemutete Leithammelung durch die Sowjetbürokratie. Die Führung der KPdSU aber kann ihnen nicht entgegenkommen, denn jede selbständige Regung, jede Kritik im sozialistischen Lager, muß unvermeidlich Rückwirkungen und Rückschläge auf die Politik der Sowjetbürokratie zur Folge haben. Bei den harten Lebensbedingungen der Werktätigen, die zu Millionen im zweiten Weltkrieg mit Westeuropa in Berührung gekommen waren, lauert ständig die Gefahr einer Massenbewegung, deren Kontrolle zu verlieren Stalins Hauptsorge ist. Dem westlichen Beobachter erscheint die »Agenten-, Mörder- und Spionagehetze« gegen die KPJ lächerlich und stumpfsinnig. Wie wir sehen, ist aber die inquisitorische Verfemung das einzige Mittel der Sowjetbürokratie, das Gift der Kritik, kritische Auseinandersetzungen zu bannen.

Derartige Konflikte mit der Sowjetbürokratie müssen naturnotwendig auftreten, sobald kommunistische Parteien durch siegreiche Niederwerfung ihrer herrschenden Klasse

ihre Reife praktisch bewiesen haben. Es ist dies nichts weiter als der Ausdruck der Entwicklung des sozialistischen Weltsektors zu höheren Formen sozialistischer Kultur, die ebensowenig wie andere Prozesse gleichläufig, sondern widerspruchsvoll, gegensätzlich, kurz: dialektisch vor sich gehen.

Im zweiten Weltkrieg waren die barbarischen, rückständigen, bürokratischen Methoden, in denen sich die noch niedrige Stufe der Sowjetunion widerspiegelt, kein Hindernis zur Erringung der militärischen Siege und erfolgreichen Selbstbehauptung. Das war der offene Beweis ihrer historischen Notwendigkeit in dieser Periode. Der Konflikt mit Jugoslawien und dessen Ausstoßen aus dem wirtschaftlichen, politischen und dem militärischen Kreis des sozialistischen Lagers zeigt, daß diese Methoden der Sowjetbürokratie zur Schwächung der internationalen sozialistischen Kampffront führen. Angesichts des imperialistischen Aufmarsches zu einem Kriege, in dem das sozialistische Lager keine bürgerlich-kapitalistischen Bundesgenossen haben wird, treten die sowjetbürokratischen Methoden zu den Erfordernissen der Verteidigung des Sozialismus in direkten Gegensatz. Hier wird handgreiflich, daß sie aus einer historischen Notwendigkeit bereits in ihr Gegenteil – ein Hemmnis der weiteren Entwicklung – umgeschlagen sind. Trotz des Enthusiasmus, der Opferfreudigkeit und unerschütterlichen Zähigkeit, welche die Kommunisten Jugoslawiens auszeichnen, ist die gegenwärtige Selbständigkeit des sozialistischen Jugoslawiens nur möglich, weil es auf der Wasserscheide zweier in Waffen starrer Welten liegt. Diesen gordischen Knoten durchschlagen, das weitere siegreiche Vorantreiben des Sozialismus gewährleisten, kann nur die westeuropäische und darüber hinaus die Arbeiterklasse der ganzen Welt, indem sie auf revolutionärem Wege die Gesellschaftsordnung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen stürzt, und sich einreihet in die große Heerschar der Werktätigen, die auf diesem Wege vorangeschritten ist.

# Der Umsturz in der Tschechoslowakei

Im Februar 1948 zerschlug die tschechoslowakische Arbeiterklasse die Manöver ihrer Bourgeoisie, die mit Hilfe der Sozialdemokraten den wachsenden Einfluß der Arbeiter unter Führung der KPTsch liquidieren wollten. Unter Führung der KP mobilisierten die Gewerkschaften die Massen gegen diesen Umsturzversuch der Bourgeoisie. Auch die Mobilisierung der Kleinbauern gelang. Die tschechoslowakische Republik galt seit ihrer Schaffung nach der Niederlage Deutschlands und der österreichisch-ungarischen Monarchie nach dem ersten Weltkrieg nicht nur als demokratisches Musterland, sondern auch als Domäne Frankreichs. Nach dem Zerfall der österreichischen Monarchie wurde die tschechische Armee mit französischer Hilfe aufgebaut. Masaryk als Präsident und Benesch als Außenminister waren treue Schildknappen der französischen Diplomatie im Völkerbund und hatten die Führung in der sogenannten kleinen Entente. Das alles nahm ein Ende mit Schrecken für die tschechischen Werktätigen und die tschechische Bourgeoisie, als Daladier und Chamberlain die Tschechoslowakei in München an Hitler auslieferten. Damit lieferte Frankreich gleichzeitig dreißig seiner besten Divisionen aus. Hitler nahm dies Geschenk, lieferte aber nicht sofort, was England und Frankreich wünschten, die Wendung zum Vorstoß gegen die Sowjetunion. Der deutsche Imperialismus hielt es für zweckmäßiger, sich erst den Rücken frei zu machen durch die Zerschlagung der französisch-englischen militärischen Macht, bevor er die Sowjetunion überfiel. Diese Politik des französisch-britischen Imperialismus trieb die große Masse der tschechoslowakischen Bevölkerung der Sowjetunion in die Arme. Die Vertreibung der deutschen Truppen aus der Tschechoslowakei durch die Sowjetarmee untermauerte die Zuneigung der tschechoslowakischen Bevölkerung zur Sowjetunion. Die Austreibung der Sudetendeutschen zwingt den neuen tschechoslowakischen Staat auf Gedeih und Verderb an die Seite der Sowjetunion. Die Politik der Kommunisten, die in der Sowjetunion eine Stütze für den Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft fanden und finden, hat also eine breite Massenbasis. Das sind die wichtigsten Besonderheiten, aus der sich die Form des Umsturzes erklärt.

Die Tschechoslowakei ist das industriell und kulturell fortgeschrittenste Land, in der durch den Krieg geschaffenen russischen Einflußsphäre in Europa. Große Gebiete haben die Stufe eines modernen Industriestaates erreicht. Das tschechische Industrieproletariat steht auf der gleichen technischen und kulturellen Höhe wie das deutsche. Auch der Klein- und Mittelbauer unterscheidet sich wenig vom Klein- und Mittelbauer Westeuropas. Strategisch bildet Böhmen das Kernstück im Kampf um Mitteleuropa.

Die Tschechoslowakei war und ist nicht von Sowjettruppen besetzt – aber sie standen und stehen griffbereit in nächster Nähe. Militärische Interventionen der Westarmeen zugunsten der tschechischen Konterrevolution, würden, wenn sie nicht von der tschechischen Armee dauernd abgewehrt werden könnten, ständig in ihren Flanken von den Sowjettruppen bedroht. Diese Gesamtlage sicherte den Umsturz vor einer Bedrohung von außen. Die innen- und außenpolitische Lage war also günstig.

Innenpolitisch war die Lage folgende: die kommunistische Partei der Tschechoslowakei war zahlenmäßig die stärkste Partei. Sie war durch Tradition und allgemeine Politik aufs engste mit der SU verbunden. Sie war die vorantreibende Kraft zur Umstellung der kapitalistischen zu einer sozialistischen Wirtschaft. Sie trat für Nationalisierung der Banken, der großen und zum Teil mittleren Industrie in ihrem Zweijahresplan ein, sie bildete mit den Sozialdemokraten und der bürgerlich-demokratischen Benesch-Partei eine parlamentarische Koalitionsregierung. Von dieser parlamentarisch-demokratischen Koalitionsregierung aus entwickelte sie sich zu einer Art Doppelregierung, nahm die entscheidenden Machtpositionen, die Polizei und Armee in ihre Hände. Den Versuch der bürgerlichen Parteien, ihr diese Machtposition wieder zu entreißen, beantwortete die tschechische KP mit der Mobilisierung der Arbeiter und werktätigen Bauern mit dem Umsturz. Teile der sozialdemokratischen Partei, besonders der Führer, gingen mit der konterrevolutionären Bourgeoisie, die Masse der proletarischen Mitglieder mit den Kommunisten.

Der Umsturz vollzog sich der äußeren Form nach unter Einhaltung der Spielregeln der parlamentarischen Demokratie. Benesch als Präsident sanktionierte unter dem Druck der Massen die Entlassung der Bürgerlichen und die Bestallung der neuen kommunistisch-sozialdemokratischen Minister. Das Zusammenwirken der drei Faktoren, der Aktionskomitees der mobilisierten Industriearbeiter, die tatsächlich die Macht übernahmen, die wohlwollende Neutralität der Armee und Polizei, die Nähe der Sowjetarmee, bildeten ein solches Übergewicht an Macht auf der kommunistischen Seite, daß konterrevolutionärer Widerstand aussichtslos war und unterblieb. Eine Studentendemonstration, die rasch unterdrückt werden konnte, unterstreicht dies Kräfteverhältnis. Ein geschichtlicher Treppenwitz ist der Tarnungsversuch des revolutionären Umsturzes von der kommunistischen Seite. Gottwald dankte Benesch für »*seinen Beitrag zum Sieg des Volkes und der Demokratie*«. ... »*Der Gang der Ereignisse sei ein streng demokratischer, konstitutioneller gewesen.*« Das hätte der selige Schwejk auch nicht besser sagen können. Benesch dagegen spricht in seiner Antwort offen den revolutionären Charakter aus: »*Sie (Gottwald) wollen die Staatsgeschäfte in einer **neuen Form**, in einem **neuen Typus** der Demokratie führen... Meine Wünsche an Sie und die Nation sind, daß diese **neue Form** günstig für alle sei.*«

Der Umsturz in der Tschechoslowakei bildete einen schweren Schlag für das Prestige der Vereinigten Staaten und England. Die Rückwirkung war heftig. In ihren Erklärungen hieß es: Die kommunistische Machtergreifung in der Tschechoslowakei und der innere Machtkampf in Italien machen es klar, daß weitere Vorstöße der Sowjetunion und des Kommunismus in Mittel- und Westeuropa eine maximale Steigerung der außenpolitischen Spannungen, wenn nicht geradezu ein Kriegsrisiko für die Sowjetunion bedeuten würde. Deshalb müsse die SU und der Kommunismus in Europa von jetzt ab kurz treten.

In Italien griffen die Vereinigten Staaten nicht nur mit der üblichen Dollarhilfe ein, sondern drohten mit dem Entzug der Marshallhilfe, falls bei den Wahlen keine starke bürgerliche Mehrheit zustandekäme. Sie unternahmen selbst große Demonstrationen

mit ganzen Geschwadern von Kriegsschiffen und Flugzeugen in italienischen Häfen. Sie versprachen einem bürgerlichen Italien Triest, mobilisierten den Klerus, kurz: ließen Himmel und Hölle los. Die Pfaffenpartei de Gasperis bekam eine Mehrheit, die sozialdemokratische Partei wurde gespalten und unterstützt von der englischen Labourpartei, bekam die sozialistische Splitterpartei einige Millionen Stimmen und einige Dutzend Abgeordnete. Die Kommunisten hatten ihre Stimmenzahl gehalten, die Nenni-Sozialisten verloren Stimmen, aber mit den Kommunisten zusammen erreichten sie acht Millionen Wählerstimmen.

Die Stalinbürokratie reagierte auf die Aufforderung zum Kurtzreten mit einem Verhandlungsangebot an die Vereinigten Staaten. Sie forderte Kompensationen für das Kurtzreten: 1. Anerkennung des Status quo durch die Vereinigten Staaten. 2. Lockerung des tatsächlichen Bündnisses der Vereinigten Staaten mit den Westmächten durch zweiseitige Verhandlung zwischen der SU und den USA. 3. Hemmung der amerikanisch-westeuropäischen Aufrüstung und Kriegsvorbereitung. 4. Möglicherweise wirtschaftliche und finanzielle Zugeständnisse der Vereinigten Staaten an die Sowjetunion und den Sowjetblock, in Gestalt von Anleihen, Lieferungen auf geschäftlicher Basis ohne politische Einmischung.

Das wird aufs schärfste abgelehnt. Die Vereinigten Staaten sind nicht bereit, den Status quo anzuerkennen, sie fordern Rückgängigmachung, d.h. die imperialistisch-konterrevolutionäre Offensive, weitere Aufrüstung und Kriegsvorbereitung.

Von Seiten der Westmächte wird die Organisation Westdeutschlands beschleunigt durchgeführt. Das führt zu dem Kampf um Berlin. Nach dieser tatsächlichen Trennung in zwei Hälften waren die Voraussetzungen für die Anwesenheit der westlichen Besatzungsmächte in Berlin auf Grund der Potsdamer Konferenz gegenstandslos geworden. Die Russen versuchten durch Blockade Berlins die Westmächte auszutreiben. Amerika beantwortete die Blockade mit der Versorgung Berlins durch die sogenannte Luftbrücke. Die Sowjetunion hätte die Westmächte aus Berlin nur mit militärischer Gewalt vertreiben können. Das wollte sie nicht, weil das den dritten Weltkrieg bedeutet hätte, den die SU von sich aus so lange wie möglich zu vermeiden bestrebt ist. Die Versuche der Westmächte, unter Führung des amerikanischen Imperialismus die Sowjetunion aus ihrem Einflußgebiet zurückzudrängen, wären gleichfalls nur durch Anwendung militärischer Machtmittel möglich gewesen. Das wollten die Westimperialisten nicht, weil ihnen dazu noch die notwendigen Vorbereitungen fehlten. In dieser Lage des sogenannten kalten Krieges werden in nicht öffentlichen Sitzungen allerlei Verhandlungen zwischen Vertretern der Sowjetunion und eines Teiles einflußreicher amerikanischer Kapitalisten und Finanzleute geführt.

Öffentlich wird eine Konferenz der vier Außenminister nach Paris zusammenberufen. Schon die Tagesordnung ist ein Bluff. Sie sieht vor: 1. die Frage der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands einschließlich der Frage der Kontrolle. 2. die Berliner Frage einschließlich der Währungsfrage. 3. Vorbereitung des Friedensvertrages für Deutschland. 4. des Staatsvertrages für Österreich.

In Wirklichkeit geht es nicht um die deutschen oder österreichischen Fragen, sondern um den erneuten Versuch der Siegermächte des zweiten Weltkrieges, untereinander zu einem zeitweiligen Kompromiß auf Kosten Deutschlands und Österreichs zu kommen, weil die Vorbereitungen zum dritten Weltkrieg noch nicht so weit gediehen sind, um mit militärischer Gewalt die Entscheidung herbeizuführen und den Besiegten die Bedingungen des Siegers aufzuzwingen. Das wichtigste Ergebnis der Pariser Konferenz war ein Übereinkommen der vier Außenminister, im Herbst eine neue Konferenz abzu-

halten. Aber in den Berichten über die Konferenz wurden Einzelheiten bekannt, daß neben den öffentlichen Verhandlungen wichtige Parallel- und Geheimverhandlungen zwischen den amerikanischen und russischen Deutschlandexperten Kennan und Raskow stattfanden. Lippmann, ein bedeutender amerikanischer Außenpolitiker, schreibt: »*Es scheint festzustehen, daß es zwischen den beiden Deutschlandexperten zu konkreten und realistischen Verhandlungen über einige der vitalen politischen und ökonomischen Probleme der beiden großen Länder gekommen ist. Auch Amerika ist an einer Aufhebung des wirtschaftlichen eisernen Vorhangs brennend interessiert. Der hohe amerikanische Lebensstandard kann nur dann aufrecht erhalten werden, wenn die USA Fertigprodukte exportieren. Der Export in die mit den USA befreundeten Länder ist nur eine Belastung des amerikanischen Steuerzahlers. England und die anderen Marshallplanländer sind Kunden, die auf Kredit kaufen, die nur zum geringsten Teil zurückgezahlt werden.*«

Die Sowjetunion hatte die Außenminister ihrer Satellitenländer zu einer Konferenz nach Warschau berufen. In den verschiedenen Propagandavorschlägen für die Friedensverhandlungen mit Deutschland war auch vorgeschlagen worden, die Räumung Deutschlands von allen Besatzungstruppen ein Jahr nach Abschluß des Friedensvertrags. Dagegen rebellierte der englische Außenminister sehr wütend. In seiner Erklärung heißt es: »*Wir sind nicht bereit, uns in irgendeiner Weise auf einen Zeitpunkt oder Zeitspanne für die Zurückziehung der Besatzungstruppen aus Deutschland festzulegen. Ebenso wie die anderen Mächte, die hier vertreten sind, hat Großbritannien zwei Kriege gegen Deutschland führen müssen. Wir wollen wissen, was für eine Art von Deutschland sich entwickeln wird. Wir wollen wissen, welche Methoden für die Aufrechterhaltung der Ordnung in Deutschland bestehen werden; welche Vorkehrungen, um die Wiederkehr einer Diktatur zu verhüten. Es handelt sich dabei nicht um Deutschland allein, sondern um die Sicherheit Europas. Ich möchte diese kategorische Erklärung abgeben, weil ich mich nicht in den Bereich der Propaganda begeben will. Ich will in dieser Frage auch nicht die Deutschen ködern.*«

Die Kompromißbereitschaft wichtiger amerikanischer Finanz- und Industriekreise war eine Folge der ersten Anzeichen einer amerikanischen Depression. Aber jedesmal, wenn die »*Gefahr*« einer Verständigung zwischen USA und der Sowjetunion »*droht*«, tritt Großbritannien schroff und kriegerisch auf. Umgekehrt, wenn sich die Konflikte zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion verschärfen, versucht die Diplomatie der Labourpartei zu bremsen. Die Pariser Konferenz verlief ergebnislos wie alle übrigen. Der Kampf zwischen dem amerikanischen Imperialismus und der Sowjetunion wird jetzt außer der üblichen Propaganda nur in den UNO-Verhandlungen noch in der Öffentlichkeit bekannt. Die Sowjetunion verstärkt die Mobilisierung der Friedenspropaganda in der ganzen Welt. In Deutschland versucht sie in der Westzone, allerdings vergeblich, mit der Nationalen Front Proselyten zu machen. Es lohnt nicht, auf die Einzelheiten dieses Krakeels hier näher einzugehen. Interessant ist nur noch nachzutragen, wie auch auf dieser Pariser Konferenz die Sowjetunion mit allen Mitteln der Wyszinsky-Rabulistik die Viererkontrolle über Deutschland wenigstens für Berlin wiederherzustellen versucht. Die Vorschläge lauten: »*a) Kontrolle und Beobachtung der provisorischen Konstitution von 1946, b) öffentliche Sicherheit (Polizei usw.), c) Kontrolle der Ernennung und Rückberufung der verantwortlichen Mitglieder der Regierungsorgane der Stadt, d) Überwachung der verhafteten Personen, die durch das internationale Nürnberger Gericht verurteilt wurden, e) Probleme des Außenhandels von Berlin mit den Westzonen und anderen Nationen, f) Verpflegung, g) städtischer Transport,*

h) die Finanzprobleme, die die Gesamtheit der Stadt betreffen, einschließlich des städtischen Budgets, der Kredite, der Preise und der Einnahmen, i) Kontrolle der Brennstoffe und der elektrischen Energie, j) Verbindungen.«

Diese Vorschläge enthüllen den wahren Charakter der Einheit Deutschlands, wie sie Wjatschinsky versteht. Diese Vorschläge sind maßgebend, nicht die Propagandaphrasen, die nebenher laufen, um die wahren Absichten zu verschleiern. Der Sinn dieser Vorschläge ist eine Viermächtekontrolle der Siegerstaaten – der Sowjetunion im Bündnis mit den kapitalistischen Mächten – auch nach der Räumung. Die Ansprüche der Westmächte sollen durch das Veto sabotiert werden, wenn sie den Bedürfnissen der Sowjetunion widersprechen. Das ist das befreite einige Deutschland, nach russischen Vorstellungen.

In der Westzone wird die Westverfassung und das Ruhrstatut konstituiert, natürlich nach dem Diktat der Besatzungsmächte. Es finden die Wahlen der Regierung zum Weststaat statt. Die Hoffnungen auf eine sozialdemokratische Mehrheit und entsprechende Regierung werden durch brutale englische Politik enttäuscht. Übrigens ist die Sozialdemokratie für die deutsche Bourgeoisie überflüssig, weil keine revolutionäre Massenbewegung droht, zu deren Zersetzung die Sozialdemokratie von der Bourgeoisie gebraucht wird.

Die Verhandlungen über Aufhebung des Boykotts der Sowjetunion und ihrer Einflußgebiete und eventuell Herstellung von Handelsbeziehungen zwischen dem Osten und Westen scheiterten nicht an Detailfragen. Im Gegenteil, soweit darüber Nachrichten bekannt geworden sind, waren die Sachverständigen zu positiven und praktischen Ergebnissen gekommen. Sie scheiterten an der Nichtanerkennung des Status quo durch die Vereinigten Staaten, wie er durch den Ausgang des zweiten Weltkrieges geschaffen worden war.

An der Jahreswende 1949/50 ergibt die Bestandsaufnahme eine Machteinbuße für die Vereinigten Staaten. In China hat die Agrarrevolution unter der Führung der kommunistischen Partei Chinas auf dem ganzen chinesischen Festland gesiegt. Tschiangkai-scheck mußte mit dem Rest seiner geschlagenen Truppen nach der Insel Formosa flüchten. Das war der schwerste Schlag, den der amerikanische Imperialismus bisher erlitten hat. Der amerikanische Festlandsbrückenkopf in Ostasien gegen die SU ist dadurch verloren gegangen.

In Griechenland hatte die Hilfe der Amerikaner der einheimischen Konterrevolution den Sieg über die Rebellen gebracht.

In **England** mußte unter dem Druck Amerikas die Pfundabwertung »freiwillig« angenommen und durchgeführt werden. Alle anderen europäischen Länder mit Ausnahme der Schweiz mußten folgen und werteten ebenfalls ab. Das gesamte Gefüge der Politik der Labourregierung wurde dadurch in den Grundlagen erschüttert. Die Steigerung der Exporte und Dollareinsparungen in der ersten Hälfte des Jahres 1950 ist nur eine vorübergehende Erleichterung. Die Lebenshaltung der Werktätigen verschlechterte sich ungefähr um zehn Prozent. Eine große Gewerkschaft nach der anderen rüstet sich zum Lohnkampf. Auf dem Gewerkschaftskongreß in Brighton im September 1950 wurde trotz starker Gegenwehr der Gewerkschaftsbürokratie die weitere Stützung der Lohnstoppolitik der Labourregierung mit 3.949.000 gegen 3.727.000 Stimmen abgelehnt. Auf demselben Kongreß wurde eine andere Resolution, die den Angriff der Kommunisten in Korea verurteilt und die Regierungspolitik der Labourregierung billigt, mit 6.942.000 gegen 595.000 Stimmen angenommen. Die Wahlen zum englischen Parlament im Februar 1950 zeigten, daß die Mittelschichten, die 1945 durch ihre

Wahl von Labourabgeordneten zu dem großen Laboursieg beigetragen hatten, 1950 nicht mehr Labour wählen, obwohl die Labourregierung seit Jahr und Tag eine Politik getrieben hatte, die gerade diese Mittelschichten begünstigte und dadurch gewinnen wollte. Die Labourregierung erhielt eine knappe absolute Mehrheit. Die Liberalen schrumpften von zwanzig Parlamentssitzen auf neun zusammen. Die Kommunisten verloren zwei Mandate, die Konservativen machten große Gewinne an Mandaten und Stimmen. Alle Dissidenten der Labourparty fielen bei den Wahlen durch. Die Wahl ging um die Frage: Soll die Politik der Labourregierung fortgesetzt oder durch die Churchill-Politik ersetzt werden. Alle anderen Fragen waren dieser Frage untergeordnet. Die Wahlbeteiligung betrug 85 Prozent. Die Arbeiter wählten geschlossen Labour. Das Kleinbürgertum schwenkte zu den Konservativen.

Im neuen Parlament mit der geringen Labourmehrheit laviert die alte Labourregierung zwischen der Gefahr gestürzt zu werden und Konzessionen an die Bourgeoisie. Die Liberalen gehen im Parlament in den meisten Fällen mit den Konservativen.

Schon das ganze Jahr 1949 steht die amerikanische Außenpolitik unter dem Druck der Erneuerungswahl des Repräsentantenhauses und der Neuwahl eines Drittels der Senatoren im November 1950. Heftige Angriffe der republikanischen Partei auf die Truman- und Acheson-Politik setzten ein. Die Republikaner machten Truman und Acheson für den Zusammenbruch der amerikanischen China-Politik verantwortlich. Mit der gestiegenen demagogischen Kommunistenhetze siegt man aber wieder einmal zu viel. Die Kommunistenhetze wirkte als Bumerang, sie kehrte sich gegen die Spitzen der Regierung selbst, besonders gegen die Beamten des Außenamts. Jeder Sachverständige, der von der Ostasienpolitik wirklich etwas verstand, wurde als Kommunist oder Kommunistenbegünstiger verfolgt. Acheson selbst wurde als heimlicher Kommunist und Schützer der Kommunisten und Spion der Sowjetunion angegriffen. Die Parallelerscheinung in der Sowjetunion und in den Vereinigten Staaten ist bemerkenswert. Die unbefriedigenden Ergebnisse der Politik beider Regierungen werden in beiden Ländern mit einer Kampagne gegen Spione und Agententätigkeit den Massen gegenüber zu bemängeln versucht. Die Entdeckung, daß das Geheimnis der Herstellung der Atombombe nur in der Einbildung der Amerikaner bestanden hat, wirkte nach dem Fuchsprozeß in England (der klarmachte, daß die Russen von Anfang an über alle wichtigen Fragen unterrichtet waren) fast wie die Bombe selbst. Im In- und Ausland wurde erkannt, daß der amerikanische Besitz der Atombombe nicht ausreicht, um die Rolle des Weltpolizisten spielen zu können. Als dann positiv bekannt wurde, daß die Sowjetunion selbst Atombomben besitzt und Versuche mit ihr macht, war die Schockwirkung groß. Zu gleicher Zeit machten sich die Depressionserscheinungen in der amerikanischen Wirtschaft bemerkbar. Die Produktion sank um ungefähr vier Prozent, die Ankäufe an kriegswichtigen Rohstoffen um sechs Prozent. Die Erwerbslosenziffer stieg auf über fünf Millionen. Diese Depressionserscheinungen wurden zwar durch finanzpolitische Maßnahmen bereits in der zweiten Jahreshälfte 1949 überwunden, aber die USA mußten sich entscheiden, welchen Weg aus der drohenden Wirtschaftskrise sie wählen wollten – ein Kompromiß mit der SU und ihrem Einflußgebiet plus Rot-China – um dadurch auf viele Jahre einen Absatzmarkt im Osten Europas zu sichern oder vor der drohenden Krise in die Kriegsrüstung zu fliehen. Ein Kompromiß mit Handelsbeziehungen zur USA hätte die beschleunigte Stärkung der Sowjetunion, ihrer Wirtschaft, Politik und Kriegskraft zwangsläufig zur Folge gehabt. Da man dies um keinen Preis, auch nicht den einer Jahre andauernden profitablen Hochkonjunktur für die Vereinigten Staaten und ihre Satellitenländer wollte, entschied man sich in den Vereinigten Staaten für die Aufrüstung.



Die Bedingungen, unter denen amerikanische Kapitalanlagen von Privaten in Europa und der übrigen Welt zu erlangen sind, hat mit brutaler Offenheit Mr. Aldrich, der Hauptdirektor der Chase-Nationalbank als Sprecher amerikanischer Kapitalverleiher ausgesprochen. Er sagte: »Europa muß genügend aufrüsten zu seiner Sicherheit, die borgenden Länder müssen die kommunistische Bedrohung beseitigt haben, müssen ökonomisch stabil sein und ein realistisches Preisniveau geschaffen haben, was in einer Reihe von Fällen die Abwertung einschließt.«

Die Umstellung auf verstärkte Kriegsvorbereitung bedurfte einer Anlaufzeit. Die Novemberwahlen 1950 wurden auf beiden Seiten mit einer Friedenspropaganda vorbereitet. Acheson proklamierte seine Politik »der totalen Diplomatie«, ein leeres Schlagwort zum Lavieren mit der Politik der Truman-Doktrin, der organisierten Welt-Konterrevolution. Zur Verwirklichung reichten weder die finanziellen Mittel noch die militärischen Aufwendungen aus. Kraft und Inhalt bekam die Losung der totalen Diplomatie erst durch die Verdoppelung der Milliardensummen zur Steigerung der Rüstung. Um diese bewilligt zu bekommen, war es nötig, in der Bevölkerung Kriegsangst zu schaffen. Der Budgetvorschlag 1950 von 42,4 Milliarden Dollar, etwa 16 Prozent des amerikanischen gesellschaftlichen Jahresprodukts – das eine Steuerbelastung von 1200 Dollar pro vierköpfige Familie bedeutet – stieß auf Schwierigkeiten. Der Kongreß kürzte das Militärbudget von 13,2 Milliarden auf 12,3 Milliarden Dollar. Auch die Ausgaben für die Marshall-Hilfe wurden gesenkt. 1941 brauchte Roosevelt die Schockwirkung des japanischen Überfalls auf Pearl Harbour. Truman schuf sie durch seinen Eingriff in den koreanischen Bürgerkrieg. Gestützt auf die Kriegsstimmung bewilligten der Senat und das Repräsentantenhaus die neuen Milliardensummen. Die erzeugte Panikstimmung der Bevölkerung ermöglichte es, den Widerstand der Steuerzahler zu überwinden. Repräsentantenhaus und Senat bewilligen jetzt die geforderten Summen am laufenden Band.

Die Wahlkampagne wird nicht mehr mit Friedensphrasen, sondern mit der Kriegstrompete geführt.

England, Frankreich, alle Satellitenstaaten der Vereinigten Staaten wurden und werden unter starken Druck gesetzt und die Regierungen erklären sich bereit, Milliardensummen für Rüstung auszugeben und die geforderten 20 bis 30 neuen Divisionen zu schaffen. Der amerikanische Imperialismus ist bestrebt, die Widerstände gegen die Aufrüstung Deutschlands in England und Frankreich mit allen Mitteln niederzukämpfen. So ist die Lage im letzten Viertel 1950. In drei Jahren soll eine Atlantikmacht-Armee von 50 bis 60 Divisionen aufgestellt und ausgerüstet werden, die den Krieg gegen die Sowjetunion auf deutschem, polnischem und russischem Boden beginnen und austragen kann.

Die Sowjetunion hat dem nichts anderes entgegenzusetzen, als verstärkte Friedenspropaganda, beschleunigten Aufbau ihrer Wirtschaft in der SU selbst wie in den Ländern ihres Einflußgebietes. In der Sowjetunion muß unter dem Druck der imperialistischen Kriegsvorbereitungen ein immer größerer Teil der Produktion für Rüstungszwecke verwendet werden. Das geht zwangsläufig wie überall auf Kosten der Lebenshaltung der werktätigen Massen. Aber in der Sowjetunion wird keine Senkung der Lebenshaltung der Massen durchgeführt wie in den kapitalistischen Ländern. Die im Gesamtplan vorgesehenen Verbesserungen können jedoch nicht durchgeführt werden. Das gilt mehr oder weniger für den Wirtschaftsaufbau in allen Ländern des Sowjet-einflußgebietes. Der Prozeß der Überwindung der Bürokratie in diesen Ländern wird dadurch verzögert. Es sind nicht die geringsten Anzeichen vorhanden, daß sich die Sowjetunion auf eine revolutionäre Kriegführung im dritten Weltkrieg vorbereitet. Die

Sowjetbürokratie rechnet mit den Schwierigkeiten der Durchführung des amerikanischen Rüstungsprogramms in den kapitalistischen Ländern, der Angst der breiten Volksmassen vor dem Krieg und hofft, daß auf diese Weise die Pläne der Vereinigten Staaten letzten Endes zum Scheitern gebracht werden können. Es ist richtig, es sind ungeheure Schwierigkeiten in allen europäischen Ländern zu überwinden, um das Rüstungsziel zu verwirklichen. Aber die passive Kriegsfeindschaft der breiten Massen genügt nicht, sie muß in aktive Kampfkraft umgewandelt werden. Dazu sind die sogenannten kommunistischen Parteien nicht fähig, die sich nur als Hilfsorgane der Sowjetdiplomatie betätigen. England ist ein sprechendes Beispiel für das Versagen der kommunistischen Partei. In der englischen Arbeiterschaft besteht ein starker Kampfwillen gegen die Verschlechterung der Lebenshaltung durch die Politik der Labourregierung. Das zeigt die Abstimmung auf dem Gewerkschaftskongreß in Brighton. Aber gleichzeitig billigt dieser Kongreß mit erdrückender Mehrheit diese Politik der Labourregierung, obgleich er den Lohnstopp ablehnt, der die zwangsläufige Folge der imperialistischen Politik am Schwanz der Vereinigten Staaten ist. Das einzige, was die kommunistische Partei Englands dagegen tut, sie macht sich zum Wortführer der ungeformten Massenstimmung, unterstützt legale und illegale Lohnbewegungen mit Beschränkung auf das alte gewerkschaftliche Kampfmittel des Streiks, der passiven Arbeitsverweigerung. Der gewerkschaftliche Lohnkampf ist aber in der heutigen internationalen Lage in keinem Land mehr ein zureichendes Kampfmittel, um die Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Werktätigen erfolgreich abzuwehren. Die Ursachen der Verelendung der Massen sind politischer Art. Die Politik des Staatskapitalismus der Labourregierung stützt den verfallenden Kapitalismus mit staatlichen, d.h. politischen Mitteln. Die Gewerkschaftsbürokratie arbeitet mit der staatskapitalistischen Regierungsgewalt gegen die Interessen ihrer Mitglieder zusammen. Es ist die Politik der Gewerkschaftsbürokratie, welche die Gewerkschaften aus Kampforگان der Arbeiter in Hilfsorgane der Regierungen verwandelt. Jeder größere Lohnkampf ist heute ein politischer Kampf, der, wenn er entsprechenden Umfang annimmt, das Staatsgefüge erschüttert. Das zeigen besonders die Lohnkämpfe der letzten Jahre und Monate in Frankreich und Italien. Die bloße Erschütterung des kapitalistischen Staatsgefüges reizt aber nur die Bourgeoisie und das Kleinbürgertum, die Arbeiterklasse muß die Staatsgewalt in ihre Hände nehmen und an Stelle der bürgerlichen mit den Methoden der proletarischen Demokratie die Probleme lösen, die die zusammenbrechende kapitalistische Gesellschaftsordnung und ihr Staat nicht lösen kann. Diesen Kampf zu propagieren, vorzubereiten, zu organisieren, den Massen den Ausweg zu zeigen, d.h. sie zu führen, gibt den kommunistischen Parteien erst Daseinsberechtigung. Die Tageskämpfe, die die Arbeiterklasse durch den Angriff auf ihre Existenz zu führen gezwungen ist, in diesen politischen Kampf umzuleiten, das ist die Aufgabe der praktischen Politik der kommunistischen Parteien. An den Widerspruch zwischen diesen Aufgaben und den Kräften, die sie lösen wollen, wird der ganze Bankrott greifbar, zu dem die Auswirkung der Entwicklung der Sowjetunion von ihren weltbewegenden revolutionären Ausgangspunkt 1917 – zum Lavieren, zur Aufrechterhaltung des isolierten sozialistischen Staates geführt hat.

Das Jammern darüber ist so kläglich und sinnlos – wie die Hoffnung, daß die Sowjetunion die Probleme der proletarischen Revolution in den kapitalistischen Ländern an Stelle der Arbeiterklasse selbst lösen könne. Wir müssen sie selbst lösen oder im Chaos des dritten Weltkrieges untergehen. Uns hilft kein Gott und kein Teufel, wir müssen uns selber helfen.

# Alphabetisches Namens- und Sachwort-Register

(in Klammern die Seitenzahl der Erwähnung des Stichwortes im Text)

- Agrarrevolution (25)  
Analogien (24)  
Annexionen (10)  
Asiatisch-despot.  
    Feudalstaat (9)  
Atlantikcharta (76)  
Attlee (97)  
Axelrod (19)  
Barcelona, Mai 1937 (61)  
Bevin, Ernest (93)  
Bogdanow (72)  
Bolschewiki (20)  
Borodin (59)  
Browder (76)  
Bucharin (64)  
Byrnes (87)  
Defätismus (62)  
Dekrete (23)  
Demontagen (82)  
Dserschinski (31)  
Eklektisch (19)  
Emissär (60)  
Epigonen (91)  
Fuchs-Prozeß (110)  
Fünfjahrespläne (65)  
Gorki (31)  
GPU (28)  
Hitler-Stalin-Pakt (62)  
Japan,  
    Ende d. Krieges (83)  
Jugoslawien 1948 (101)  
Kamenev (64)  
Kirow (65)  
Koestler (42)  
Kollektivierung (65)  
Kontributionen (10)  
Kooptieren (57)  
Koreakrieg (83)  
Krasnaya Swesda (33)  
Philister (21)  
Pjatakow (64)  
Plechanow (19)  
Kropotkin (19)  
Kuomintang (59)  
Kutusow (73/74)  
Losowski (55)  
Marshallplan (94)  
Martow (20)  
Martynow (20)  
Menschewiki (19)  
Minin (74)  
Molotow (87)  
Moskauer  
    Konferenz 1947 (90)  
Münchener  
    Abkommen (62)  
Narodnaja-Wolja (19)  
Narodniki (19)  
Nationale Front (108)  
Naturalsteuer (13)  
Navigationsakte (75)  
Newski, Alexander (74)  
Nin, Andrés (62)  
Oligarchie (21)  
Pariser Außenminister-  
    konferenz 1949 (107)  
Pariser Dreimächte-  
    konferenz 1947 (95)  
Pariser Friedens-  
    konferenz 1946 (87)  
Poscharski (74)  
Potsdamer  
    Konferenz (83)  
POUM (62/64)  
Proselyten (108)  
Prozesse in Moskau  
    1936—38 (64)  
Rabulistik (108)  
Radek (64)  
Reparationen (82)  
Requisitionen (13)  
Rjazanow (31)  
Rykow (64)  
Scholastik (72)  
Seydlitz (78)  
SFIO (96)  
Sinowjew (64)  
Sozialistische  
    Akkumulation (52)  
Sozialrevolutionäre (19)  
Stachanow-  
    Bewegung (25/37)  
Stalin (57)  
Stoßbrigaden (38)  
Suworow (74)  
Tomskij (31)  
Tories (97)  
Trotzkij (57)  
Trumandoktrin (94)  
Tschechoslowakei  
    1948 (105)  
Tschiang Kai-schek (59)  
Tschitscherin (57)  
Tuchatschewskij (64)  
Wyschinski (108)

**Agrarrevolution:** die Beseitigung des Großgrundbesitzes, d. h. des Feudalismus. Sie ist in Rußland verbunden mit der proletarischen Revolution. Vor der Revolution 1917 gab es bei den russischen Marxisten lange Auseinandersetzungen um die Agrarrevolution. Lenin trat vor 1917 für eine »**Nationalisierung des Bodens**« ein. Erst in der Revolution wurde mit der Forderung »*Alles Land den Bauern*«, also der Aufteilung des Großgrundbesitzes, die Grundlage des »Arbeiter-Bauern-Bündnisses« durch die Bolschewiki gelegt. In dieser Forderung wird die Verbindung zwischen nachgeholter bürgerlicher und proletarischer Revolution deutlich. Die Forderung nach Sozialisierung der Industrie wurde verbunden mit Zerschlagung des Großgrundbesitzes. (S. 25)

**Analogie:** Entsprechung, sinngemäße Übertragung und Anwendung gemachter Erfahrungen. Übereinstimmung — Ähnlichkeit — Gleichartigkeit. (S. 24)

**Annexion:** Besitzergreifung, Einverleibung fremden Staatsgebietes nach Eroberung. (S. 10)

**Asiatisch-despotischer Feudalstaat:** Besondere Form des Staates im zaristischen Rußland. Beruhte — abgesehen von den wenigen Städten — auf einer Gesellschaft voneinander isolierter Landgemeinden, die von der Moskauer Zentralgewalt beherrscht wurden (siehe dazu auch S. 50/51 dieser Broschüre). Kennzeichnend für diese Staatsform ist eine ausgeprägte, die Gesellschaft aussaugende Beamtenhierarchie. (S. 9)

**Atlantikcharta:** am 14. Aug. 1941 von Churchill und Roosevelt auf dem britischen Schlachtschiff »Prince of Wales« im Atlantik beschlossene Erklärung über die Grundsätze der zukünftigen Kriegs- und Nachkriegspolitik:

- Verzicht auf Annexionen
- Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker
- Entmilitarisierung der Aggressorstaaten
- Herstellung eines dauerhaften Systems der kollektiven Sicherheit.

Zusätzliche Erklärung Churchills: Deutschland sollte aus diesen Grundsätzen keine Ansprüche ableiten dürfen. Die UdSSR schloß sich am 24. September 1941 der A. an. (S. 76)

**Attlee, Clement** (1883—1967): britischer Labour-Politiker. 1935—55 Vorsitzender der Labour-Party, 1940 Minister in Churchills Kabinett, 1943 dessen Stellvertreter und nach dem Wahlsieg der Labour Party 1945 bis 1951 selbst Premierminister einer Labourregierung. Er unterzeichnete das von Churchill ausgehandelte Potsdamer Abkommen. (S. 97)

**Axelrod, Pawel B.** (1850—1928): russischer Sozialist jüdischer Herkunft. Zuerst Narodnik, dann Marxist, der sich — seit seiner ersten Flucht nach Deutschland (1874) — bei seinen Vorschlägen für eine Lösung der russischen Probleme auf die Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung stützte. Gründete gemeinsam mit Plechanow u. a. 1883 in Genf die Gruppe »Befreiung der Arbeit«, ein Grundstein

der russischen Arbeiterbewegung. Seit 1903 Menschewik und ihr führender Theoretiker, Teilnehmer an den Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal während des 1. Weltkrieges. Emigrierte nach der Oktoberrevolution 1917 nach Deutschland, wo er bis zu seinem Tode ein Führer der II. (sozialdemokratischen) Internationale und Gegner der Sowjetunion war. (S. 19)

**Barcelona, Maiunruhen 1937:** Spontaner Aufstand der revolutionären Arbeiter Barcelonas zur Zeit des Spanischen Bürgerkriegs. Anlaß war die versuchte Räumung einer von anarchistischen Arbeitern besetzten Telefonzentrale durch die Polizeitruppen der bürgerlich-republikanischen Regierung. Von Regierungstruppen niedergeschlagen (500 Tote); Beginn der Zerschlagung des revolutionären Flügels der spanischen Arbeiterbewegung durch Bürgertum und KP. (Lit.: Broué/Témime: *Revolution und Krieg in Spanien*, 2 Bände, Frankfurt 1975) (S. 61)

**Bevin, Ernest** (1881—1951): englischer Gewerkschaftsführer und Labourpolitiker, 1945—51 englischer Außenminister. (S. 93)

**Bogdanow, Alexander A.** (1873—1928): russ. Arzt und Naturwissenschaftler, seit 1903 Mitglied der SDAPR, 1905 ins ZK der Bolschewiki gewählt. Ab 1908 Meinungsverschiedenheiten mit Lenin wegen philosophischer Fragen. Anhänger des von Ernst Mach und Avenarius entwickelten »Empiriokritizismus«, einer idealistischen Philosophie, die zu dieser Zeit in der bolschewistischen Partei einen gewissen Einfluß besaß. Gegen ihn schrieb Lenin sein Buch »*Materialismus und Empiriokritizismus*« (1908). (S. 72)

**Bolschewiki:** (russisch »Mehrheitler«) ein Teil der 1903 in London auf dem II. Parteitag der russischen Sozialdemokratie gespaltenen Partei, unter Lenins Führung. Die »Minderheitler« (Menschewiki) wurden von Martow geführt. Auch die Bolschewiki waren wie die Menschewiki der Meinung, daß Rußland noch nicht reif war für den Sozialismus. Dennoch waren sie der Überzeugung, daß die Arbeiterklasse die führende Rolle in der anstehenden Revolution übernehmen müsse. Die Bourgeoisie sei nicht in der Lage, eine Revolution durchzuführen, deshalb müsse man eine proletarische Partei schaffen, die in der Lage sei, dies zu tun. Diese Partei könne nur eine fest organisierte Partei von Aktivisten und Berufsrevolutionären sein, die, zentralistisch organisiert, die Führung der Revolution übernehmen müsse. (S. 20 u. a.)

**Borodin, Michail M.** (1884—1951): russ. Kommunist, ging 1923 auf Einladung Sun Yat-sens nach China als Berater für die Reorganisierung der Kuomintang und den Aufbau der Kuomintang-Armee. (S. 59)

**Browder, Earl** (1891—1973): amerikan. Kommunist, 1935—45 Vorsitzender der KP der USA. Seine Führungsrolle in der KP fällt in die Zeit der auf dem 7. Komintern-Kongreß beschlossenen Volksfrontpolitik. Er prägte den Slogan »*Kommunismus ist der Amerikanismus des 20. Jahrhunderts*« und ließ »Lenin-Lincoln-Tage« feiern.

Mit ihrer antifaschistischen und proamerikanischen Propaganda erzielte die KP beträchtliche Stimmengewinne bei den Wahlen 1936, während des 2. Weltkrieges trat Browder für die »nationale Einheit« der USA und für verstärkte Rüstungsproduktion ein. Unter seiner Führung löste die Kommunistische Partei Amerikas sich in eine »Kommunistische Politische Assoziation« auf und schloß sich den Demokraten an. Als die KP sich 1946 organisatorisch rekonstituierte, wurde er wegen »Rechtsabweichung« und »Revisionismus« aus der KP ausgeschlossen und wandte sich später vom Kommunismus ab. (S. 76)

**Bucharin, Nikolaj I.** (1888—1938): russ. Revolutionär und marxistischer Theoretiker. Mit 18 Jahren als Gymnasiast Eintritt in die SDAPR. 1909/10 verhaftet, Verbannung, ging 1911 ins Ausland (Deutschland, Österreich). Studium der Wirtschaftswissenschaften in Wien, Verfasser zweier nationalökonomischer Bücher, Zusammenarbeit mit Lenin. Während des Krieges u. a. in Skandinavien und Amerika. 1917 Rückkehr nach Rußland, Mitglied im Moskauer Sowjet und im ZK, Redakteur der Prawda. Gegner des Friedens von Brest-Litowsk. Leitung der ideologischen Parteiarbeit, schrieb populäre Lehrbücher des Marxismus (*»ABC des Kommunismus«* mit Preobraschenskiĭ, *»Theorie des historischen Materialismus«*).

Nach Lenins Worten bedeutendster Theoretiker der russischen KP, wenn auch mit Schwächen. Arbeit am Programm der Komintern (mit Thalheimer u. a.), 1924 Mitglied des Politbüros, 1926—29 Vorsitzender der Komintern (als Nachfolger Sinowjews). Bündnis mit Stalin im Kampf gegen Trotzki, jedoch 1928 mit Rykow und Tomskij »Rechte Opposition« (für die Mäßigung des Tempos der Industrialisierung und Zugeständnisse an die Kulaken). 1929 aus allen Parteifunktionen (außer ZK) ausgeschlossen, danach Kapitulationserklärung gegenüber Stalin. Seit dieser Zeit wissenschaftliche Tätigkeit (im Volkskommissariat für Schwerindustrie) und literarische Arbeiten. 1934—37 Chefredakteur der »Iswestija«, 1935 Mitarbeit an der neuen Verfassung der SU. 1936 letzte Auslandsreise (u. a. nach Paris, wo Brandler einen Besuch Bucharins, weil dieser von der GPU überwacht wurde, ablehnt), danach verhaftet. 1937 endgültige Inhaftierung, Ausschluß aus ZK und Partei. März 1938 »Prozeß der 21« gegen ihn, Rykow u. a. Zum Tode verurteilt und erschossen. 1962 gegenüber der Familie vom ZK der KPdSU (von der Beschuldigung des Mordes, der Sabotage und Spionage) rehabilitiert, jedoch nicht offiziell. Thalheimer schrieb 1938 über Bucharin auf Aufforderung dänischer Genossen: »... Bis 1924 hatte ich öfters Gelegenheit, mit ihm innerhalb des Aufgabenbereiches der Komintern zusammenzuarbeiten, vor allem bei der Ausarbeitung des Programmes der Komintern. Während meines Aufenthaltes in Moskau 1924—28 sah ich ihn nur selten. Heinrich Brandler und ich blieben damals offiziell aus der Kominterntätigkeit ausgeschlossen, und Bucharin hielt sich streng an die offizielle Linie. Im Jahre 1928 reiste ich aus der SU ab. Seitdem habe ich Bucharin nicht getroffen, und wir hatten auch auf keine andere Weise Verbindung miteinander. In den russischen Fragen (Industrialisierung, Kollektivierung, Landwirtschaft usw.) sahen wir die Linie, die Stalin vorgeschlagen hat, in allen wesentlichen Punkten als richtig an, obgleich wir nicht blind bleiben konnten für die Gefahren, die mit dem Regime innerhalb der Partei verbunden

waren, das sich unter Stalin entwickelt hatte, und das wir Gelegenheit hatten, aus der Nähe zu beobachten. . .« (Clarté 1938/2)

(Lit.: A. G. Löwy: Die Weltgeschichte ist das Weltgericht. Wien 1969. S. F. Cohen: Bukharin and the Bolshevik Revolution. New York 1973.) (S. 64)

**Byrnes, James** (1879—1972): 1945—47 amerikanischer Außenminister, setzte sich seit 1946 (Stuttgarter Rede vom 6. Sept.) für den kapitalistischen Wiederaufbau Westdeutschlands ein. (S. 87)

**Defätismus:** von *défaite* (franz.); Niederlagenstrategie. H. Brandler schilderte später die Diskussion zwischen den verschiedenen Auffassungen unter den kommunistischen Organisationen vor und während des zweiten Weltkrieges: »Die Sowjet-Union als sozialistischer Staat kämpfte gemeinsam mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten gegen den deutschen, italienischen und japanischen Imperialismus. Die SU konnte den Krieg gegen den Überfall der deutschen Imperialisten nicht als revolutionären Krieg führen, einerseits fehlte die kampffähige revolutionäre Arbeiterklasse als Bundesgenosse, andererseits mit der russischen Bauernklasse in der SU konnte der Krieg auch nicht als revolutionärer Krieg geführt werden, sondern mit ihr war er nur als »vaterländischer Krieg« möglich. USA und Großbritannien vergaßen keinen Augenblick, daß das sozialistische Rußland (ihr) Hauptfeind blieb; die SU aber bekämpfte den Feind ihres Feindes: den deutschen, italienischen und japanischen Imperialismus. Die Unmöglichkeit des revolutionären Krieges zwang die SU zum gemeinsamen Krieg mit den Feinden ihres Feindes, dem deutschen Imperialismus. Wir (die KPD.-O.) hatten bei Kriegsausbruch abgelehnt, die Losung des Defätismus auch für die imperialistischen Gegner des deutschen Imperialismus auszugeben. Wir propagierten als Losung für die Arbeiterklasse dieser Länder: Umwandlung des imperialistischen Krieges ihrer herrschenden Klasse in den revolutionären Krieg und Bündnis mit der SU. Wir hatten bei Kriegsausbruch abgelehnt, die Stalin-Losung: »Gemeinsamer antifaschistischer Krieg mit USA, Großbritannien und Frankreich«. Die Westimperialisten führten mit der SU den Krieg gegen Hitler-Deutschland, Mussolini-Italien, Japan als feindliche Imperialisten. Am Faschismus der deutschen und italienischen Imperialisten störten sich weder die britischen noch die amerikanischen Verbündeten mit Stalin«. (22. 1. 1953) (S. 62)

**Dekrete:** Behördliche Verordnungen, Verfügungen, Gesetze (S. 23)

**Demontagen:** erzwungener Abbau von Industrieanlagen in Deutschland nach 1945 (in den Westzonen bis 1950 im Wert von ca. 5,5 Mrd. DM, in der sowjetischen Zone bis 1948 bis zu 5 Mrd. DM geschätzt). (S. 82)

**Derschinski, Felix E.** (1877—1926): polnisch-russ. Revolutionär. Stammte aus kleinem polnischen Landadel, litauischer Sozialdemokrat, später Mitglied der polnischen Sozialdemokratie (SDKPIL), ab 1902 Anhänger Lenins, trat 1906 der SDAPR bei. Zwischen 1896 und 1917 wiederholt verhaftet und verbannt. Ab Dezember 1917 Leiter der neugegründeten »Tscheka« (der »Außerordentlichen Kommission« für den Kampf gegen Konterrevolution und Sabotage), die im

Bürgerkrieg den »Roten Terror« organisierte. Außerdem 1921—24 Volkskommissar für Verkehrswesen und 1924—26 Vorsitzender des Volkswirtschaftsrates.

(S. 31)

**Eklektisch:** »Auswählend«; der Eklektiker sucht sich aus verschiedenen Standpunkten das ihm jeweils Zusagende und stellt es zu einem scheinbar neuen System zusammen, das in Wirklichkeit keinen inneren Zusammenhang hat, also prinzipienlos ist.

(S. 19)

**Emissär:** Geheimbote, Abgesandter, Berater

(S. 60)

**Epigonen:** Nachfolger, Nachkommen; unschöpferische Nachahmer großer Vorbilder.

(S. 91)

**Fuchs-Prozeß:** Klaus Fuchs (geb. 1911), deutscher Physiker, 1932 KPD-Mitglied, arbeitete 1943—1946 als Emigrant und brit. Staatsangehöriger am amerikan. Atombombenprojekt bei Los Alamos mit. Wurde 1946 noch Leiter der theoretischen Abteilung des britischen Atomforschungszentrums in Harwell. 1948 wegen angeblicher Spionage verhaftet, 1950 begnadigt, ging in die DDR. (S. 110)

**Fünfjahrespläne:** Mit den seit 1925 von den zentralen Planungsbehörden begonnenen Arbeiten an der Wirtschaftsplanung, die 1929 mit der Verkündung des 1. Fünfjahresplans abgeschlossen wurden, vollzog die Sowjetunion den Übergang von der Neuen Ökonomischen Politik zur Periode der Industrialisierung, die ein Jahr später durch die Kollektivierung der Landwirtschaft ergänzt wurde. Der 1. Fünfjahresplan umfaßte die Jahre 1929—1933, der 2. 1933—1937 und der 3. Fünfjahresplan (ab 1937) wurde durch den beginnenden Krieg gegen Nazi-Deutschland unterbrochen. (S. 65)

**Gorki, Maxim** (1868—1936): russ. revolutionärer Schriftsteller. In ärmlichen Verhältnissen, ohne geregelte Schulbildung aufgewachsen, durchstreifte er als Gelegenheitsarbeiter weite Teile Rußlands, begann 1892 zu schreiben, wurde 1898 durch Erzählungen bekannt. Mehrfach verhaftet, 1905 Mitbegründer der ersten legalen bolschewistischen Tageszeitung, Freundschaft mit Lenin, jedoch nie Parteimitglied. 1906 Amerikareise, dann jahrelang in West-Europa (bis 1913, 1921 bis 1928), 1928 Rückkehr in die SU. (S. 31)

**GPU:** (»Staatspolitische Verwaltung«). Seit 1922 Nachfolgebehörde der 1918 zu Beginn des Bürgerkrieges gegründeten »Tscheka« (»Allrussische Außerordentliche Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution und Sabotage«). Wurde in der Stalin-Periode eine fast allmächtige Geheimpolizei, die während der großen Säuberungen als Mittel der Einschüchterung bzw. Ermordung politischer Gegner der Stalin-Führung diente. 1934 im NKWD (Volkskommissariat des Inneren), aufgegangen. (S. 28)

**Hitler-Stalin-Pakt:** (Deutsch-sowjetischer Nichtangriffspakt) am 23. August 1939 in Moskau von den Außenministern Ribbentrop und Molotow unterzeichnet. Ihm



ging am 19. August ein deutsch-sowjetisches Wirtschaftsabkommen voraus. Das geheimgehaltene (erst nach 1945 im Westen veröffentlichte) Zusatzprotokoll grenzte die beiderseitigen Interessenbereiche in Ost- und Südosteuropa ab: Finnland, Estland, Lettland sollten an die SU gehen, die Grenze sollte vom Nordrand Litauens und in Polen von den Flüssen Narew, Weichsel und San gebildet werden, wodurch die Existenz eines polnischen Staates infrage gestellt wurde. Der Pakt ging dem Angriff Hitlers auf Polen voraus und schaffte der SU eine Atempause zu weiteren Verteidigungsvorbereitungen. Die SU durchkreuzte damit Versuche der Westmächte, den Expansionsdrang Nazideutschlands nach Osten zu lenken (siehe Münchner Abkommen) und unternahm den umgekehrten Versuch. Nach Beendigung des deutschen Polenfeldzuges vereinbarten Deutschland und die SU am 28. 9. 1939 im »Grenz- und Freundschaftsabkommen« den genauen Verlauf der sowjetischen Grenze. Ebenso wurde die Umsiedlung der Deutschbalten in den neuerrichteten »Gau Wartheland« beschlossen.

Am 11. 2. 1940 folgte schließlich noch das deutsch-sowjetische Wirtschaftsabkommen, nach dem die SU Getreide, Erdöl, Eisen, Platin, Mangan und Baumwolle, Deutschland umgekehrt Kriegsmaterial und Industrieausrüstungen an die SU lieferte. Der Nazi-Angriff am 22. Juni 1941 auf die SU (»Unternehmen Barbarossa«) beendete diese Periode. (S. 62)

**Japan, Ende des Krieges:** Nach dem Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August 1945 durch die USA und der sowjetischen Kriegserklärung an Japan am 8. August (die Roosevelt auf der Konferenz von Jalta von der SU verlangt hatte) erfolgte die bedingungslose Kapitulation Japans am 14. August 1945.

(Die Potsdamer Konferenz ging am 2. August zu Ende). (S. 83)

**Jugoslawien 1948:** Die Kominform brach im Juni 1948 die Beziehungen zu Jugoslawien ab mit dem Vorwurf des »Nationalismus« der jugoslawischen KP. 1950 wurde sogar eine Handelsblockade der sozialistischen Länder gegen Jugoslawien errichtet. Tito wurde als der »faschistische Henker des jugoslawischen Volkes« beschimpft, seine angeblichen Anhänger in den sozialistischen Ländern aus den KPen gesäubert. (S. 101)

**Kamenew, Lew B.** (1883—1936): russ. Revolutionär. Seit 1901 Parteimitglied, mit Stalin in der Verbannung, 1917 ins ZK gewählt, Vorsitzender des Moskauer Stadtsowjets, 1919—1925 Mitglied des Politbüros, wandte sich mit Sinowjew gegen die NEP, 1927 erster Parteiausschluß, nach Wiederaufnahme 1928 erneuter Ausschluß 1932. 1934 verhaftet, 1936 im ersten Moskauprozeß mit Sinowjew u.a. zum Tode verurteilt. (S. 64)

**Kirow, Sergej M.** (1886—1934): Sowjet. Parteifunktionär. Seit 1923 ZK-Mitglied, 1926 Parteisekretär von Leningrad, 1930 Mitglied des Politbüros und einer der engsten Mitarbeiter Stalins. Wurde am 1. Dezember 1934 von dem ausgeschlossenen Jungkommunisten Nikolajew ermordet. Die Hintergründe dieses Attentats, das die großen Säuberungswellen und Schauprozesse von 1936—1938 einleitete, wurden niemals aufgeklärt. (S. 65)

**Koestler, Arthur** (geb. 1905): In Ungarn geboren, Schriftsteller, 1932/1933 in der SU, 1931—1937 KP-Mitglied, Berichterstatter im Spanischen Bürgerkrieg. Nach den Moskauer Prozessen 1936—1938 wandte er sich vom Kommunismus ab und wurde zum antikommunistischen Bestsellerautor (Romane u. a.: »Sonnenfinsternis«; »Jogi und der Kommissar«) (S. 42)

**Kollektivierung der sowjetischen Landwirtschaft 1929—1931:** Die Weigerung bzw. Unfähigkeit der Bauern, die Städte zu versorgen, führte 1929 zum Ende der Politik des Ausgleichs mit den Bauern. Zum Teil gewaltsam wurden die Bauern in Kolchosen zusammengefaßt, zehntausende von »Kulaken« (reichere Bauern) wurden vertrieben oder deportiert, ihr Vieh, Geräte und Maschinen in die Kolchosen eingebracht. Führt in Verbindung mit Mißernten zu Hungersnöten 1931/1932. Die Kollektivierung vollendete die Agrarrevolution von 1917, sie faßte das damals an die Einzelbauern aufgeteilte Land wieder zusammen, wurde jedoch kaum von den Bauern selbst getragen, die der Kollektivierung heftigen Widerstand entgegensetzten. Stalin nannte die Kollektivierung eine »*Revolution von oben*«. (S. 65)

**Kontributionen:** Verpflichtung zur Leistung von Zahlungen (in Geld oder Waren) zur Wiedergutmachung von Kriegsschäden. Meist in Friedensabkommen der unterliegenden Macht auferlegt. (S. 10)

**Kooptieren:** ergänzend hinzuwählen (S. 57)

**Koreakrieg** (1950—1953): Der Gegensatz zwischen der 1945 durch die Teilung Koreas entstandenen Volksdemokratie Nord-Koreas und der bürgerlichen Republik Süd-Koreas führte im Juni 1950 zum Ausbruch des Krieges, in den auf Seiten Nord-Koreas chinesische Freiwilligenverbände, auf der des Südens amerikanische und UNO-Truppen eingriffen. Er endete am 27. Juli 1953 mit dem Abkommen von Panmunjon, in dem die Teilung Koreas entlang dem 38. Breitengrad festgelegt wurde. (S. 83)

**Krasnaya Swesda:** Roter Stern. Militärzeitung der Roten Armee. (S. 33)

**Kropotkin, Pjotr A., Fürst** (1842—1921): russ. Revolutionär, Kosakenoffizier, ausgedehnte geographische Forschungsreisen, seit 1872 Narodnik, wird unter dem Einfluß von Proudhon und Bakunin zum Anarchisten. 1874 verhaftet, floh 1876 aus der Peter-Pauls-Festung. Lebte bis 1917 in Westeuropa (Schweiz, England), 1883 wegen Zugehörigkeit zur »Internationalen Arbeiter-Assoziation« im Gefängnis. Seit 1886 in London, verfaßte dort seine wichtigsten Schriften, die ihn zum Haupttheoretiker des Anarchokommunismus machten (1899: »*Memoiren eines Revolutionärs*«, 1902: »*Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt*«). Er entwickelte die Utopie einer völlig staatsfreien, durch vollständige Gütergemeinschaft bestimmten Gesellschaftsordnung. 1905/1907 übt er beträchtlichen Einfluß auf Rußland aus, nach seiner Rückkehr 1917 ist er zunächst Gegner der Bolschewiki, ruft jedoch 1920 die Arbeiter Europas auf, die Intervention gegen die Sowjetregierung zu verhindern. (S. 19)

**Kuomintang:** »Nationale Volkspartei«, chinesische bürgerliche Partei, 1911 von Sun Yat-sen, dem Führer und Theoretiker der chinesischen bürgerlichen Revolution von 1912, gegründet. Berief sich anfangs auf Suns »drei Volkssprinzipien«: Nationalismus, Demokratie und Volksleben. War ein Bündnis aus Nationalisten, westlich orientierten Intellektuellen und Sozialisten.

1924 ging die Kuomintang ein Bündnis mit der KP Chinas ein, die Komintern schickte eine Anzahl politischer und militärischer Berater (Borodin, Blücher, Roy u.a.). Mit der Gründung der Militärakademie Whampoa, deren erster Befehlshaber Tschiang Kai-schek wurde, begann der Aufbau einer eigenen Koumintang-Armee. Nach dem Tod Sun Yat-sens 1925 kam es zu Auseinandersetzungen in der Führung, Tschiang Kaischek drängte mehr auf Westorientierung und den Bruch mit der KPCh. Die KP Chinas, 1921 mit 57 Mitgliedern gegründet, war bis 1927 auf 58.000 Mitglieder angewachsen, vor allem dank ihrer Verankerung in der in den 20er Jahren aufblühenden chinesischen Arbeiterbewegung. So war der Allchinesische Gewerkschaftsbund kommunistisch geführt, an der Spitze der Bauernbewegung stand Mao Tsetung. Unter dem Einfluß der Komintern und ihrer Berater ging die KPCh nicht von ihrer Strategie des Bündnisses mit der immer mehr nach rechts driftenden Kuomintang ab, deren Führer Tschiang Kai-schek 1926 wurde. Am 12. April 1927 schließlich gelang ihm in Shanghai der Putsch gegen die Gewerkschaften und die KP: 4000 Arbeiter wurden hingerichtet. Den darauf folgenden »Säuberungen« in der Kuomintang fielen etwa 30.000 Kommunisten zum Opfer. Dies bedeutete auf lange Jahre eine entscheidende Schwächung der chinesischen Revolution, die erst Mao mit der Umorientierung der KP-Politik auf die Bauernschaft beendete. (S. 59)

**Kutusow, Michail I.** (1745—1813): russ. Generalfeldmarschall, reorganisierte die russische Armee, 1812 — nach vorübergehendem Rückzug bis hinter Moskau — Sieger über die französischen Invasionstruppen unter Napoleon bei Smolensk. Stiftung des sowjet. Kutusow-Ordens 1942. (S. 73/74)

**Losowski, Solomon A.** (1878—1952): Sowjet. Parteifunktionär, Vorsitzender der Roten Gewerkschaftsinternationale (RGI) von 1921 bis 1937. 1939 ZK-Mitglied, 1949 verhaftet, 1952 im Gefängnis gestorben. (S. 55)

**Marshallplan:** der amerikanische Außenminister George C. Marshall entwickelte am 5. Juni 1947 in der Harvard-Universität in einer Rede die Idee eines ökonomischen »Hilfsprogramms« für die durch die Kriegsfolgen zerrüttete europäische Wirtschaft, um der Gefahr vorzubeugen, »daß aus der Verzweiflung der betroffenen Völker sich Unruheherde ergeben könnten«, d.h. um das weitere Vordringen des Kommunismus in Europa zu verhindern. Aus diesem Vorschlag entwickelte sich das »European Recovery Programm« (Europ. Wiederaufbauprogramm) oder die sog. Marshallplanhilfe, von der die sozialistischen Länder ausgeschlossen blieben. Westeuropa erhielt von den USA von 1948 bis 1951 etwa 13 Mrd. Dollar, davon Westdeutschland 1,7 Mrd. Diese Mittel legten den Grundstein zum Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft in den Westzonen. (S. 94)

**Martow, Julius O.** (1873—1923): russ. Revolutionär, einer der bekanntesten Führer der Menschewiki. Seit 1891 in der revolutionären Bewegung, seit 1895

Zusammenarbeit mit Lenin, 1897—1900 verbannt, Exil seit 1901, mit Lenin *Mitbegründer und Redakteur* der Parteizeitschrift »Iskra«. Bei der Spaltung der SDAPR 1903 Führer der Menschewiki, 1905 Rückkehr nach Rußland. Während des Krieges internationalistischer Menschewik (die den Krieg ablehnten), jedoch weiter für ein Bündnis mit den rechten Sozialdemokraten. 1917 wieder Rückkehr, für die Bildung einer Regierung aller sozialistischen Parteien, 1920 Emigration nach Berlin, *Redakteur einer Menschewiki-Zeitschrift, »Der sozialistische Bote«.* (S. 20)

**Martynow, Alexander S.** (1865—1935): russ. Revolutionär. 1884 Narodnik, 1886 Verbannung nach Sibirien, seit 1890 in der sozialdemokratischen Bewegung. 1900 Emigration, Redakteur der »Rabotscheje Djelo« (Arbeitersache), dem Organ der Ökonomen, d. h. rechten Sozialdemokraten (Lenin kritisierte sie in »Was tun?«, 1902). Nach dem 2. Parteitag 1903 Anschluß an die Menschewiki, gehörte 1908—1910 zu den »Liquidatoren« (die die illegale Parteiarbeit »liquidieren«, d. h. einstellen wollten, da sie zu schwierig sei). 1914—1917 Mitglied der Martow-Gruppe (internationalistische Menschewiki), Teilnehmer an der Zimmerwalder Konferenz (der Kriegsgegner in der europäischen Sozialdemokratie). 1919 Abrücken von den Menschewiki, Lehrer in der Ukraine, wurde 1923 Mitglied der russischen KP. Arbeit am Marx-Engels-Institut. (S. 20)

**Menschewiki:** (»Minderheitler«), auf dem 2. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands 1903 in London entstandene Fraktion unter Führung Martows u. a.

Menschewiki wie Bolschewiki waren sich vor der Revolution einig, daß Rußland noch nicht reif für den Sozialismus sei. Die Menschewiki zogen daraus den Schluß, daß die bevorstehende Revolution nur eine bürgerliche unter der politischen Führung der liberalen Bourgeoisie sein könne. Der Feudalismus sei durch den Kapitalismus zu ersetzen. Wenn die Sozialisten dem Liberalismus geholfen hätten, die Macht zu übernehmen, dann komme ihnen die Rolle einer sozialistischen Opposition zu, entsprechend den westeuropäischen Arbeiterparteien. Daraus ergab sich *notwendigerweise als Aufgabe, eine demokratisch organisierte Massenpartei aufzubauen.* (S. 19)

**Minin, Kusma** (gest. 1616): russ. Heerführer, befreite mit einer neu aufgestellten Landwehr das seit 1610 von den Polen besetzte Moskau (zusammen mit Poscharski). (S. 74)

**Molotow, Wjatscheslaw M.** (geb. 1890): sowjet. Politiker. Seit 1906 Parteimitglied, 1917 Mitglied des Revolutionären Militärkomitees, das den Oktoberumsturz in Petrograd leitete. 1921 ZK-Mitglied und 1925 ins Politbüro gewählt. Enger Mitarbeiter Stalins. 1939—49 und 1953—57 Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten bzw. Außenminister. Schloß 1939 mit dem deutschen Außenminister Ribbentrop den sog. Hitler-Stalin-Pakt ab. Teilnehmer der Konferenzen von Teheran (1943), Yalta (1945) und Potsdam (1945) der Anti-Hitler-Koalition. 1957 ZK-Ausschluß, danach Botschafter in der Mongolei und Leiter der sowjetischen Delegation bei der Internationalen Atomenergiebehörde in Wien. 1962 Ausschluß aus der KPdSU. (S. 87)

**Moskauer Konferenz der Außenminister:** (März/April 1947), auf der das Nichtzustandekommen der Viermächtevereinbarungen über Deutschland offensichtlich wurde. (S. 90)

**Münchener Abkommen:** am 29. September 1938 zwischen Hitler (Deutschland), Chamberlain (Großbritannien), Daladier (Frankreich) und Mussolini (Italien) abgeschlossener Vertrag zur Beilegung der 'Sudetenkrise' ohne Mitwirkung der tschechoslowakischen Regierung. Die SU war von den Münchener Verhandlungen ausgeschlossen. Hitler konnte seine gegenüber Chamberlain im September 1938 in Bad Godesberg erhobenen Forderungen durchsetzen: Räumung der sudeten-deutschen Gebiete im Oktober durch die CSR und Besetzung durch Deutschland. Dies bedeutete für die CSR einen Verlust von 29.000 qkm<sup>2</sup> mit 3,6 Millionen Einwohnern (ein Viertel der Gesamtbevölkerung), darunter 3,1 Mill. Deutsche. Eine vorgesehene internationale Garantie der neuen tschechischen Grenzen kam nicht zustande, d.h. erlaubte es Hitler, auch die 'Resttschechei' (so im Nazi-Jargon) zu besetzen (31. März 1939).

Diese Appeasement-(Konzessions-)Politik der Westmächte (vor allem Chamberlain) ermöglichte die 'friedliche' Expansionspolitik Hitlers. Mit der Preisgabe der CSR hofften England und Frankreich, die Expansionsbestrebungen ihres deutschen Konkurrenten nach dem Osten ablenken zu können. (S. 62)

**Narodnaja-Wolja-Bewegung:** »Volks-Wille«. Terrororganisation der Narodniki. 1879 von 'Semlja i Wolja' (»Land und Freiheit«) abgespalten auf dem Kongreß in Waronesh. Mehrere Attentate. 1880 Sprengung des Winterpalais. 1881 Attentat auf Alexander II. (S. 19)

**Narodniki:** »Volkstümler«. Agrarsozialisten, die sich aus den Reihen der russischen Aristokratie und der Beamtenschaft rekrutierten. Sie waren der Meinung, das agrarische und feudale Rußland könne die Übel der Industrialisierung vermeiden und einen aus rein russischen Wurzeln gewachsenen Sozialismus verwirklichen, der auf der alten bäuerlichen Bodengemeinschaft beruhen sollte. Ihre Forderungen waren die Abschaffung der Leibeigenschaft und der Aristokratie. Die Bauern und nicht die Arbeiter waren nach diesen Vorstellungen die führende Klasse. (S. 19)

**Nationale Front:** Politik der SED/KPD seit 1947, um die nationale Einheit Deutschlands, den Abzug der westlichen Besatzungstruppen und den Abschluß eines Friedensvertrages im Bündnis mit Teilen der 'nationalen Bourgeoisie', dem Mittelstand usw. zu erreichen. Mittel dazu sollten Unterschriftensammlungen für Volksbegehren und die »Volkskongresse« sein. »Das Ergebnis der Nationalen-Front-Propaganda ist auch heute, daß kein Kapitalist gewonnen ist — nur die Verwirrung der Arbeiter ist gewachsen.« (Arbeiterpolitik Nr. 10, Okt. 1949). (S. 108)

**Naturalsteuer:** die Ersetzung der Ablieferungspflicht der Bauern (durch Zwang und Druck, d.h. »Requisitionen«) durch die Naturalsteuer (der Bauer zahlt seine Steuern an den proletarischen Staat in Form von Getreide, Holz u. a.; was er darüberhinaus erzeugt hat, kann er auf dem Markt verkaufen) bedeutet den Übergang von der

Politik des Kriegskommunismus (1918—21) zur Neuen Ökonomischen Politik (NEP). Der 10. Parteitag der russischen KP im März 1921 bestätigte diese Kursänderung. (Siehe Lenins »Über die Naturalsteuer«, Werke, Bd. 32.) (S. 13)

**Navigationsakte:** 1651 erlassenes Gesetz zur Förderung der englischen Schifffahrt gegen die niederländische Konkurrenz. Sie erlaubte den Transport von Waren aus Übersee, den engl. Kolonien, Europa, Rußland und dem Osmanischen Reich nach England nur auf englischen oder den Schiffen der Ursprungsländer. Ausdruck der englischen Weltherrschaft im 17. bis 19. Jahrhundert. Erst 1849/54 aufgehoben. (S. 75)

**NEP:** Neue Ökonomische Politik (Nowaja ekonomitscheskaja politika)-Wirtschaftspolitik der SU in der Übergangsperiode nach dem Ende des Kriegskommunismus 1921, etwa 1928/29 abgeschlossen (S. 14)

**Newski, Alexander** (1220—1263): Fürst von Nowgorod, Großfürst von Wladimir, sicherte die Nordwest-Grenze des russ. Reiches durch Siege über die Schweden (1240 an der Newa) und über die Schwerritter (1242 auf dem gefrorenen Peipussee). 1547 von der russisch-orthodoxen Kirche zum Nationalheiligen bestimmt. Nach Peter dem Großen (1725) schuf auch Stalin einen A.-N.-Orden (1942), Verleihung nur an Offiziere.

1938, im Zuge der Vorbereitung auf den »Großen Vaterländischen Krieg«, wurde in der SU unter der Regie von Eisenstein der Film »Alexander Newski« gedreht. (S. 74)

**Nin, Andrés** (gest. 1937): spanischer Revolutionär. Lehrer in Barcelona, mit Maurin ein Führer der anarchistischen Gewerkschaft CNT, 1917 nach Moskau, wird dort Kommunist. 1924 Sekretär der Roten Gewerkschaftsinternationale, 1927 Trotzki-Anhänger, 1931 Rückkehr nach Spanien. Mit J. Andrade Gründer einer kleinen, theoretisch orientierten Gruppe (IC, Kommunistische Linke). 1934 Bruch mit Trotzki, der Nin den Eintritt in die Sozialistische Partei empfahl. Zusammen mit Maurin und Gorkin ('Arbeiter- und Bauernblock') Gründung der POUM, die in Katalonien (Lérida und Barcelona) besonders stark war. Im September 1936 Justizminister der katalonischen Regionalregierung, im Juni 1937 Verhaftung durch die sowjetische Geheimpolizei, die vergeblich versuchte, »Geständnisse« (nach dem Vorbild der Moskauer Prozesse) aus ihm herauszupressen. Daraufhin ermordet. (S. 62)

**Oligarchie:** Herrschaft einer privilegierten Minderheit. (S. 21)

**Pariser Außenministerkonferenz 1949:** fand im Mai/Juni 1949 statt zwischen den USA, Großbritannien, Frankreich und der SU. Hier verlangte der SU-Außenminister Wyschinski die Viermächtekontrolle über ganz Deutschland, eine illusionäre Forderung angesichts der wirklichen politischen Entwicklung. (S. 107)

**Pariser Dreimächtekonferenz über den Marshallplan 1947:** fand vom 27. Juni bis 2. Juli 1947 statt. Beteiligt waren die Außenminister der SU, Großbritanniens und

Frankreichs. Der Marshallplan war ursprünglich an alle europäischen Länder gerichtet, war jedoch für die SU und die anderen volksdemokratischen Länder wegen der damit verknüpften Bedingungen nicht annehmbar, wie sich auf dieser Konferenz zeigte. (S. 95)

**Pariser Friedenskonferenz 1946:** fand vom 29.7. bis 15.10.1946 statt. Am 10. Februar 1947 wurde der Friedensvertrag zwischen der ehemaligen Anti-Hitler-Koalition und den besiegten Staaten Italien, Bulgarien, Finnland, Ungarn und Rumänien (also alle außer Deutschland) unterzeichnet. (S. 87)

**Philister:** (ursprünglich ein Nachbarvolk der Israeliten im Alten Testament). Im übertragenen Sinne Spießbürger, engstirniger und beschränkter Mensch. (S. 21)

**Pjatakow, Juri L. (1890—1937):** russ. Revolutionär, Bolschewik der jüngeren Generation (in Lenins Testament neben Bucharin erwähnt). Parteimitglied seit 1910, Arbeit im Ausland und der Ukraine. ZK-Mitglied seit 1921, 1926 Trotzki-Anhänger. 1927 Parteiausschluß und Verbannung nach Sibirien bis 1928, dann »Widerruf«, 1929 Staatsbankpräsident, Hauptorganisator der Industrie in den 30er Jahren, Volkskommissar für die Schwerindustrie. 1936 erneut Parteiausschluß, Januar 1937 im 2. Moskauer Prozeß (gegen das sog. »Parallelzentrum«) mit Radek, Sokolnikow u. a. angeklagt und wegen »Spionage, Sabotage und Terrortätigkeit« zum Tode verurteilt. (S. 64)

**Plechanow, Georgi W. (1856—1918):** russ. Revolutionär und Theoretiker des Marxismus. 1875 als Student Anhänger der Narodniki, 1880 Emigration in die Schweiz. Unter dem Einfluß der Werke von Marx und Engels wurde er Marxist und gründete mit Freunden in Genf die erste russische marxistische Gruppe (»Befreiung der Arbeit«). Übersetzung einiger Werke von Marx/Engels ins Russische, Arbeiten zur materialistischen Geschichtsauffassung, großer Einfluß auf die junge Generation von Revolutionären in Rußland. Seit 1895 mit Lenin Kampf gegen Revisionismus und Ökonomismus. 1900 Redakteur der »Iskra«, nach dem 2. Parteitag der SDAPR Anschluß an die Menschewiki. Während des Krieges »Vaterlandsverteidiger«, 1917, nach seiner Rückkehr nach Rußland, Unterstützung der bürgerlichen Kerenski-Regierung, Gegner der Oktoberrevolution. (S. 19)

**Poscharski, Dimitri M., Fürst (1578—1642):** russ. Heerführer, stand im Kampf gegen die ausländische Intervention in der Zeit der Wirren mit Minin an der Spitze des Heeres, das 1612 Moskau zurückeroberte. Führte 1613—1618 Feldzüge gegen das polnische Interventionsheer. (S. 74)

**Potsdamer Konferenz:** vom 17. Juli bis 2. August 1945 zwischen Truman, Stalin und Churchill (bzw. ab 28. 7.: Attlee) im Schloß Cecilienhof bei Potsdam abgehaltene letzte Gipfelkonferenz der Anti-Hitler-Koalition.

Ergebnis: Potsdamer Abkommen vom 2. 8. 1945, das die politischen und ökonomischen Grundsätze für die Behandlung des besiegten Deutschen Reiches seitens der Siegermächte festlegen sollte:

- Festlegung der Reparationszahlungen
- Festlegung der deutschen Ostgrenze  
(Nordteil Ostpreußens an die SU, Oder-Neiße als polnische Westgrenze)
- Ausweisung des deutschen Bevölkerungsteils aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn unter der Voraussetzung einer »humanen Durchführung« geregelt
- Vereinbarung zur Bildung eines Rats der Außenminister (der USA, SU, Großbritannien, Frankreichs und Chinas), dessen Hauptaufgabe die Vorbereitung von Friedensverträgen mit Deutschland, Italien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Finnland war. Dieser Rat hielt sechs Tagungen ab, es kamen jedoch nur Friedensverträge mit den ehemaligen Verbündeten Deutschlands zustande (siehe: Pariser Friedenskonferenz 1946), nicht jedoch mit Deutschland selbst.  
(Lit.: A. Thalheimer: Die Potsdamer Beschlüsse, 1945) (S. 83)

**POUM:** Partido Obrero Unificación Marxista (Arbeiterpartei der marxistischen Einheit), 1934 von Mitgliedern der spanischen KP (PCE) gegründet: Andrés Nin und Joaquin Maurin sowie Juan Andrade hatten die PCE mitgegründet und hatten einen SU-Aufenthalt hinter sich, Nin und Andrade waren dann Trotzki-Anhänger gewesen, trennten sich 1934 jedoch von ihm und schlossen sich mit dem »Arbeiter- und Bauernblock« unter Arquer, Maurin und Julián Gorkin, die hauptsächlich Gewerkschaftsarbeit leisteten, zur POUM zusammen. Sie wurde von der spanischen KP als »trotzkistisch« beschimpft, jedoch auch von Trotzki abgelehnt. Sie war in Katalonien am stärksten und nahm mit einer eigenen Miliz am Spanischen Bürgerkrieg teil. Ihre Agitation für die Fortführung der Revolution stand im Gegensatz zur Volksfront-Politik der spanischen KP, die die Revolution »zurückstellen« und zunächst die bürgerliche Demokratie verteidigen und bewahren wollte. Seit Ende 1936 wurde die POUM von der republikanischen Regierung und vor allem von der KP sowie der sowjetischen Geheimpolizei (NKWD) als »faschistisch« bekämpft, im Juni 1937 schließlich ihre Führer verhaftet, Nin ermordet und die Partei zerschlagen. Im Oktober 1938 wurden Andrade, Gorkin u. a. in einem Prozeß noch zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt (nach dem Vorbild der Moskauer Prozesse), obwohl sich Francos Sieg im Bürgerkrieg schon abzeichnete. Maurin geriet zu Beginn des Bürgerkrieges in Gefangenschaft der Franco-Truppen (er befand sich auf einer Reise für die Partei außerhalb Barcelonas). Aus der Haft entlassen, starb er in Amerika 1973. (Angaben nach Gorkin: Stalins langer Arm, Köln 1980. Lit.: Broue Temime: Revolution und Krieg in Spanien, Frankfurt 1975, 2 Bände) (S. 62/64)

**Proselyten machen:** (ursprünglich in religiösem Sinne) Andersgläubige in aufdringlicher Weise für seine Anschauung zu gewinnen oder bekehren versuchen. (S. 108)

**Prozesse in Moskau 1936—38:** (sog. Moskauer Prozesse) Ausgelöst durch die Ermordung Kirows im Dezember 1934 begann eine Welle von »Säuberungen« unter den Gegnern Stalins in der russischen KP und darüber hinaus, die schließlich in den



drei großen Moskauer Prozessen gegen die »Alte Garde« der Bolschewiki 1936—38 ihren Höhepunkt fanden.

- August 1936: gegen das »vereinigte trotzkistisch-sinowjewistische Zentrum« (Sinowjew, Kamenew u. a.).
- Anfang 1937: gegen das »Parallelzentrum« (Pjatakow, Radek, Sokolnikow u.a.)
- März 1938: gegen den »Block der Rechten und Trotzkisten« (Bucharin, Rykow, Jagoda, Krestinski, Rakowski u.a.).

Die Anklagen lauteten meist auf Spionage für westliche Geheimdienste, Verschwörung, Sabotage usw., waren erfunden und gefälscht, wirkten jedoch durch die »Geständnisse« der meisten Angeklagten und waren in ihrer Wirkung für die russische Öffentlichkeit bestimmt. Fast alle Angeklagten wurden zum Tode verurteilt und sofort erschossen.

Nach Angaben von R. A. Medwedew (Die Wahrheit ist unsere Stärke, Frankfurt 1973) wurden bei den Säuberungen von 1936—39 etwa 4—5 Millionen Menschen verhaftet, von denen etwa 500 000 erschossen wurden. Sie waren Ausdruck der Ausschaltung jeder möglichen Opposition angesichts der gespannten Lage im Innern und der vom deutschen Imperialismus drohenden Kriegsgefahr. (S. 64)

**Rabulistik:** Rechtsverdrehung, Haarspalterei (urspr.: jüd.Schriftauslegung) (S. 108)

**Radek, Karl** (1885—ca. 1939): polnischer Revolutionär, seit 1903 in Polen und Deutschland als Agitator und marxistischer Journalist tätig, 1912 in Bremen Zusammenarbeit mit Johann Knief und Anton Pannekoek, gehörte zur Linken in der Vorkriegs-SPD, während des 1. Weltkrieges Mitglied der Zimmerwalder Linken, Kontakt mit Lenin, mit diesem 1917 Rückkehr nach Rußland, seit 1918 Verbindungsmann der russischen KP zur neugegründeten KPD, Gefängnishaft in Berlin, 1919 ins ZK der KPR gewählt, leitende Funktionen in der Komintern, die er 1924 verlor, weil er (zusammen mit Brandler und Thalheimer) für die »Oktoberniederlage« der KPD 1923 verantwortlich gemacht wurde. 1927 Parteiausschluß als Trotzki-Anhänger und in den Ural verbannt. 1930 Wiederaufnahme. 1936 mit Bucharin Arbeit an der sowjetischen Verfassung. Erneuter Parteiausschluß, Verhaftung. 1937 im 2. Moskauer Prozeß zu 10 Jahren verurteilt, dann frei. Über sein weiteres Schicksal gibt es nur widersprechende Angaben. (S. 64)

**Reparationen:** Geld-, Sach- oder Arbeitsleistungen, die einem besiegten Staat zur Behebung der Kriegsschäden und -kosten von den Siegerstaaten auferlegt werden. Dienen nicht nur der Wiedergutmachung, sondern auch der Schwächung der Wirtschaftskraft und damit zugleich der militärischen Stärke des besiegten Staats. Die deutschen Westzonen bezahlten 1945—50 etwa 0,5 Mrd. Dollar Reparationen an die Siegermächte (vor allem Frankreich), die SU erhielt (nach westlichen Berechnungen) etwa 13 Mrd. Dollar Reparationen bis 1954 aus der damaligen Ostzone. (S. 82)

**Requisitionen:** gewaltsame Beschlagnahme von Lebensmitteln, Geräten usw. bei der Zivilbevölkerung für militärische Zwecke. Die Requisitionen waren kennzeichnend

für die Politik des »Kriegskommunismus« während des Russischen Bürgerkriegs 1918—21, als die Sowjetbehörden vor allem Getreide zur Versorgung der Roten Armee bei den Bauern beschlagnahmten. Sie wurden in der Periode der Neuen Ökonomischen Politik durch die Naturalsteuer ersetzt. (S. 13)

**Rjazanow, David B.** (1870—1935 oder 1936): russ. Revolutionär, Historiker der Arbeiterbewegung und Marxforscher. Teilnahme an der Narodniki-Bewegung, Mitarbeit in Plechanows Gruppe »Befreiung der Arbeit«, 1901 ins Ausland. Erforschung und Herausgabe wichtiger, bisher unveröffentlichter Schriften von Marx und Engels. 1917 Rückkehr nach Rußland, mit Trotzki und Lunatscharskij Anschluß an die Bolschewiki, 1918 mit Bucharin gegen den Brester Friedensvertrag, trat auf verschiedenen Parteitagungen für die Unabhängigkeit der Gewerkschaften gegenüber der Partei ein. 1921 Gründer des Marx-Engels-Instituts, Erforschung und Verbreitung des Marxismus, Herausgabe der 1. Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA). Keine Teilnahme an Fraktionskämpfen. 1931 Verhaftung durch (erfundene) Denunziation im sog. »Menschewistenprozeß«, Parteiausschluß und Entlassung aus dem Institut, Verbannung, 1935 oder 36 gestorben. (S. 31)

**Rykow, Alexej J.** (1881—1938): russ. Revolutionär. Trat 1899 in die SDAPR ein, ab 1905 einer der führenden Bolschewiki. Ab 1917 ZK-Mitglied, ab 1922 Politbüro-Mitglied. 1924 Nachfolger Lenins als Vorsitzender des Rats der Volkskommissare. 1928 einer der Führer der »Rechten Opposition«, 1930 Verlust aller Ämter und Parteiausschluß. Im März 1938 im »Prozeß der 21« zum Tode verurteilt. (S. 64)

**Scholastik:** Ursprünglich im europäischen Mittelalter vertretene Lehre, nach der alle Wissenschaften aus der Theologie abzuleiten wären. Im übertragenen Sinne: ein parteimäßig festgelegtes Dogmensystem, dem sich alles selbständige Denken unterzuordnen hat. (S. 72)

**Seydlitz-Kurzbach, Walther von:** Wehrmacht-General (1888—1976), kam bei Stalingrad in sowjetische Gefangenschaft. Vizepräsident des im Juli/September 1943 von kommunistischen deutschen Emigranten (Weinert, Pieck, Ulbricht) und deutschen kriegsgefangenen Offizieren (»Bund deutscher Offiziere«) gegründeten »Nationalkomitees Freies Deutschland« (NKFD), das auf die gegen die SU kämpfenden deutschen Soldaten jedoch wenig Eindruck machte (so erschien die 1. Ausgabe der NKFD-Zeitung mit den kaiserlichen Farben Schwarz-Weiß-Rot umrandet!).

Seydlitz weigerte sich 1949, in die DDR zu gehen, wurde 1950 als »schwerster Kriegsverbrecher« zum Tode verurteilt, zu 25 Jahren Gefängnis begnadigt und 1955 in die BRD entlassen. (S. 78)

**SFIO:** Section Française de l'Internationale Ouvrière, französische Sozialistische Partei. (S. 96)

**Sinowjew, Grigori J.** (1883—1936): russ. Revolutionär. Seit 1899 Mitglied der SDAPR, Emigration, 1905 Rückkehr, seit 1907 Mitglied des ZK der bolsche-

wistischen Partei, 1908 Verhaftung und Exil, während des Krieges enge Zusammenarbeit mit Lenin (siehe ihr gemeinsames Buch »Gegen den Strom«, Hamburg 1921), 1917 Rückkehr, Vorsitzender des Petrograder Sowjets. 1919—26 Vorsitzender der Komintern und Mitglied des Politbüros der KPR, dreimal aus der Partei ausgeschlossen (1927, 1932 und 1934). Im 1. Moskauer Prozeß 1936 zum Tode verurteilt. (S. 64)

**Sozialistische Akkumulation:** Akkumulation ist die Rückverwandlung des Mehrprodukts bzw. Mehrwerts in Kapital, also die Verwandlung einer Geldsumme in Produktionsmittel und Arbeitskraft.

Am Anfang des industriellen Produktionsprozesses im ausgehenden Mittelalter mußten diese Voraussetzungen der kapitalistischen Produktion — Produktionsmittel und Arbeitskraft — erst geschaffen bzw. beschafft werden. Während Produktionsmittel mit dem verfügbaren Geld des Handelskapitals angeschafft wurden (das zum großen Teil aus der blutigen kolonialen Ausplünderung hervorging), mußten die »freien Lohnarbeiter« noch geschaffen werden. Hierzu wurden Bauern von ihrem Land mit Gewalt vertrieben, feudale Verhältnisse wie Leibeigenschaft, Zwang zur Fronarbeit abgeschafft. Diese Verhältnisse hatten aber auch die Existenz der nun »Befreiten« gesichert. Sie wurden in doppeltem Sinne befreit: nun frei von feudalen Bindungen waren sie zugleich frei von Besitz (Produktionsmittel, Land und Boden), den Mitteln ihrer Existenzsicherung. Die »befreiten« Bauern, Leibeigenen, Landarbeiter, etc. bildeten ein Heer von vagabundierenden Armen. Sie wurden meist nicht freiwillig Proletarier, sondern mit äußerster Gewalt (vor allem durch den Staat) zur Lohnarbeit, zu Proletariern, gepreßt (zum Beispiel durch militärischen Arbeitszwang, Zwangseinweisung in Asyle und Arbeitshäuser). Man nennt diese Phase nach Marx die »ursprüngliche Akkumulation des Kapitals«.

Den historisch notwendigen Prozeß der ursprünglichen Akkumulation mußte die Sowjetunion unter der politischen Herrschaft der Bolschewiki nachvollziehen, denn die Voraussetzungen des Sozialismus — das kapitalistische Produktionsniveau — mußten in Rußland erst noch geschaffen werden. Die Loslösung des russischen Bauern vom Boden (als Privatbesitz), seine Erziehung zum Industriearbeiter geschah (unter anderem) unter den Vorzeichen bevorstehender Kriege gegen die Sowjetunion. (Ursprüngliche) sozialistische Akkumulation bedeutet damit das Nachvollziehen der Aufgaben, die historisch dem Kapitalismus gestellt waren. Die Methoden dieser sozialistischen Akkumulation waren in der Sowjetunion unter anderem Arbeitslager, Zwangsverpflichtung und physische Gewalt gegen Bauern, die nicht zur Fabrikarbeit bereit waren. (S. 52)

**Sozialrevolutionäre:** 1902 gegründete kleinbürgerliche Partei mit Basis in der Bauernschaft. Nachfolgerin der Narodniki-Bewegung. Spaltete sich 1914 in rechte (Kerenski) und linke (Tschernow) Sozialrevolutionäre. In der Oktoberrevolution übernahmen die Bolschewiki das Agrarprogramm der SR. Der linke Flügel der SR war bis zum Frieden von Brest-Litowsk (März 1918) in der Regierung vertreten. (S. 19)

**Stachanow-Bewegung:** nach dem sowjetischen Bergarbeiter A. Stachanow (geb. 1905), der eine geforderte Arbeitsnorm um 800 % überbot. Die Stachanowbewegung zielte auf die individuelle Produktionssteigerung durch damit verbundene Entlohnung. Die durch Höchstleistungen hervorgetretenen Arbeiter wurden als »Stachanowarbeiter« ausgezeichnet und erhielten Sondervergünstigungen. Seit 1935. (S. 25/37)

**Stalin, Josef W.** (1879—1953): russ. Revolutionär und Politiker. Parteimitglied seit 1901, revolutionäre Arbeit in Georgien (Kaukasus), 1903 erste Verbannung, weiter illegale Arbeit. 1912 ins ZK der Bolschewiki aufgenommen, gründete die Prawda, 1913 in Wien, 1914—16 nach Sibirien verbannt. Rückkehr im März 1917 nach Petrograd. Zuerst für Unterstützung der Provisorischen Regierung, Mitglied des Politbüros und des Revolutionären Militärkomitees, das den Oktoberaufstand leitete. 1917—23 Volkskommissar für Nationalitätenfragen, seit 1922 Generalsekretär des ZK, was entscheidend für seine Einflußvergrößerung wurde. blieb in mehrjährigen Auseinandersetzungen mit den verschiedenen Fraktionen und Oppositionen in der Partei (1925 gegen Sinowjew/Kamenew, 1926/27 gegen die Vereinigte Opposition Trotzki/Sinowjew/Kamenew, 1928/29 gegen die 'Rechte Opposition' Bucharin/Rykow/Tomski) siegreich, seit 1929 Personenkult. Vertrat die Theorie des »Sozialismus in einem Lande«, die er 1924—27 in der Auseinandersetzung mit Trotzki entwickelt hatte.

Der »Sozialismus in einem Lande« war als Theorie falsch, es war die Widerspiegelung der Notwendigkeit des Aufbaus unter den aktuellen Bedingungen der Isolierung der SU.

Seit 1929 setzten sich Stalins Vorstellungen in der Industrialisierung (Fünfjahrespläne) und der Kollektivierung der Landwirtschaft in die Tat um. Propagierte seit 1934 zunehmend einen »Sowjetpatriotismus«. Ließ 1935—39 die großen Säuberungen durchführen. Versuchte seit 1939 die SU aus einem drohenden Krieg herauszuhalten (Hitler-Stalin-Pakt). Im Mai 1941 wurde er Vorsitzender des Rats der Volkskommissare (seit 1946 Vorsitzender des Ministerrats), seit Juli 1941 auch Volkskommissar für Verteidigung.

Unter Stalins Führung wurde der 2. Weltkrieg gegen den deutschen Imperialismus geführt. Nach seinem Tod 1953 neben Lenin aufgebahrt, wurde er 1961 aus dem Lenin-Mausoleum entfernt. 1956 auf dem 20. Parteitag der KPdSU kritisierte sein Nachfolger Chruschtschow seine Verfehlungen (»Personenkult«). (Lit.: I. Deutscher: Stalin. Stuttgart 1962.) (S. 57)

**Stoßbrigaden:** Seit 1929 (im Zuge der Industrialisierung in der SU) übliche Bewegung zur Erhöhung der Arbeitsleistungen und der Betriebsdisziplin. Die Stoßbrigaden bestanden meist aus aktiven Parteimitgliedern. (S. 38)

**Suworow, Alexandr W.** (1729—1800): russ. Feldmarschall, zeichnete sich im Siebenjährigen Krieg, in den Türkenkriegen, vor allem aber im 2. Koalitionskrieg in Oberitalien und durch seinen spektakulären Übergang über den St. Gotthard mitten im Winter aus. 1942 wurde der sowjet. Suworow-Orden geschaffen, nur an Offiziere verliehen. (S. 74)

**Tomskij, Miachail P.** (1880—1936): russ. Revolutionär und Gewerkschafter. Arbeiter, gelernter Lithograph, altes Parteimitglied. 1905 in Reval Mitglied des Arbeiterrats, vor 1917 mehrere Male verhaftet und zu Verbannung und Zwangsarbeit verurteilt wegen seiner illegalen Arbeit. 1919—29 Vorsitzender des Zentralrats der sowjetischen Gewerkschaften, seit 1919 Mitglied des ZK und seit 1922 des Politbüros. Seit 1928 zusammen mit Bucharin und Rykow Führer der »Rechtsoption« gegen Stalin. Im Dezember 1928 Rücktritt als Gewerkschaftsvorsitzender, Ausschluß aus dem Politbüro, unterzeichnet 1929 (mit Bucharin und Rykow) einen »Widerruf«. Später nur noch Kandidat des ZK. Als während des ersten Moskauer Prozesses gegen Sinowjew, Kamenew u. a. eine gerichtliche Untersuchung gegen ihn, Bucharin und Rykow wegen »konterrevolutionärer Verbrechen« angekündigt wird, begeht Tomskij am 22. August 1936 Selbstmord. (S. 31)

**Tories:** Anhänger oder Mitglieder der britischen Konservativen Partei. (S. 97)

**Trozkij, Leo D.** (1879—1940): russ. Revolutionär. Revolutionäre Tätigkeit seit 1897 in Odessa, 1898 verhaftet und nach Sibirien verbannt. Anschluß an den Marxismus. Flucht ins Ausland, 1902 in London Mitarbeit an Lenins »Iskra«. Unterstützte 1903 auf dem 2. Parteitag jedoch die Menschewiki. Pendelte seit 1904 zwischen den beiden Parteifraktionen. 1905 aktive Teilnahme an der ersten russischen Revolution, letzter Vorsitzender des Petrograder Arbeiterrats. 1906 erneute Flucht, lebte 1907—14 in Wien, wo er 1908—12 die »Prawda« herausgab. Entwicklung der Theorie der »permanenten Revolution« (siehe seine Schriften »*Ergebnisse und Perspektiven*«, 1906 und »*Die Permanente Revolution*«, 1930). 1912 als Journalist Berichte über die Balkankriege. Während des 1. Weltkrieges Kriegsgegner (Mitverfasser des Manifests von Zimmerwald 1915), jedoch weiter Differenzen mit Lenin. 1917 in den USA, Rückkehr im Mai, im Juli tritt er mit seiner Gruppe »Meshrajoney« den Bolschewiki bei. Beliebter Massenagitor, Präsident des Exekutivkomitees des Petrograder Sowjets und Vorsitzender des Revolutionären Militärkomitees, das den Oktoberumsturz organisiert. Als Volkskommissar des Äußeren 1918 Verhandlungen mit Deutschland über den Frieden von Brest-Litowsk. Übernimmt im März 1918 das Volkskommissariat für Kriegswesen und den Vorsitz des Revolutionären Kriegsrates, Aufbau der Roten Armee und erfolgreiche Kriegsführung im Bürgerkrieg. 1920/21 Konflikt mit Lenin wegen Trozkijs Vorschlag einer »Militarisierung« der Gewerkschaften. Nach 1922 Isolierung in der Partei. 1924 nach Veröffentlichung der »*Lehren des Oktober*« (Angriff auf Sinowjew und Kamenew) Ablösung als Kriegskommissar. 1926 Zusammenschluß mit diesen seinen ehemaligen Gegnern zur »Vereinigten Opposition« gegen Stalin und Bucharin, Niederlage. 1927 Parteiausschluß, Verbannung nach Alma-Ata, 1929 in die Türkei abgeschoben (bis 1933 auf der Insel Prinkipo bei Istanbul). Literarische Tätigkeit (»*Mein Leben*«, 1930, »*Geschichte der Russischen Revolution*«, 1931/33). Über Frankreich, Norwegen erreicht er 1937 sein letztes Exil Mexiko. 1940 durch einen GPU-Agenten ermordet. (Lit. I. Deutscher: Trozki. 3 Bände. Stuttgart 1962.) (S. 57)

**Trumandoktrin:** nach dem US-Präsidenten Harry S. Truman (1884—1972), Präsident von 1945 bis 1953.

Außenpolitische Leitlinie der USA im Kalten Krieg, wonach die USA bereit waren, anderen »freien« Völkern auf deren Ersuchen hin militärische und wirtschaftliche Hilfe gegen eine Gefährdung ihrer »Freiheit« von innen und außen zu leisten. Sie wurde verkündet in Trumans Rede vom 12. März 1947 vor dem amerikanischen Kongreß, in der er um Zustimmung zu einer Militär- und Wirtschaftshilfe für die Türkei und für die antikommunistischen Kräfte im griechischen Bürgerkrieg warb. Mit der Trumandoktrin übernahmen die USA die britische Rolle als imperialistische Schutzmacht im östlichen Mittelmeer. Sie wurde begleitet von der 'Containment'-Politik gegenüber der SU (Politik des 'Eindämmens' und Zurückdrängens der Einflußzone der SU nach Osten hin). (S. 94)

**Tschechoslowakei 1948:** in der 1945 von der Roten Armee befreiten Tschechoslowakei vollzog die im April 1945 gebildete Regierung der Nationalen Front (bestehend aus Kommunistischer und Sozialdemokratischer Partei sowie den bürgerlichen Liberalen) eine Politik der Verstaatlichungen und der Aussiedlung der Sudetendeutschen. Die KPC kontrollierte die Schlüsselindustrien und die Massenmedien und wurde zur stärksten Partei (1938: 80.000, 1947: 1,25 Mill., 1948: 2,3 Mill. Mitglieder). Die Wahlen im Mai 1946 brachten der KP 38 % der Stimmen, sie stellte mit K. Gottwald den Ministerpräsidenten. Im Herbst 1947 gab es einen ersten gescheiterten Versuch der bürgerlichen Parteien, die KP aus ihrer dominierenden Stellung zu verdrängen, im Februar 1948 einen zweiten, woraufhin die KP und die Gewerkschaften mit dem Generalstreik drohten und die bewaffneten Arbeitermilizen durch Prag zogen. Am 25. Februar folgte die Ernennung eines neuen Koalitionskabinetts unter Gottwald, was die Niederlage der bürgerlichen Kräfte bedeutete. Im Juni trat Benesch, der Repräsentant des westlich orientierten tschechischen Bürgertums, als Präsident der Republik zurück, Gottwald wurde sein Nachfolger. Im Mai 1948 erhielt die von der KP beherrschte Nationale Front bei Wahlen 89 % der Stimmen.

(Siehe dazu: A. Thalheimer: Der Weg zur Macht in der CSSR, 1948/In: Arpo 4/1969.) (S. 105)

**Tschiang Kai-schek** (1887—1975): chinesischer bürgerlicher Politiker und Feldherr. Adjudant des Kuomintang-Vorsitzenden Sun Yat-sen, 1924 Befehlshaber der Militärakademie in Whampoa, Orientierung auf die imperialistischen Länder. Erfolgreicher Militärstrategie (mit russischen Beratern), 1926 Vorsitzender der Kuomintang. 1927 erfolgreicher Putsch gegen die KP Chinas. Im chinesischen Bürgerkrieg Gegenspieler Mao Tsetungs, Niederlage 1949, geht nach Taiwan, Präsident Nationalchinas. (S. 59)

**Tschitscherin, Georgij W.** (1872—1936): sowjet. Diplomat. 1905 in der Emigration Anschluß an die russische Sozialdemokratie. Unterzeichner des Friedensvertrags von Brest-Litowsk 1918. Nachfolger Trotzki als Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten ab März 1918. 1925—30 ZK-Mitglied. Maßgeblich an der Ausarbeitung der sowjetischen Orientpolitik (1921 Verträge mit Persien, Afghanistan und der Türkei) sowie an der Annäherung an Deutschland (Rapallovertrag 1922) beteiligt. 1930 aus Gesundheitsgründen zurückgetreten. (S. 57)

**Tuchatschewskij, Michail M.** (1893—1937): sowjet. Armeeführer. Im 1. Weltkrieg Offizier in der zaristischen Armee, 1918 Beitritt zur KPR. Im Bürgerkrieg erfolgreicher Kommandeur in der Roten Armee, befehligte (mit Trotzki) die Polen-Invasion 1920 und den Angriff auf das rebellierende Kronstadt 1921. Danach Leiter der Kriegsakademie, ab 1925 Chef des Generalstabs der Roten Armee. Propagierte die Revolution mit Hilfe der militärischen Eroberung von außen. Ab 1931 Stellvertretender Kriegskommissar und Leiter des Rüstungswesens, betrieb die Modernisierung der Roten Armee durch Bildung von Panzereinheiten und Luftstreitkräften. 1934 Kandidat des ZK, 1935 Marschall der Sowjetunion.

Im Januar 1937 von Radek im 2. Moskauer Prozeß erwähnt, verliert er im Mai seine Ämter und wird im Juni 1937 zusammen mit 7 anderen führenden Generälen in einem zweitägigen Geheimprozeß wegen Verschwörung, Spionage (angeblich zugunsten der Reichswehr) und Sabotage zum Tode verurteilt und erschossen. In den 60er Jahren wurden er und die anderen Angeklagten vollständig rehabilitiert.

(S. 64)

**Wyschinski, Andrei J.** (1883—1954): sowjet. Jurist und Politiker. 1935—39 als Generalstaatsanwalt Hauptankläger in den Moskauer Prozessen. 1949—53 sowjet. Außenminister.

(S. 108)

---

## ...weitere Broschüren zum Thema:

**Volksfrontpolitik**, ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem »Internationalen Klassenkampf«, Organ der IVKO (Internationale Vereinigung der Kommunistischen Opposition) von 1935 bis 1939. Anhand des spanischen Bürgerkrieges und der Volksfrontpolitik in Frankreich wird u.a. die Außenpolitik der Sowjetunion und deren Folgen behandelt. Nachdruck, Vorwort von 1974.

95 Seiten, Klebebindung, 4,00 DM

August Thalheimer

### **Die Potsdamer Beschlüsse**

Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem Zweiten Weltkrieg. September 1945.

32 Seiten, Broschur, 1,50 DM

August Thalheimer

### **Die Grundlage der Einschätzung der Sowjetunion**

Die SU von heute und die sozialistische Revolution in fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern. 1946. Der erste Teil einer Arbeit, die Thalheimer nicht mehr beenden konnte.

Nachdruck, Vorwort von 1952.

43 Seiten, Broschur, 2,00 DM

August Thalheimer

### **Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg**

Veröffentlicht unter dem Pseudonym Aldebaran. Anfang 1946. Nachdruck.

27 Seiten, Broschur, 1,50 DM

Waldemar Bolze

### **Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion**

Auseinandersetzung mit der Kritik an der SU in Kravchenkos »Ich wählte die Freiheit«

(Bolze, 1947) und Solschenizyns »Archipel Gulag« (Gruppe Arbeiterpolitik, 1974). Vorwort von 1974.

68 Seiten, Broschur, 3,00 DM

---

**Briefe an unsere Leser**, von 1960 bis 1962 · **Briefe an unsere Leser**, von 1963 bis 1965

»Informationsbriefe der Bremer Gruppe Arbeiterpolitik«, u.a. mit Artikeln von H. Brandler. Einfacher Nachdruck. Ca. 210 Seiten Schreibmaschine, Klebebindung, je Band 10,00 DM

### **Arbeiterpolitik – komplette Jahrgänge ab 1965**

Die »Informationsbriefe der Gruppe Arbeiterpolitik« eines Jahres zusammen mit allen

Beilagen, Flugblättern usw.

Ca. 5 bis 8 Hefte, 8,00 bis 16,00 DM

### **Inhaltsverzeichnis Arbeiterpolitik 1960 bis 1981**

Nach Stichworten und Sachgebieten geordnet, in zwei Heften.

20 Seiten, je 1,00 DM

### **Arbeiterpolitik-Abonnement**

Die »Informationsbriefe der Gruppe Arbeiterpolitik« erscheinen 6- bis 8mal im Jahr mit ca. 20 bis 36 Seiten, dazu Themen-Beilagen, Lokal-Beilagen und Sonderhefte. Berichte und Kommentare zur internationalen Arbeiterbewegung, zur weltpolitischen Entwicklung, zur Innenpolitik und vor allem zur Entwicklung der westdeutschen Gewerkschaften. Diskussionsartikel, Arbeiterkorrespondenzen. Abo für ein Jahr, incl. Porto, z.Z. 20,00 DM

Klaus Peter Wittemann

### **Kommunistische Politik in Westdeutschland nach 1945**

Der Ansatz der Gruppe Arbeiterpolitik. Darstellung ihrer grundlegenden Auffassungen und ihrer Entwicklung zwischen 1945 und 1952. SOAK-Verlag, Hannover 1977.

426 Seiten, Klebebindung, ermäßigter Preis, 12,00 DM

---

# GfSA

GESELLSCHAFT ZUR FÖRDERUNG DES STUDIUMS  
DER ARBEITERBEWEGUNG e.V.

Postfach 15 02 47 · 28 Bremen 15 · Postscheckkonto Hamburg Nr. 41 00 77-205, BLZ 200 100 20

---



## Aus dem Inhalt:

Sechs Monate nach der Währungsreform

Der Kampf in Deutschland in einer neuen Phase

Der Kampf gegen die Demontagen

Musterbeispiel der Klassenjustiz

Die Lehren der Gemeindewahlen

Das Ruhrstatut (I)

Wirtschaftsdemokratie oder Produktionskontrolle?

Das Ruhrstatut (II)

Der Weg der SP Bayerns 1948

Der Kampf um die Arbeiterkontrolle der Produktion zur Rettung der Wirtschaft vor der kapitalistischen Anarchie (I)

Die Lage der Hamburger Hafenarbeiter

Betriebsratswahl bei Opel Rüsselsheim

Nach der Bildung der Ostregierung (Arbeiterkorrespondenz aus der Ostzone)

Die Parteiführung zerschlägt die KPD (Korrespondenz Hamburg)

Solidarität mit Salzgitter

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung nach 1945

Der Internationale Bund freier Gewerkschaften

Zu Stalins 70. Geburtstag

Christlich-demokratischer Steuerwucher Arbeitsdienst droht

Bonn »regiert« auf Kosten der Arbeiter!

Der Konflikt Stalin—Tito und die deutschen Werktätigen

USA-Fraktion in der SPD

Steigendes Elend — abwartende Haltung der Bevölkerung im Salzgittergebiet

Das Saargebiet und die deutschen Arbeiter

Reimann auf der 4. Parteivorstandssitzung der KPD

Der Ausweg für die Berliner Arbeiter

Stalin als Außenpolitiker (1. Teil)

Lohnbewegung im Bergbau und Mitbestimmungsrecht

China und die SU

Rings um die chinesische Revolution

Stalin als Außenpolitiker (2. Teil)

Die Wurzeln der Politik der KPD

## Nach 30 Jahren wieder zugänglich!

# Arbeiterpolitik

Nr. 1

Ende November 1948

Preis -30 DM

1. Die Befehlsmächte  
Die Weltmächte

Drei Jahre nach Ende des zweiten Weltkrieges ist die Lage Deutschlands und insbesondere der Arbeiterklasse trostloser denn je zuvor. Vor allem die deutsche Arbeiterklasse ist zum Hauptopfer der Entwicklung der letzten 15 Jahre geworden. Aus Angst vor der deutlichen und ihren eigenen Arbeiterklassen haben die westlichen Bourgeoisien Hitler aktiv und passiv bis er jenes Maß an Kraft erreichte, welches ihm ermöglichte, den Weltkrieg anzutreten. Es war dies kein „Fehler“ der Bourgeoisien, wie sie heute weiszumachen für

1975 schrieb  
die Gruppe Arbeiterpolitik  
im Vorwort:

Unter allen Zeitschriften, die nach dem 2. Weltkrieg in den damaligen westlichen Besatzungszonen, der heutigen BRD, erschienen sind und einen Leserkreis auch in der von der Roten Armee besetzten Zone fanden, nimmt die »Arbeiterpolitik« nach Auflage und Umfang sicherlich einen der letzten Plätze ein. Das Bedürfnis, die älteren Jahrgänge der »Arbeiterpolitik« neu herauszubringen, zeigt jedoch, daß ihre Qualität die Quantität vieler linker Zeitschriften überlebt hat. . . Die »Arbeiterpolitik« hat als einzige Arbeiterzeitung nach dem 2. Weltkrieg – von den bürgerlichen Blättern ganz zu schweigen – auf die von den Militärbehörden vorgeschriebene Lizenzierung (unter die jede politische Tätigkeit in Wort und Bild fiel) »verzichtet«, weil sie es ablehnte, sich der von den Militärbehörden und ihren Institutionen ausgeübten Kontrolle und Zensur zu unterwerfen. . . Diese politische Haltung entsprach nur kommunistischen Grundsätzen, daß Kommunisten allein von den Interessen der Arbeiterklasse und ihres Befreiungskampfes ausgehen und nicht von fremden.

. . . Alles, was die Gruppe »Arbeiterpolitik« politisch leistete, und alles, was sie gedruckt und abgezogen herausgab, hat sie bis auf den heutigen Tag aus eigener Kraft – sowohl politisch wie materiell – geleistet. Damit hat sie eine der wichtigsten Erfahrungen aus dem Niedergang der kommunistischen Bewegung nach dem ersten Weltkrieg zur Grundlage ihrer politischen Tätigkeit gemacht. Diese Erfahrung besteht darin, daß die materielle Unterstützung der KPD durch die russische Partei und die Kommunistische Internationale die Entwicklung der eigenen Kräfte mehr negativ als positiv beeinflusst hat. . .

**Vollständiger Nachdruck der ersten 29 Ausgaben der Zeitschrift »Arbeiterpolitik« von November 1948 bis Juli 1950. Einschließlich des seltenen Sonderheftes vom Oktober 1949. 40 Seiten Inhaltsverzeichnis und Vorwort. 400 Seiten Text faksimiliert, durchgehend paginiert (einschließlich der Original-Seitenzahlen), Klebebindung, Format 14,5 x 20,5 cm.**

2. Auflage –  
neuer Preis: DM 15,-

# GfSA

GESELLSCHAFT ZUR FÖRDERUNG DES STUDIUMS  
DER ARBEITERBEWEGUNG e.V.

Postfach 15 02 47 · 28 Bremen 15 · Postscheckkonto Hamburg Nr. 41 00 77-205, BLZ 200 100 20

# Der Faschismus in Deutschland

Band 1

Analysen und Berichte  
der KPD-Opposition  
1928—1933

Die hier vorliegenden Artikel entstanden ursächlich in den Tageskämpfen am Ende der Weimarer Republik. In der täglichen politischen Praxis, in dem dauernden Ringen um die Einheit und Widerstandsfähigkeit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus entstand für die Genossen der KPD-O die Notwendigkeit, sich theoretisch Klarheit über die Klassenkräfte zu verschaffen. Gerade diese Verbindung von praktischer Auseinandersetzung und theoretischer Analyse macht dieses Buch zu einer aufregend-klärenden Chronologie der Zersetzung der parlamentarischen Demokratie Weimars bis hin zur Machtübernahme des Faschismus 1933. Wer den Nachkriegs-Aufstieg der bürgerlichen Demokratie Westdeutschlands mit ihrer »... Grundordnung« und dem nun deutlich werdenden Niedergang mit all seinen Wurzeln begreifen will, sollte den Zerfall des Widerstands der Demokraten Weimars studieren. Dazu gehört die schonungslose Bilanz über die Widerstandsfähigkeit der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung vor 1933.

## Der Faschismus in Deutschland

Analysen und Berichte der KPD-O  
Nachdruck des 1973 bei EVA erschienenen Buches, **erweitert um zwei neue Abschnitte:** »Faschistische Parolen und Schlagworte« und »Die praktische Anwendung im Abwehrkampf«.

ca. 260 Seiten, 12,00 DM

Vorbemerkung zur zweiten, erweiterten Auflage 1981  
Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik 1973

### I. Bonapartismus und Faschismus Über den Faschismus

II. **Kapitaloffensive und Krise des Parlamentarismus**  
Krise des Parlamentarismus — Vorspiel zur Krise der bürgerlichen Herrschaft  
Der sogenannte Sozialfaschismus und andere Purzelbäume der Anne-Liese  
Die Wurzeln und Ziele der Kapitaloffensive

### III. Die Faschismusklausel Innerhalb der KPD-O Faschismus, Bonapartismus und bürgerliche Demokratie Über die Perspektiven der Entwicklung des Faschismus

- Einige Bedenken
  - Grundlagen und Wege der faschistischen Entwicklung in Deutschland
  - Erneute Bedenkliches
  - Wirtschaftliche Voraussetzungen und politische Folgerungen
- Faschismus und bürgerliche Demokratie

### IV. Der Aufschwung des Faschismus Der Aufschwung der faschistischen Konterrevolution

Eine verlorene Hauptschlacht  
Die politische Lage und die Aufgaben der Kommunisten in Deutschland

### V. Der Bankrott der Arbeiterparteien Der Bankrott der reformistischen Ideologie

Über die Lage und Rolle der SPD  
Der Bankrott der ultralinken Auffassungen von der Krise des Kapitalismus  
Die ultralinke Politik und der Faschismus

### VI. Der Zusammenbruch der Weimarer Republik Nach den Wahlen des 6. November

Von Brüning bis Schleicher  
Faschistische Diktatur über Deutschland  
Die politische Lage  
Deutschland und Italien

### VII. Faschistische Parolen und Schlagworte Mimikricharakter, Tod dem Marxismus, Haut die Juden, Sozialisierung

VIII. **Die praktische Anwendung im Abwehrkampf**  
Einheitsfront »von oben« und »von unten«  
Antifaschistisches Kampfprogramm  
Wie wird die Einheitsfront organisiert?  
Einheitsfront und Kommunistische Führung  
Berichte und Notizen



**GFSA** GESELLSCHAFT ZUR FÖRDERUNG DES STUDIUMS  
DER ARBEITERBEWEGUNG e.V.

Postfach 15 02 47 · 28 Bremen 15 · Postscheckkonto Hamburg Nr. 41 00 77-205, BLZ 200 100 20

**Heinrich Brandler**, geb. am 3. 7. 1881 in einer Arbeiterfamilie in Warnstorf (Böhmen). Maurerlehre. Arbeit als Fliesenleger. Mit 16 Jahren Schriftführer der örtlichen Maurergewerkschaft.

Drei Jahre auf Wanderschaft durch Europa. 1901 in Hamburg Mitglied der SPD, tätig als Bildungsreferent. 1904 in Bremen gewerkschaftliche Jugendarbeit. Auf dem sich herausbildenden revolutionären Flügel der Sozialdemokratie tätig, bis zu seinem Aus-schluß aus der SPD 1915.

Von 1909 bis 1914 in der Schweiz. Im Sommer Arbeit als Fliesenleger, im Winter sozialdemokratischer Wanderlehrer. 1914 als hauptamtlicher Sekretär des Bauarbeiterverbandes nach Chemnitz. Hier zusammen mit Fritz Heckert illegale politische Arbeit während des 1. Weltkrieges. Mitbegründer des Spartakus-Bundes. Seit 1919 Mitglied der Zentrale der KPD, von 1921 bis 1923 einer ihrer Vorsitzenden. Ausarbeitung der Einheitsfrontpolitik, in deren Folge der gewerkschaftliche Masseneinfluß der KPD ständig stieg. Seit dieser Zeit ständige politische Gemeinsamkeit mit August Thalheimer.

Januar 1924 nach Scheitern des »Oktoberaufstandes« (1923) politischer Umschwung in der KPD, teilweise auf Betreiben der Komintern. Ablösung der Parteiführung Brandler/Thalheimer durch »Ultralinke« (Fischer/Maslow).

1924 – 1928 mit Thalheimer in die Sowjetunion »verbannt«. Mitglied der KPdSU. Mitarbeit im Genossenschaftswesen und im Obersten Volkswirtschaftsrat. Nach teilweiser Rehabilitierung (1927) Zweiter Vorsitzender der Roten Bauerninternationale. 1928 gegen den Willen der Führung der Komintern Rückkehr nach Deutschland. Beteiligt an der Organisierung der kommunistischen Opposition (KPD-O) gegen den Sozialfischismus- und RGO-Kurs der KPD.



Anfang 1933 nach Beschluß der Reichsleitung der KPD-O in die Emigration gegangen. 1933 bis 1940 in der Auslandsleitung (AK) der KPD-O, zuerst Straßburg, dann Paris. 1940 Emigration nach Cuba. 1948 Rückkehr über England nach Westdeutschland. Beteiligt an der Sammlung selbständiger Kommunisten in der Gruppe Arbeiterpolitik, die seit 1948 die Zeitschrift gleichen Namens herausgibt. Bis zu seinem Tod am 26. 9. 1967 mit kurzer Unterbrechung Mitarbeit an den Informationsbriefen »Arbeiterpolitik«.